


## Für eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei!

# Arbeiterräte an die Macht!

Arbeiter in der ganzen Welt, die die Wiedergeburt des wirklichen Kommunismus wollen, schauen auf die dramatischen Ereignisse in der DDR. "In Rußland wurde der Funke entfacht - in Deutschland wird es zur Flamme!": diese Losung der KPD aus den 20er Jahren verkündete ein Banner auf der Massendemonstration am 4. November in Ostberlin. Die Entwicklungen in der DDR stellen die proletarische politische Revolution unmittelbar auf die Tagesordnung. Das bedeutet, die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen und an ihrer Stelle wirkliche Arbeiterräte zu errichten, wie die, die in der Oktoberrevolution aufgebaut wurden, basierend auf dem vergesellschafteten Eigentum an Produktionsmitteln. Dies wiederum kann der Funke sein für die sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen.

In der- Nacht des 9. November strömten Ostberliner über die Grenze nach Westberlin. Außer einer Handvoll kehrten alle zurück. Kohl versuchte, auf einer "Siegeskundgebung" in Westberlin zu sprechen, aber die Rede ging in Buhrufen und Pfiffen unter. Als er "Deutschland, Deutschland über alles" im Chor singen wollte, sangen Brandt, Momper & Co. mit, doch es ging in einem neuen Pfeifkonzert unter. Und ein versuchter Nazi-Marsch zum Brandenburger Tor mit Republikaner-Führer Schönhuber an der Spitze wurde von demonstrierenden Massen unter Rufen von "Nazis raus!" verhindert. Ostdeutsche Arbeiter jubeln darüber, daß die Mauer fällt, aber sie wollen keine revanchistische kapitalistische Wiedervereinigung.

Am 4. November hieß es auf einem Plakat: "Ungarn '56, China '89", und das Gespenst, das umging bei der Bürokratie, war der Aufstand der ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953, der erste in Osteuropa gegen stalinistische bürokratische Herrschaft. Die westdeutschen Revanchisten haben ihr Bestes getan, den 17. Juni zu usurpieren, und die ostdeutsche Bürokratie hat die gleichen Lügen über den Aufstand verbreitet. Aber der 17. Juni gehört der deutschen Arbeiterklasse! An diesem Tag riefen die ostdeutschen Arbeiter ihre Klassenbrüder und -Schwestern im Westen dazu auf, gegen ihre kapitalistischen Herren aufzustehen. Auf dem Bahnhof in Halle begrüßten Arbeiter Ankommende aus dem Westen mit dem Banner: "Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!" Ulbricht wurde nur durch sowjetische Panzer gerettet. In jedem Fall ist Verbrüderung mit der Roten Armee heute genauso nötig wie damals. Wo jetzt Bergarbeiter in Sibirien und Slask (früher Schlesien) gegen die verheerenden Auswirkungen der "Marktreformen" streiken, können die ostdeutschen Arbeiter mit ihren Klassenbrüdern gemeinsame Sache machen und das Sprungbrett sein für proletarische politische Revolution in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion.

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime und errichtete östlich der Elbe einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat. Aber der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus und faschistischer Terror sind nicht auf den westdeutschen Nachfolgestaat des Dritten Reiches beschränkt. In Westdeutschland sind eingewanderte Arbeiter die ersten Opfer des faschistischen Terrors. Und jetzt finden ähnliche Angriffe in der DDR statt, z.B. auf vietnamesische Arbeiter. Feindseligkeit gegen eingewanderte Arbeiter, z.B. gegen Polen, kam sogar in den Massenprotestdemonstrationen zum Ausdruck, wie etwa in Dresden. Dem steht entgegen, was ein Banner am 4. November erklärte: "Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien!" Das bedeutet volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter im Osten und im Westen!

Heute zeigt ein Flügel der ostdeutschen Sicherheitskräfte seine Unterstützung für die revanchistische kapitalistische Restauration unter der Rubrik deutscher Nationalismus: sie klonen eine neue Generation faschistischer terroristischer Skinheads und anderen Abschaum, deren Existenz zu leugnen die Bürokratie auf jede erdenkliche Weise versucht hat. Auf einem Banner eines antifaschistischen Blocks am 4. November war zu lesen: "Weimar: 160 Nazi-Skins organisiert auf Menschenjagd". Sogar diese riesige Demonstration war am Rand mit Faschisten aus West und Ost infiziert. So wie die russischen Arbeiter Pamjat zerschlagen müssen, so müssen sich Arbeiter/Minderheiten in Ost- und Westdeutschland organisieren, um diesen Abschaum jetzt zu zerschmettern!

Am 10. November forderte eine Demonstration von 50.000 SED-Mitgliedern in Ostberlin "Kein Ausverkauf der DDR", "für reelle Pläne" und "Zurück zu Lenin". Stalin hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Die ostdeutsche Wirtschaft ist die erfolgreichste in Osteuropa. Zwar skandieren Arbeiter: "Gorbi, Gorbi, hilf uns", aber im großen und ganzen lehnen sie Gorbatschows "Perestroika" und "Marktsozialismus" ab, die vom Balkan bis zum Baltikum und zum Kaukasus Elend und nationale Konflikte wuchern lassen. Ostdeutsche Arbeiter sind keineswegs bereit, die sozialen Errungenschaften aufzugeben, die sie erarbeitet haben. Versuche, eine antikommunistische "freie Gewerkschaft" im Stil von Solidarnosc zu gründen, sind kläglich gescheitert.

Die Arbeiter in der DDR haben die Streiks sowjetischer Bergarbeiter gegen Perestroika aufmerksam verfolgt. Die Fabrikkomitees, die die Bergarbeiter organisiert haben, sind im Keim wirkliche Arbeitersowjets, die

## Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!

der Schlüssel dazu sind, die Wirtschaftsplanung durch die Arbeiterklasse zu kontrollieren. Zwar gärt es gewaltig in den Betrieben, doch die Arbeiterklasse bleibt politisch atomisiert, d.h. bisher gab es keine Streiks, und die wären sofort politisch. Arbeiterräte müssen auf der Ebene der Produktion errichtet werden und Quantität und Qualität kontrollieren. Eine Input-Output-Analyse (entwickelt von dem in Rußland geborenen Ökonomen Leontief) - und zwar computergesteuert - kann es ermöglichen, daß Investitionen in Einklang stehen mit dem demokratisch kontrollierten Wachstum von Investitionen und Verbrauch.

Als am Freitag die Mauer zu fallen begann, stiegen die Aktien in Westdeutschland, weil die Frankfurter Bankiers und ihre Strohmänner von der SPD davon träumen, Ostdeutschland auszubluten, wie sie es mit Polen und Ungarn gemacht haben. Um die vergesellschafteten Eigentumsformen zu verteidigen und es mit dem Weltmarkt aufzunehmen, braucht die DDR eine stabile, leicht konvertierbare Währung (z.B. durch Gold gedeckt wie der sowjetische Tscherwonez 1923). Aber ein isolierter revolutionärer ostdeutscher Arbeiterstaat wäre doch noch durch die Macht billiger Waren bedroht, wie Marx warnte.

Es kann keinen wirklichen Sozialismus in einem halben Land geben, das mit einem ökonomisch sehr viel mächtigeren imperialistischen Nachbarn konfrontiert ist. Stefan Heym löste auf der riesigen Demonstration am 4. November Begeisterung aus, als er vom Podium aus sagte: "Der Sozialismus - nicht der Stalinsche, sondern der richtige - den wir endlich erbauen wollen, zu unserem Nutzen und zum Nutzen ganz Deutschlands, ist nicht denkbar ohne Demokratie." Die Verteidigung der vergesellschafteten Eigentumsformen in der DDR erfordert ihre Ausdehnung in den Westen. Das bedeutet die Enteignung der Frankfurter Bankiers durch proletarische Revolution im Westen - und dabei haben eingewanderte Arbeiter eine Schlüsselfunktion. Wir Trotzkisten rufen auf zur revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten. Aufgrund des strategischen Gewichts Deutschlands in Europa kann eine Wiedervereinigung, wenn sie nicht ein imperialistischer Moloch, ein Viertes Reich, sein soll, nur im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa stattfinden.

Die massenhaften Protestdemonstrationen, mit ihrer eindrucksvollen Disziplin, sind weiterhin von kleinbürgerlichen Kräften wie dem Neuen Forum und den Sozialdemokraten (SDP) dominiert. Am 4. November forderte das Neue Forum "freie Wahlen" unter Aufsicht der UNO, d.h. des Imperialismus, während die SDP, genau wie 'Helmut Kohl, eine Rückkehr zur "Marktwirtschaft" verlangte. Wenn die SPD und ihre diversen Anhänger über "demokratischen Sozialismus" reden, meinen sie "demokratische" Konterrevolution, deren Generalstab die SPD sein will. Während Kohl ausgebuht wurde, wurden Brandt und Momper bejubelt. Die Sozialdemokraten sind die Hauptgefahr für ostdeutsche Arbeiter.

Die Internationale Kommunistische Liga und ihre deutsche Sektion, die Trotzkistische Liga Deutschlands, stehen zur trotzkistischen Position, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution und deren Ausweitung von Ostberlin bis Havanna bedingungslos zu verteidigen gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Im Gegensatz dazu geben die als Trotzkisten getarnten Sozialdemokraten, wie etwa Ernest Mandel und der Bund Sozialistischer Arbeiter, diese Errungenschaften preis, wo sie auch immer unter Beschuß geraten. So unterstützten sie 1981 Solidarnosc' konterrevolutionären Griff zur Macht und verurteilten die sowjetische Intervention 1979 gegen die imperialistisch-gestützte klerikale Reaktion in Afghanistan.

Noch ist innerhalb der SED keine linke Opposition aufgetreten. Wohl aber kommt Unterstützung für wirklichen Kommunismus in der DDR zum Ausdruck, etwa in der Losung auf Plakaten am 4. November: "Für eine neue kommunistische Partei". Wie 1953, so fehlt auch heute eine proletarische internationalistische Avantgardepartei, die um die Macht kämpft. Um eine solche Partei zu schmieden, muß man zum Bolschewismus Lenins und Trotzkis zurückkehren! Hoch lebe Rosa Luxemburg, die hervorragendste unter den Begründern des deutschen Kommunismus, ermordet von Freikorps auf Geheiß der SPD-Führung! Die Deutsche Revolution, im Osten und im Westen, braucht eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei!

15. November 1989

SPARTAKIST-TREFFPUNKT UND LESERAUM

Organisiert von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands

Hier kannst Du marxistische Literatur
und Schriften der Arbeiterbewegung
aus der ganzen Welt erhalten

Triff Dich mit Vertretern der
Internationalen Kommunistischen Liga
(Vierte Internationalisten)

| | |
|---|---|
| Mo-Fr | 17-20 Uhr |
| Sa-So | 14-21 Uhr |
| außer 26.11. | 18-21 Uhr |
| 25.11. | geschlossen |

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG
MIT DISKUSSION

Sonntag, 26. November 1989, 18 Uhr

HALKEVI. KOTTBUSSER DAMM 74. 2. STOCK
U-Bahn Hermannplatz
Westberlin

Nähere Information: (0 30} 8 82 39 64
Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21

o Ich möchte zum Verteilen Flugblätter

o Ich möchte weitere Informationen über die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) erhalten

o Ich möchte Spartakist abonnieren. Das Abo enthält Spartacist (deutsche Ausgabe):

o Einführungsabo (3 Ausgaben) 3 Mark

o Volles Abo (8 Ausgaben) 10 Mark

Volles Abo schließt mit ein:
"Marktsozialismus" in Osteuropa»
Spartakist-Broschüre (40 Seiten)

o Ich bin interessiert, Mitglied der TLD zu werden

NAME ___________________ TELEFON

ADRESSE

Schreib der TLD unter der Adresse:
Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31,
2000 Hamburg 11; Tel.: (040) 33 17 94

Presserechtlich verantwortlich: C Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Preis: 0.05 M.

# SPARTAKIST

Nr. 1 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 7. DEZ. 1989

## Kein Ausverkauf der DDR!

# Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!

Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die DDR verschlingen. Aber die ostdeutschen Arbeiter und Volksarmisten sind nicht gewillt, eine kapitalistische Wiedervereinigung zu erlauben.

Nachdem die stalinistische SED-Führung ihren völligen Bankrott bewiesen hat und dann abgetreten ist. wurde der bürgerliche Politiker Gerlach zum Staatsratsvorsitzenden ernannt. Er ist ein trojanisches Pferd für diejenigen, die eine Deutsche Bank-Republik wollen. Doch trotz der Willkürherrschaft der Stalinisten bleibt die Deutsche Demokratische Republik ein Arbeiterstaat. Um die sozialen Errungenschaften der DDR zu verteidigen, um die Macht in Arbeiterhand zu legen, gilt es, jetzt Arbeiter- und Soldatenräte aufzubauen.

Jetzt ist die alte "Führung" entweder unter Hausarrest oder auf der Flucht. Der ewig grinsende Krenz trat in sicherer Entfernung zurück. Hunderttausende Bürger sind zurecht über die korrupte Bürokratie wütend, die sie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen hat. Doch dies sind kleine Fische im Vergleich dazu, was ein Ausverkauf an die Imperialisten bedeuten würde.

Als Berichte durchsickerten, daß via Schönefeld Aktenberge und Dokumente ausgeflogen werden sollten, weigerte sich das Flughafen-Bodenpersonal. das Flugzeug zu tanken. Aus Betrieben wurden Delegierte zu den Bürgerkomitees geschickt, die die Stasigebäude unter Beobachtung hielten; in Berlin riefen Arbeiter im Friedrichstadtpalast dazu auf. Arbeiterräte zu bilden. Auch in Rostock, Erfurt, Schwerin und Leipzig wurden Stasibüros umstellt und besetzt. In vielen Fällen hinderten Vopos und sogar Mitglieder des Stasi ihre ehemaligen Bosse, sich mit Belastungsmaterial davonzumachen. Als fünfhundert Mitglieder des Wachregiments F. Dzierzynski hörten, daß Akten verbrannt werden. umstellten sie nördlich von Berlin ein Sicherheitsgebäude und errichteten einen Soldatenrat, um die weitere Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern.

Der gerechte Zorn der Werktätigen in der DDR muß zum Motor für Arbeiter- und Soldatenräte werden. Solche Räte könnten nicht nur die Verantwortung übernehmen, wichtiges Beweismaterial sicherzustellen, sondern sie selbst können die politische Macht in die Hand nehmen, um die zentralisierte Wirtschaft wirklich im Interesse der arbeitenden Menschen zu führen. Jetzt ist es wichtig, die Bürokratie zu beseitigen; zu rechter Zeit, wenn die Lage dazu reif ist. damit authoritative Arbeitertribunale errichtet werden können, dann kann Gerechtigkeit erteilt werden.

Alle behaupten, Antistalinisten zu sein. Doch eine Menge von denen, die gegen "Korruption" schreien, tun dies in schwarz-rot-goldenen Farben. In Leipzig riefen einige Demonstranten, die die BRD-Fahne schwenkten - darunter rassistische Skinhead-Punks -, "Rote raus aus der Demonstration" und "Deutschland ein Vaterland". Sie versuchten, einen Lynchmob aufzupeitschen, der sich gegen alle SED-Mitglieder und anständigen Militanten richten würde. Alle klassenbewußten Arbeiter und Soldaten müssen gegen solche gewalttätigen Provokationen auf der Hut sein. Während bei den SED-Spitzen sehr schnell ihre Verwandtschaft mit den Kapitalisten über der Grenze zum Vorschein kommt, wollen viele einfachen SED-Mitglieder unter der roten Fahne kämpfen. Und viele Demonstranten in Leipzig schrien die revanchistischen Losungen nieder und riefen "Nie wieder 'Deutschland erwache'".

Es gibt hier starke antifaschistische Gefühle, die auf der Zerschlagung der Nazis durch die Rote Armee basieren. Aber der Wiederaufstieg des Revanchismus im imperialistischen Westen hat, zusammen mit 45 Jahren nationalistischer Mißwirtschaft, zur Wiederbelebung des alten Drecks geführt, von Hitlers Braunhemden bis zu den Erben von Ebert und Scheidemann. Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um den faschistischen Abschaum zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter in Ost und West!

Aber während die Bourgeoisie heute ihre faschistischen Kräfte in der Reserve hält. benutzt sie die SPD/SDP als "demokratische" Speerspitze für die Konterrevolution in der DDR. Die SPD war der ClA-Geldbriefträger für die Machtübernahme von Solidarnosc in Polen und für die Reaktion in Portugal. Gestern erst gab die SPD eine Erklärung heraus, daß sie die SDP so wie die Sozialdemokratie in Portugal unterstützen will, die in den 70er Jahren KP-Parteibüros niederbrannte. Aber die Arbeiter in der DDR werden ihre sozialen Errungenschaften nicht ohne Kampf aufgeben. Und es müßte eine freundschaftliche Solidarität mit den sowjetischen Streitkräften geben.

Fortgeschrittene Arbeiter innerhalb und außerhalb der SED haben starkes Interesse ausgedrückt, eine neue KPD gegen die sich formierende SDP zu gründen. Die SED und Thälmanns KPD hatten ihren 4. August 1914 am 30.

Fortgesetzt auf S.2

**Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!**

# Spartakist Arbeiterkorrespondenz täglich!

Die rasant fortschreitende Situation in der DDR schreit nach klaren revolutionären kommunistischen Perspektiven von Tag zu Tag. Am 3. Dezember rief die Trotzkistische Liga Deutschlands, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) zur Gründung von SPARTAKIST—Gruppen im ganzen Land auf, um die Basis zu legen für eine leninistisch—egalitäre Partei. Verschiedene Gruppen sind bereits in Gründung. Die TLD hat entschieden, eine tägliche SPARTAKIST Arbeiterpressekorrespondenz herauszugeben, um eine lebendige Verbindung zu schaffen zwischen den SPARTAKIST—Gruppen und der politischen Anleitung und Führung in der sich entfaltenden politischen Revolution. Ab sofort wird der zweimonatige SPARTAKIST wöchentlich erscheinen. Korrespondenz von SPARTAKIST—Gruppen und Arbeitern, die wünschen, daß wirklicher Kommunismus sich in der Welt ausbreitet, wird willkommen sein. Beginnend mit unseren bescheidenen Mitteln, wagen wir diesen kühnen Schritt, um der Herausforderung in diesen revolutionären Tagen zu begegnen, für die sich Arprekorr versucht einzusetzen, um als kollektiver Organisator zu handeln.

Schreibt an: TLD, Postfach 21 07 50, 1 Bin 21

## Arbeiter- und Soldatenräte...

Fortsetzung von S.l

Januar 1933, als sie gemeinsam mit der SPD zuließen, daß Hitler kampflos die Macht ergriff. Die kommunistische Veteranin Ruth Werner rief bei der Demonstration vor dem ZK—Plenum im November dazu auf, die Korruption auszurotten, und forderte einen „sauberen Sozialismus". Eine neue kommunistische Partei, die sich den leninistischen Normen verpflichtet, würde gegen wirklich unkommunistische Vorurteile zugunsten der BRD oder Vergeltungsmaßnahmen, die sich gegen ehemalige nichtkriminelle SEDler richten, kämpfen. Eine Räteregierung würde die Ehre und die Bürgerrechte des Trotzkisten Oskar Hippe wiederherstellen, der acht Jahre im DDR-Gefängnis saß.

Die sozialdemokratischen und stalinistischen Klassenverräter haben versucht, die wirklichen Lehren der Arbeiterbewegung unter einem Berg von Lügen zu begraben. Luxemburg war für die Oktoberrevolution; Trotzki führte die Rote Armee! Der proletarische Internationalismus unserer revolutionären Vorväter ist in jeder Weise dem stalinistischen „Sozialismus in einem Lande", oder im Falle der DDR dem „Sozialismus in einem halben Land", entgegengesetzt. Die Arbeiter in der ganzen Welt beobachten gespannt die Entwicklungen hier. Der „Prager Frühling" führte 1968 direkt zu einer vorrevolutionären Situation in Frankreich. Was gefehlt hat, war eine revolutionäre Führung. Eine proletarische politische Revolution in der DDR kann der Ansporn für die westdeutschen Arbeiter, für die streikenden Bergarbeiter in Workuta und Silesia und für politische Revolution von Warschau bis Beijing sein. Und sie kann die Brücke für die sozialistische Revolution in Westdeutschland und in ganz Westeuropa werden. Für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

## Bonn will Deutsche Bank-Republik

Die *taz6.* Dezember 1989 veröffentlicht Teile des vertraulichen Gutachtens des Wirtschaftesministeriums. Die Pläne der liberalen West—Kollegen des neu ernannten DDR—Staatsratsvorsitzenden LDPD—Chefs Gerlach zeigen unverhüllt die Absicht aus der DDR ein Südkorea zu schaffen. „Zulassung von Privatunternehmen, den rechtlichen Schutz von Institutionen und die Möglichkeit zum Gewinntransfer" so lautet das Programm der Deutschen Bankenrepublik. Sie „empfehlen eine Freigabe der Preise, die Einführung des Wettbewerbs und die Auflösung der monopolartigen Großkombinate" und weiter fordern sie „den Abbau des in den Sparstrümpfen der DDRler angesammelten Geldberges ... als besonders dringend". „Bei der Verknappung" der vorhandenen Geldmenge wäre auch ‚der Übergang zu marktgerechten Preisen‘ hilfreich, zumal dann staatliche Subventionen abgebaut werden könnten". Dies bedeutet die Verdreißigfachung Berliner Wohnungespreise zum Beispiel. So nennen dann diese Bankberater auch als „Umver—teilungsopfer Rentner und Teile der Industriear—beitsschaft‘.



**SPARTAKIST—TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**geöffnet: Mo—Fr 17—20 Uhr**
**Sa—So 14—21 Uhr**
**geschlossen: 17. Dezember 1989**

**Samstag, 9. Dezember, 14 Uhr:**

**Die arbeitenden Menschen haben die DDR aufgebaut – Arbeiterräte an die Macht! Für ein rotes Rätedeutschand!**

**Halkevi Kottbusser *Damm 74* 2. Stock**
**U—Bahn Hermannplatz Westberlin**

# Interview mit Berliner Arbeiter

Spartakist: Was denkst du über die eben gegründeten Bürgerkommitees?

D: Diese Bürgerkomitees sind spontan entstanden. Am Sonntag abend wurde im Friedrichstadtpalast der Name wieder laut, man sollte wieder Räte bilden, Arbeiterräte, Soldatenräte. Das ist eine Spontanität der Arbeiter gewesen, die damit vorbeugen wollten, daß aus Gebäuden des Zentralkomitees, aus Gebäuden des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, aus Gästehäusern und sonstigen Eigentumsgrundstücken der SED irgendwelche Dokumente, Sachwerte, Kulturgegenstände aus der DDR ins Ausland geschafft werden beziehungsweise vernichtet werden.

Diese Bürgerkomitees haben sich meines Wissens nach aus allen Gruppierungen, die jetzt in der DDR entstanden sind, zusammengefunden. In der Mehrheit sind es Mitglieder der SED. Aber das sind Mitglieder der SED, die einen wirklichen Umbruch oder Aufbruch wollen, die die Erhaltung der DDR wollen, und die auch gegen die SPD sind, oder SDP. Ich bin ja auch dagegen. Die SDP wird eines Tages die Konterrevolution in der DDR herbeiführen. Und ich möchte das kurz begründen. Die SDP hat ein Programm, daß eine Einfügung in die Bundesrepublik Deutschland stattfinden wird, die dann nicht mehr sozialistisch ist, sondern, und das ist meine feste Überzeugung, zumindestens auf der Basis der SPD läuft. Auf alle Fälle. Und das muß man verhindern. Und die Betriebsgruppen lassen das nicht zu, und ich persönlich werde das auch nicht zulassen. Ich hatte mir einmal geschworen, keine Waffe mehr in die Hand zu nehmen, aber wenn es dazu kommen sollte, dann nehme ich auch ‚ne Waffe wieder in die Hand. Denn auch ich persönlich seh‘ das nicht ein. Auch wenn es viele und sehr viele Schwierigkeiten gegeben hat in der DDR, und das Volk mußte darunter leiden, ich selbst ja auch. Aber daß man das jetzt so einfach weggeben sollte, dafür bin ich auch nicht. Denn in der Bundesrepublik, da warten schon die Herren von Daimler und von den deutschen Banken darauf, und haben schon ihr Messer in der Hand und wollen so das beste Stück aus der DDR herausschneiden. Das wollen sie, und genau das muß man verhindern.

Spartakist: Was kann gegen die faschistischen Banden unternommen werden?

D: Diese radikalen Leute, die sind vorhanden. Und diese faschistischen Tendenzen — man kann so sagen, denn das hat ja schon mit Rassenhaß, Antisemitismus zu tun, das hat mit Polenhaß zu tun, das ist ‚ne Tatsache —, die sollte man ganz schnell zerschlagen. Und das ist nicht meine Meinung alleine, das denken viele, und dafür sind ja eigentlich die Kampfgruppen gedacht, das zu machen. Ich glaube, die Kampfgruppen warten jetzt alle, die haben alle eine gewisse Lauerstellung. Keiner weiß, was man jetzt eigentlich machen soll. Die haben zwar die Regierung Modrow. Alle bieten dieser Regierung ihr Vertrauen an, auch das Wachregiment Felikes Dzierzynski ist ja erbost darüber, daß sie ihren selbstlosen Schutz einer verbrecherischen Parteiführung anvertraut haben, aber daß sie nach wie vor zum Schutze der DDR da sind, und daß sie auch zum Schutze der Regierung da sind. Also dazu haben sie sich heute bekannt. Na ja, die Polizei ist ja nun am Montag in Treptow auch auf die Straße gegangen. Die sind auch dafür, daß die Dinge vom 7.—8. Oktober schnell und rückhaltlos aufgeklärt werden, und daß die korrupte SED—Führung hinter Schloß und Riegel kommt. Bloß das hat mir alles ein bißchen zu lange gedauert, denn vom 9. November an bis heute, da sind fast vier Wochen vergangen. Jetzt kommtes drauf an, was die Basis jetzt von unten aus macht. Ob sie wirklich den Einfluß besitzt, jetzt kommtes darauf an, wirklich nach den Idealen zu gehen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

---

# Leopold Trepper...

Fortsetzung von S.4

einer Voraussetzung: daß die Menschen aus meinem Leben als Kommunist und Revolutionär eine Lehre ziehen und sich einer vergötterten Partei nicht ausliefern. Ich weiß, daß die Jugend dort, wo wir gescheitert sind, Erfolg haben wird, daß der Sozialismus siegen wird.‘

Lassen Sie mich hinzufügen: Die Chancen dafür stehen nach meiner Beobachtung in der DDR zur Stunde sehr günstig. Mit großer Anteilnahme und Sympathie verfolge Ich die Entwicklung in Ihrem Lande.“ In seiner Autobiographie *Die Wahrheit,* (1975) sagt Leopold Trepper:

„Wer hat denn damals protestiert? Wer ist denn aufgestanden und hat seinen Ekel hinausgeschrien?

Solche Ehre dürfen nur die Trotzkisten für sich in Anspruch nehmen. Gleich ihrem Führer, der für seine Unbeugsamkeit mit einem Eispickel erschlagen wurde, kämpften sie unerbittlich gegen den Stalinismus — als einzige. Zur Zeit der großen Säuberungen hörten freilich ihren Protest nur noch die eisigen Steppen, in die man sie verschleppt hatte, um sie leichter ausrotten zu können. Selbst in den Lagern war ihr Verhalten würdig und vorbildlich, aber ihre Stimme verhallte in der Tundra.

Mit Recht klagen die Trotzkisten heute jene an, die damals mit den Wölfen heulten und nach dem Henker riefen. Doch sollten sie nicht vergessen, daß sie uns gegenüber den ungeheuren Vorteil hatten, ein geschlossenes System zu vertreten, das geeignet war, den Stalinismus abzulösen, und an dem sie in der tiefen Not der verratenen Revolution Halt fanden: Sie ‚gestanden‘ nicht, denn sie wußten, daß ihr Geständnis weder der Partei noch dem Sozialismus

## Kontaktadressen

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Was wollen die Spartakisten?

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen KommunistischenLiga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalines Dogma des „Sozialismus in einem Land“ ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt Im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch—politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —. hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — **für ein** rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befrei—ungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabades gegen die mörderischen CIA—Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrau—chergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST—Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden — eine kommunistische Massen—Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Leopold Trepper. Chef der Roten Kapelle:

40 Jahre lang hat die verknöcherte SED—Bürokratie die Veröffentlichung der Autobiographie des heroischen sowjetischen Spions Leopold Trepper unterdrückt. Trepper war der Chef der legendären antifaschistischen Widerstandsor—ganisation *Rote Kapelle.* Geboren 1909 in Nowy Targ in Galizien, wanderte er mit 20 Jahren nach Palästina aus und schloß sich ein Jahr später der Kommunistischen Partei an. Im Jahre 1932 ging er in die Sowjetunion, wo er 1936 dem Militärischen Nachrichtendienest beitrat. 1938 begann er mit dem Aufbau der Roten Kapelle. Treppers Nachrichten und Warnungen an Stalin, daß Hitler den Einmarsch in die Sowjetunion vorbereitete, wurden von Stalin blind verworfen. Nach dem Krieg warf Stalin Leopold Trepper ins Gefängnis, um diese Wahrheit zu verschleiern. 20 Millionen Sowjetbürger fielen Hitlers „Operation Barba—rossa“ zum Opfer. Stalins verbrecherisches Vertrauen in die „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus bereitete dem blutigen Nazi—Faschismus den Weg.

Am 24. November veröffentlichte die *Junge* Welt—Beilage ein Interview mit der in Dänemark lebenden 82jährigen Witwe Luba Trepper. Sie zitiert ihren Mann: „Ich wurde Kommunist, weil ich Jude bin.“ Weiter sagte sie:

„Auch wenn ich selbst zur Stunde an meinen Memoiren schreibe, möchte ich dennoch die letzten Worte aus Trepperes Buch zitieren, weil sie auch meine Position zu dieser Frage beschreiben: ‚Ich bereue die Wahl des von mir eingeschlagenen Weges nicht. Bei einer öffentlichen Versammlung, die Im Herbst 1973 in Dänemark stattfand, fragte mich ein junger Mann: ‚Haben Sie Ihr Leben nicht umsonst geopfert?‘ Ich antwortete: ‚Nein.“ Allerdings unter

Fortgesetzt auf S.3

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Preis: 0,05 M.

# SPARTAKIST

Nr. 2 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 8. DEZ. 1989

## Nach 65 Jahren Antitrotzkismus

# Die Trotzkisten sind doch die wirklichen Kommunisten!

Der Stalinismus ist der verlogene bürokratische Kompromiß mit dem Kapitalismus auf Kosten der Masse der Werktätigen. Er hat viele, die aufrichtige Kommunisten sein wollten, in Narren, Idioten, Feiglinge und Verbrecher verwandelt.

Millionen von Mitgliedern der osteuropäischen stalinistischen Parteien nehmen jetzt das Ausmaß dieses enormen Betrugs wahr, der sie auch zu Betrügern gemacht hat. Aber sie können nicht einfach den Laden dichtmachen, ohne selbst die Quittung der Pleite zu bezahlen. Dies gilt umso mehr in der DDR, wo die Kapitalisten schon vor der Tür stehen, bereit, das ganze Geschäft zu verschlucken.

Diese Mitschuldigen sollen nicht einfach die Verbrecher ohne eine sorgfältige Prüfung aller Tatbestände zur Rechenschaft ziehen. Honecker und seinesgleichen sollten von ihren Posten beseitigt aber nicht ausgeschlossen werden; sie sollen unter Hausarrest gestellt werden, und die neuen gesetzlichen Verantwortlichen sollen wahrhaftige Prozesse durchführen.

Stalinistische Säuberungen, um den Stalinismus zu bekämpfen? Nein. Die Verbrechen des Stalinismus stammen aus seiner politischen Enteignung der Arbeiter, wobei sie den kommunistischen Internationalismus von Lenin und Trotzki ausgestoßen haben und an seine Stelle die nationalistische Lüge vom "Sozialismus in einem Lande" setzten. Und jetzt ernten sie die bitteren Früchte ihrer verhängnisvollen Saat.

Nichts hat mehr dazu getan, die westdeutsche Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie zu ketten, als die stalinistischen Verbrechen in Ost und West. Heute ist die SPD/SDP die Speerspitze für kapitalistische Konterrevolution.

Es ist eine der großen Tugenden der Revolution, die jetzt in der DDR im Gange ist, daß sie bisher kein Blut vergossen haben, und dies steht in engem Zusammenhang mit ihrer ausgeprägten Demokratie. Jeder Versuch, die demokratische Debatte durch Terrorismus zu stören, ist gescheitert. Die Gesellschaft braucht dringend Debatte " Worte, nicht Kugeln.

Je weiter wir mit einem antistalinistischen Sozialismus auf dem Weg der Gewaltlosigkeit gehen können, umso besser. Jetzt Gewalt anwenden stinkt nach faschistischer Provokation.

Es gibt eine entscheidende Kraft, die in der DDR schon vorhanden ist, die sowjetischen Soldaten, die dem westlichen Imperialismus gegenüberstehen. Viele Vopos stehen auf der Seite der Bevölkerung, die Stasi säubert ihre Führung, die Soldaten sind dabei, die Archive zu verteidigen, und das sowjetische Heer hält sich zurück. Zu diesem Zeitpunkt darüber zu reden, Waffen zu sammeln, ist eine buchstäbliche Provokation, die nur dazu dienen kann, der Reaktion zu helfen.

Die wirklich bösen Bürokraten wie Honecker, der nach Blut geschrien hat, glaubten, daß sie ihre Verbrechen in den Flammen der Bürgerunruhen verschwinden lassen könnten, nach dem Motto, "wenn wir schon die Akten nicht zerreissen konnten, dann zerreissen wir das Land". Diejenigen, die ein Blutbad in der DDR wollen, betreiben die Arbeit der Imperialisten, angefangen vom CIA bis zum westdeutschen Verfassungsschutz. Anders als in Polen wollen viele DDR-Bürger nicht, daß ihre Gesellschaft vom Kapitalismus verschlungen wird. Gorbatschow ist nicht auf Gewalt aus. Gewaltlosigkeit fing vor einigen Monaten an. als die Grenzpatrouillen aufgefordert wurden, nur zur Selbstverteidigung auf Leute zu schießen, die die Mauer überquerten.

Wenn vorgebliche Linke jetzt nach Gewalt dürsten, sollten sie nach El Salvador gehen, wo ein Krieg stattfindet und wo es etliche blutige faschistische Verbrecher gibt» die es verdienen, dran zu glauben.

Die Republikaner haben große Kundgebungen und Versammlungen in Westberlin, das von großen Fabriken in Ostberlin umringt ist, abgehalten. DDRler haben uns erzählt, daß 50 000 Arbeiter liebend gerne durch das Brandenburger Tor marschieren würden, um sicherzustellen, daß es keine faschistischen Mobilisierungen mehr gibt.

In der DDR hat es nie blutige Säuberungen gegeben, obwohl Ulbricht selbst bis über beide Ohren in die von Stalin veranstalteten Säuberungen verwickelt war, einschließlich gegen deutsche Kommunisten. Und vor kurzem hat die DDR die Todesstrafe abgeschafft.

Die Werktätigen in Osteuropa haben ihre eigene sozialistische Revolution nie selbst gemacht, obwohl es eine erhebliche Unterstützung für Sozialismus gab. Die treibende Kraft war die Zerschlagung der Nazis durch die sowjetische Armee und ihr weiterer Verbleib, wobei sie die Gesellschaft umgewandelt hat. Diese Umgestaltung ist in der DDR tiefer gegangen, weil es das Zentrum der Nazis gewesen war.

Die Vopos sollten durch Arbeitermilizen ersetzt werden, ohne die Vopos auszuschließen, die

**Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!**

# Was die Spartakisten wollen

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht,

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden -- verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht --, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern -- für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden -- eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

auf die Seite der Werktätigen übergegangen sind, um sie gegen Provokationen zu schützen. Die Imperialisten finden es schwierig, ihre hab—gierigen Krallen offen zu zeigen, mit denen sie die CSSR, Polen und Ungarn greifen wollen. Direkte militärische Interventionen würden ihren Vortäuschungen in anderen ost—europäischen Ländern der Lüge bezichtigen. Um Provokationen und gewalttätige Unordnung zu schaffen, können sie dazu gewillte westdeutsche Faschisten oder Verrückte aus der DDR kriegen, denen die alten Häuser ihrer Eltern in Slash (früher Schlesien) auf dem Weg zum Vierten Reich versprochen wurden.

Aber die Widersprüche auf Seiten der westlichen Imperialisten nehmen zu. Die in Westdeutschland herrschende CDU/CSU ist mit dem Verlust ihres Regierungsamtes bedroht, wenn die historisch nichtkatholischen Gebiete der DDR einverleibt würden. Teile der anderen europäischen Bourgeoisien erzittern immer noch bei der Erinnerung an die Wehrmacht, obwohl viele dieser gleichen Familien die Nazis als Gegensatz zu der „jüdischen bolschewistischen Gefahr" begrüßten. Es sieht so aus, daß die USA, die Hauptinterventionskraft, amzynischstengegen—über einem Vierten Reich und gleichgültig seinen Konsequenzen gegenüber ist. Vielleicht denken sie, daß mit einem kleinen Leih—Pakt—Abkommen an Rußland vielleicht, das amerikanische Jahrhundert wieder auferstehen könnte, wie 1945 mit einem zusammengebrochenen Deutschland und einem geschlagenen Japan. Diesmal, so stellen sie sich vor, ohne die Belastung durch die Bedrohung des „Kommunismus". Ausgenommen natür—lich die zahlreichen Erscheinungen, die überall auftreten, allerdings ohne die zentrale Rolle des sowjetischen „Reich des Bösen" bei der Motivierung der ausgehungerten Arbeiter, landlosen Bauern, verbitterten Intellektuellen und Jesuiten, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Praktisch jede andere Revolution wurde durch nationale Differenzen wesentlich kompliziert. Diese Revolution ist einzigartig — überwiegend stellen sich chemisch reine soziale Fragen; eine Nation, die durch die Klassenfrage geteilt wurde. Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker, einschließlich der SPD, planen die kapitalistische Wiedervereinigung. Aber die anti—kapitalistischen Eigentumsformen und die sozialen Errungenschaften der DDR können nur durch ihre Ausweitung in den Westen verteidigt werden. Eine wirkliche Arbeiterdemokratie in der DDR würde nicht ohne Auswirkung im Westen bleiben. Sie würde eine sozialistische Revolution in Westdeutschland auf die Tagesordnung setzen und die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als Motor für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

„Man muß das eine wie das andere *studieren* und dabei unbedingt äußerst genaue, gedruckte, der Nachprüfung von allen Seiten zugängliche Dokumente fordern, Wer aufs Wort glaubt, ist ein hoffnungsloser Idiot, den man mit einer Handbewegung abtut. Liegen keine Dokumente vor, so muß ein Verhör von Zeugen *beider* oder mehrerer Seiten erfolgen, und zwar unbedingt ein „peinliches Verhör" und ein Verhör vor Zeugen."
— *Die Krise der Partei,* Lenin, 19. Januar 1989


| **Westberlin** | **Hamburg** |
|---|---|
| Postfach 21 07 50 | TLD |
| 1000 Berlin 21 | c/o Verlag Avantgarde |
| Tel: (030) 8 82 39 64 | Postfach 11 02 31 |
| | 2000 Hamburg 11 |



Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich~ C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Preis: 0,05 M.

# SPARTAKIST

Nr. 3 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 11. DEZ. 1989

## Die SED steht vor dem Untergang

# Für eine leninistisch-egalitäre Partei!

Im allerletzten Moment und mit dem Rücken zur Wand ist es dem stalinistischen Machtapparat der Deutschen Demokratischen Republik kaum noch gelungen, eine formale Auflösung aufzuhalten und eine neue Führung zu wählen, die als "handlungsfähig" gilt. Nun ja, die vorherige SED-Führung wurde eingesperrt -- neun von insgesamt 23 Politbüro-Mitgliedern sitzen jetzt in Haft.

Doch die "geschäftsführende Regierung" Hans Modrows ist unfähig, die sozialen Errungenschaften des ostdeutschen bürokratisch deformierten Arbeiterstaates zu verteidigen. Ihre Isolation offenbarte sich beim "außerordentlichen Parteitag" in Berlin, als Modrow in der von Freitag bis Samstag spätmorgens dauernden Sitzung vor leeren Präsidiumsstühlen sprach. Dieses Regime hat das Land an den Abgrund gebracht --jetzt tanzen sie nach der Flöte derjenigen, die alles zerstören wollen, was die Werktätigen der DDR aufgebaut haben.

Der bereits mit einem Fuß im Grab stehende Erich Honecker ist jetzt unter Hausarrest. Der zynische Wahlfälscher Egon Krenz hat ausgespielt. Der neue SED-Vorsitzende Gregor Gysi ist sicher aufrichtiger als der Mann; der das Massaker in Beijing im Juni 1989 gepriesen hat, und als dessen Schirmherr der ein solches Blutbad am 9. Oktober veranstalten wollte. Aber jetzt preist Gysi Kohls Programm für "konföderative Strukturen", mit denen der ostdeutsche Arbeiterstaat in das kapitalistische Westdeutschland eingegliedert werden soll.

*Die Trotzkistische Liga Deutschlands ruft die arbeitenden Menschen in Ost und West dringend dazu auf, sich einem Ausverkauf der DDR entgegenzustellen*[1] Wir dürfen das, was die Arbeiter mit Schweiß und Hingabe erarbeitet haben, nicht aufgeben. Mit dieser Entschlossenheit sind wir nicht alleine. Während Revanchisten in Westdeutschland für eine kapitalistische "Wiedervereinigung" mobilisieren, um ein Viertes Reich zu errichten, während reaktionäre Kräfte in der DDR Haß gegen eingewanderte Arbeiter hochpeitschen, gibt es in den Fabriken und in den Kasernen der Volksarmee die Entschlossenheit, historische Errungenschaften zu verteidigen. Und das heißt auch für die sozialistische Revolution im kapitalistischen Westdeutschland zu kämpfen.

Bereits zu Beginn des Sonderparteitags der SED sagte ein Arbeiter geradeheraus was viele fühlten. Er berichtete, daß er an seiner Arbeitsstelle der einzige ist, der noch bei der SED ist und seine Arbeitskollegen sich weigern, mit ihm zu sprechen. Er sagte: "Ich habe Angst, ich weiß nicht, was man machen soll."

Das *Neue Deutschland* erklärte: "Sonderparteikongreß vollzog den endgültigen Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit". Aber während Gysi. Modrow & Co. versprachen, "unsere Grundwerte" zu bewahren, sich einer "profitdominierten kapitalistischen Gesellschaft" entgegenzustellen, rief die vom Arbeitsausschuß der SED präsentierte Plattform zu einem "sozialistisch geprägten dritten Weg", zu marktorientierten Wirtschaftsreformen und einer "modernen sozialistischen Partei" auf. In einer grotesken Verunstaltung der Geschichte der Arbeiterbewegung rufen sie zu einer Partei auf. basierend auf den Traditionen von Marx und Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, "Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht" (!?). und "internationalen" (lies: ausländischen) linken Traditionen, wie von Lenin. Und deshalb haben sie Otto von Bismarck aus dieser Aufzählung herausgelassen.

Zwischen Reformismus und Revolution verläuft eine Blutlinie. Rosa Luxemburg, die Gründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands. schrieb eine beißende Polemik gegen Bernstein, diesen Advokaten des "demokratischen" Kapitalismus. Lenin und Trotzki führten einen erbitterten Kampf, um die Sowjetrepublik gegen die proimperialistischen Apologien Kautskys zu verteidigen. Wir stehen auf der Seite des revolutionären Internationalismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht gegen die Sozialdemokratie. die Rosa und Karl im Spartakusaufstand 1919 ermordet hat, und die 60 Jahre später zum Gedenken an ihren Todestag eine Briefmarke herausbrachte. Heute sprechen SEDler von einer SPDDR, von einer Sozialistischen Volkspartei. von Sozialdemokratie in allen Varianten. Doch auf der Konferenz erwähnten nur zwei Delegierte überhaupt das Wort Kommunismus, beide waren aus Leipzig, wo die Rechte in der Offensive ist.

In ihrem verzweifelten Kampf, ihr Regime zu retten, erwähnen die SED-Stalinisten Kommunismus nicht, weil sie keine Kommunisten sind. Die ostdeutschen Arbeiter müssen *jetzt den*

Fortgesetzt auf S.2

## Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!

# Jetzt wirklich Neues aus Neues Deutschland: Trotzki

*Der folgende Artikel von Volker Braun ist am 8. Dezember in der SED—Zeitung Neues Deutschland erschienen. In einer allegorischen Beschreibung des Kampfes für sozialen Fortschritt schrieb der bekannte DDR—Schrifts teller: „Vom Besteigen hoher Berge. Das Werkzeug der Geschichte. Die Wege im Tal. Kommt Zeit, kommen Räte.“*

*Nach dem Abdruck eines 1977 geschriebenen Gedichts geht er direkt zum Kampf Leo Trotzkis für Sowjetdemokratie und für leninistische Parteien über:*

„Als Lew Trotzki 1927 aus der KPdSU ausgeschlossen wurde, sagte er: Es gibt aber kein anderes Instrument, um Geschichte zu machen.

Das Instrument, das er zuletzt im Kopf hatte, war der Eispickel der Stalinschen Geheimpolizei.

Seine verzweifelte Behauptung hatte zwei Voraussetzungen: Zum einen waren die Sowjets längst von den Bolschewiki preisgegeben, zum andern kämpfte Trotzki. der einstige „Zucht—meister“ der Massen, für eine erneuerte Partei, eine Partei ohne Bürokratie.

Seine Rechnung war einfach: Im Staatsapparat sei einer dem andern untergeordnet; in der Partei seien alle gleich, so daß die Erfahrungen aller Bereiche unverfälscht zusammenschießen könnten zur radikalen Analyse. Das sei ihr einmaliger Vorzug. der sie instand setze zu führen.

Das war ein Tagtraum in der geschichtlichen Dämmerung. Die Klarsicht Lew Dawidowitschs machte ihn zum Provokateur; er definierte die Partei *im Unterschied* zum Staatsapparat, aber sie hatte sich an dessen Stelle gesetzt; er be—stimmte ihre Selbstlosigkeit, und sie begriff sich als Macht. In Gesinnung und Aufbau verkörperte die stalinistische Partei das Mißtrauen gegenüber dem Volk. Das Instrument war zum Apparat verkommen, über der angeherrschten Klasse.

In der jetzigen Volksbewegung in der DDR, die den Apparat hinwegfegt. blitzen andere Instrumente auf. Jedes für sich von zweifelhafter Dienlichkeit. aberjedes stellt den Anspruch „der Partei“ in Frage. Sie steht vor den leeren Tribünen, im Schatten der ungeheuren Freiheit. Sie kommt dazu wie der Blinde zur Ohrfeige. Noch an der Kandare der Disziplin und des falschen Auftrags. entdeckt sie die Erneuerungswut Ihrer Zellen. Denn das macht auch die Partei frei, macht sie erst zur *Partei:* daß sie dem Absolutismus entsagt, in ihrem Organisationsprinzip wie in der Beziehung zum Staat. Die Macht zu sichern, indem sie sie der Partei sicherten, das war der säkulare Irrtum der Kommunisten.

Sie dürstet nach einem neuen Selbstverständnis. Aber kann sie sich überhaupt noch ver—stehn? Sie kann es nicht, wenn nicht im Zusammenhang mit dem ganzen Aufbegehren, der plötzlichen Vielfalt politischer Organisationen, worin sozialistischer Geist zur Verwirklichung drängt. Sie hat kein Recht mehr als in ihrem solidarischen Anteil an der Demokratie: ihre sogenannte Rolle fände sie nur im Spiel der Kräfte.

Nicht die Macht mehr; eine „vornehmere“ Funktion, als Instrument radikaler eman—zipatorischer Interessen. als Organisator des Widerspruchs, der produktiven Konflikte.

Ich weiß nicht, ob ich noch von ihr rede.“

---

## Leninistische Partei...

Fortsetzung von S.l

Kampf für politische Revolution führen, für Rätedemokratie im Namen des wirklichen Kommunismus.

Das stalinistische Regime ist bankrott. Seine Willkürherrschaft basiert auf Lügen und Repression. Und wenn die Menschen sich dagegen erheben, dann fällt das ganze bürokratische Gerüst mit rasender Geschwindigkeit zusammen. Der Grund dafür liegt darin, daß die Bürokratie eine parasitäre Schicht ist, die in grundlegendem Gegensatz zu den kollektivierten ökonomischen Fundamenten der Arbeiterstaaten steht. Ihre abstoßende Selbstherrlichkeit. der versteckte Prunk, mit dem sie sich umgeben haben, beruht darauf, daß sie trotz aller hölzernen Phrasen—drescherei über den Sozialismus *die Arbeiter politisch enteignet haben.*

Die Arbeiterklasse muß die Hebel der Macht zurückgewinnen! Dies hier ist noch kein Sozia—lismus, es ist immer noch im Übergang. Die DDR ist keine auf Überfluß basierende klassenlose Gesellschaft. Aber dennoch gehört die DDR den Werktätigen, die sie aufgebaut haben, den Arbeitern und Soldaten, die sie verteidigen. Dies ist unser Land — die Gysis und Krenz‘s haben kein Recht auszuverkaufen, was uns, dem Welt—proletariat, gehört.

Der Nationalismus der stalinistischen Bürokratie ermutigt chauvinistische Kräfte im eigenen Land gegen polnische und vietnamesische Arbeiter und gegen die sowjetische Armee, die ein Hauptbollwerk gegenüber der Intervention der Bundeswehr ist. Wir Trotzkisten fordern volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter, für die revolutionäre Einheit der sowjetischen und deutschen Arbeiter. Kein Ausverkauf an die Herren von Mercedes Benz und der Deutschen Bank— keine kapitalistische Wiedervereinigung in einem neuen Reich, sondern ein Rotes Räte—deutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

**Lest morgen:**
**SEW aufgelöst, DKP folgt auf dem Fuße**



### Korrektur

**In Ausgabe Nr. 2 wurde das Datum** von Lenins „Krise der Partei“ **irrtümlich mit 19. Januar 1989** anstatt mit 19. Januar 1921 angegeben.

# Zum Schutz der bolschewistischen Revolution

# Aus Trotzkis Zug



Год издания II-ой.

Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

Российская Социалистическая Федеративная Советская Республика.

В ПУТИ

Известия Поезда Предреввоенсовета Троцкого

№ 93

12 сентября 1919 года.

*W puti* (Auf dem Weg), herausgegeben auf Trotzkis Zug - Waffe im Bürgerkrieg gegen Konterrevolution .

Trotzki. gemeinsam mit Lenin Führer der russischen Revolution, war der Gründer und erste Kommandant der Roten Armee. Für den Transport des Organisators der Roten Armee und seines Stabs zu den entscheidenden Kampffronten organisierte Trotzki am 7. August 1918 seinen legendären Zug. Im Verlauf der folgenden zwei Jahre legte Trotzkis Zug mehr als 100 000 Kilometer zurück und formte dabei die Rote Armee in eine professionelle Kampftruppe um. Im Kampf für die politische Arbeiterrevolution werden die sowjetischen Arbeiter dieser heroischen Erfahrung im Bürgerkrieg wieder den Platz in der sowjetischen Geschichte einräumen, der ihr gebührt. Nachstehend drucken wir Auszüge aus der am 27. Oktober 1920 erschienenen Zugzeitung *W puti* ab, die in Trotzkis Autobiographie *Mein Leben* (1929) zitiert wird.

"Unser Zug hält wieder den Kurs auf eine Front.

Die Krieger unseres Zuges waren vor den Mauern Kasans in jenen schweren Wochen des Jahres 1918, als der Kampf um die Wolga ging. Dieser Kampf ist längst beendet. Die Sowjetmacht nähert sich dem Stillen Ozean.

Die Krieger unseres Zuges haben sich ehrenvoll vor den Mauern Petrograds geschlagen... Petrograd ist erhalten geblieben, und in seinen Mauern haben in den letzten Jahren nicht wenige Vertreter des Weltproletariats geweilt.

Unser Zug war mehr als einmal an der Westfront. Jetzt ist mit Polen der Vorfrieden unterzeichnet.

Die Krieger unseres Zuges waren in den Steppen des Don, als Krassnow und später Denikin die Sowjetmacht vom Süden bedrohten. Die Tage von Krassnow und Denikin sind längst vorbei.

Es bleibt noch die Krim, die die französische Regierung in ihre Festung verwandelt hat. Die weißgardistische Garnison dieser französischen Festung befehligt der deutsch-russische Söldnergeneral Baron Wrangel.

Zu einem neuen Feldzug begibt sich die kameradschaftliche Familie unseres Zuges. Möge dieser Feldzug der letzte sein."

## Quo vadis SED?

Fortsetzung von S.4

der bürgerlichen Demokratie hat nämlich den Zerfall der Weimarer Republik und Hitlers Machtantritt (der bekanntlich bürgerlich-demokratisch erfolgte!) nicht verhindern können. Die logische Konsequenz von Herrn Gysi müßte sein, sich mit dem Liberaldemokraten Gerlach zu verbrüdern, der doch da des öfteren nach "Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!" schreit. Diese Losung der französischen bürgerlichen Revolution (1789 - 1794) im Munde unseres amtierenden Staatsratsvorsitzenden besagt doch weiter nichts als: Jeder kann Bourgeois werden. Das eben wollen die "Marxisten" vom Schlage Gysi.

Wenn schon der vollständige Bruch mit dem stalinschen System auf den Fahnen der "erneuerten" SED stehen soll, dann müßte doch zunächst klar sein, womit gebrochen werden soll. Stalinismus ist ein Programm gegen den Marxismus/Leninismus! Er zeichnet sich durch eine schmarotzende Führungskaste nicht nur in der Partei, nein auch im Staat, in der Wirtschaft, in den Planungsorganen, kurz in allen Bereichen der Gesellschaft aus. Folgerichtig ist dann auch die Zerschlagung des Sowjetsystems (der Räte). Diese gibt es in der Sowjetunion faktisch seit 1927 nicht mehr. In Deutschland wurde die Räterepublik bekanntlich von den Sozialdemokraten Ebert. Scheidemann und Noske ("Einer muß der Bluthund sein!") erwürgt! Ein Rätesystem hat es in der DDR nie gegeben. Womit will man also brechen? Die administrativen Kommandomethoden sind doch nur die logische Folge der Zerstörung bzw. des nicht vorhandenen Rätesystems! Folgerichtig ist dann auch, daß der demokratische Zentralismus wie Lenin ihn verstand, einem bürokratischen Zentralismus Platz machen mußte.

Der konsequente Bruch mit dem Stalinismus besteht deshalb in einer Neuformierung der SED im Geiste des demokratischen Zentralismus. Mit Äußerlichkeiten durch Abschaffung von Politbüro und ZK ist hier gar nichts gewonnen. Zu Lenins Lebzeiten gab es ein Politbüro und ein ZK. Die Bolschewiki waren zu dieser Zeit nicht entartet, waren deshalb revolutionär, weil sie demokratisch-zentralistisch organisiert waren und ein revolutionäres Parteiprogramm hatten! Was propagiert Herr Gysi statt dessen? Etwas Lasalle, etwas Kautsky, etwas Sozialdemokratie aus der Verfallsepoche und das alles garniert mit "Basisdemokratie" nach grünem Muster, und natürlich weder "Klassenpartei noch Massenpartei". Was soll aus diesem Unsinn werden?

Allen ehrlichen Kommunisten bleibt nur eines übrig: Die Gründung einer Partei im Geiste Lenins, Liebknechts und Luxemburgs.

## Kontaktadressen

| Westberlin | Hamburg |
| --- | --- |
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der InternationalenKommunistischenLiga(VierteInternationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischenErrungenschaftenderRussischenRevolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden -- verteidigt die SowjetuniongegenImperialismusundinnereKonterrevolutionl

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht --, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern -- für ein rotes Rätedeutschland irn Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden -- eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Quo vadis SED?

**Von G. Melt**

Interessant ist sie schon, die DDR—Presse vom 9. und 10. Dezember 1989. Auf den Seiten 3 und 4 der *Berliner Zeitung* findet man beispielsweise die Rede des vom RIAS als „Reformkommunisten“ bezeichneten Gregor Gysi. Diese ist in vielerlei Hinsicht sehr bemerkenswert.

Zunächst, die SED will vollständig mit dem stalinistischen System brechen. Das ist bestimmt richtig. Überhaupt findet man in der DDR jetzt sehr viele Antistalinisten.

Geben wir nun Herrn Gysi das Wort. Die westeuropäischen Gesellschaften, Insbesondere die der BRD. seien kein rein kapitalistisches System im Sinne eines Schulbeispiels, lesen wir da mit Erstaunen. Was denn aber sonst? Das Gefasel von „sozialer Marktwirtschaft“ Im Westen konnte man bisher nur von den bürgerlichen Parteien und deren Nachbetern in der Bundesrepublik hören. Jetzt aber erleben wir eine eigenartige Wandlung des „Marxisten“ Gysi. Man sollte Herrn Gysi. der noch nicht einmal die Grundzüge des Marxis—mus/Leninismus beherrscht, dringend empfehlen sich tiefgründig mit Lenins Imperialismustheorie zu beschäftigen!

Und weiter; Herr Gysi lobt die Gewaltenteilung in der bürgerlichen Demokratie, von der man insbesondere lernen könne. Was für ein hane—büchener Unsinn! Natürlich sind wir Marxisten keine Moralisten. Selbstverständlich schätzen wir die historische Leistung der Bourgeoisie hoch ein, bei der Überwindung des Feudalabsolutis—mus. aber eben nur unter diesem Blickwinkel.

Wieder müssen wir Lenin das Wort erteilen: „Die bürgerliche Demokratie. die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets — und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein — eng7 beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen.“

Aber die Schrift „Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ hat unser „Marxist“ Gysi offensichtlich auch noch nicht gelesen; ebensowenig scheint er in Geschichte bewandert zu sein. Seine so hochgelobte Gewaltenteilung in

Fortgesetzt auf S.3

**SPARTAK IST—TREFFPUNKT**
UND LESERAUM

geöffnet: Mo—Fr 17—20 Uhr
Sa—So 14—21 Uhr
geschlossen: 17. Dezember 1989

**0!fentliche Veranstaltung**

**Samstag, 16 Dezember3 14 Uhr:**
**Trotzki: Die Russische Revolution und ihre Degenerierung**
**Halkevi Kottbusser Damm 74 2. Stock**
**U—Bahn Hermannplatz Westberlin**

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Preis: 0,05 M.

# SPARTAKIST 4

Nr. 4 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 12. DEZ. 1989

## Was wir brauchen

# Arbeitermobilisierung gegen deutschnationale Gefahr

In der Westpresse überhäufen sich die Berichte über eine sich zuspitzende Lage in der DDR, sowie über Drohungen, Gewaltgebrauch, Provokationen. "Die DDR am Rande der Anarchie", so der *Spiegel* von heute. "Anwachsendes Chaos", urteilt die *Washington Post.* Sie wollen angeben, daß die ostdeutschen Massen nach einer kapitalistischen Restauration streben. Ziel dieser Propagandaflut ist es, die DDR in die Bundesrepublik hineinzudrängen. Man muß auch annehmen, daß ganz enorme Summen zu diesem Zweck eingesetzt werden.

Rechte Elemente mobilisieren sich zur Zeit um den Aufruf für eine kapitalistische Wiedervereinigung. Am Samstag beim Lustgarten sah man lauter westdeutsche Flaggen und Losungen wie "Wir leben nur einig! Kein Experiment 'Sozialismus' mehr bei uns!" und "Ihr Völker der Welt schaut auf! Dieses Land -- unser Land -- ist Deutschland!" Die *Berliner Zeitung von* heute morgen berichtete alarmiert, daß bei der Demo Stefan Heym. der den Aufruf "Für unser Land" präsentierte, "noch nicht ausgepfiffen" wurde: "Noch forderte niemand einen starken Mann. Noch nicht." Aber es waren nur einige Hunderte dabei. Und die Arbeiter in den Fabriken sind bereit, die Faschisten aus Berlin wegzufegen.

Der Kernpunkt des deutschnationalen Rausches ist bei den wöchentlichen Aufmärschen in Leipzig. Ein Korrespondent des *Spartakist/ Arbelterpressekorrespondenz* berichtete telefonisch, daß die Montagsdemonstration von 60 000 Menschen sehr polarisiert war, wobei die Rechten die Linken im Maßstab von 2:1 übertrafen. Während Demonstrationsblöcke durch die Straßen marschierten und "Wir sind Deutsche" schrien, gab es auch etliche, die sich gegen kapitalistische Wiedervereinigung stellten. Ein Transparent lautete "Wir wollen kein Viertes Reich, Nein zur Wiedervereinigung!" Ein anderes sagte: "Wir lassen uns nicht BRDigen". Es gab DDR-Fahnen, hauptsächlich von Studenten getragen, und eine rote Fahne. Linke rufen für heute zu einer Demonstration für eine "souveräne DDR mit einer Zukunft und gegen Wiedervereinigung" auf.

Aber diese impotente Perspektive bleibt auf dem engen Boden der "friedlichen Koexistenz" stehen, während die Revanchisten sich für die Konterrevolution organisieren. *Telegraf (29.* November) berichtet aus Leipzig, daß der Gestank deutlich zu spüren ist: "Plötzlich weiß ich, wie Adolf-Hitler-Wähler aussehen. Es riecht förmlich nach Pogrom." Kampf gegen die Faschisten ist nicht nur eine Frage, einige Losungen an Mauern zu malen. Heute kündigt die Dresdner Bank an, daß sie sehr bald in der DDR "ihre Flagge zeigen" will. Es ist notwendig, die Macht des Proletariats in Arbeiterräten zu organisieren. um die Hebel der Staatsmacht aus den Händen der bürokratischen Spitzen dieses deformierten Arbeiterstaats zu reißen. Und das würde die Möglichkeit bringen für die Sowjetherrschaft in ganz Deutschland.

Man kann die Augen nicht davor verschließen, daß vor allem im Süden ein Gefühl vorhanden ist, sich der Bundesrepublik anzuschließen. Letzte Woche rief das Neue Forum zu einem zweistündigen Streik für (kapitalistische) Wiedervereinigung in Suhl und Flauen auf. Und es gibt einen alarmierenden Aufstieg von faschistischen und rechten Provokationen. Am Donnerstag Nacht wurde ein Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee geschändet -- der vierte derartige antisemitische Anschlag im letzten Jahr. Und der Möchtegern-Führer der westdeutschen Republikaner Schönhuber behauptet, daß seine Leute in der DDR kräftig rekrutieren.

Das sollte lehren, was kapitalistische "Wiedervereinigung" bedeuten würde. Willy Brandt redet von einem "Deutschen Bund"; ostdeutsche Sozialdemokraten wiederholen Kohls Vorschlag einer "Konföderation". Und in Göttingen, wo bei einer Demonstration im letzten Monat eine antifaschistische Frau ermordet wurde, als Polizisten sie in ein herankommendes Auto trieben, attackierten am letzten Sonntag 100 Faschisten von Kühnens FAP ein Jugendzentrum, während die Polizisten ruhig zusahen. Diese Mörder sind im kapitalistischen Westen aktiv geschützt -- als eine Armee, die in Reserve gehalten wird, um sie gegen die linke und die Arbeiterbewegung zu benutzen.

Diese faschistischen Reaktionäre müssen zerschlagen werden! Als am 30. Oktober in Halle ein Faschistenblock mit der Losung "Deutschland Erwache!" marschierte, protestierte eine Gewerkschaftsabteilung, PD4, aus der Robotron-Fabrik in Neustadt. Ihr Flugblatt bemerkte den unheilvollen Aufstieg von Skinheads und konspirativen faschistischen Gruppen, die sich auf Haß gegen Ausländer spezialisieren. Sie riefen auf: "verhindert radikale rechte Aktivitäten". Aber das kann nicht damit getan werden, daß man an die DDR-Bürokratie appelliert -- manche

Fortgesetzt auf S.2

**Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!**

# SEW aufgelöst, DKP folgt auf dem Fuße

Wie kommt es, daß sich die westdeutschen stalinistischen Parteien gerade jetzt dazu entschließen, von ihrem Status der Unbedeutendheit Abschied zu nehmen und ganz vom Erdboden zu verschwinden? Am 7. Dezember erklärte der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins die Auflösung der Partei. Und das DKP-Präsidium bringt einen Notaufruf nach dem anderen über den Zustand der kriselnden Partei heraus. Spaltung und Zerfall stehen vor der Tür. Selbst der Bundesvorstand der VVN muß Ende des Jahres die Arbeit einstellen.

Hierbei spielt die Abschaffung der DDR-Subventionen an die DKP/SEW eine Rolle, was von der Springer-Presse freudig ausgeschlachtet wird. Geld weg, DKP kaputt. Doch der Grund für die Auflösung ist politisch.

Gerade jetzt, wo die westdeutschen Kapitalisten mit Kohl an der Spitze ihre gierigen Pranken nach der DDR ausstrecken, suchen die selbsternannten unkritischen "Verteidiger" der DDR das Weite. Gerade jetzt, wo sich die DDR über Nacht von einem Vopo-Staat zu einem Land mit weitreichenden politischen Debatten und Massendemonstrationen entwickelt hat, wo eine politische Revolution angefangen hat, nehmen diese "Revolutionäre" ihren Hut.

Aber dies überrascht nicht. Nicht nur, daß die DKP/SEW spätestens seit Gorbatschows Glasnost und Perestroika zwischen den Stühlen saß, aufgerieben zwischen sozialdemokratischen "Erneuerern" und der alten Mies-Garde, die weiterhin zu Honeckers Kasernen-"Sozialismus" stand. Ihr Programm war schon immer nichts weiter als ein Abklatsch sozialdemokratischer Politik. So forderten sie vom Nachfolgestaat des Dritten Reiches das Verbot der Nazis und schürten Illusionen, daß die Republikaner-Polizisten die Republikaner-Nazis bekämpfen könnten.Reformismus in Reingestalt, der dazu diente, Mobilisierungen der Arbeiterklasse zu verhindern.

Und in der NATO-Stadt Westberlin, wo sich *alle* Fronten schärfer stellen, erschöpfte sich die Aktivität der SEW in offener Unterstützung der "rot"-grünen Koalition. Dies ging so weit, daß eine von der Lehrergewerkschaft GEW in den Vorstand gewählte Kommunistin nach der Wahl der Momper-Regierung unter massivem antikommunistischen Druck zugunsten der antisowjetischen Volksfront abtrat. Diese Volksfront-Paralyse breitet sich aus. Während vor Monaten die Massen noch gegen die Nazis vor das Westberliner Kogreßzentrum gezogen waren, gab es am 12. Mai, als der türkische Metallarbeiter Ufuk Þahin im Märkischen Viertel brutal von einem Rassisten ermordet wurde, keine Massenproteste.

In ihrem Parteiprogramm "Westberlin im Jahre 2000" trieb die SEW ihr Kleben am Status Quo ins Absurde (abgeschrieben vom genauso kriecherischen DKP-Programm "BRD 2000"). Als ob der deutsche Imperialismus "friedlicher" geworden wäre, propagierten sie Klassenzusammenarbeit im eigenen Land und international. Das Verschwinden der SEW/DKP ist sicher kein Verlust für die Menschheit, doch viele, die ehrlich Kommunisten sein wollten, sind verspielt worden.

Der SEW-Parteivorstand bleibt noch im Amt, um "die Auflösung der Partei vorzubereiten und abwickeln zu können". Sozialismus in einem Lande, in einem halben Lande, in einer geteilten Frontstadt ..-. und dann, kein Sozialismus überhaupt. Die SPD dagegen bildet ihren Generalstab für Konterrevolution in der DDR, verlegt ihren Parteitag nach Westberlin und pumpt nach wie vor Unmengen DM in ihre Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Blutspur durch die ganze Welt läuft.

Die Trotzkisten sind die wirklichen Kommunisten, die eine Perspektive für die Arbeitermacht in beiden Teilen Deutschlands haben, im Kampf für die sozialistische Weltrevolution.

---

# Arbeitermobilisierung...

Fortsetzung von S. l

Elemente daraus haben den Neonazi-Abschaum hervorgebracht. Es ist notwendig, die Macht der Arbeiterklasse gegen die braune Pest zu mobilisieren. Die Arbeiter von Bergmann-Borsig, WF und die 7. Oktober-Fabriken könnten schnell mit ihnen fertig werden, *jetzt, bevor es zu spät ist.*

Wenn die Kapitalisten dunkel über "Anarchie" und "Chaos" reden, sind es nicht die Faschisten, von denen sie reden. Sie fürchten, daß es sich bei der Entwicklung in der DDR um eine politische Revolution handelt, wobei das Proletariat der stalinistischen Bürokratie, die die Imperiallsten solange beschwichtigt hat, so daß die Existenz der DDR in Gefahr ist, die politische Macht entreißen wird. Wie die Geschichte zeigt, werden Teile der Bürokratie in einer politischen Revolution auf die Seite der Arbeiter übergehen. In der Ungarischen Revolution 1956 umfaßte das nicht nur die Mehrheit der Partei, sondern sogar Armeeoffiziere. Im Gegensatz dazu sind alle Fraktionen der kapitalistischen Klasse durch revolutionäre Arbeitermacht bedroht. Denn wenn in Berlin proletarische Ordnung herrscht, bedeuted dies den Untergang für Mercedes-Messerschmidt-Deutsche Bankrepublik im Westen. Die Kapitalisten würden verzweifelt versuchen, ihre eigene Berliner Mauer aufzubauen, um die Verbreitung der revolutionären Ansteckung zu stoppen.

Der entscheidende Faktor im Kampf gegen die rechte Gefahr sowie auch die taumelnde Bürokratie ist eine revolutionäre Führung. Baut Arbeiterräte auf! Die Trotzkistische Liga Deutschlands kämpft für eine bolschewistische Partei, die die Arbeiter im Kampf für ein Rätedeutschland in einem revolutionären Europa vereinigen wird.

SPARTAKIST-TREFFPUNKT
UND LESERAUM

geöffnet: Mo-Fr 17-20 Uhr
Sa-So 14-21 Uhr
geschlossen: 17. Dezember 1989

**öffentliche Veranstaltung**

**Samstag, 16 Dezember, 14 Uhr:**

**Trotzki: Die Russische Revolution und ihre Degenerierung**

**Halkevi Kottbusser Damm 74 2. Stock**
**U-Bahn Hermannplatz Westberlin**

## „DDR — Keine Kohl-Plantage“

# Demonstration gegen deutschen Revanchismus

Etwa 8000 Menschen demonstrierten am Samstag in Westberlin gegen deutschen Revanchismus und die Wiedervereinigung der DDR mit dem kapitalistischen Westdeutschland. Aufgerufen dazu hatten einige pazifistische und linke Gruppen. Unterstützt wurde die Demonstration auch vom Berliner Landesverband des DGB. Die Demonstranten trugen Banner wie „Unheilbares Deutschland“ (im Gegensatz zu dem nationalistischen „Unteilbares Deutschland“) und „Die DDR ist keine Kohl—Plantage“.

Ein von einer Künstlerinitiative in der DDR herausgegebenes Flugblatt stellte ironisch fest: „Deutsches Streben nach unerschlossenem Raum im Osten ist wieder in!“ Weiter: “Reiht euch ein in den Triumphzug der Heuchelei! Propagiert mit uns Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot als un—verzichtbare Segnungen des Kapitalismus für alle!“ Einige Leute steckten sich aus Protest 100 DM—Scheine an die Köpfe.

Bei der Demonstration sprach auch der Berliner DGB—Vorsitzende Michael Pagel. Es war aufschlußreich, daß sich der Vorsitzende der „Gewerkschaft“ der Polizei, Herr Burkhard von Walseleben, in einer haßerfüllten Schmährede gegen die Unterstützung Pagels für die Demonstration erging. Kein Platz in den Gewerkschaften für die Polizei — Schmeißt sie aus dem DGB!

Unser Korrespondent berichtete, daß eine Reihe von Leuten, die mit Bannern von Berlin nach Westberlin marschieren wollten, um an der Demonstration teilzunehmen, nur bis zum Check—point Charlie am Potsdamer Platz kam. Dort wurden sie von Bullenketten empfangen, die ihren Weitermarsch verhinderten. Es wurde ihnen gesagt, sie hätten kein Recht, in dieser Demonstration am Adenauerplatz zu marschieren.

Die westdeutsche Arbeiterklasse ist keineswegs von der Aussicht auf eine kapitalistische Wiedervereinigung begeistert. Sie versteht durchaus, daß dies ihren Lebensstandard, den sie sich erkämpft hat, senken würde. Aber die chauvinistischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer stellen einen Arbeiter gegen den anderen, sie tolerieren und ermutigen sehr oft sogar Rassismus und Diskriminierung gegen Immigranten. Die Antwort der Spartakisten darauf ist proletarischer Internationalismus: Kampf für die Hebung des Lebensstandards für alle, volle Staatsbürgerrechte und Gewerk—schaftsschutz für alle eingewanderten Arbeiter, durch den Kampf. für die revolutionäre Wiedervereinigung, für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

# Privatauge über das Aufleben eines Vierten Reiches

*Nachfolgend drucken wir den „Lord Gnome“ (Zwergen—Lord)—Artikel ab, der als Leitartikel in Private Eye, Nr. 729, am 24. November 1989 erschienen ist.*

*Private Eye ist eine satirische britische Zeitschrift. Jede Woche bringt sie einen spöttischen Leitartikel, der vom angeblichen Eigentümer stammt, doch der Inhalt drückt gewöhnlich aus, wie sich leicht radikal angehauchte Journalisten vorstellen, was das herrschende britische Establishment gerade glaubt. Natürlich übernehmen wir keine Verantwortung für den angeborenen Chauvinismus des verrückten Lord Gnome, Meister im Heucheln und Symbolfigur der englischen herrschenden Klasse! Aber wir glauben, daß DDR—Bürger daran interessiert sind, einen Blick auf die Ansichten eines Teils der europäischen Bourgeoisien zu werfen, und besonders darauf, was der „little Englander“ über Wiedervereinigung denkt.*

---

Das Ende des Kalten Kriegs ist natürlich ein Grund zu großem Jubel. Der Anbruch einer neuen Ära der Freiheit für diejenigen, die so lange unter dem Joch des Kommunismus gelitten haben, ist eine Entwicklung, die vom Westen von ganzem Herzen begrüßt werden sollte.

Doch ist es nur vernünftig, selbst auf diesem Scheideweg in der Geschichte, zur Vorsicht zu mahnen. Wo die Ostdeutschen sich auf der Berliner Mauer unterhaken und die Nationalhymne singen, ist es vernünftig, einen leichten Vorbehalt anzumelden bei all der Euphorie, die solche Szenen hervorbringen dürften.

Dieser Vorbehalt besteht natürlich darin, daß ein wiedervereinigtes Deutschland, ein Viertes Reich, unter einem Führer, dem Führer, die mächtigste ökonomische, politische und militärische Macht auf der Welt wäre. Die Versuchung für Deutschland, Polen zu überfallen, wäre unwiderstehlich, und es wäre nur eine Frage der Zeit, bis die Sturmtruppen die Champs Elysées hinunter marschieren und die Nazi—Fahne über den Houses of Parliament flattert. Das ganze Europa würde unter dem gnadenlosen germanischen Stiefel einer wiederbelebten Herrenrasse zertreten werden, die im Bündnis mit den brutalen Japanern, die sich schon jetzt wiederbewaffnen, die gesamte Welt einer Tyrannei unterwerfen würden, wie man sie seit dem Mittelalter nicht mehr gesehen hat.

Doch das hieße, in die Zukunft vorauszueilen, und wir sollten vielleicht damit zufrieden sein, die offensichtlich wohltätigen Auswirkungen von Herrn Gorbatschows Glasnost im Ostblock zu schätzen zu wissen.

E. Strobes, Lord Gnome, Klein—England, UK

# Kontaktadressen

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 BerlIn 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

“

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den-Stalinismus Jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus In einem Land" ist eine nationalistische, antisoziallstlsche Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie Im Internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt Im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale stellt Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden -- verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und Innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht --, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern -- für ein rotes Rätedeutschland Im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen dio heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner In Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer. die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden Ist.

Der Schlüssel dazu; eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären Internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu Intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden -- eine •kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter In ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

Von Lenin und Trotzki lernen
heißt siegen lernen!

# El Salvador: Großartige Offensive der linken Aufständischen

Es mag ja sein, daß George Bush bei seinem Treffen mit Gorbatschow im Mittelmeer großsprecherisch den "Tod des Kommunismus" verkündet hat. Aber in Amerikas "Hinterhof" ging das US-Personal in Deckung und drängelte sich zum nächsten Flugzeug raus aus El Salvador. Es sah aus wie in Saigon 1975, als die geschlagenen imperialistischen Besatzer vom Dach der US-Botschaft aus wie die Wahnsinnigen in die letzten Hubschrauber kletterten.

Seit vier Wochen führen die mutigen salvadorianischen Aufständischen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) in der Hauptstadt San Salvador eine fast ununterbrochene Offensive. Die USA wurden durch die Stärke des Rebellenansturms erschüttert. Im vorigen Monat sperrten die Rebellen ein Dutzend US Green-Berets in ihrer Hotelsuite im Sheraton ein. Diese mörderischen Söldner in El Salvador sind Teil der amerikanischen Kampagne zur Zerschlagung der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, über die selbst die *New York Times* sagt, daß sie "tausende von Menschen in offizieller und nichtoffizieller Kapazität umfaßt".

Und was die verkommene herrschende Klasse in El Salvador angeht: Sie gewinnt nicht, sondern sie killt. "Wahlen unter Kontrolle der freien Welt" würden bedeuten, die faschistische ARENA an die Macht und den grauenhaften Terror der Todesschwadronen in die Straßen zu bringen.

Der Klassenkampf hört nicht einfach auf, weil Gorbatschow und Bush darin übereinstimmen, daß er aufhören sollte. Von Afghanistan bis El Salvador werden Washingtons antikommunistische Mörder von Niederlagen und Schwierigkeiten bedrängt, und das ist gut so. Ein rotes Räte-Berlin wäre nicht nur ein anfeuerndes Beispiel für die, die an der Front gegen den Imperialismus kämpfen, sondern würde konkrete materielle Hilfe leisten.




Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einen gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Preis: 0.05 M.

# SPARTAKIST

Nr. 5 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 13. DEZ. 1989

## An militante SEDler

# Für eine kommunistische Partei, basierend auf leninistischen Normen

Alles neu Im Osten. Aber nicht so ganz neu. Die "Erneuerer" wollen das zusammenbrechende Gerüst des abgewirtschafteten Stalinismus mit dem alten Fachwerk der Sozialdemokratie ersetzen. Heute veröffentlichte die SED "Diskussionsthesen" über eine "sozialistische Partei der DDR": Nationalismus. Reformismus, Basisdemokratie und Marktkonkurrenz, ohne die traditionellen Hinweise auf die Sowjetunion.

"Wir sind die Partei!" riefen die Demonstranten vor dem (ehemaligen) Zentralkomitee-Gebäude der SED. Das war am 8. November. Nach Jahrzehnten bürokratischer "Bevormundung" rebellierte die Basis. Krenz schlug eine Parteikonferenz zur Erneuerung der SED vor. sie verlangten einen Parteitag, um die Führung abzusetzen.

Genau einen Monat später traf sich der außerordentliche Parteitag. Die DDR-Regierung schon ersetzt. PB und ZK zurückgetreten. Krenz ausgeschaltet. Nach dem über Nacht dauernden Marathon gibt es eine neue Führung; an diesem Wochenende wird über neue Statuten abgestimmt. Dann ein neuer Name. Der neue Mann am Steuer. Gregor Gysi. möchte eine "moderne sozialistische Partei".

Mit all dem Gerede darüber, daß der Nord-Süd-Konflikt den Ost-West Kalten Krieg ersetzt. hätten die letzten Thesen von Willy Brandt anstatt von Gysis Experten verfaßt sein können. Aber was wird aus der DDR? Die Logik dieser sozialdemokratischen Politik geht in die Richtung. die Errungenschaften aufzugeben, die in den letzten 40 Jahren "aus den Trümmern" aufgebaut wurden. Und Millionen arbeitende Menschen sagen: Die DDR ist nicht zu verkaufen!

Die Enthüllungen über den Lebensstil im "Wolvograd" von Wandlitz zeigten ein Bild. das im Vergleich mit dem kapitalistischen Westen höchstens dem Standard der bessergestellten Mittelschichten entspricht. Aber dies entfachte eine gerechtfertigte Wut unter der Bevölkerung und der Partei, weil es in solch krassem Widerspruch mit den sozialistischen Idealen stand, die zynisch gepredigt wurden.

Aber mit all den kleinen Erichs, und Egon mit seinem ätzenden Grinsen, sind viele SED-Mitglieder weit entfernt davon, korrupte Bürokraten oder prinzipienlose Wendehälse zu sein. Sie haben sich nicht am Trog der Shop-Exquisit-Delikat gemästet, sondern die Knappheiten und Mängel mit dem Rest der Arbeiterklasse geteilt. Und sie taten das, weil sie an den Kampf für eine sozialistische Zukunft glauben.

Wohin sollen sich diese Genossen also richten. für eine Führung? Unter denen, die am 2. Dezember am Prenzlauer Berg demonstriert und "Wir sind die Partei" und "Nieder mit Stalinismus" gerufen haben, sind viele, die sich um die Plattform der SED-Organisation im Werk für Fernsehelektronik (WF) gruppiert haben. Die *Plattform WF* bekam auch von Akademikern der Humboldt Universität und SED-Gruppen der Akademie der Wissenschaften Unterstützung.

Dies war die Unterstützung der Basis für den zwischenzeitlichen "Arbeitsausschuß" unter der Führung von Modrow. Gysi und dem ehemaligen Auslands-Geheimdienstchef der DDR. Markus Wolf. Während die Plattform WF dazu aufruft, die "Partei zu säubern" und "unser sozialistisches Heimatland" zu verteidigen, ruft sie zur "Einheit der kommunistischen und sozialistischen Bewegungen der deutschen Arbeiterbewegung" auf. Im Entwurf ihrer Statuten stand es sogar noch deutlicher: Er stellt fest: "Die Partei ist Partei des ganzen arbeitenden Volkes", und besteht darauf, daß die arbeitenden Klassen "Identische Interessen" haben.

Dies ist natürlich Kautskys Formulierung der "Partei der Gesamtklasse". Ursprünglich wurde sie von der Zweiten Internationale als Rechtfertigung für eine Parteistruktur benutzt, in der konservative und bürokratische Schichten die Masse der Arbeiter dominierten.

Aber bei der Gründung der Komintern wurde dies das Ideologische Schlagwort für die erbitterten Angriffe der Sozialdemokraten gegen Kommunismus und Sowjetrußland.

Von ihrer Entstehung 1903 als eine Tendenz innerhalb der russischen Sozialdemokratie an. beharrten die Bolschewiken darauf, daß es notwendig ist. die Avantgarde der Arbeiterklasse in einer Partei mit revolutionärem Programm zu organisieren. Beide, Rosa Luxemburg und Leo Trotzki stellten sich ursprünglich gegen Lenins Konzeption, obwohl sie gegen die reformistischen Bernsteins und (damals) zentristischen Kautskys kämpften. Aber der furchtbare Verrat der Sozialdemokratie im imperialistischen Krieg überzeugte sie von der Notwendigkeit einer revolutionären, kommunistischen Partei.

Das Bestehen der Bolschewiken auf den Aufbau einer revolutionären Partei war entscheidend dafür, die Oktoberrevolution 1917 zu führen. Während der Entwurf der Statuten von WF stalinistische Praktiken ablehnt, lehnt er ausdrücklich Bolschewismus schlechthin ab. Und die Plattform von WF stellt in ihrem Aufruf explizit

Fortgesetzt auf S.2

## Sozialdemokratie ist Todfeind jeder Revolution

# Leninistische Normen...

Fortsetzung von S. l

Lenin mit Stalin gleich, wenn sie feststellt, daß wir uns von "unserer stalinistisch-kommunistischen Identität lösen müssen". Die Bourgeoisie benutzt dieselbe Gleichmacherei, wenn sie ihre Melodie zum "Tod des Kommunismus" abspielt.

Diese militanten SEDler lehnen formal die Sozialdemokratie ab, aber sie haben theoretisch Kautskys Formulierungen angenommen. Das ist nicht der Weg zu einem wirklichen Sozialismus, sondern zur Konterrevolution in sozialdemokratischen Farben.

**Bolschewismus, nicht Stalinismus**

Die Hypertrophie der Stalinisten und ihr Mißbrauch von "demokratischem Zentralismus" pervertieren die leninistische Parteiorganisation in eine vielschichtige Unterdrückung aller wirklichen Diskussion -- und besonders dieser schrecklichsten aller "Gefahren", daß sie zu einer Fraktion führen könnte.

Es muß ein demokratische Recht zur Fraktionsbildung geben und ihr Recht, sich innerhalb der Organisation auszudrücken. Dies schließt ein, daß angesichts ernsthafter und gefährlicher Probleme Parteispaltungen manchmal notwendig sind. Die Regeln der Arbeiterdemokratie sind nur für diejenigen abgegrenzt, die für die Konterrevolution organisieren, die zum Gewehr greifen. Alles andere ist Betrug, und ein Überbleibsel des gleichen Stalinismus, der länger als zehn Jahre brauchte, um sich der sowjetischen Gesellschaft vollständig aufzuzwingen, von 1924 bis zu den grauenhaften blutigen Säuberungen.

Rätedemokratie heißt auch freie, offene und sogar schmähende Debatten zwischen verschiedenen Parteien innerhalb der Arbeiterräte. So ist die Festschreibung der "führenden Rolle" der Kommunistischen Partei in der Staatsverfassung das genaue stalinistische Gegenteil von Arbeiterdemokratie: Unterdrückung von Diskussion im Rahmen der bürokratischen Herrschaft, *die notwendigerweise ein bürokratisches Regime innerhalb der "Partei "beinhaltet.* Eine wirkliche kommunistische Partei wird eine führende Rolle spielen, indem sie diese Führung in den demokratisch organisierten Räten gewinnt.

Verhärtete und sogar nicht ganz so harte Stalinisten schreien Anarchie. Aber Arbeiterdemokratie ist kein Amok laufender egotistischer Individualismus (dies trifft viel eher auf das Honecker-Regime zu). Es bedeutet Mehrheiten, die in Gruppen und Parteien organisiert sind und versuchen Mehrheitspolitik umzusetzen, während Minderheiten, die am nächsten Tag Mehrheiten werden könnten, das Recht nicht zur Sabotage, sondern zu tiefgehender Kritik haben; das Recht, ihre alternativen Lösungen voranzutreiben, während sie danach streben, das proletarische Gerüst in den Diskussionen sicherzustellen sowie das sozialistische Ziel eines gleichen und besseren Lebens für alle.

Es gibt eine Organisationsform für die gesamte Klasse -- sie nennt sich Sowjets. Die großen politischen und ökonomischen Fragen müssen durch frei gewählte Räte der Arbeiter, Soldaten und ihren Verbündeten gelöst werden. Diese Räte müssen bis hinauf zu einem Rätekongreß vertikal integriert werden, der seine Sitzungen in der gegenwärtigen Volkskammer abhalten könnte, um die Gesellschaft zu regieren. Die Löhne der Mitglieder der Sowjets würden nicht höher sein als die von Facharbeitern. Unter den Bedingungen der DDR sollten auch andere Gruppen eingeschlossen sein wie z.B. Angestellte, alte Menschen, Kollektivbauern, die Intelligenz und Studenten, Männer und Frauen des Militärs wie auch Sprecher für die sowjetischen Garnisonen.

Besonders müssen eingewanderte Arbeiter organisch in diesen Räten eingegliedert sein, die jeden Ausdruck des Chauvinismus gegen sie bekämpfen müssen. Und wie Lenin in seinem Buch *Staat und Revolution* und beim Aufbau des jungen Sowjetstaats darauf bestand, diese Räte-Delegierten müssen sich einer jederzeitigen Abwählbarkeit unterwerfen. Eine solche Herrschaft ist tausendfach demokratischer als jegliches bürgerlich-parlamentarisches Regime.

Heute versuchen die Sozialdemokraten, die für den Mord an Rosa Luxemburg verantwortlich waren, sie als "demokratische" Alternative zum Bolschewismus zu porträtieren. Aber beim Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1918, nach dem Sturz des Kaisers am 9. November, sagte sie, daß:

"das einigende Band und das bleibende, das rettende Prinzip nur in der Losung zusammengefaßt war: die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte. Das ist das Stichwort dieser Revolution, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen, sozialistischen Revolution gegeben hat — bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Moments, und wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das Abc Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte..."

Wie Rosa erklärte, und wie ihre Mörder bewiesen, die Sozialdemokratie ist der Todfeind jeder Revolution. Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt! Wir brauchen eine neue kommunistische Partei, basierend auf leninistischen Normen!



## Kontaktadressen

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden -- verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht --, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern -- für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasltentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen, Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden -- eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

Von Lenin und Trotzki lernen
heißt siegen lernen!

# Internationalistische Grüße an unsere kubanischen Genossen!

Die bolschewistische Revolution von 1917 hat alle revolutionären Kämpfer der Welt als vollberechtigte Bürger in der neuen sowjetischen Republik empfangen. Im selben Sinne reicht die proletarische politische Revolution in Deutschland Euch, unseren Klassenbrüdern, die Hand der internationalistischen Solidarität.

Die revolutionären Arbeiter der DDR begrüßen die fortwährenden Beiträge, die von Euch und Euren Landsleuten in Eurer siegreichen Revolution gegen die blutgetränkten nordamerikanischen Imperialisten und seine bürgerlichen kubanischen Allierten geleistet wurden. Wir anerkennen die schrecklichen Opfer, die Ihr erbracht habt, als Ihr Eure internationalistischen Anstrengungen zur Verteidigung von Angola und Namibia gegen die Kräfte der südafrikanischen Apartheid geleistet habt.

Ein neues Deutschland unter der Herrschaft einer wirklichen proletarischen Demokratie der Sowjets, der Arbeiter- und Soldatenräte -- ein rotes Deutschland, das Lenin, Luxemburg und Liebknecht als ihr Eigenes anerkennen würde --, wird allen hier lebenden brüderlichen Arbeitern anständige Löhne und Wohnungen geben, soziale Gerechtigkeit, Würde, Freiheit und Ehre.

Während der Stalinismus in Osteuropa unter seinem eigenen bürokratischen Gewicht zusammenbricht, gefährdet die beschwichtigende Politik gegenüber dem Imperialismus die Kämpfer von Jalalabad bis San Salvador.

Vereinigt Euch mit uns, um die DDR vom Stalinismus zu befreien, der alle und alles mißbraucht hat, und um mitzuhelfen, diejenigen zu besiegen, die den Kapitalismus von Hitlers Drittem Reich und dem seines Nachfolgers Kohl wiederherstellen wollen. Zusammen können wir gegen die Imperialisten kämpfen, die die Massen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zum Hunger verurteilen. Wir können zusammen kämpfen gegen die Unterentwicklung und die stalinistischen Praktiken, die Euer Land gefährden.

Es gilt, Solidaritätskomitees zu gründen, um die Arbeiterrevolution in Deutschland voranzutreiben -- zusammen können wir den Weg zeigen zu einer Zukunft mit sozialistischem Wohlstand für die ganze Menschheit.

Spartakist Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
Postfach 21 07 50
1000 Westberlin 21
Tel.: (030) 8 82 39 64

**SPARTAKIST-TREFFPUNKT UND LESERAUM**

geöffnet: Mo-Fr 17-20 Uhr
Sa-So 14-21 Uhr
geschlossen: 17. Dezember 1989

**öffentliche Veranstaltung**

**Samstag, 16 Dezember, 14 Uhr:**

**Trotzki: Die Russische Revolution und ihre Degenerierung**

**Halkevi Kottbusser Damm 74 2. Stock**
**U-Bahn Hermannplatz Westberlin**

# ¡Saludos intemacionalistas a nuestros compañeros cubanos!

## Internationalistische Grüße an unsere kubanischen Genossen!

## Internationalist greetings to our Cuban comrades

La Revolución Bolchevique de 1917 acogió **a todoi** lo* luchadores revolucionarios del mundo como ciudadanos plenos en la nueva república soviética. As( también la revolución política proletaria alemana les ofrece a ustedes, nuestros hermanos de dase, la mano **de** la solidaridad intemacionalista.

Los obreros revolucionarlos de la ROA saludan las aportaciones duraderas que Uds. y sus compatriotas han hecho en su victoriosa revolución contra los sanguinarios imperialistas norteamericanos y sus aliados burgueses cubanos. Reconocemos los terribles sacrificios que han hecho al llevar a cabo sus esfuerzos internacionalistas en su defensa de Angola y Namibia contra las fuerzas del *apartheid* sudafricano.

Una nueva Alemania gobernada por la genuina democracia proletaria de *soviets,* consejos de obreros y soldados—una Alemania roja que Lenin, Luxemburg y Liabknecht reconocerían como suya—extenderá a todos los trabajadores fraternales aquí un salarlo y vivienda decentes, la lgualdad social, dignidad, libertad y honor.

Mientras el estallnismo en Europa Oriental **se** derrumba bajo su propio peso burocrático, la claudicante política de Gorbachov de "coexistencia pacífica" con el imperialismo pone en peligro a combatientes desde Jalalabad hasta San Salvador.

Únanse a nosotros para ayudar a librar a la RDA del estallnismo abusivo y para ayudar a derrotar a los que restablecerían el capitalismo del Tercer *físeich* de Hitler y su sucesor, el Cuarto Fleich de Kohl. Juntos podemos luchar contra los imperialistas que condenan al hambre a las masas de Asia. África y América Latina. Juntos podemos luchar contra el subdesarrollo y las prácticas estalinistas que amenazan a su patria.

Hay que formar comités de solidaridad para avanzar la revolución obrera en Alemania—juntos podemos mostrar el camino hacia un futuro de abundancia socialista para toda la humanidad.

Spartakist Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
Postfach 21 0750
1000 Westberlin 21
Tel.: (030) 8 82 39 64

**¡Hasta la victoria siempre! ¡Poder a los consejos de obreros y soldados!**
**¡Por una Alemania Roja en una Europa Socialista!**

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74 Gedruckt in einen gewerkschaftlich organisierten Betrieb

5 Pfennig

# SPARTAKIST

Nr. 6 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 14. DEZ. 1989

## Tägliche ARPREKORR findet großen Anklang

# Bildet Spartakist-Gruppen

Die Imperialisten versuchen, die DDR in eine kapitalistische Wiedervereinigung hineinzupeitschen, was nicht nur in der Berichterstattung der westdeutschen Presse, sondern auch in der britischen und amerikanischen Presse deutlich sichtbar ist. Am Montag gab die SPD eine "Berliner Erklärung" für eine "Konföderation" heraus, die die DDR dem Imperialismus unterordnen würde. Der Zusammenbruch der SED hinterläßt ein Vakuum. Beide, Revolutionäre und Reformisten, haben ihre entgegengesetzten Ziele klar vor Augen. In der Mitte dazwischen gibt es eine Menge Konfusion, wie sich sich besonders in den Reihen der SED ausdrückt. Es ist notwendig, einen wirklich kommunistischen Pol zu schaffen und die Kernsektoren der Arbeiterklasse politisch zu bewaffnen, die entschieden sind, sich einem imperialistischen Angriff entgegenzustellen und die sozialen Errungenschaften der DDR zu verteidigen.

Dies ist die Basis für den dringenden Aufruf der Trotzkistischen Liga Deutschlands, Spartakist-Gruppen zu bilden. Die politischen Kriterien sind klar: Nieder mit dem Stalinismus und verteidigt die sozialisierten Eigentumsformen. Die Gruppen sind vor allem damit befaßt, *Spartakist/ARPREKORRT* verbreiten. Dem Bedürfnis und der Notwendigkeit von Diskussion und Analyse folgend, ist diese tägliche Zeitung dazu bestimmt, ein Journal für Pressekorrespondenz der Arbeiter zu sein. Besonders ist es nötig, daß wir wissen, was vorgeht und was die Leute in den Betrieben, in den Baracken und in den Schulen denken. Bereits jetzt schnappen sich Tausende und Abertausende die tägliche ARPREKORR -- mehr als 20 000 Zeitungen werden jeden Tag verteilt. Um aber gegen den kapitalistischen Ansturm zu bestehen, brauchen wir eine Million auf den Straßen.

Der Aufbau von Spartakist-Gruppen ist der Ausgangspunkt dafür, eine neue kommunistische Partei aufzubauen, die auf leninistischen Normen basiert. Denn ohne eine revolutionäre Partei

Fortgesetzt auf S.3

## Kein Ausverkauf der DDR!

# West-Makler stürzen auf Ost-Wohnraum

**Kapitalist:** "Ja, sehen sie die vielen Dörfer bei ihnen, die sowieso veröden. Die Jungen ziehen nach - äh. wie heißt das - Marzahn. oder so. und die Alten kratzen ab. Wir kaufen ihnen das ab. Wir brauchen das Pflaster nicht extra rauszureißen, der ganze alte Kram bleibt stehen. Sie restaurieren noch mal - aber ordentlich bitte. Und dann kriegen sie gutes Geld dafür."
**DDR-Bürger:** "Gutes Geld dafür, ja, das hört sich natürlich toll an... Wie weit wollen wir denn aber damit gehen? Eines Tages kaufen sie uns, na sagen wir mal. Jena oder Weimar ab!?"
**Kapitalist:** "Jena nun grade nicht. Da sitzt ja auch ihre Feldstecher-Firma. Aber über Weimar könnten wir durchaus schon mal nachdenken. Warum nicht? Sie schaffen ja doch unmöglich alles!"
**DDR-Bürger:** "Aber... der Sozialismus in der DDR..."
--aus dem Programm "Arche Nostra". Radio DT-64. 11. Dezember

Schon jetzt bekommen DDR-Bürger einen Vorgeschmack davon, was der Kapitalismus für sie bereithält. Wie die Haie stürzen sich West-Makler auf den durch Subventionen geschützten Wohnraum in der DDR. Mittels Raubspekulation und kriminellen Schwarzmarktmethoden unterlaufen sie die "rechtlichen Hürden" der DDR.

Wie die Westberliner *taz* in ihrer Mittwoch-Ausgabe berichtete, fingiert der Verband Deutscher Makler als Mafia-Beratungsstelle für "den Run auf Ost-Immobilien". Auf einer Pressekonferenz erklärte ein Verbandssprecher. daß seine Makler-Kollegen bereits "in den Startlöchern stehen, viele inserierten bereits auf der Suche nach Land in der DDR. Nicht nur in West-Berlin explodieren derzeit die Immobilienpreise, auch in der 'Zone' ist ein bislang nur bescheidener Schwarzmarkt zur vollen Blüte erstanden."

Noch (bis zum 31.12.) werden DDR-Besucher "großzügig" mit 100.-DM "begrüßt", ein schmaler Einsatz für die Milliardengewinne, die die Nachfolger von Abs und IG Farben aus den DDR-Arbeitern herauspressen wollen. Zur Zeit leben mindestens 14 000 Obdachlose auf Westberlins Straßen. Offiziell sind 93 000 Arbeitslose vermerkt. Die Mietpreise sind allein im letzten Jahr um bis zu 20% gestiegen, die bevorstehende Preisexplosion soll in unermeßliche Höhen schießen.

Die Arbeiter in Ost und West müssen das Recht auf Wohnraum gegen die imperialistischen Profithaie verteidigen: Verteidigt die DDR!

**Christoph Hein warnt:**

# Keine neostalinistischen Säuberungen

In einem Interview, das am 12. Dezember in *Junge Welt* erschien, warnte der Schriftsteller Christoph Hein berechtigt davor, Stalinismus durch stalinistische Säuberungen zu bekämpfen:

"Und wir müssen aufpassen, daß bei dieser notwendigen Aufrechnung nicht neues Unrecht geschieht. Sonst werden wir in 20 Jahren nicht nur die Opfer des Stalinismus betrauern, sondern auch noch die Opfer der Entstalinisierung rehabilitieren müssen. Das ist bereits der Neue Opportunismus, der jetzt wahllos Angehörige bestimmter Gruppen (der Polizei oder der Armee oder einer Partei wie der SED) angreift, denunziert oder ausgrenzt. Das ist eine neue Form von Stalinismus, nämlich ein Gemisch von Willkür, Dummheit und Arroganz,"

Stalinismus ist aber mehr als Willkür, Dummheit und Arroganz, wenngleich er dadurch gekennzeichnet ist. Stalinismus ist vielmehr ein System bürokratischer Herrschaft, basierend auf der politischen Enteignung des Proletariats. Wie man dagegen kämpfen kann? Mit Arbeiterdemokratie -- der Herrschaft der Arbeiterräte.

**Soldatenrat verhindert Aktenbrand**

# Als das Dzierzynski-Regiment die Stasi umzingelte

In der ersten Ausgabe der *Arbeiterpressekorrespondenz* berichteten wir, daß 500 Mitglieder des Wachregiments "F. Dzierzynski" ein Soldatenkomitee bildeten, um die anhaltende Vernichtung von Akten und Dokumenten im Stasi-Hauptquartier zu verhindern. Der Augenzeuge J.G. berichtete, wie das Regiment rund um das Gebäude in der Normannenstraße Position bezog, um das Verschwinden von ganzen Wagenladungen von Dokumenten zu stoppen.

Am Donnerstag, dem 7. Dezember, ging ich um 17 Uhr 30 los, um einen Freund am Alexanderplatz zu treffen, In der nächsten Stunde war eine Gruppe von einigen hundert Menschen am Alex, die mehrere Banner trugen -- "Einigkeit, Recht, und Freiheit" und SDP. Wir schlössen uns der Demonstration gegen die Wahlfälschung an. Es gab nicht sehr viele Banner in dieser Demonstration, aber das größte war eindeutig: "Benutzt doch Eure Macht. Baut Arbeiterräte!" Wir marschierten mit der Demonstration durch den Weihnachtsmarkt und kehrten zum Alexanderplatz zurück. Die Organisatoren kündigten an, daß sie vorhatten, bis zum Stasi-Hauptquartier in der Normannenstraße in Lichtenberg zu marschieren.

Die Leute standen so nahe wie sie konnten am Gebäude, es gab ein Gefühl der Euphorie, sich auf Stasi-Gelände zu befinden. Die 350 Menschen standen so nahe wie möglich an den Toren, riefen einige Losungen und sprachen mit den Wachen. Schließlich kam der Staatsanwalt -- ich habe nie verstanden warum --, und alle gingen zu ihm, um mit ihm zu reden und zu entscheiden, welche zehn Leute aus der Menge den Komplex betreten dürften.

Während die Menge zurück zur Straße ging,um mit dem-Staatsanwalt zu sprühen, blieben einige Leute bei den Toren des Stasi-Gebäudes zurück. Direkt, unter mir waren fünf oder sechs Wachen und irgendetwas, das in Zivil herumstand. Ich sprach mit einem neben mir stehenden Wachposten, der ziemlich jung aussah, aber sehr begeistert über die Vorgänge war. Er trug volle Uniform. Ich fragte ihn, ob er in der Dzierzynski-Brigade ist.

Ja, ich bin in der Dzierzynski-Brigade.

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischenMacht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht --, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern -- für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische lnternationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen ! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden -- eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

Von Lenin und Trotzki lernen
heißt siegen lernen!

Ist es wahr, daß Ihr einen Soldatenrat gebildet habt?

Ja,

Ich schaute in den riesigen Komplex und sah, daß dieses Ding bis weit zurückreichte, aber direkt hinter der Auto-Einfahrt, innerhalb des Komplexes, stand eine Gruppe von ungefähr 30 Leuten in Zivilkleidung. Ich fragte ihn, was die dort machten. Er sagte, daß sie Stasi-Angestellte seien und nach Hause gehen wollten. Ich fragte, warum sie nicht heimgehen konnten, und er antwortete stolz: Weil wir sie nicht lassen. Ich sagte: Meinst du, daß der Soldatenrat entschieden hat, sie nicht herauszulassen? Und er antwortete: Wir werden sie solange nicht herauslassen, bis wir den Befehl dazu bekommen.

Ich fragte ihn, ob er ein Flugblatt wolle, und er antwortete, nein, besser nicht. Und dann sagten die großen Typen in Zivil, die ziemlich bedrohlich aussahen, nimm's doch, das ist kein Problem. Ich nahm daher mein letztes Exemplar der *Arbeiterpressekorrespondenz (Spartakist)*, die ich am Weihnachtsmarkt gekauft hatte, und gab es ihm. An dieser Stelle bildete sich ein Kreis der anderen Wachposten, die anfingen, das Flugblatt zu lesen.

Sie fragten mich, ob ich Mitglied der Organisation bin, die die Zeitung/das Flugblatt herausbringt. Ich sagte, nein, ich hatte es am Weihnachtsmarkt gekauft. Es war ermüdend, nur an dem kleinen Gitter zu stehen und auf die Wachen zu starren, deshalb unterhielten wir uns noch ein bißchen, und dann bin ich gegangen.

## Spartakist-Gruppen...

Fortsetzung von S.1

kann es keine Revolution geben. Das war die Lehre von Ungarn 1956. Heute entfaltet sich wieder eine politische Revolution, anfänglich langsam, doch bereit, jederzeit zu explodieren. Arbeiterdemokratie, basierend auf Räten, ist der Pol, der der stalinistischen bürokratischen Herrschaft entgegengesetzt ist. Gestellt ist Revolution oder Konterrevolution international. Der Kampf für proletarische politische Revolution in Osteuropa, von Workuta bis Berlin, muß mit einer sozialen Revolution im kapitalistischen Westen verbunden werden. Für Arbeiter- und Soldatenräte! für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

## Kontaktadressen

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Cách mệnh quốc-tế chào đón cộng sản bạn Việt-Nam!

# Internationalistische Grüße an unsere vietnamesischen Genossen!

# Интернационалистические приветы к нашим Вьетнамским товарищам!

# Salutations internationalistes à nos camarades vietnamiens!

# Internationalist greetings to our Vietnamese comrades!

Die bolschewistische Revolution 1917 hieß revolutionäre Kämpfer aller Länder als gleiche Bürger in der neuen Sowjetrepublik willkommen. So reicht auch die politische Revolution der deutschen Arbeiter Euch, unseren Klassenbrüdern, die Hand der internationalistischen Solidarität.

Revolutionäre Arbeiter in der DDR respektieren zutiefst den dauerhaften Beitrag, den Ihr und Eure Landsleute in Eurem siegreichen Kampf gegen die blutigen französischen und US-Imperialisten geleistet habt. Wir anerkennen die bitteren Opfer, die Ihr erbracht habt, um die völkermörderischen Kräfte Pol Pots in Kambodscha aufzuhalten, angesichts des Peldzugs des rachsüchtigen Imperialismus, der das vietnamesische Volk aushungern wollte.

Ihr habt in diesem Land gelebt und gearbeitet und dabei niedrige Löhne, Beschimpfungen, elende Wohnbedingungen ertragen müssen. Ein neues Deutschland unter wirklicher Arbeiterrrätedemokratie, unter Arbeiter- und Soldatenräten -- ein rotes Deutschland, das Lenin, Luxemburg und Liebknecht als ihr eigenes anerkennen würden -- wird auch Euch verschaffen, was Euch zusteht: anständigen Lohn und Wohnungen, soziale Gleichheit, Würde, Freiheit und Ehre.

Schließt Euch uns an, um zu helfen, die DDR vom Stalinismus, der alle und alles mißbraucht, zu befreien und um diejenigen zu besiegen, die den Kapitalismus von Hitlers Drittem Reich und seinem Nachfolger, Kohls Viertem Reich, zurückbringen wollen. Gemeinsam können wir die westlichen Imperialisten bekämpfen, die Eure Familien und Genossen zu Hause aushungern wollen. Gemeinsam können wir die verzweifelte Armut und die stalinistischen Praktiken bekämpfen, die Euer Land bedrohen.

Gründet Solidaritätskomitees, um zu helfen, die Arbeiterrevolution in Deutschland voranzutragen -- gemeinsam können wir den Weg zeigen in eine Zukunft des sozialistischen Reichtums für alle Menschen.

Spartakist-Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands


Spartakist Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
Postfach 21 07 50
1000 Westberlin 21
Tel.: (030) 8 82 39 64


**VÔ SẢN TOÀN THẾ GIỚI, TỔ HIỆP LẠI!**


Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich; C. Rosen, 2000 Hamburg 74 Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

5 Pfennig

# SPARTAKIST

Nr. 7 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 15. DEZ.1989

# NATO-Drohung gegen die DDR

NATO-Generalsekretär Manfred Wörner sagte auf einem Treffen von westlichen Außenministern, daß das antisowjetische Militärbündnis stark bleiben muß, um in Ländern zu intervenieren. die "Unordnung" erleben. Dies geht Hand in Hand mit einer Pressekampagne in den USA und Britannien, die DDR stünde am Rande der Anarchie. Nicht die "Unordnung" stört die Imperialisten, sondern die Möglichkeit einer neuen proletarischen Ordnung, einer *proletarischen politischen Revolution,* die die kollektivierten Eigentumsformen verteidigt, die die Imperialisten umstürzen wollen. Diese Ordnung würde sich auf Arbeiterdemokratie gründen, würde erneut Arbeiter- und Soldatenräte wie 1918 errichten. Bietet sich die NATO als die heutigen Freikorps an? So könnte Washington "freie Wahlen" in Osteuropa garantieren. so wie sie es in Zentralamerika tun: mit CLA-gedrillten Todesschwadronen.

Aber während der sowjetische Außenminister Schewardnadse nach Brüssel eilt, täten die NATO-Kriegstreiber gut daran, sich einen Augenblick an die 375 000 Rotarmisten zu erinnern, die in Ostdeutschland stationiert sind. Gorbatschows "Detente"-Konzessionen haben den Appetit der Imperialisten nur angeregt. Aber er hat auch klar gemacht, daß die Sowjetunion gegen die Schmiedung eines Vierten Reichs, bei der die deutschen Imperialisten die DDR einverleiben, Widerstand leisten würde. Wenn die NATO gegen andere Ostblockstaaten (z.B. die CSSR) vorginge, stünden ihr diese sowjetischen Kräfte im Norden und im Westen im Wege. Für seine eigenen Zwecke hat Willy Brandt in der *Süddeutschen Zeitung* (14. Dezember) daraufhingewiesen, daß die sowjetischen Kommandeure am 9. Oktober in Leipzig intervenierten, um ein Blutbad zu verhindern. Sowjetische Soldaten stellen die erste Verteidigungslinie gegen den imperialistischen Wahn dar, den Kommunismus in ganz Mitteleuropa "zurückzuwerfen".

Nieder mit der NATO! Für die bedingungslose militärische Verteidigung von der DDR und der Sowjetunion?

## An den SED-Parteitag; Weder Stalin noch Kautsky!

# Für eine bolschewistische Partei im Sinne von Lenin und Trotzki!

*Nachstehend drucken wir Auszüge aus einem Referat, das Renate Müller, Mitglied der* Spartakist *-Redaktion, am vergangenen Samstag bei der wöchentlichen Spartakist-Veranstaltung in Westberlin hielt. Die Genossin war gerade vom Sonderparteitag der SED zurückgekehrt, an dem sie als Pressekorrespondentin teilnahm.*

Ich weiß nicht, ob die Genossen vielleicht im Rundfunk die Reden der Parteitagsmitglieder gehört haben. Im wesentlichen war es eine von Konfusion und Hilflosigkeit geprägte Debatte. Sie haben klar gesagt, daß sie schon jeden Tag -- so hat eine Delegierte aus Erfurt erzählt -- 20 Parteibücher auf den Tisch geknallt bekommen. daß Mitglieder der SED weinend kommen und völlig demoralisiert sind oder sogar verfolgt werden.

Programmatisch, würde ich meinen, versucht die SED ihren Bankrott dadurch zu lösen, daß sie sich öffnet für die Sozialdemokratie, obwohl viele -- und auch innerhalb der Führung der SED -- offensichtlich wissen, daß die Sozialdemokratie die Hauptgefahr für die DDR ist. Gysi und Modrow haben, glaube ich, sehr klar in ihren Referaten geschrieben und angesetzt im wesentlichen an den nationalen Gefühlen, die es gibt und die wir gesehen haben, die in den Demonstrationen in Leipzig benutzt werden, vor allem

Fortgesetzt auf S.2

**Kommt zur Diskussionsveranstaltung**

**IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**Samstag, 16. Dezember, 14 Uhr**
**Trotzki: Die Russische Revolution und ihre Degenerierung**

**Halkevi Türkisches Volkshaus**
**Kottbusser Damm 74**
**2. Stock Hinterhaus**
**U-Bahn Herrmannplatz, Westberlin**

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr
Sa.-So. 14-21 Uhr
geschlossen: Sonntag. 17.Dezember

# Lenin und Trotzki

Fortsetzung von S. 1

von der wirklichen Opposition in der DDR, nämlich der SDP, der sozialdemokratischen Partei.

Ich glaube, jeder weiß, daß die deutsche Bourgeoisie in Form der Kohl-Regierung sehr schnell in die Offensive gegangen ist, als sie gesehen hat, daß die DDR in einer Krise ist wie alle anderen osteuropäischen Arbeiterstaaten. Sie hat versucht, ihren Profit daraus zu schlagen und endlich daran zu gehen, die DDR zu verschlingen für die Deutsche Bank, nämlich wirklich eine Deutsche-Bank-Republik zu schaffen. Und wir wissen, was das bedeutet. Das kann man nur bewaffnet und blutig durchsetzen, weil es bedeutet, wirklich ökonomische und politische Unterdrückung im imperialistischen Sinne für die DDR-Arbeiterklasse.

Und die deutsche Bourgeoisie bleibt nicht dabei stehen, sondern will ihr Viertes Reich aufbauen. Das heißt natürlich, neben der DDR, Polen -- was sie schon halb aufgekauft hat und zum Bankrott treibt -- wieder übernehmen, um endlich Großdeutsch wieder zu schaffen. Und um dieses Programm der deutschen Bourgeoisie durchzusetzen, geht man hier viele Wege.

Die SPD hat ihre Kanäle, ihre Opposition aufzubauen und apelliert vor allem an die Illusionen innerhalb der DDR-Arbeiterklasse. Diese ist natürlich nicht besonders begeistert von der CDU und von den bürgerlichen Parteien, aber ist abgestoßen von dem bankrotten Regime der SED. So daß die Frage einer wirklichen Alternative, Konterrevolution oder Revolution, sich sehr scharf stellt, gerade im Moment auch in der DDR,

Und das war, glaube ich, das Gefühl von vielen SED-Mitgliedern, die. angetreten sind, einen Sozialismus aufzubauen und die sich verraten und verkauft, fühlen, nachdem sie herausgefunden haben, daß ihre Führung durch und durch korrupt ist.

Das hat eine Parteitagsdelegierte auch gesagt: Wir sind verantwortlich für das Erzeugen von Antikommunismus in den 40 Jahren unserer Tätigkeit. Die Schlußfolgerung ist dann bei ihnen: Man muß das Wort "Kommunismus" streichen. Man muß das Wort "Arbeiterklasse" streichen. Mari muß das Wort "Diktatur des Proletariats" streichen. Man muß sich anpassen an die rückständigen Gefühle. Man muß sich vielleicht Sozialistische Partei nennen.

Die Frage von Avantgarde, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Strömungen der Sozialdemokratie organisiert oder des stalinistischen Ausverkaufs, ist eine der wichtigsten Sachen. Deshalb sagen wir: für eine leninistisch-egalitäre Partei. Gysi behauptet, daß die Alternative zum Stalinismus Sozialdemokratie ist -- zurück zu Kautsky, zu Ebert und Noske, zu den Bluthunden der Revolution 1918-19. Und das bedeutet, die DDR an die westdeutschen Bankiers preiszugeben.

Wir aber haben das Konzept von wirklicher Rätemacht. Und da werden die Arbeiter in den verschiedensten Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung repräsentiert sein. Es ist notwendig, eine Avantgardepartei dazu zu haben, die unerbittlich für das proletarische unversöhnliche Programm kämpft, um nämlich in revolutionärer Weise, wie es in der Oktoberrevolution 1917 war, die Diktatur der Arbeiterklasse auszuüben,

Und wir müssen durch einen ganzen Berg von stalinistischen Lügen hindurchpflügen, um zu erklären, was war wirklich das Programm Lenins, was war die Oktoberrevolution, wofür standen Liebknecht und Luxemburg.

## Demonstriert gegen Kohl in Dresden!

Für Dienstag, den 19. Dezember, wurde eine Demonstration in Dresden gegen Wiedervereinigung-mit. dem kapitalistischen Westdeutschland und urn gegen Kohls Besuch zu protestieren, angekündigt. Während die NATO finster mit einer Intervention östlich der Elbe droht, lädt der Premierminister Modrow den Kanzler der Bundesrepublik zu Diskussionen über eine "konföderative" Struktur, die die kollektivierte Wirtschaft und die ganze Existenz der DDR bedroht, Wir rufen die Unterstützer der Spartakist-Gruppen dazu auf, am Protest gegen den imperialistischen Angriff teilzunehmen. Bringt eure Genossen, nehmt Stapel von ARPREKORR und der neuesten Ausgabe von *Spartakist*, jetzt wöchentlich! Interveniert für internationalistische Propaganda für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!



## Kontaktadressen

ARPREKORR erscheint täglich, um in die brisanten politischen Entwicklungen in der DDR mit revolutionärer Politik zu intervenieren. Dazu brauchen wir Eure Kommentare, Briefe, Fragen. Berichtet aus der Fabrik, der Schule, der Universität. Jeder Leser muß ein ARPREKORR-Korrespondent -werden! Nur so wird ARPREKORR immer mehr zum kollektiven Agitator und Organisator der Spartakist-Gruppen werden! Schreibt uns an:

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroiscnen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Wfflkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Le&en früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden — eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Internationalistische Grüße an unsere Genossen, die sowjetischen Soldaten und Offiziere!

Im Winter 1917 eröffnete die bolschewistische Revolution der Menschheit den Weg, in kom— munistischer Solidarität zu leben. Sie winkte in erster Linie dem deutschen Proletariat, ihr zu folgen. In diesem Winter reicht euch, Genossen Sowjetoffizlere und Sowjetsoldaten, die ihr Wache steht gegen den westlichen Imperialismus, die politische Revolution der deutschen Arbeiter die Hand der internatIonalistIschen Solidarität!

Revolutionäre Arbeiter in der DDR respek— tieren zutiefst den heroischen Kampf und die ungeheuren Opfer, die die Rote Armee für die Zerschlagung des Faschismus erbracht hat.

Wir sind angetreten, um die DDR vom Stalinis— mus zu befreien, der alle und alles mißbraucht, und um die zu besiegen, die den Kapitalismus von Hitlers Drittem Reich und seinem Nachfolger, Kohls Viertem Reich, zurückbringen wollen. Ein neues Deutschland, in dem eine wirkliche Ar— beiterdemokratie von Arbeiter— und Sol— datenräten herrscht — ein rotes Deutschland, das Lenin, Luxemburg und Liebknecht als Ihr eigenes anerkennen würden — wäre auch Euer Sieg!

Viele Winter lang standet Ihr und Eure Väter hier Wache, an der Frontlinie gegen die Im— perialisten, die unsere gemeinsamen Ziele bedro— hen. Ihr steht Wache zur Verteidigung der Errun— genschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden.

Weit entfernt von zu Hause habt Ihr diese Bürde getragen und persönliche Opfer gebracht. Wir salutieren Eure Dienste und wollen nicht, daß ihr Euch von Euren deutschen Klas— senbrüdern abgeschnitten fühlt.

Brüder Offiziere und Soldaten! An diesem Neujahrs—Feiertag solltet Ihr und Eure Familien, die Eure Wache geteilt haben, mit unseren Fami— lien zum Feiern und in Freundschaft zusam— menkommen und einen Trinkspruch ausbringen auf das Ziel, das wir als Genossen gemeinsam haben.

Glasnost! Freundschaft! Solidarität!

Spartakist—Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
Postfach 21 07 50
1000 Westberlin 21
Tel.: (030) 8 82.39 64

# Internationalistische Grüße an unsere Genossen, die sowjetischen Soldaten und Offiziere!

## Интернационалистический привет нашим товарищам советским солдатам и офицерам!

Зимой 1917 года большевистская революция открыла перед человечеством возможность жить в условиях коммунистической солидарности. Эта революция одним из первых привлекла немецкий пролетариат. А нынешней зимой немецкая рабочая политическая революция обращается к вам, наши друзья – советские солдаты и офицеры, защитники от империалистов Запада, и протягивает вам руку интернационалистской солидарности!

Революционные рабочие ГДР глубоко чтут героическую борьбу и величайшие жертвы Красной армии, уничтожившей фашизм!

Сегодня мы выступаем, чтобы очистить ГДР от вредного сталинизма, а также против тех, кто мечтает о возвращении капитализма "третьего райха" Гитлера и его наследника – "четвертого райха" Коля. Мы выступаем за новую Германию под управлением настоящей рабочей демократии в лице рабочих и солдатских советов. И эта новая красная Германия, которую приветствовали бы Ленин, Люксембург и Либкнехт, будет одновременно и вашей победой!

Долгие годы вы и ваши отцы стояли здесь на фронтовой линии, на страже наших общих завоеваний от угрозы империализма. Вы стояли на страже завоеваний рабочего класса, которих вы добились путем поражения капитализма. Далеко от вашего дома вы несли это бремя и приносили личные жертвы. Мы приветствуем и высоко ценим вашу трудную службу, и нам бы хотелось, чтобы вы не чувствовали себя разобщенными с вашими немецкими классовыми братьями.

Наши братья – советские солдаты и офицеры! Пуст нынешний Новый год станет причиной для совместного праздника нашей дружбы, во время которого вы и ваши семи, полностью разделяющие с вами все ваши трудности и заботы, смогли бы вместе с нами отпраздновать нашу дружбу и провозгласить товарищеский тост за нашу общую целы!

**Гласносты! Дружба! Солидарносты!**

**Спартаковцы**


Spartakist-Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
Postfach 21 07 50
1000 Westberlin 21
Tel.: (030) 8 82 39 64



Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 8 Montag, 18. Dezember 1989 5 Pfennig

# Spartakist-Gruppe Berlin gegründet!

Um in der überaus kritischen Lage der DDR eine marxistisch/leninistische Perspektive für die Werktätigen aufzuzeigen, wurde am 16.12.89 die Spartakist-Gruppe Berlin/DDR gegründet. Welche Ziele haben wir?

- Wir sind für eine politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, um die sozialen Errungenschaften zu verteidigen und auszuweiten.

- Wir sind für proletarische Demokratie, d. h. die politische Macht gehört ausschließlich in die Hände frei gewählter Räte der Arbeiter, Soldaten und ihrer Verbündeten, insbesondere Angestellte, Rentner, Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz, Studenten und Schüler.

- Gegen die Pläne einer kapitalistische Restauration, die die Existenz der DDR in Frage stellt, kämpfen wir im Interesse der Werktätigen. Kein Ausverkauf der DDR - für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas!

- Den zunehmenden nationalistischen Tendenzen stellen wir konsequenten Internationalismus entgegen. Das bedeutet insbesondere: Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter.

- Die DDR ist entstanden aus den Trümmern des von der

*Fortgesetz auf S.3*

## Revolution und Massenrekrutierung

In Zeiten von revolutionärem Aufruhr ist es gerade für eine revolutionäre Partei möglich und dringend notwendig, einen radikalen Sprung vorwärts zur Massenrekrutierung zu tun. In der Revolution 1905 mußte Lenin vom Anfang an, nach dem Massaker des Blutigen Sonntag am 9. Januar, den Widerstand des konservativen Parteiapparats überwinden, um rasch Zehntausende von jungen Arbeitern in die Partei zu bringen, die wirklich kämpfen wollten. In seinem Artikel im Februar 1905 "Neue Aufgaben und neue Kräfte" schrieb Lenin:

> "Notwendig ist es, kühner, schneller und in breiterem Umfang junge Kämpfer *für alle, auch für die letzten* unserer Organisationen zu werben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, ohne eine Minute zu verlieren, *Hunderte* neuer Organisationen zu gründen. Jawohl, Hunderte, das ist keine übertreibung, und erwidert mir nicht, es sei jetzt 'zu spät", sich mit einer solch umfangreichen Organisationsarbeit zu befassen. Nein, es ist niemals zu spät, sich zu organisieren. Die Freiheit, die wir gesetzlich erringen, und die Freiheit, deren wir uns ohne Gesetz bemächtigen, müssen wir dazu ausnutzen, die verschiedenen Parteiorganisationen zu vervielfachen und alle, bis zur letzten, zu stärken."

## Trotzkistische Liga Deutschlands;

# Grüße an den Außerordentlichen Parteitag der SED

Nachstehend veröffentlichen wir Grüße an den außerordentlichen Parteitag der SED, die die Trotzkistische Liga Deutschlands überbringen wollte. In einem Brief vom 7. Dezember hoben wir hervor:

> "Wir glauben, daß eine wirkliche Kommunistische Partei Deutschlands dringend notwendig ist, eine neue Partei, die dem Sozialismus ergeben ist, die gegen die Lügen und Verbrechen des Stalinismus steht, gegen imperialistischen Kapitalismus, und die geschmiedet werden muß im Geiste der Gründer der KPD, der Genossen Luxemburg und Liebknecht, und des Genossen Lenin von der Kommunistischen Internationale.
>
> Wir glauben, daß viele Genossen der SED diese Auffassungen teilen. Aus diesem Grund ersuchen wir, unsere kurzen Grüße an Eure äußerst wichtige Konferenz richten zu können."

---

Als Trotzkisten sind wir unbeugsame Verteidiger der kollektivierten Wirtschaft — einer historischen Errungenschaft der Arbeiterklasse der DDR, die um jeden Preis erhalten und erweitert werden sollte. Eure Veranstaltung findet in einer Situation statt, die von Lenin folgendermaßen beschrieben wurde: Die an der Spitze können nicht mehr regieren wie zuvor, und die unten wollen nicht mehr regiert werden wie zuvor. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter der DDR will erhalten, was sie als sozialistische Gesellschaftsordnung auffassen, aber sie wollen nicht länger verhöhnt werden, sie wollen nicht aus den Entscheidungsprozessen über die Verwaltung ihrer Wirtschaft und über ihr persönliches Leben herausgehalten werden. Sie sind zu Recht über das Schauspiel der massiven Korruption empört, das von denjenigen verbrochen wurde, die vorgaben, in ihrem Namen zu herrschen. Ohne wirkliche Arbeiterdemokratie ist die Wirtschaft nicht lebensfähig. Zweifellos gibt es in den Reihen der SED viele ernsthafte und ehrliche Arbeiter, die den Stalinismus hassen, aber den Weg zum wirklichen Kommunismus finden wollen.

Die DDR ist in Gefahr. Die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Kumpane wollen die DDR in eine kapitalistische Wiedervereinigung mit Westdeutschland hinein-

*Fortgesetz auf* 5.2

# Briefe an Spartakist/ARPREKORR

*Wir veröffentlichen hier eine kleine Auswahl von Briefen und Beiträgen, die in den letzten Tagen bei* Spartakist/ ARPREKORR eingingen.

* * * * *

10. 12. 1989

**Dieses Land braucht eine neue, starke KP**

Hallo!

Ich bin Arbeiter. Leider ist meine Arbeit zur Zeit so, daß es nicht möglich ist mal persönlich vorbeizuschauen, deshalb schreibe ich.

Ich war sehr froh, von Euch zu hören. Bin SEDler. Doch das war wohl nie meine Partei, schon gar nicht jetzt, wo dieses "Positionspapier" verabschiedet wurde, in dem man alles aufgibt, sich mit Sozialdemokraten und weiß ich wem in einen Topf wirft. Ja dieses Land braucht eine neue starke KP -- möchte in dieser Hinsicht mit Euch in Kontakt kommen, möchte mehr erfahren, mehr wissen über Euch und was ihr wollt, auch andere, die so denken wie ich. Ist das möglich?

**Der Internationalist Karl Liebknecht 15.**12.1989

Es gibt viele Leute, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als ihre Vorbilder anerkennen. Diese Leute lehnen aber häufig die Forderung nach Weltrevolution ab. Ich möchte sie daran erinnern, was Karl Liebknecht am 9. November 1918 bei der Ausrufung der sozialistischen Republik sagte:

"Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.

Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur!"

Erst Stalin persönlich hat die Forderung nach Weltrevolution diffamiert und dieses stalinistische antikommunistische Erbe wird heute immer noch weitergeführt.

# Grüße...

*Fortsetzung von S. l*

peitschen, auf dem Wege zu einer Konterrevolution in der UdSSR. Seit 1917 haben die Imperialisten niemals ihren Versuch aufgegeben, die Errungenschaften der Oktoberrevolution und ihre Ausweitungen zu zerschlagen. Häßlicher Nationalismus und Chauvinismus erheben ihr Haupt. Die Wirtschaft ist durch bürokratische Mißwirtschaft und den Druck der imperialistischen Welt gefährdet. Notwendig ist die Errichtung einer wirklichen Arbeiterdemokratie, die auf Arbeiter- und Soldatenräten basiert, in denen alle Parteien, die die proletarische Ordnung verteidigen, ihre Programme gegeneinanderstellen könnten. Diese Räte werden in geeigneter Weise mit denen umgehen, die Verbrechen begangen haben, und werden danach trachten, die Unschuldigen zu integrieren. Gewalt und Provokationen von denen, die nicht glauben, daß die Arbeiterklasse ihre eigene Macht errichten kann, oder von denen, die eine kapitalistische Restauration anstreben, sollten durch die organisierten Arbeiter gestoppt werden. Solche Räte wurden von den russischen Arbeitermassen 1917 gebildet und von den ungarischen Arbeitern 1956 versucht. Notwendig ist eine neue KPD, eine leninistisch-egalitäre Partei, basierend auf dem Kommunismus von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wladimir Iliitsch Lenin.

Was ist falsch gelaufen? Die Niederlage der Deutschen Revolution 1923-24 öffnete Stalin und seinen Kumpanen den Weg, die von Lenin und Trotzki geführte bolschewistische Partei zu zerstören. Die Stalinisten erfanden das falsche Dogma des Sozialismus in einem Lande und drückten es mit Gewalt durch. Das war eine Negation der notwendigen bolschewistischen internationalistischen Perspektive und führte zu vielen schweren Niederlagen für die Arbeiterklasse. Der Verrat von SPD und Stalinismus ermöglichte es dem Ungeheuer Hitler, die Macht zu ergreifen. Doch sogar Stalin vernichtete nie völlig die Errungenschaften der Oktoberrevolution. 1945 befreite die Rote Armee Deutschland und den größten Teil Europas von den Nazis.

Der Versuch, "Sozialismus in einem halben Land" aufzubauen, basierend auf dem Märchen einer friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus, hat sich als grausamer Schwindel erwiesen. Wir müssen uns heute an den mutigen Kampf der Arbeiter in der DDR im Juni 1953 erinnern, die sich mit dem Aufruf "Räumt Euren Mist in Bonn jetzt auf, in Pankow säubern wir das Haus" an die Arbeiter im Westen wandten. Wir sind für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Eine leninistische Lösung hier würde einen machtvollen Eindruck auf die Arbeiter im Westen machen und den Würgegriff der SPD, diesem Trojanischen Pferd für kapitalistische Wiedervereinigung, lockern. Wirklicher Internationalismus heißt auch, für die Zerschlagung der faschistischen Banden durch machtvolle Arbeitermobilisierungen zu kämpfen. Für volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Die Krise des Stalinismus ist offensichtlich. Möchtegern-Führer, die sich gestern noch "Kommunisten" nannten, wenden sich zunehmend zur Sozialdemokratie, zum gefährlichen Katzengold "Marktsozialismus" und schlimmer. Im Westen hat sich die SEW aufgelöst, die DKP steht kurz davor. Aber dieser eingestandene politische Bankrott hält den Klassenkampf nicht auf. Der Stalinismus ist schwer angeschlagen, doch der Kommunismus lebt — von den Arbeitern in der DDR über die sowjetischen Bergarbeiter bis zu den linken Aufständischen in El Salvador.

Wie der heroische Chef der Roten Kapelle, Leopold Trepper, anerkannte, hatten nur die Trotzkisten ein kohärentes revolutionäres Weltbild: "Mit Recht klagen die Trotzkisten heute jene an, die damals mit den Wölfen heulten und nach dem Henker riefen. Doch sollten sie nicht vergessen, daß sie uns gegenüber den ungeheuren Vorteil hatten, ein geschlossenes System zu vertreten, das geeignet war, den Stalinismus abzulösen, und an dem sie in der tiefen Not der verratenen Revolution Halt fanden: Sie 'gestanden' nicht, denn sie wußten, daß ihr Geständnis weder der Partei noch dem Sozialismus nützte."

Was wir brauchen ist eine anerkannte revolutionäre Führung, die der Arbeiterklasse ihren rechtmäßigen Platz erkämpft. Die Trotzkistische Liga Deutschlands ruft zu einer neuen KPD auf, im Geiste von Lenin, Luxemburg und Liebknecht.

16. Dezember 1989

## Kontaktadressen

ARPREKORR erscheint täglich, um in die brisanten politischen Entwicklungen in der DDR mit revolutionärer Politik zu intervenieren. Dazu brauchen wir Eure Kommentare, Briefe, Fragen. Berichtet aus der Fabrik, der Schule, der Universität. Jeder Leser muß ein ARPREKORR-Korrespondent werden! Nur so wird ARPREKORR immer mehr zum kollektiven Agitator und Organisator der Spartakist-Gruppen werden! Schreibt uns an:

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | TLD<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht -, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern - für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden - eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Spartakist-Gruppen...

*Fortsetzung von S. 1*

Roten Armee zerschlagenen Hitlerfaschismus. Wir sind für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, um die braune deutschnationale Pest zu zerschlagen.

Wir sind Internationalisten in der Tradition von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki.
Die Gründung der Spartakist-Gruppe Berlin soll ein entscheidender Schritt sein, um auch in anderen Städten und Gemeinden Spartakist-Gruppen zu bilden. Zu den Aufgaben, die wir uns stellen, gehören:

- die Aneignung und Vermittlung der historischen Lehren der internationalen Arbeiterbewegung.
- der Verkauf der Arbeiterpressekorrespondenz als Sprachrohr der Spartakist-Gruppen und weiterer Literatur der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).
- die Verbreitung von Grüßen an sowjetische Soldaten und an unsere Kollegen aus Polen, Vietnam, Kuba, Mozambique und Ungarn.
- die Durchführung von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen.

Alle, die mit unseren Zielen übereinstimmen, rufen wir auf, mit der Spartakist-Gruppe zu diskutieren. Nehmt mit uns Kontakt auf über:

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
oder Tel. (030) 8 82 39 64

# Zerschlagt das Nazipack durch Arbeitermobilisierung

Mehrere Arbeiter haben ARPREKORR von ihrem Schock und ihrer Sorge über die zunehmenden faschistischen Angriffe in der DDR erzählt. Allein in den letzten Tagen wurden etliche Vorfälle berichtet:

Ein Arbeiter aus Frankfurt an der Oder teilte am vergangenen Mittwoch dem Jugendradio DT 64 mit. daß Skinheadbanden wiederholt Gäste des dortigen Jugendhotels, wo viele ausländische Gäste übernachten, unter den Rufen "Ihr seid nicht arisch" bedrohten.

Die *Berliner Zeitung* (13. Dezember) berichtete, daß am Montag abend am Berliner Alexanderplatz ein junger Sprecher durch Pfiffe aus der von der (sozialdemokratischen) SDP organisierten Demonstration gestört und niedergebuht wurde, als er über die Arbeit von antifaschistischen Gruppen in der DDR berichten wollte. Die *BZ* bemerkte, daß in diesem Jahr bereits 144 Nazis wegen faschistischer Aktivität verhaftet wurden, verglichen mit 44 Leuten im ganzen Jahr 1988.

Die Wochenendausgabe *Junge Welt* berichtete, daß die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald von der "Untergrundbewegung Republikaner" einen faschistischen Brief erhielt, in dem gedroht wird: "Haltet die Öfen offen, jeder Schuß ein Ruß' und ein Kommunist!"

In der Bundesrepublik gab es am Dienstag in Göttingen einen weiteren faschistischen Angriff. Vor dem Gerichtsgebäude griffen Skinheads unter "Rotfront verrecke"-Rufen Autonome an, die wegen antifaschistischer Aktivitäten vor Gericht mußten, und verletzten sie mit Stahlruten und Tränengaspistolen schwer. Bereits letzten Monat war eine Antifaschistin durch die Polizei in Göttingen vor ein Auto getrieben und getötet worden. In Baden-Württemberg haben die Faschisten bei Wahlen in einigen städtischen Bezirken bis zu 14 Prozent erhalten.

In der DDR wollen die Faschisten die Speerspitze für Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Deutschland, also für Konterrevolution, werden. Pamphlete der Republikaner tauchten bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig auf, wo deutschnationalistische Raserei zunimmt. Mit ihrem antisemitischen, antikommunistischen und ausländerfeindlichen Dreck versuchen die Faschisten, eine Situation der Unordnung zu schaffen, die von der westlichen Presse hinausgetrompetet und als Vorwand für eine imperialistische Intervention benutzt werden kann.

Der neugegründete Jüdische Kulturverband in Berlin äußerte sich sehr besorgt über Antisemitismus, Rassismus und Chauvinismus in der DDR. Ebenso rief die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora dazu auf, "die antifaschistischen Grundlagen des Staates zu erhalten und zu festigen".

Am Mittwoch abend fand in der Berliner Staatsbibliothek eine vom Neuen Forum unterstützte Veranstaltung über das Anwachsen von Neonazis in der DDR statt. Die Historikerin Heidi Pfarr bemerkte, daß die Stasi Skinheads dazu benutzt hat. Punks und Linke zu attackieren. Es wurde berichtet, daß mehr als 150 Neonazis Menschenjagden im Umkreis von Weimar durchführten und daß Faschisten sich bei Fußballspielen organisieren, besonders mit Hertha BSC-Fans aus Westberlin.

Die Sprecherin schlug darauf vor, daß Geschichte "besser unterrichtet" werden müsse, damit die Menschen gegenüber der faschistischen Bedrohung sensibilisiert werden, und argumentierte für die Hebung des "DDR-Bewußtseins". Ein SEDler, der für die *Zeitschrift der Widerstandskämpfer* arbeitet, rief dazu auf, Informationen zu sammeln, um die von Kohl & *Co.* organisierte Konterrevolution zu stoppen. Doch die Frage ist wie.

Ein Artikel in der Wochenendausgabe von *Neues Deutschland* stellt "eine ansteigende Ausländerfeindlichkeit" fest: "Beispielsweise gegen Vietnamesen, auch Formen des Antisemitismus sind vorhanden, primitiver Antikommunismus." Doch nirgendwo ruft *ND* zu Aktionen auf. Unter den sich bildenden linken Gruppen wird zu einer Einheitsfront gegen Faschismus aufgerufen. Doch zu oft bedeutet dies die Herausbildung eines Propagandablocks anstatt einer machtvollen Einheitsaktion.

Lenin und die frühe Kommunistische Internationale faßten die Einheitsfront unter der Losung "getrennt marschieren, vereint schlagen" zusammen. Trotz politischer Differenzen müssen die Arbeiterbewegung und alle Gegner des Faschismus sich zu einer gemeinsamen Aktion zusammenschließen, um das braune. Pack zu zerschlagen. Dazu rief Trotzki 1931-33 dringend auf, um Hitlers Machtergreifung zu verhindern, während die Sozialdemokraten sich elendiglich weigerten, zu mobilisieren, und die Stalinisten den "Sozialfaschismus" als Hauptfeind denunzierten.

Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) haben in jüngster Zeit besonders in Frankreich und in den Vereinigten Staaten Einheitsfront-Massenmobilisierungen gegen Faschisten initiiert. Bei einer *Spartakist*-Veranstaltung im letzten Monat in Westberlin zeigten wir einen Video-Film über die von Spartakisten initiierte Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen in Philadelphia, die den Ku Klux Klan und die Nazi-Skinheads stoppten. Wie ein Besucher aus Berlin feststellte: Genau das brauchen wir, 50 000 organisierte Arbeiter, die nach Westberlin marschieren, um diese Faschisten zu stoppen!

*Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter! Mobilisiert jetzt die Macht der Arbeiter, m der DDR wie auch in der BRD, in Einheitsfrontaktionen, um die Faschisten zu stoppen!*

## Demonstriert gegen Kohl-Besuch — Kein Ausverkauf der DDR !

Für den morgigen Dienstag wurden Demonstrationen angekündigt gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung mit Westdeutschland und um gegen Kohls Besuch zu protestieren. Während die NATO finster mit einer Intervention östlich der Elbe droht, lädt der Ministerpräsident Modrow den Kanzler der Bundesrepublik zu Diskussionen über "konföderative" Strukturen ein, die die kollektivierte Wirtschaft und sogar die Existenz der DDR bedrohen. Wir rufen die Unterstützer der Spartakist-Gruppen dazu auf, am Protest gegen den imperialistischen Angriff teilzunehmen. Bringt eure Genossen und Kollegen mit, nehmt Stapel von *ARPREKORR* und der neuesten Ausgabe von *Spartakist*, jetzt wöchentlich! Interveniert für internationalistische Propaganda für ein Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

## Kommt zur Diskussionsveranstaltung

**IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr**

**"Marktsozialismus" erzeugt mehr Elend - Für proletarische politische Revolution von der UdSSR über Osteuropa bis zu China!**

**Halkevi, Kottbusser Damm 74**
**2. Stock Hinterhaus**
**U-Bahn Herrmannplatz, Westberlin**

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr
Sa.-So. 14-21 Uhr

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 9 Dienstag, 19. Dezember 1989 5 Pfennig

# Demonstriert gegen Kohl-Besuch!

## Aufruf! Kolleginnen und Kollegen von NARVA BGW!

Am 19.12.89 befindet sich Bundeskanzler Kohl in der DDR. Dort geht es um den langsamen aber programmatischen Ausverkauf unseres Landes in ökonomischer und ideologischer Sicht.

Einige Initiativgruppen und neue Parteien der DDR rufen zur Demonstration zum Kohl-Besuch auf.

Laßt nicht zu, daß auf dieser Demo nur Verlierer und intellektuelle Spinner das Sagen haben.

Darum rufe ich alle Arbeiter auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen und zu zeigen, wer die Macht in diesem Land hat.

Andreas Mais

**Termin: *19.12.*1989**

**Treffpunkt: 16.45 Uhr Das gute Buch am Alex**
**17.00 Uhr Demo am Alexanderplatz**
**18.00 Uhr Kundgebung Platz der Akademie**

## Gegen kapitalistische Wiedervereinigung Arbeiter in Ost und West: Zeigt unsere Kraft!

Helmut Kohls heutiger Besuch in Dresden zielt als erster aggressiver Schritt in Richtung Anschluß mit dem kapitalistischen Westdeutschland. Die sozialen Errungenschaften, die von den Werktätigen der DDR mit ihrer eigenen Arbeit aufgebaut wurden, sind in tödlicher Gefahr. Reaktionäre deutschnationalistische Kräfte erheben ihr Haupt, aber die Arbeiter haben die Macht, die Bundesrepublik-Revanchisten und ihre Helfershelfer zu stoppen. Es gibt bereits Aufrufe zu Protestdemonstrationen in Berlin, Dresden und Rostock. In Frankfurt am Main organisieren westdeutsche Gewerkschaften eine Demonstration "gegen ein Viertes Reich". Die Spartakist-Gruppen rufen Arbeiter, Studenten und Soldaten dazu auf: Marschiert gegen Kohl-Besuch und kapitalistische Wiedervereinigung!

Wir haßen's satt mit dem Ausverkauf der DDR! Jetzt erteilt die *BZ am Abend* Nachhol-Lektionen über Bernstein und Kautsky. Es ist schon lange her, daß die Sozialdemokratie sich in die Dienste der Imperialisten stellte, die Oktoberrevolution angriff und die Ermordung von Rosa und Karl in Gang setzte. Beim Sonderparteitag der SED am Samstag bezichtigte der Vorsitzende der Wirtschaftskommission Nowakowski das Modrow-Regime für ihre Pläne für Joint ventures und Aktiengesellschaften des "Verrats an der Arbeiterklasse". Dafür verlangten die "demokratisch-sozialistischen" Manager seinen Abtritt. Dagegen verabschiedeten bei der Bergmann-Borsig-Fabrik in Berlin 400 SED-Mitglieder eine Erklärung gegen einen Ausverkauf der DDR und ihrer Verschlingung durch die BRD.

Wir richten uns an Mitglieder und ehemalige Mitglieder der SED, an alle, die bereit sind, den Arbeiterstaat zu verteidigen und vom Stalinismus zu säubern. Bei Bergmann-Borsig, Maschinenfabrik 7. Oktober, WF, NARVA und überall sonst - Kommt in geschlossenen Reihen aus Euren Fabriken, damit die Kapitalisten wissen, daß wir uns die Früchte unserer Arbeit nicht rauben lassen! An die westdeutschen Arbeiter von der Ruhr bis zum Hamburger Hafen appellieren wir, Solidarität durch Klassenkampf gegen Eure kapitalistischen Herren zu zeigen. In Ost und West müssen wir unsere ausländischen Klassenbrüder gegen rassistische Angriffe verteidigen. *Für ein Rotes Rätedeutschland in einem Sozialistischen Europa!*

**-Kommt zur Diskussionsveranstaltung**

**IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr**

**"Marktsozialismus" erzeugt mehr Elend - Für proletarische politische Revolution von der UdSSR über Osteuropa bis zu China!**

**Halkevi, Kottbusser Damm 74**
**2. Stock Hinterhaus**
**U-Bahn Herrmannplatz, Westberlin**

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr
Sa.-So. 14-21 Uhr

## Schluß mit der abgewirtschafteten stalinistischen Autarkie!

# Effektive Planwirtschaft durch Arbeiterdemokratie!

*Die folgende Erklärung des Internationalen Sekretariats der Internationalen Kommunistischen Liga richtete sich an den Außerordentlichen Parteitag der SED.*

Genossen: 17. Dezember 1989

Die harte wirtschaftliche Lage in der DDR verschlechtert sich zunehmend. Es gibt keine stabilen kurzfristigen Lösungen, solange sie von einer Teilnahme der nationalisierten Wirtschaft der DDR am politisch hochgradig manipulierten "kapitalistischen" Weltmarkt abhängig sind. Durch eine Hinwendung zum Osten und indem gegen die Perestroika-Kampagne der Sowjetunion interveniert wird, kann eine gewisse Stabilität durch gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch von Gütern und Rohmaterialien erreicht werden. auf der Basis von Weltmarktpreisen, hoher Qualität und ausreichendem Angebot, damit die ökonomischen Stärken der DDR und der UdSSR sich ergänzen können. Es gibt Kräfte in Polen, Ungarn und der CSSR, die ihre Länder auf den Stand von Israel reduzieren wollen. Durch Klassenkampf könnten die Werktätigen dieser drei Länder sehr viel lernen, wenn sie die zunehmende Verelendung der israelischen Massen sehen - jetzt, wo Israel nicht länger ein "Frontstaat" im Krieg gegen den Kommunismus ist.

Das Streikrecht" bei den sowjetischen Bergarbeitern im letzten Sommer war mehr als gerechtfertigt. Jeder Streik, besonders in der DDR, muß sich durchaus anhand seiner Auswirkung auf die gesamte Bevölkerung und die Arbeiter rechtfertigen lassen. Wenn die Arbeiter einer Fabrik in ihrem Betrieb die Produktion auch nur für einen Tag einstellen, um eine revanchistische neofaschistische Mobilisierung oder ein Pogrom gegen eingewanderte Arbeiter zu zerschlagen, oder wenn es Kämpfe gäbe gegen die Liquidierung der DDR, dann wären diese Aktionen nicht nur gerechtfertigt, sondern lebenswichtig. Dies sind nur einige Beispiele von Entscheidungen, die Arbeiterrate in der DDR treffen müßten.

Die führende Rolle jeder Partei muß sich durch lebhafte Debatten in solchen Arbeiterräten beweisen, und sie ist durch weitere Debatten und durch lederzeitige Abberufung der Arbeiterdelegierten, die das Vertrauen ihrer Unterstützer verloren haben, komplett umkehrbar. W.I. Lenin hat in *Staat und Revolution* sehr treffend über diesen Mechanismus der Arbeitermacht geschrieben. Wir glauben, daß ein Großteil der SED-Mitglieder, die wirklich den Sozialismus gewollt haben, sich mit vielen ihrer früher verfolgten Kritiker m einer neuen Partei zusammenschließen muß, die sich verpflichtet, die internationale Planwirtschaft und das Außenhandelsmonopol aufrechtzuerhalten; die Subventionierung von Wohnungen, Gesundheit, Erziehung, Grundnahrungsmitteln und ähnlichem weiterzuführen; Widerstand zu leisten gegen die Eingliederung durch den oligarchischen Westen; den Stalinismus mit Stumpf und Stiel auszurotten - und als Beweis dafür die sozialen Verhältnisse der ausländischen Arbeiter in der DDR gegen Angriffe zu verteidigen und zu verbessern. Nach 40 Jahren SED unter Ulbricht und Honecker muß dies eine neue Partei sein, eine KPD, wie sie sich durch eine Fusion der revolutionären Kräfte gegründet hat.

All diese Ziele müssen mit einer energischen Offensive für eine ähnliche proletarische politische Erneuerung in der Sowjetunion verbunden werden, damit sich eine weit umfangreichere Gesamtwirtschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gegen die Fünfte Kolonne der Sozialdemokraten verteidigen kann, die den Kapitalismus restaurieren wollen, und gegen breite Teile der Intelligenz, die sich - manchmal naiverweise - einbilden, daß sie das süße Leben der neuen kapitalistischen Herren führen werden. Fürs erste, *richtet den Blick nicht nach Westen, sondern nach Osten.* In der ersten Nummer von *Spartacist*, die vor zweieinhalb Jahrzehnten in Amerika veröffentlicht wurde, erklärten wir:

> "Wir haben den Titel *Spartacist* nach dem Namen des Spartakusbund gewählt, wie es schon die deutsche revolutionäre Linke, geführt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, im Ersten Weltkrieg taten. Die deutschen Spartakisten haben im Krieg einen mutigen Kampf gegen ihre imperialistischen Herrscher geführt und mußten darüberhinaus Schritt für Schritt gegen die degenerierten, patriotischen Mehrheitssozialisten ihrer Tage Kämpfen.
>
> In den Vereinigten Staaten hat die trotzkistische Jugend Anfang der 30er Jahre ihre Zeitung *Young Spartacus* genannt. Sie stellte eine hervorragende journalistische Verbindung von revolutionären Ideen mit einer Anleitung zum Handeln dar. Auch heute streben wir nach nichts anderem, als diesem Namen gerecht zu werden, den wir für unser Vorhaben ausgewählt haben, um den Standpunkt des konsequenten *Trotzkismus*, des authentischen revolutionären Marxismus unserer Epoche, auszudrücken."

# Bildet Spartakist-Gruppen!

Die Arbeiterklasse Ost- und Westdeutschlands braucht eine revolutionäre kommunistische Partei, eine neue KPD, um die parasitäre Bürokratie im Osten und den Kapitalismus im Westen zu stürzen. Für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg!

Um die Basis für eine wirkliche kommunistische Partei zu legen, ruft die Trotzkistische Liga Deutschlands, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) dazu auf: Gründet Spartakist-Gruppen!

Die Spartakist-Gruppen bauen auf revolutionäre, proletarische und internationalistische Prinzipien. Das heißt proletarische Mobilisierung zur Zerschlagung von faschistischen/rassistischen Terroristen; es heißt Kampf um volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter; und es heißt Kampf gegen den preußisch-deutschen Nationalismus, gegen antipolnischen Chauvinismus.

So nennt die Spartakist-Gruppe Berlin in ihrer Gründungserklärung vom 16. Dezember als eine ihrer internationalistischen Aufgaben "die Verbreitung von Grüßen an sowjetische Soldaten und an unsere Kollegen aus Polen, Vietnam, Kuba, Mozambique und Ungarn."

In derselben Erklärung heißt es: "Gegen die Pläne einer kapitalistischen Restauration, die die Existenz der DDR in Frage stellt, kämpfen wir im Interesse der Werktätigen. Kein Ausverkauf der DDR — für eine Rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas!"

Für die Wiedergeburt der revolutionären Einheit des deutschen, polnischen und russischen Proletariats, verkörpert durch Rosa Luxemburg!




Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 10 Mittwoch, 20. Dezember 1989 5 Pfennig

# Berlin: 15000 auf der Straße gegen Ausverkauf der DDR

Als der bundesdeutsche Kanzler Kohl mit Ministerpräsident Modrow in Dresden zusammentraf, demonstrierten m Berlin bis zu 15 000 gegen die Vereinnahmung der DDR durch die kapitalistische BRD. Die Berliner Kundgebung, zu der von Unterzeichnern des Appells 'Tür unser Land" aufgerufen worden war, wurde von SED-Grundorganisationen stark unterstützt. Unter den Losungen, die am Platz der Akademie gerufen wurden, ragte "DDR — keine Kohlonie!" hervor und, wiederholt, "Nazis raus, Nazis raus!" Ein Transparent proklamierte "Für Vereinigung! Die DDR soll die BRD schlucken!"

In Dresden versammelten sich 40-50 000 Wiedervereiniger. Viele riefen "Schwarz, rot, gold — wir sind ein Volk!" und "Deutschland - einig Vaterland!" Unter den Demonstranten gab es einige Tausende, die von der Bundesrepublik speziell mitgeschleppt wurden, um Kohl zu bejubeln. Am Tag zuvor verteilten Neonazis der westdeutschen NPD Flugblätter in Leipzig. Aber während ein paar Tausend "Deutschland über alles" sangen, hat die überwiegende Mehrheit der 150 000 Leipziger im Schweigemarsch m Solidarität mit den Opfern gegen den Stalinismus protestiert. An der Tür des ehemaligen Stasi-Gebäudes wurden Plakate zu Ehren der Opfer Stalins, darunter Leo Trotzki und Willi Münzenberg, angebracht.

Die Initiatoren der Berliner Demonstration "wider Vereinigung" erklären, sie wollen keine "Bananenrepublik". Aber sie haben sich in Wirklichkeit schon ergeben. In Flugblättern haben sie die DDR als eine zerquetschte Dose dargestellt und "nicht wegwerfen" hinzugefügt. Kleinbürgerliche Kräfte wie Neues Forum träumen davon, am Steuer einer Mercedes-Benz-Republik zu sitzen. Sie können nichts verteidigen und sorgen sich nicht um die Werktätigen, für die eine kapitalistische Wiedervereinigung Massenarbeitslosigkeit, rassistische Angriffe, Berufsverbote bedeuten würde. Am Tage der Demonstration selbst waren es hauptsächlich SEDler, die mobilisierten.

Als ein Sprecher von Demokratie Jetzt von "deutscher Einheit" sprach, wurde er ausgepfiffen. Gregor Gysi, neugewählter Vorsitzender der umgetauften SED-PDS, erntete hingegen großen Beifall, als er am Platz der Akademie das Wort ergriff. Er erinnerte daran, daß seine Familie —

*Fortgesetzt auf S.3*

## Für eine Sozialistische Balkan-Föderation

# Rumänien: Ceausescu schlägt brutal zu

Ceausescus familieneigene stalinistische Autokratie hat eine Demonstration gegen die Regierung in der westrumänischen Stadt Timisoara brutal zerschlagen. Es ist schwierig, bei gegenwärtigem Grenzverschluß und Pressezensur genaue Nachrichten zu bekommen. Aber die Stalinisten haben schon früher blutige Verbrechen begangen, und Ceausescu ist bestimmt kein Menschenrechtler.

Timisoara liegt in Transsilvanien, einer Region im Zentrum von Rumäniens 2 Millionen starker ungarisch sprechender Minderheit. Die Demonstration wurde provoziert, als Ceausescus Schläger einen lokalen Priester und Bürgerrechtssprecher für die ungarische Minderheit abtransportieren wollten. Zwei Tage zuvor legten in der deutschsprachigen Region Arbeiter m Brasov mit dem Verlangen, daß ihre bitterkalten Fabriken geheizt werden, ihre Werkzeuge nieder und kämpften mit der Polizei. Vor zwei Jahren explodierte diese Stadt geradezu in einem Aufstand, als Massenproteste von Arbeitern "Essen! Wärme! Freiheit!" forderten.

Soldaten hier berichteten, daß einige Offiziere in der NVA eine "rumänische Lösung" gegenüber der politischen Revolution in der DDR, die die stalinistische Herrschaft erschüttert hat, unterstützen. Doch angesichts der machtvollen ostdeutschen Arbeiterklasse und abgeschreckt durch die sowjetischen Armeekommandanten, wies die SED-Bürokratie Honeckers Befehl für ein Massaker im Stile Beijings zurück und entmachtete ihn und seine Kumpane und stellte sie unter Hausarrest. Es ist eine gute Sache, daß die politischen Entwicklungen in der DDR ohne Blutvergießen vor sich gingen und eine weitreichende, offene und demokratische Debatte über die Zukunft des Landes ermöglichen.

Doch diejenigen, die Gorbatschows Marktreformen als eine Alternative zu bürokratischer Korruption und Mißwirtschaft

*Fortgesetzt auf* S.2

**Kommt zur**

**Diskussionsveranstaltung**

**IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr**

**"Marktsozialismus" erzeugt mehr Elend - Für proletarische politische Revolution von der UdSSR über Osteuropa bis zu China!**

**Halkevi, Kottbusser Damm 74**
**2. Stock Hinterhaus**
**U-Bahn Herrmannplatz, Westberlin**

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr
Sa.-So. 14-21 Uhr

# Briefe an Spartakist/ARPREKORR

**Welche Wiedervereinigung?**

15. 12. 1989

Sehr geehrte Internationalisten!
Ich habe in dieser Woche die Ausgabe 3 des Spartakist erhalten und möchte gern Verbindung zu Ihnen aufnehmen.

In der DDR scheinen jetzt ja Parteien wie Pilze aus der Erde zu schießen, welche man davon als marxistisch-leninistisch bezeichnen kann, weiß ich nicht. Gestern stand in der *Berliner Zeitung*, daß unser LDPD-Staatsratsvorsitzender Manfred Gerlacn unter Umständen für eine Einheit beider deutscher Staaten ist, welches im Interesse beider Länder nur in Etappen geschehen kann. Wie mag er sich die Umstände und Etappen wohl vorstellen? Erste Etappe Enteignung der Konzernherren der BRD oder umgekehrt meistbietende Versteigerung aller VEB und Kombinate der DDR? Dazu keine genaue Äußerung. Die neue Verfassung soll die Einführung von Länderstrukturen vorsehen, zum neuen Wahlgesetz liegt auch noch kein Entwurf vor. Seit Egon Krenz Rücktritt wurde M. Gerlach gestern das erste Mal in seiner Funktion als Staatsratsvorsitzender erwähnt.

Ich bin der Meinung, eine Einheit beider deutscher Staaten kann es so lange nicht geben, wie es zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen gibt. Ich wünsche mir zwar ein einheitliches Deutschland, aber ein sozialistisches von der Oder-Neiße-Friedensgrenze bis zu Rhein und Ruhr.

Wie kann ich Ihre Arbeit in der Vierten Internationale unterstützen?
Mit herzlichen Grüßen
H.L., Berlin

**Mehr zur Vierten Internationale**

12. 12. 1989

Liebe Spartakisten!
Wir sind Lehrlinge. Wir sind beide Mitglied der SED und schreiben Euch aus folgendem Grund: Durch Zufall bekamen wir die Arbeiterpressekorrespondenz SPARTAKIST Nr. 1 vom 7. Dezember 1989 in die Hand. Wir müssen zugeben, daß wir von der 4. Internationale und von der Trotzkistischen Liga Deutschlands noch nichts wissen. Nach aufmerksamen Lesen der Zeitung stellten wir fest, daß uns Eure Ziele im Großen und Ganzen gefallen, wenn wir auch nicht mit allem vollständig konform gehen. Trotzdem oder gerade deshalb würden wir gern mehr über die 4. Internationale und deren deutsche Sektion erfahren und möchten gern jeder ein Exemplar Eurer Zeitung abonnieren...

Wir würden uns außerdem sehr freuen, wenn wir weiter mit Euch in Verbindung bleiben könnten, um mit Euch über den Inhalt Eurer Beiträge zu diskutieren und um unsere Meinungen zu bestimmten Geschehnissen in der DDR und in der BRD und Berlin (West) auszutauschen!

Verabschieden möchten wir uns mit einem Satz von Karl Marx:

> "Wenn man ein Ochse sein wollte, könnte man natürlich den Menschheitsqualen den Rücken kehren und für seine eigene Haut sorgen."

Mit sozialistischem Gruß
M.Z., M.S., Eisenhüttenstadt

# Rumänien...

*Fortsetzung von S. 1*

sehen, sollten die sowjetische Republik Moldawien betrachten. Dort strebt die rumänischsprechende Mehrheit nach Privilegien und steht in einem blutigen Bürgerkrieg gegen die russischen und ukrainischen Minderheiten der Republik. Durch Perestroika wurden die ökonomische Autarkie und blutige nationalistische Konflikte angefacht.

Die kommunistische Alternative zum Kommandostalinismus und zum Marktstalinismus wurde durch Christian Rakowski verkörpert. Nach zwei Jahrzehnten revolutionärer Aktivität im Balkan schloß sich Rakowski der Bolschewistischen Partei an und wurde zum Kopf der neuen Ukrainischen Sowjetrepublik gewählt. Seine reichen Erfahrungen mit nationalen Konflikten und Unterdrückung im Balkan hatten ihn auf die Aufgabe vorbereitet, aus dem Mosaik der Nationalitäten, aus dem die Ukraine besteht, eine Bastion der Sowjetmacht herauszubilden, und das inmitten der deutschen Besetzung und des Bürgerkriegs.

Später, nach Lenins Tod, nahm Rakowski den Kampf gegen großrussischen Chauvinismus auf. Er war Trotzkis zweiter Mann in der Linken Opposition, die den Kampf gegen die Enteignung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch die Bürokratie führte. Rakowski kämpfte gemeinsam mit Trotzki und anderen proletarischen Internationalisten dafür, mit den blutigen nationalistischen Konflikten, die seit Jahrhunderten den Balkan verschlingen, ein für allemal Schluß zu machen. Sie riefen zu einer Sozialistischen Föderation auf, geschmiedet durch den Respekt für das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Jetzt, wo der sowjetische Block inmitten wachsender nationalistischer Konflikte auseinanderfällt, ist dieser Aufruf dringender als je zuvor.

# Kontaktadressen

ARPREKORR erscheint täglich, um in die brisanten politischen Entwicklungen in der DDR mit revolutionärer Politik zu intervenieren. Dazu brauchen wir Eure Kommentare, Briefe, Fragen. Berichtet aus der Fabrik, der Schule, der Universität. Jeder Leser muß ein ARPREKORR-Korrespondent werden! Nur so wird ARPREKORR immer mehr zum kollektiven Agitator und Organisator der Spartakist-Gruppen werden! Schreibt uns an:

| Westberlin | Hamburg |
|---|---|
| Postfach 21 07 50<br>1000 Berlin 21<br>Tel: (030) 8 82 39 64 | **TLD**<br>c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31<br>2000 Hamburg 11 |

# Kurz kommentiert

## ND: Weltproletarier gestrichen

Die Montagausgabe von *Neues Deutschland* hat sich neu "positioniert". Ab jetzt nennt sich das ehemalige "Zentralorgan des ZK der SED", nach Auflösung des ZK und Umbenennung der Partei in SED-Partei des Demokratischen Sozialismus, glatt "Sozialistische Tageszeitung". Und die Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" ist verschwunden.

Dies soll eine Welle von "Anrufen und Fernschreiben" ausgelöst haben, "manche mit kritischem Ton", als Leser für die Marxsche Losung plädierten. *ND* leugnet, daß dies eine "Kursänderung" bedeute. In gewissem Sinne nat sie recht. Der Stalinismus ist immer ein nationalistisches Phänomen jgewesen, der das leninistische Programm der sozialistischen Weltrevolution zugunsten eines mythologischen "Sozialismus in einem Lande" zu Hause und "Volksfront" mit der Bourgeoisie im Ausland aufopferte. Dies führte 1943 logischerweise zu Stalins Auflösung der Kommunistischen Internationale.

Die "Klassenlosigkeit" der "modern-sozialistischen" SED-PDS liegt auf derselben Linie. Aber der Klassenkampf hört nicht auf. Und viele Menschen in der DDR und innerhalb der SED halten die Traditionen des Internationalismus immer noch hoch. Der Bankrott des Stalinismus aber führt dazu, daß er nicht nur die Politik, sondern auch Symbole und Losungen des Kommunismus preisgibt: statt proletarischer Internationalismus jetzt kleindeutscher Nationalismus. Jetzt ist es so klar wie noch nie, wie wir schon in *ARPREKORR* Nr. 2 unterstrichen, "Die Trotzkisten sind doch die wirklichen Kommunisten!"

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Le&en früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden — eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

*Fortsetzung von S. l*

Kommunisten jüdischer Herkunft — vor der Naziherrschaft fliehen mußte. Aber seine Aussage war rein defensiv: "Wenn wir von der BRD einverleibt würden, würden wir zum Armenhaus der BRD." Wir Trotzkisten fühlen uns denen näher, die das Banner trugen "Für die Wiedervereinnahme der BRD durch die DDR!"

Plakate der Trotzkistischen Liga Deutschlands riefen auf für "Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten in Ost und West", "Kein Ausverkauf der DDR" und "Für ein rotes Rätedeutschland!". Unterstützer der Spartakist-Gruppen haben unsere Tageszeitung und die letzte Nummer des jetzt wöchentlich erscheinenden *Spartakist* verkauft.

Die Gegensätze der SED wurden in einem Banner resümiert, "SED-PDS mit Modrow gegen Wiedervereinigung" *- am selben Tag wo Modrow mit dem westdeutschen Kanzler über "Joint ventures" und "konföderative Strukturen" verhandelt.* Wir brauchen dringend eine neue kommunistische Partei, wie die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki. Die Errungenschaften der DDR werden nicht mit kleindeutschem Nationalismus und Vereinbarungen mit großdeutschen Revanchisten verteidigt, sondern durch internationalistischen Klassenkampf.

**Frankfurt/M.: Demo gegen kapitalistische Wiedervereinigung**

Am Montag demonstrierten 500 im Finanzzentrum Westdeutschlands gegen Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik. Die Demonstration wurde vorwiegend vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD organisiert, eine erzstalinistische Abspaltung von der DKP. Unter anderem wurden die Losungen gerufen: "Nie wieder Deutsches Reich! Für die Souveränität der DDR!" Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga, darunter aus der Spartakist-Gruppe Berlin, DDR, forderten auf Plakaten: "Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten in West und Ost!" und "Für ein rotes Rätedeutschland!"




**SPARTAKIST**

*Spartakist* jetzt wöchentlich!

Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10,-/10 Mark

# Augenzeugenbericht vom Eindringen ins Dresdner Stasi Hauptquartier

*Der folgende Bericht wurde uns von Klaus-Dieter K., der vom 4. bis 5. Dezember an der Stasi-Besetzung in Dresden teilnahm, zum Abdruck übergeben.*

Am Montag um die Mittagszeit, auf dem Weg in die Schule, begegnete ich ungefähr 120 Leuten mit dem Transparent "Nasi verbrennt Stasi-Akten". Wir zogen in das Gerichtsgebäude und versammelten uns im Empfangsraum. Wir forderten, daß die dafür verantwortlichen Leute dazu Stellung nehmen sollten. Nach etwa ein bis zwei Stunden zeigte sich ein gewisser Generalmajor Böhm, der im Namen der "Nasi= Stasi" sämtliche Anschuldigungen als falsch zurückwies, worauf wir ihn natürlich auspuffen. Nach einigen Verhandlungen, Diskussionen und Buhrufen wurde erreicht, daß Modrow telefonisch davon informiert wurde. Er ließ nach einer Weile zurückrufen und ordnete den sofortigen Stop der Aktenvernichtung an. Daraufhin zerstreuten sich die Menschen.

Am späten Nachmittag erfuhr ich von Kommilitonen, daß trotz der Anordnung Modrows gerade LKW-Ladungen voll von vorher durch den Reißwolf gejagten Unterlagen, in die Elbe geschüttet worden seien. Als ich am nächsten Tag von jemand hörte, daß im Radio gerade bestätigt wurde, daß immer noch Akten vernichtet werden, überlegten wir uns, wie wir dagegen angehen könnten. Daraufhin kamen wir auf die Idee, mit Farbeimem und Pinseln an die Sicherheitsmauer der Staatssicherheitsgebäude in der Bautzener-Landstraße zu gehen, um dort unser Entsetzen und unsere Wut an die Mauer zu schreiben: "Eins, zwei, drei im Sauseschritt, die Zeit verfliegt, die Akten mit", "Nasi= Stasi gefährden die Zukunft unseres Landes", "Volksverräter" und "Öffnet die Tore endlich". Ich sah einen älteren Mann, der ebenfalls sofort einen Farbtopf nahm und schrieb: "Solidarität mit den Inhaftierten".

Als wir damit anfingen, war es 15 Uhr, und wir waren noch sehr wenige. Zwei Stunden später waren es bereits schon ungefähr 150 Leute, die vor den Toren des Staatssicherheitsgebäudes standen und diskutierten. Während wir unsere Sprüche an die Mauer schrieben, wurden wir des öfteren dazu angehalten doch auch "Deutschland, Deutschland" an die Wände zu schreiben. Ein Trabi-Fahrer hielt kurz an und schrie völlig aggressiv aus seinem Fenster zu mir *"Deutsland'*. Als ich zurückbrüllte, daß es darum nicht ginge, sondern um unser Land und unsere Zukunft, drohte er mir mit der Faust und fuhr weiter.

Am Haupteingangstor standen inzwischen schon meist jüngere Leute, die um die 20-30 Jahre alt waren, und die BRD-Fahnen in die Höhe hielten. Ich hatte den Eindruck, daß* die dort versammelten Leute, insgesamt sehr unterschiedliche Standpunkte hatten. Ständig rannte ein Mann aufgeregt durch die Menge und schrie: "Hängt die Kommunisten und schlagt die Genossen tot!" Dies wurde von den Leuten nur mit einem seichten Lächeln abgetan. Mir wurde kotzübel, vermischt mit Angst und Wut und mit dem Gedanken, daß unbedingt Klarheit geschaffen werden muß - Aufklärung. damit das ganze Land nicht in einem gegenseitigen Gemetzel endet.

Ich ging dann zum Haupteingangstor und schrieb wieder "Volksverräter", "Nasi= Stasi" und 'Macht endlich die Tore auf. Die Leute klatschten daraufhin in die Hände und ich fragte die BRD-Fahnenträger, ob ich ihnen ein großes Fragezeichen auf die Fahne malen darf. Sie reagierten sichtlich verklemmt und wendeten sich mit teils verunsicherten. teils haßerfüllten Augen ab. Aber zum Glück waren auch andere Leute da, die genauso wie ich besorgt waren um die Zukunft der DDR, die zu erhalten es unbedingter Aufklärung aller vergangenen Verbrechen und Machtstrukturen bedarf.

Inzwischen dunkelte es und die Stimmung wurde immer pulverisierter. Doch von uns kam die Forderung uns reinzulassen; dass wir selber kontrollieren möchten und sehen wollen, was sich alles darin befindet. Zu unserer Sicherheit gab es noch einige Volkspolizisten. Anfangs mußte ich über diese Tatsache zwar schrecklich lachen, weil ich sie auf den Demonstrationen bis zum 7./8.0ktober immer nur auf der gegenüberliegenden Seite von uns Demonstranten sah, und nicht nur das. Dann, nachdem die drinnen und wir draußen einig waren. Ruhe und Friedfertigkeit zu bewahren, gingen tatsachlich die Tore auf. Ich dachte, ich spinne und erkannte wieder einmal, was für eine gewaltige Kraft von der Bevölkerung ausgehen kann, um ihre Rechte und Pflichten durchzusetzen. Geordnet strömten dann die Massen, ich schätze es waren 2000 Leute, in das Gebäude.

Vor einem Raum standen drei Uniformierte der NVA, die uns versicherten, daß sich nichts darin befinde. Wir sagten, daß uns zugesichert wurde, jeden Raum und leden auffindbaren Gang besichtigen zu dürfen. Doch sie ließen erst locker, als zwei von uns zu den Polizisten rannten und sie baten doch mal ein Wort zu sagen. Dann wurde uns geöffnet.

In den Räumen standen ungefähr 100 bis obenhin bewaffnete meist junge Soldaten. Ein Witz, den ich gerade reißen wollte, blieb mir im Halse stecken. Die meisten von uns versammelten sich dann in einem riesigen Sitzungsraum. Es war sehr voll, so daß wir auf den Fensterbrettern, Tischen und Stühlen standen. Die Massen wollten Aufklärung. Menschen, die in dieser Einrichtung schon einmal inhaftiert waren, bildeten sich zu einer Gruppe von 50 Mann und inspizierten die Zellen.

Dann versammelten sich alle, die etwas von Elektronik verstanden, um einige Computer abzusichern, in denen mögliche Daten etc. gespeichert sind. Generalmajor Böhm sollte Stellung nehmen. Doch seine stalinistische Verquertheit erlaubte es ihm leider immer noch nicht, ehrlich zu sein. Die Massen forderten dann, daß er zu verhaften sei, worauf zwei Polizisten ihn in Arrest nahmen. Am nächsten Tag stand es dann auch in der Tagespresse, am übernächsten Tag wurde diese Tatsache dann leider dementiert. Es wurde dann noch viel diskutiert.

Unterdessen kamen immer mehr Leute, die sich vorher als Gruppe formiert hatten, weil ja unmöglich die vielen Tausende durch die Räumlichkeiten pilgern konnten. Sie berichteten, was sie sahen und fanden - unter anderem noch frisch zerhexelte Papierstücke.

Als ich aus diesem Raum auf den Hof kam, zeigte sich mir ein erschreckendes Bild von Chaos. Die Leute plünderten die Einrichtungen, einige schrien "erschlagt die Kommunisten". Ich hielt es dort nicht mehr aus und ging nach Hause. Hinterher erfuhr ich. daß sich spontan Leute gefunden hätten, um die Gebäude und Ausgange abwechselnd zu kontrollieren. Sie stehen bis heute noch Tag und Nacht. Gestern erfuhr ich, daß immer noch Geheimgänge gefunden werden.

Bei all diesen Erfolgen, die durch die revolutionäre Macht der Arbeiter, Studenten, etc. erreicht wurden, dürfen wir uns nicht mit Zufriedenheit abfinden. Im Gegenteil. Mir selbst wird Jeden Tag bewußter, wie tief wir in der Scheiße stecken. Und jeden Tag kommt ein Berg von Aufgaben hinzu, die zu durchdenken und zu realisieren unbedingt erforderlich sind.

**BERLIN**

**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

Donnerstag, 21. Dezember 1989, 19 Uhr

**Club der Nationalen Front**
**Rudolf-Schwarz-Straße 25, Berlin**
**S-Bhf. Greifswalder Allee**

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 11 Donnerstag, 21. Dezember 1989 5 Pfennig

## Interview mit Soldatenratmitglied

# Soldaten wollen sozialistische Errungenschaften

*Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus einem Gespräch mit einem Mitglied eines NVA-Soldatenrats im Norden der DDR, der im Dezember gegründet wurde.*

**ARPREKORR:** Kannst Du uns vielleicht von dem Dzierzynski-Regiment erzählen?

**A:** Ja, wir haben's im Fernsehen gesehen und im Radio gehört, sie haben's bei uns gebracht. Das war am Donnerstag, daß bei Dzierzynski auch ein Soldatenrat gegründet wurde. Und zwar geht's da um die Interessensvertretung der Soldaten. Und wir sind nicht die einzigen bei uns, zwei Abteilungen weiter wurde auch ein Soldatenrat gegründet. Im Gegenzug haben die Offiziere einen Offiziersbund gegründet.

**ARPREKORR:** Das war bei einer Sitzung, oder...

**A:** Ja. Da ist jemand durch die Zimmer gegangen und hat gesagt, daß ein Soldatenrat gegründet wird, wer Lust hat, soll doch kommen. Und, na ja, 50% sind erstmal sofort gekommen, und einige hatten auch Wache, die konnten eben nicht. Und aus freien Stücken eben, wir haben ihn alleine gegründet. Daraufhin, daß die Dzierzynski auch einen gegründet hatte. Es geht im Prinzip um die Rechte der Soldaten, daß die überhaupt erstmal anerkannt werden und durchgesetzt. Zur Zeit ist es ja so, da ist ein oberster Befehl, und die Soldaten müssen gehorchen, egal wie unsinnig dieser Befehl ist, und egal worum es geht.

**ARPREKORR:** Gab's dabei Diskussionen über solche unsinnigen Befehle?

**A:** Ja. Zum Beispiel, Soldaten ist es gestattet, einen Oberlippenbart zu tragen. Und der Hauptmann in der Batterie dort sagt, entweder einen richtigen oder gar keinen Oberlippenbart, aber daß der erst wachsen muß, begreift er nicht. Also ein unsinniger Befehl. Und es ging auch um revanchistische Äußerungen von Vorgesetzten, die gab's nämlich auch.

**ARPREKORR:** In welchem Sinne?

**A:** Ja, da hat zum Beispiel ein Hauptmann von uns gesagt, "das würde der Führer auch gern sehen". Ich meine, das ist eindeutig revanchistisch. Das sagen sie nicht offen, die bezeichnen sie selber als Ausrutscher. Aber man bemerkt doch die tiefsten Hintergedanken sind's die alten, die vor 40 Jahren waren.

**ARPREKORR:** Also, ihr habt Euch zusammengeschlossen, um den Rat zu bilden, und Sprecher gewählt. Habt ihr eine Plattform oder eine Liste von Forderungen?

**A:** Ja, die haben wir schon gemacht. Es sind im Prinzip, ganz grob erklärt, die. Rechte der Soldaten durchsetzen, gegen revanchistische Äußerungen von Vorgesetzten, Verhältnis Unterstellte — Vorgesetzte, und Ökologie. Im Prinzip geht es im Großen und Ganzen um die Durchsetzung der Soldatenräte. Und im Prinzip in Straußberg, vom Ministerium, wurde jetzt so eine Art Ausschuß gegründet, der sich mit solchen Fragen befaßt.

Bei uns im Soldatenrat — nicht nur im Soldatenrat, auch in der ganzen Armee gibt es im Prinzip die Diskussion Marktwirtschaft ja oder nein, Wiedervereinigung ja oder nein. Die meisten sind gegen eine Wiedervereinigung. Ich möchte sagen 95 Prozent sind gegen eine Wiedervereinigung.

Und auch im Soldatenrat entwickeln sich diese Diskussionen darüber: Marktwirtschaft — geht das überhaupt? Da gibt es geteilte Meinungen. Also, es gibt da ganz harte Verfechter der Marktwirtschaft die finden das unheimlich toll. Und andere sagen auch wieder, ein Ausverkauf findet dadurch statt. Es kommt Kapital und es kommt Know how rein, Ja, und im Prinzip arbeiten wir bloß für jemanden, den wir überhaupt nicht kennen, der sonst irgendwo sitzt. Da sagen ja die meisten, es wird ein Ausverkauf, aber es gibt da eben diese Kontroversen.

Ich wollte noch einmal dazu was sagen: Es gab die Entwaffnung der Kampfgruppen bei uns. Und da muß ich sagen, waren wir uns im Soldatenrat einig, daß die Parteiführung Angst hat, wenn die Arbeiter bewaffnet sind, davor haben sie Angst. Deshalb wollen sie die jetzt so schnell wie möglich verschwinden lassen. Denn bewaffnete Kampfgruppen gab's bei uns, die waren ja für die Verteidigung der DDR und für die Verteidigung der Betriebe da. Und jetzt hat man Angst

*Fortgesetzt auf S.2*

## Rostocker Demo gegen Ausverkauf der DDR

Am Dienstag Abend, als Zehntausende in Berlin gegen Kohl demonstrierten, gingen auch in Rostock 4000 Menschen gegen Wiedervereinigung mit der kapitalistischen Bundesrepublik auf die Straße. An der Kundgebung, zu der von der Vereinigten Linken aufgerufen wurde, nahmen viele Mitglieder der SED und der FDJ teil.

Unterstützer der Spartakist-Gruppen beteiligten sich an der Kundgebung und verkauften 4000 *ARPREKORR*, 400 *Spartakist* und zehn Abonnements. Nach der Demonstration diskutierten unsere Genossen gemeinsam mit 30 zumeist jungen Leuten weiter. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Losung für eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, was wir darunter verstehen. Viele waren über die wachsende Rechtsgefahr sehr beunruhigt. Manche darunter wollten der neuen SED-PDS-Führung eine Chance geben. Am Mittwoch darauf wurde eine Spartakist-Gruppe in Rostock gegründet, die sofort daran ging, revolutionäre Propaganda im Norden zu vertreiben.

**-BERLIN**

**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

Donnerstag, 21. Dezember 1989, 19 Uhr

**Club der Nationalen Front**
**Rudolf-Schwarz-Straße 25, Berlin**
**S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park**

# Briefe an Spartakist/ARPREKORR

**Rückkehr zum Kommunismus von Lenin, Luxemburg, Liebknecht: Absolutes Muß!**

10. 12. 1989

Genossen der TLD!

Ich bin 20 Jahre alt und studiere in Leipzig. Bei meinem ersten Aufenthalt in Westberlin bekam ich ein Flugblatt von Euch in die Hand gedrückt (Spartakist "Arbeiterräte an die Macht"). Da mich das gesamte politische Geschehen nicht kalt läßt, las ich das Flugblatt mit großem Interesse.

Obwohl ich aus Sicht eines DDR-Bürgers einzelnen Eurer Auffassungen nicht zustimmen kann (vielleicht liegt das aber auch an der jahrelang praktizierten, stalinistisch durchsetzten Bildungspolitik der DDR, die es nun zu beseitigen gilt), begrüße ich Eure Aufrufe zur unbedingten Zerschlagung des aufkommenden Neofaschismus in Ost und West, zur Bildung von wahren Arbeiterräten und zur Rückkehr zum Kommunismus von Lenin. Luxemburg, Liebknecht und den vielen anderen wahrhaften Revolutionären als unabdingbares Muß! ! !

Ich würde gern weiterhin mit Euch in Kontakt bleiben und mich mehr mit Euren Positionen vertraut machen. Wäre es in diesem Zusammenhang möglich, mir Material der TLD zukommen zu lassen, da man in unserer stalinistisch-politbürokratischen Literatur zu diesen Themen wirklich sehr wenig entnehmen kann?!

Ich würde mich freuen, wenn Ihr Euch meines Anliegens annehmt und mich sobald als möglich informiert.

Rot Front!
U.K., Eisenhüttenstadt

**Vereinigtes Deutschland unter sozialistischen Bedingungen**

14. 12. 1989

Ich habe heute von Euch hier in Berlin (Ost) das fünfte Flugblatt vom 13/12 bekommen. Ich find's gut, daß Ihr mal richtig Eure Ziele bzw. eine Art Grundprogramm — nicht die richtige Bezeichnung, drückt aber aus, was gemeint ist — dargelegt habt. Nämlich auf das Flugblatt, was Ihr auf der Studentendemo hier verteilt habt, war meine Reaktion erst einmal sehr abweisend.

Ich wurde heut' gefragt, "was das werden soll, wenn schon welche sich aus'm Westen hier verorganisieren...". So recht antworten kann ich darauf auch nicht, aber ich würd's mal interessant finden, zu erfahren, was "Linke" aus der BRD so für Vorstellungen von 'nem Sozialismus haben.

Ich hab bisher noch nicht viel von dem hier praktizierten miterleben können, aber ganz die Lehren von Lenin z.B. wurden hier wirklich nicht verwirklicht.

Ich weiß nicht ob soviel Illusion und Optimismus, wie ich ihn aus Euren Veröffentlichungen für die deutsche Zukunft ableiten kannt, gut ist. Ich schwebe ebenfalls in solchen Illusionen von einem geeinigten Deutschland unter der Bedingung des Sozialismus, aber viele, sogar sehr viele, wollen die Vereinigung jetzt schon.

Diese, egal ob nun Konföderation oder nicht, würde sich unter den Hauptinteressen des Kapitalismus abspielen, und vor diesem, schon manchmal als Viertes Reich bezeichneten, Deutschland habe ich Angst.

Ich hab schon zuviel geschrieben, eigentlich wollte ich Euch nur bitten, mir ein Abo abzunehmen.

Mit bestem Dank
B.K., Eichwalde

# Soldatenrat...

*Fortsetzung von S. l*

davor, daß Arbeiter unter Waffen stehen.
**ARPREKORR:** Diese bewaffneten Kampfgruppen wurden nach 1953 gegründet, um einen neuen 17. Juni zu verhindern. Aber jetzt scheint es so, daß dieselben Gruppen von der Regierung gefürchtet sind. Es gab in Leipzig und auch in Karl-Marx-Stadt Versuche, die Kampfgruppen zu mobilisieren nach Dresden...
A: Bei uns auch, wir waren auch in Alarmbereitschaft am 7. und 8. Oktober. Dann hätte jeder erstmal 300 Schuß bekommen. Und dann wären wir ausgerückt. Keiner wußte etwas Genaueres, aber nach Neubrandenburg wären wir wahrscheinlich gegangen, wenn dort irgendwelche Demonstrationen gewesen wären, die wurden ja damals als konterrevolutionär eingestuft, hätten wir im Prinzip ja erstmal präsent sein müssen.
**ARPREKORR:** Und wie standen die Soldaten dazu, wie war die Meinung?
A: Na ja, fast alle hätten nicht geschossen.
**ARPREKORR:** Hat man darüber diskutiert?
A: Ja, natürlich. Da gab es sehr viele Diskussionen. Deswegen gegen diese Demonstrationen ... Es ging ja uns am meisten an. Denn wir waren ja die Soldaten, die da hätten rausmüssen, und hätten dann im Prinzip auf die eigenen Leute schießen sollen. Und ich z. B. hätte es nicht gemacht. Und es hätten auch fast alle anderen nicht gemacht. Natürlich gibt's immer wieder Leute, die haben Spaß dran. Die gibt's immer.
**ARPREKORR:** Wie stehen die Soldaten z. B. zur Frage Sozialismus?
A: Die Leute fühlen sich im Prinzip verkauft und verraten, weil das Wort Sozialismus wurde mißbraucht, und zwar ganz oben. Die haben gelogen, ohne rot zu werden und haben uns von oben bis unten verkauft. Die haben uns immer gepredigt, ihr sollt dies nicht und das nicht. Und gewußt hat es im Prinzip jeder.
**ARPREKORR:** Aber wenden sich die Soldaten gegen den Sozialismus, oder meinen sie, daß es einen wahren Sozialismus geben sollte?
A: Sagen wir einmal so: Sie wollen auf jeden Fall die sozialistischen Errungenschaften. Aber sie wollen auch gleichzeitig, daß man nie wieder so eingesperrt ist und daß nie wieder einer allein die Macht hat. Einer alleine kann nicht wieder sein. Erich Honecker war eben Alleinherrscher.
**ARPREKORR:** Im Prinzip muß man sagen, daß es in einem Heer in einem Arbeiterstaat, obwohl bürokratisch deformiert, keine Klassenlinie zwischen den Offizieren und den Soldaten gibt. In dem Sinne muß ein Soldatenrat in der DDR offen sein oder irgendeine Verbindung zu Offizieren haben, die an denselben Prinzipien festhalten wollen. In den kapitalistischen Heeren gibt es die Offizierskaste, die geschworen hat, den Kapitalismus zu verteidigen. Sie sind dabei zu allem bereit. Es gibt einen Unterschied.
A: Bei uns ja auch. Sie sind ja auch bereit, den Sozialismus unter allen Umständen zu verteidigen. Und die Soldaten sind ja auch dafür, das Land gegen jeden von außen zu verteidigen. Ihr Land — das verteidigen sie auch. Und davon geht der Soldatenrat auch niemals ab. Macht er nicht. Es geht in dem Soldatenrat um die Durchsetzung der Rechte der Soldaten, darum geht es.

## Abonniert!

*Spartakist* jetzt wöchentlich!

Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationale).

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10,—/10 Mark

ARPREKORR erscheint täglich, um in die brisanten politischen Entwicklungen in der DDR mit revolutionärer Politik zu intervenieren. Dazu brauchen wir Eure Kommentare, Briefe, Fragen. Berichtet aus der Fabrik, der Schule, der Universität. Jeder Leser muß ein ARPREKORR-Korrespondent werden! Nur so wird ARPREKORR immer mehr zum kollektiven Agitator und Organisator der Spartakist-Gruppen werden! Schreibt uns an:


**West Berlin** Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden - verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten - - Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern— für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden - eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Internationalistische Grüße an unsere vietnamesischen Genossen!

Die bolschewistische Revolution 1917 hieß revolutionäre Kämpfer aller Länder als gleiche Bürger in der neuen Sowjetrepublik willkommen. So reicht auch die politische Revolution der deutschen Arbeiter Euch, unseren Klassenbrüdern, die Hand der internationalistischen Solidarität.

Revolutionäre Arbeiter in der DDR respektieren zutiefst den dauerhaften Beitrag, den Ihr und Eure Landsleute in Eurem siegreichen Kampf gegen die blutigen französischen und US-Imperialisten geleistet habt. Wir anerkennen die bitteren Opfer, die Ihr erbracht habt, um die völkermörderischen Kräfte Pol Pots in Kambodscha aufzuhalten, angesichts des Feldzugs des rachsüchtigen Imperialismus, der das vietnamesische Volk aushungern wollte.

Ihr habt in diesem Land gelebt und gearbeitet und dabei niedrige Löhne, Beschimpfungen, elende Wohnbedingungen ertragen müssen. Ein neues Deutschland unter wirklicher Arbeiterrrätedemokratie, unter Arbeiter- und Soldatenräten — ein rotes Deutschland, das Lenin, Luxemburg und Liebknecht als ihr eigenes anerkennen würden — wird auch Euch verschaffen, was Euch zusteht: anständigen Lohn und Wohnungen, soziale Gleichheit, Würde, Freiheit und Ehre.

Schließt Euch uns an, um zu helfen, die DDR vom Stalinismus, der alle und alles mißbraucht, zu befreien und um diejenigen zu besiegen, die den Kapitalismus von Hitlers Drittem Reich und seinem Nachfolger, Kohls Viertem Reich, zurückbringen wollen. Gemeinsam Können wir die westlichen Imperialisten bekämpfen, die Eure Familien und Genossen zu Hause aushungern wollen. Gemeinsam können wir die verzweifelte Armut und die stalinistischen Praktiken bekämpfen, die Euer Land bedrohen.

Gründet Solidaritätskomitees, um zu helfen, die Arbeiterrevolution in Deutschland voranzutragen — gemeinsam können wir den Weg zeigen in eine Zukunft des sozialistischen Reichtums für alle Menschen.

Spartakist Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands

## Kommt zur Diskussionsveranstaltung

**IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr**

**"Marktsozialismus" erzeugt mehr Elend - Für proletarische politische Revolution von der UdSSR über Osteuropa bis zu China!**

**Halkevi, Kottbusser Damm 74**
**2. Stock Hinterhaus**
**U-Bahn Herrmannplatz, Westberlin**

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr
Sa.-So. 14-21 Uhr

## .Internationalistische Grüße an unsere vietnamesischen Genossen!

# Cách mệnh quốc-tế chào đón cộng sản bạn Việt-Nam!

Cách mạng tháng Mười 1917 đã đón mừng chiến sĩ cách mạng từ mọi quốc gia như chính những công dân của cộng hòa Sô Viết. Cách mạng chính trị công nhân Đức cũng đón mừng các bạn như thế, hỡi các anh em cùng giai cấp, bằng bàn tay đoàn kết quốc tế.

Công nhân cách mạng của Cộng Hòa. Dân Chủ Đức khâm phục sâu xa những đóng góp lâu dài mà các bạn và nhân dân bạn đã làm trong cuộc đấu tranh thành công chống lại thực dân Pháp và đế quốc Mỹ. Chúng tôi nhìn nhận những hy sinh bạn đã đem ra để ngăn chận bọn diệt chủng Pol Pot tại Campuchia, bất chấp sự thù địch của chủ nghĩa đế quốc nhằm phong tỏa kinh tế Việt Nam.

Các bạn đã sống và làm việc trong đất nước này với sự khinh bỉ và đồng lương thấp, điều kiện sống khốn khổ. Một nước Đức mới trong chế độ dân đồng binh sĩ cầm quyền, một nước Đức mà Lenine, Luxemburg và Liebknecht sẽ nhìn nhận chân thật sẽ đem lại cho các bạn nhiều hơn những gì bạn đã có : tiền lương hợp lý, điều kiện sống khả quan, sự bình đẳng, phẩm giá, tự do và danh dự cho bạn.

Hợp tác với chúng tôi để từ bỏ một nước Đức của chủ nghĩa độc tài Stalin và đánh bại những kẻ muốn đưa chúng ta trở lại chủ nghĩa quân phiệt độc tài của Hitler và bọn thừa kế của nó, triều đại Kohl. Cùng nhau chúng ta sẽ đánh bại bọn tư bản Tây Phương đang phong tỏa kinh tế quê hương bạn. Cùng nhau chúng ta sẽ giải quyết sự nghèo đói và thế chế độc tài Stalin đang đe dọa quê hương bạn.

Lập nên hội nghị đoàn kết để mang đến cách mạng công nhân ở nước Đức-- Cùng nhau chúng ta sẽ vạch ra con đường hướng về tương lai xã hội chủ nghĩa cho toàn nhân loại.

VÔ SẢN TOÀN THẾ GIỚI, LIÊN HIỆP LẠI!


Nhóm Spartacus

Lien doan to-rot-kyt tai Duc

Postfach 21 07 50
1000 WestBerlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64



Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74 Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 12 Freitag, 22. Dezember 1989 5 Pfennig

## Gegen kapitalistische Wiedervereinigung

# Für ein rotes Rätedeutschland!

Zum Kohl-Besuch in Dresden feuert das Revolverblatt *Bild-Zeitung* den Kanzlerkriegsruf ab: "Gott segne unser deutsches Vaterland", riesengroß und schwarz-rot-gold eingerahmt. Während am Verhandlungstisch um Verträge, Kommissionen und sonst was verhandelt wird, kommt Modrows Gesprächspartner grob mit seiner Kampfansage gegen die DDR heraus. Vor ihm wurden bundesdeutsche Fahnen geschwenkt; auf dem Transparent die Losung, "Deutschland einig Vaterland". Kohl bildet sich ein, auserwählter Bundeskaiser (oder war's Reichskanzler?) zu werden, natürlich "innerhalb der Grenzen von 1937".

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist zum Tagesthema geworden, seitdem am 9. November die Berliner Mauer aufgemacht wurde. Heute wird das Brandenburger Tor geöffnet. Für die Einwohner einer seit Jahrzehnten geteilten Stadt wird das ein Anlaß zum Feiern sein. Aber bei den Leipziger Demonstrationen und dem Dresdner Besuch wird Wiedervereinigung zum Banner der deutschnationalen Konterrevolution. Hinter Kohl reihen sich die westdeutschen Sozialdemokraten ein, während bei ostdeutschen SDP-Demonstrationen vielfach ausgeprägte Faschisten zu sehen sind. Es versteht sich, daß jeder klassenbewußte Arbeiter die DDR gegen den Ausverkauf an die Kapitalisten verteidigen muß.

Wie steht es nun mit der Frage der Wiedervereinigung? Seit einigen Jahren haben die stalinistischen Bürokraten versucht, eine "sozialistische Nation" in der DDR zu entdecken und dem großdeutschen Wahn einen künstlichen ostdeutschen Nationalismus entgegenzusetzen. Diese Politik ist gescheitert, vor allem an der wirtschaflichen Kraft des deutschen Imperialismus. Der Hauptgrund für die Verteidigung der DDR bleiben die Klasseninteressen der Arbeiter. Und diese sind eben auf beiden Seiten der Grenze die gleichen.

Als die ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953 in den

*Fortgesetzt auf S.2*

## Verteidigt Kuba. Nikaragua gegen den Imperialismus!

# USA raus aus Panama!

Gerade haben die USA Panama noch einmal gestohlen! Als Führer der Freien Welt behauptet der amerikanische Präsident Bush arrogant, ein Recht zu haben, als globaler Polizist zu agieren. Als Antwort darauf sollte es weltweite Massenproteste gegen den US-Imperialismus, NATO-Partner der BRD, geben! Gestern fanden entschlossene Proteste auf beiden Seiten der Berliner Mauer gegen die US-Invasion in Panama statt.

General Noriega, sagt Bush, ist kein netter Kerl. Er muß es ja wissen. Als Kopf der CIA beschäftigte Bush Noriega mit allen Arten von schmutziger Arbeit. Aber im Zeitalter des "Kriegs gegen Drogen" wurde Noriega zu einer Belastung. Daher stellte Washington einen Haftbefehl aus, verübte eine Provokation nach der anderen, landete Truppen und setzte seine eigenen Jungs in Position — alles im Namen der "Monroe Doktrin". Um Noriega zu kriegen, bombardierten die USA das panamaische Armee-Hauptquartier und ermordeten Hunderte in den umliegenden Slum-Gebieten.

Die US-Intervention löste Demonstrationen in Lateinamerika und zu Hause aus. Unterstützer der Spartacist League/US, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, beteiligten sich an dringenden Protesten in New York, Boston, Washington und San Francisco. Die Plakate unserer Genossen lauteten unter anderem: "US-Truppen raus aus Panama, jetzt, alle!", "Verteidigt Kuba, Nikaragua gegen den US-Imperialismus" und "USA: Eure blutigen Hände von der Welt!"

Gestern fand in Berlin Unter den Linden eine Demonstration vor der amerikanischen Botschaft statt, zu der von marxistischen Jugendgruppen aufgerufen wurde. Anhänger der Spartakist-Gruppen und der Trotzkistischen Liga Deutschlands nahmen daran teil. Eine Sprecherin der IKL hielt eine Rede:

> "Als amerikanische Kommunistin bin ich stolz darauf, hier mit Euch gegen die blutigen US-Agressoren in Panama zu stehen. Bush will mit Panama, Nikaragua und El Salvador das machen, was Kohl mit Ostdeutschland vorhat. Wir sagen 'USA raus aus Panama' und "Keine Kohlonie'".

Sie erklärte, daß Trotzkisten für die Verteidigung der DDR gegen die Drohung einer kapitalistischen Wiedervereinigung mit Westdeutschland eintreten und rief zu einem roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa auf. Die Sprecherin beendete unter starkem Applaus ihre Bemerkungen:

> "Was wir brauchen ist eine Partei, basierend auf dem Programm von Lenin, Luxemburg und Liebknecht."

# Briefe

**Was waren Trotzkis Ideen?**

13. 12. 1989

Seid gegrüßt, Genossen!
Der "Spartakist" hat bei uns die Runde gemacht und ist nun bei mir angekommen. Konkret handelt es sich um die Nr. 1 vom 7. Dez. 89. Ich habe diese Ausgabe mit wachsendem Interesse gelesen und möchte euch sagen, daß Ihr mir mit euren Beiträgen voll aus dem Herzen gesprochen habt. Nun habe ich den Wunsch, noch mehr Material von euch in die Hände zu bekommen und eure Ideen und Anschauungen, die auch die meinigen sind, bei uns verbreiten und darüber diskutieren zu können. Außerdem habe ich nur beschränkte Möglichkeiten, mich mit den Ideen Trotzkis zu beschäftigen.

Aus diesen Gründen möchte ich mich bei euch darüber informieren, ob es möglich ist, ein Abo zu bestellen.
F.S., Berlin
Rot Front

**Gedanken um Räterepublik**

Werte Redaktion/(ZK?)!
Ich bitte um ein Abonnement der "SPARTAKIST", wenn möglich ein Dauerabonnement. Es hätte nicht Eure Aufforderung zur Gründung von Spartakistgruppen bedurft. Auch machen sich bereits seit längerem verschiedene Leute Gedanken um die Alternative "Räterepublik". Eure Zeitung könnte eine Unterstützung sein.
Danke.
O.W. (Berlin)

# Rätedeutschland...

*Fortsetzung von S. 1*

Aufstand traten, haben sie sich ausdrücklich an ihre Klassenbrüder im Westen gewandt. Für Großberlin wurde ein Generalstreik angekündigt. Und in Halle wurde einem ankommenden Zug aus der BRD am Bahnhof das Banner entgegengehalten: "Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus". Wir Trotzkisten haben seit 1953 für die "revolutionäre Wiedervereinigung" aufgerufen, in einer "sozialistischen Räterepublik Deutschland". Wir betonten, daß wegen der geopolitischen Schlüsselstellung Deutschlands dies nur im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa Zustandekommen kann.

Jahrzehnte hindurch, als die DDR unter Ulbricht und Honecker im Stalinismus einbetoniert war, wurde diese Losung so verstanden, daß eine sozialistische Revolution im Westen der Funke für eine politische Revolution im Osten sein würde. Aber es kann auch in umgekehrter Richtung gehen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist diese Losung für die revolutionäre Wiedervereinigung für viele in der DDR schwer verständlich geworden. Man fürchtet die Wiedervereinigung, weil sie das mit Verschlingung der nationalisierten Wirtschaft im kapitalistischen Imperialismus gleichsetzen.

Heute ist die Hauptaufgabe die Verteidigung der DDR gegen einen Ausverkauf. Das heißt aber nicht, daß die Einheit der deutschen Arbeiterklasse irgendwie nebensächlich geworden ist. Ganz im Gegenteil. Der Stalinismus war der ideologische Ausdruck vom Versuch, den "Sozialismus in einem Land" aufzubauen. Ein nichtstalinistischer Sozialismus in einem halben Land, bei tiefgehender Durchdringung seitens eines hochentwickelten, gleichsprachigen imperialistischen Staats, ist schlicht unmöglich. Die politische Revolution wird nicht leichter sein als die soziale Revolution. Und auf jeden Fall müssen sie sich gegenseitig gegen den Imperialismus unterstützen. Deshalb rufen wir für eine rote Räterepublik Deutschland auf. Diese würde offensichtlich der Todfeind einer kapitalistischen Wiedervereinigung sein.

Der Geschäfts-Führer des imperialistischen Westdeutschland ist der Vorreiter einer kapitalistischen Wiedervereinigung. Aber die Werktätigen der DDR zusammen mit unseren uniformierten Genossen sind nicht gewillt, unseren Arbeiterstaat zugunsten eines Vierten Reichs aufzuopfern. Der Stalinismus ist pleite, aber der Kommunismus lebt — von den salvadorianischen Aufständischen bis zu den sibirischen Bergarbeitern. Wir stehen zu unserer Klassenpflicht: bedingungslose Verteidigung der DDR und der UdSSR! Die Antwort auf stalinistische Mißwirtschaft und willkürliche Alleinherrschaft ist eine politische Revolution für die Arbeiterrätedemokratie.

**Neu!**

*Spartacist* ist das Journal der IKL. Die soeben erschienene Ausgabe enthält einen zweisprachigen Sonderteil auf deutsch und russisch.

**DM2,-**
**2 Mark der DDR**




Abonniert *Spartakist* Zeitung der TLD, jetzt wöchentlich!

Volles Abo (8 Ausgaben): **DM** 10,—/10 Mark

Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

**Kommt zur**
**Diskussionsveranstaltung**
**IM**
**SPARTAKIST TREFFPUNKT**
**UND LESERAUM**

**Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr**
**"Marktsozialismus" erzeugt mehr Elend -**
**Für proletarische politische Revolution**
**von der UdSSR über Osteuropa bis zu China!**

**Halkevi, Kottbusser Damm 74**
**2. Stock Hinterhaus**
**U-Bahn Herrmannplatz, Westberlin**

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr
Sa.-So. 14-21 Uhr

ARPREKORR erscheint täglich, um in die brisanten politischen Entwicklungen in der DDR mit revolutionärer Politik zu intervenieren. Dazu brauchen wir Eure Kommentare, Briefe, Fragen. Berichtet aus der Fabrik, der Schule, der Universität. Jeder Leser muß ein ARPREKORR-Korrespondent werden! Nur so wird ARPREKORR immer mehr zum kollektiven Agitator und Organisator der Spartakist-Gruppen werden! Schreibt uns an:

**West Berlin** Postfach 21 07 50, 1000 Bertin 21
Tel: (030) 8 82 39 64
**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde,
Postfach 1 1 02 3 1, 2000 Hamburg 1 1

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert una verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden - verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten - - Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern - für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden - eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Internationalistische Grüße an unsere polnischen Genossen!

Die deutsche proletarische politische Revolution ehrt die heroischen Traditionen des russischen, polnischen und deutschen Kommunismus, deren internationalistische Einheit durch Rosa Luxemburg verkörpert wurde. Das Schicksal dieser unzerstörbar miteinander verbundenen Revolutionen ist wieder einmal ungewiß.

Polnische Genossen, Ihr seid in die DDR gekommen, um hier zu arbeiten, aber Ihr habt chauvinistische Beschimpfungen, niedrige Löhne und elende Wohnbedingungen ertragen müssen. Jetzt gibt es Sonderregelungen mit dem Ziel, Eure Reisemöglichkeiten und Euren Handel in dem Land, in dem Ihr lebt, zu behindern. Ihr seid arbeitende Menschen, die überleben wollen, und die deutschen Werktätigen dürfen nicht die parasitären, fast schon kapitalistischen Spekulanten, die sie sehen, mit den polnischen Werktätigen gleichsetzen. Die stalinistischen Irreführer haben versucht, die gerechte Empörung über ihre Verbrechen in nationalistische Hysterie gegen Euch abzulenken. Ein neues Deutschland, in dem eine wirkliche Arbeiterdemokratie von Arbeiter- und Soldatenräten herrscht — ein rotes Deutschland, das Lenin, Luxemburg und Liebknecht als ihr eigenes anerkennen würden — wird Euch verschaffen, was Euch zusteht: anständigen Lohn und Wohnungen, soziale Gleichheit, Würde, Freiheit und Ehre.

Schließt Euch uns an, um zu helfen, die DDR vom Stalinismus, der alle und alles mißbraucht, zu befreien, und um diejenigen zu besiegen, die den Kapitalismus von Hitlers Drittem Reich und seinem Nachfolger, Kohls Viertem Reich, zurückbringen wollen. Es ist der Stalinismus gewesen, der die Möglichkeiten des deutschen Proletariats sabotiert hat, den Aufstieg des Nazismus zu verhindern, und der die revolutionäre Generation des polnischen Kommunismus vernichtet hat, womit er der faschistischen Plage erlaubt hat, sich über Europa auszubreiten.

Die revolutionären Arbeiter Polens können sich mit Stolz an die Beispiele des heroischen Widerstands gegen den Naziterror erinnern, nicht zuletzt an den tapferen Aufstand der jüdischen Massen des Warschauer Gettos im Jahre 1943.

Heute will die konterrevolutionäre Solidarnosc den Kapitalismus wiederherstellen und versucht Polen an die westlichen Banken zu verkaufen. Die überwiegende Masse der polnischen Arbeiter, sowohl diejenigen, die von ihren "Solidarnosc"-Führern verraten wurden, als auch die, die sich den Lügen der offiziellen stalinistischen Gewerkschaften hingegeben haben, wollen werden auch ehrenhaft kämpfen für die gerechte Sache der polnischen Werktätigen. Das Ergebnis dieses Kampfes, das vielleicht einigen, die daran teilnehmen, noch nicht klar ist, kann nur eine Erneuerung des polnischen Sozialismus sein, voller Verachtung für den Stalinismus und gegen den Kapitalismus.

Ein Sieg der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland wird sofort die Arbeiter Polens anfeuern, die heute von Aushungerung und Austerität bedroht sind. Polnische Genossen: Bringt das, internationalistische Erbe von Rosa Luxemburg wieder zum Leben, schließt Euch zusammen in revolutionärer Solidarität mit Euren deutschen Klassenbrüdern, um diese proletarische politische Revolution voranzubringen. Schließt Euch den Spartakist-Gruppen an!

Spartakist-Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands

# Internationalistische Grüße an unsere polnischen Genossen!

# Pozdrowienia od Internacjonalistów; Witajcie Polscy Towarzysze!

Polityczna rewolucja robotników niemieckich nawołuje do bohaterskiej tradycji rosyjskiego, polskiego i niemieckiego komunizmu, opartego o międzynorodową jedność akcji którego uosobieniem była Róża Luksemburg. Losy tych, tak ściśle że sobą związanych, rewolucji znowu się ważą.

Towarzysze Polacy, przyjechaliście na pracę do NRD [DDR], ale spotkały Was tu obelgi od szowinistów, mizerne zarobki, nędzne pomieszczenia, a teraz i specjalne przepisy mające na celu ograniczenie Waszej wolności ruchu i bytu w tym kraju gdzie pracujecie. Jesteście pracownikami którzy się starają na życie zarobić i niemieccy pracownicy nie powinni przyrównywać polskich pracowników do pasożytniczych, protokapitalistycznych spekulantów, których jest naokoło pełno. Obłudni Stalinowcy starali się odwrócić od siebie to słuszne oburzenie na ich zbrodnie i skierować to w stronę szowinistycznej, anty-polskiej histerii na Was skierowanej. Nowe Niemcy, rządzone przez prawdziwą demokrację pracowników, przez sowiety robotnicze i żołnierskie. Czerwone Niemcy, które Lenin, Luksemburg i Liebknecht rozpoznaliby jako swoje. Takie Niemcy dadzą Wam uczciwe zarobki i mieszkania, równość społeczną, godność i wolność.

Dołączcie się do nas aby uwolnić NRD [DDR] od naduzyć Stalinizmu i pokonać tych którzy chcą powrotu do kapitalizmu Trzeciej Rzeszy Hitlera i jego nastepcy, Czwartej Rzeszy Kohla. To właśnie Stalinowcy sabotażowali możliwości, jakie miał niemiecki proletariat, do zatrzymania wzrostu nazizmu. I to oni zniszczyli rewolucyjne pokolenie polskiego komunizmu, pozwalając pladze faszyzmu roztoczyć się po Europie. Rewolucyjni robotnicy polscy mogą być dumni ze swego bohaterskiego oporu przeciw terrorowi nazistowskiemu, jak i z heroizmu powstania mas żydowskich Warszawskiego Getta w 1943.

Dziś, kontrrewolucyjna Solidarność dąży do przywrócenia kapitalizmu i stara się sprzedać Polskę bankierom Zachodnio-niemieckim. Wielkie masy polskich robotników, tych zdradzonych przez ich Solidarność, jak i tych okłamanych przez oficjalne Stalinowskie związki zawodowe, chcą walczyć i będą zaszczytnie walczyć, o słuszne prawa polskiego proletariatu. Wynik tej walki, może jeszcze nieznany niektórym z jej uczestników, może być tylko jeden—odrodzenie polskiego socjalizmu, pozbycie się znienawidzonego Stalinizmu i kapitalizmu.

W Niemczech, zwycięskie sowiety robotników i żołnierzy natychmiast zgalwanizują w Polsce robotników którzy dziś stoją przed głodowemi zarządzeniami zaciśnięcia pasa. Towarzysze Polacy! Przywróćcie spuściznę międzynarodówki Róży Luksemburg, stancie ramię w ramię z waszej klasy braćmi niemieckiemi aby w przód poszła ich polityczna rewolucja. Zapiszcie się do SPARTAKIST GRUPPEN.

Spartakist-Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
Postfach 21 07 50
1000 Westberlin 21
Tel: (030) 882 39 64

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 13 Mittwoch, 27. Dezember 1989 5 Pfennig

## Kapitalisten besorgt: Wo bleiben die Freikorps?

# Wohin geht Deutschland- die Arbeiter werden entscheiden

Die Novemberrevolution 1918 stürzte das Kaiserreich. Aber diese politische Revolution stellte nur die grundsätzliche soziale Frage: Welche Klasse soll herrschen? Die Armee war zerfallen. In ganz Berlin und den anderen wichtigen Städten entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Nur durch die Zerschlagung der Organe der Arbeitermacht und durch die Ermordung der revolutionären Führer der Arbeiter, Rosa und Karl konnte sich die bürgerliche Republik aufrichten. Die Freikorps, die von dem sozialdemokratischen Bluthund Noske umgruppiert wurden und unter seinem Kommando standen, wurden später der Kern der Nazi-SA.

Heute entwickelt sich in der DDR eine proletarische politische Revolution. Die stalinistische Bürokratie ist diskreditiert und paralysiert. Der SED-Parteitag umarmte die Sozialdemokratie, während er mit einer auseinanderbrechenden Basis konfrontiert ist. Aber viele SEDler wollen eine wirklich kommunistische Partei. Das Land polarisiert sich zunehmend: Letzte Woche demonstrierten am gleichen Tag mehrere Zehntausende für Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westen und bejubelten Kohl in Dresden, wahrend Zehntausende in Berlin (und dazu einige Tausend in Rostock) gegen einen Ausverkauf der DDR demonstrierten. Es wird immer klarer, daß es sich um die Frage drehen wird: Entweder revolutionäre Rätemacht zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften dieses Arbeiterstaats, der von seinem Entstehen an bürokratisch deformiert war, oder Konterrevolution.

Doch die Imperialisten stellen sich die Frage: Wo sind die Freikorps, die die ostdeutsche politische Revolution in Strömen von Blut ertränken würden? Zur Zeit sind sie ziemlich schwer zu finden. Die ehemalige Stasi ist nicht funktionsfähig, während in verschiedenen NVA-Einheiten bereits Soldatenräte gegründet wurden und die Volkspolizei für Gewerkschaftsrechte oder Räte demonstriert. Die Bundeswehr sehnt sich danach, die schwarz-rot-goldene Fahne eines großdeutschen Vierten Reichs von der Spitze des Brandenburger Tors wehen zu lassen, aber 375 000 Sowjetsoldaten stehen in ihrem Weg. Und Gorbatschow hat klargemacht, daß die sowjetische Armee jetzt nicht in das innere Leben der DDR interveniert.

Mit dieser Patt-Situation der verschiedenen bewaffneten Kräfte sind es die Arbeiter, die die grundsätzlichen Fragen, um die es geht, entscheiden werden. Dies ist das Gespenst, das anfängt, die Bourgeoisie zu beängstigen: Nicht ein schwarz-rot-goldenes Großdeutschland, sondern ein rotes Rätedeutschland. Das maßgebliche Sprachrohr der amerikanischen kapitalistischen Klasse, die *New York Times*, findet in einem Interview mit Berliner Arbeitern heraus, daß selbst diejenigen, die aus der SED ausgetreten sind, keine kapitalistische Wiedervereinigung wollen (siehe Seite 2). Die *Times* warnt die Imperialisten, daß es nicht so einfach sein wird, die DDR in das kapitalistische Westdeutschland hineinzuzwingen.

Jetzt kommen Neonazis herein, die sich mit einheimischen Faschisten vereinigen, um Provokationen zu starten^ die der gewaltanfachenden Kampagne der westlichen Medien Stoff zuführen. Und Westmedien versuchen, die Arbeiter mit der Sozialdemokratie reinzulegen, diesem Strohmann für den Imperialismus. Der jüngste Angriff besteht darin, eine kapitalistische Wiedervereinigung vorwegzunehmen, indem Berufsverbote für ehemalige Stasi-Mitglieder und SED-Mitglieder eingeführt werden. Die Forderung "Stasi in die Produktion" war eine populäre Forderung auf der Demonstration am 4. November. Jetzt gibt es Tausende von arbeitslosen ehemaligen Stasi-Mitgliedern, die in die soziale Produktion integriert werden müssen, damit nicht viele von ihnen leichte Rekruten für Freikorps werden.

Eine Säuberung im Stile Stalins ist keine Antwort gegen Stalinismus. Wo individuelle Geheimpolizisten krassen Mißbrauch betrieben haben, sollte dies durch Arbeitertribunale, die mit maßgebenden Räten verbunden sind, behandelt werden. Und was die Faschisten angeht: Als Gysi von Stahlarbeitern in Eisenhüttenstadt gefragt wurde, was mit den Neonazis zu tun sei, war alles, was er zu sagen hatte, daß wir versuchen können, sie an der Grenze zu stoppen, und daß ihren Argumenten nur mit Argumenten entgegnet werden soll. Nein' Die Arbeiterbewegung will nicht passiv dabeisitzen, während Faschisten freien Lauf erhalten. Eine disziplinierte Kraft von Tausenden aus den Fabriken würde mit diesem Pack kurzen Prozeß machen.

Die Antworten auf solche Fragen müssen durch wirkliche Arbeiterrätedemokratie ausgekämpft werden, wo es die Pflicht von Minderheiten sein wird, die Mehrheit in der Ausführung der im Laufe der Diskussion und Abstimmung bestimmten Politik zu unterstützen. Gleichzeitig muß die Minderheit im Falle von ernsthaften Fehlern darauf vorbereitet sein, die Verantwortung der Mehrheit zu übernehmen. Die Arbeiter werden zuhören, was gesagt wird, und dann werden sie sich in Bewegung setzen.

Der Schlüssel ist, im entscheidenden Moment eine revolutionäre Partei in Position zu haben, doch sie kann nicht über Nacht aufgebaut werden. Deshalb ist es von entscheidender Wichtigkeit, die verfügbare Zeit für den Aufbau von Spartakist-Gruppen zu nutzen auf dem Wege zur Schaffung einer wirklich leninistisch-trotzkistischen kommunistischen Partei. Denn es war die Führung der Bolschewiki und die Rote Armee, die von Leo Trotzki aufgebaut wurde, die die russischen Freikorps dabei gestoppt habem, ihren Weißen Terror auszubreiten.

**Kommt zur Diskussionsveranstaltung**

**Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr**

**IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**
**Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus**
**U-Bahn Hermannplatz, Westberlin**

**geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr Sa.-So. 14-21 Uhr**

# Zwiespältige Meinungen bei den Arbeitern einer Berliner Fabrik

**The New York Times**

**— Von David Binder**
**20.12.1989**

*Die folgenden Auszüge entstammen einem Artikel der* New York Times, *dem maßgeblichen Sprachrohr der amerikanischen Bourgeoisie.*

Berlin, 17. Dezember — Im Kollektiv Generatorenbau Schleudergrube (PGS) Bergmann-Borsig im Norden der Stadt gibt es keine Mitglieder der Kommunistischen Partei mehr.

Das letzte Mitglied, Heinz Reefke, ein langjähriger Betriebsrat [eigentlich Parteisekretär des Generatorenbaus, Anm. d. Red.], ist am 31. Oktober aus der Partei ausgetreten — zwei Wochen, nachdem der Parteichef Erich Honecker rausgeschmissen wurde.

Die 17 verbliebenen Mitglieder der Abteilung, hauptsächlich Männer zwischen 40 und 50 Jahren, sind nie in die Partei eingetreten. Aber sie arbeiten jeden Tag drei Schichten, um die Lücke für die vier 21jährigen auszufüllen, die schon im Herbst nach Westdeutschland geflohen sind.

"Wir machen ihre Arbeit", sagte der Abteilungsleiter Jürgen Plath. "Letzten Sonntag waren wir zu siebt hier. Wir haben wenig Zeit, miteinander zu sprechen. Ich kann ihr Weggehen verstehen, aber es hinterläßt in mir eine sehr traurige Stimmung."

**Gründe zu bleiben**

Als der Maschinist Olaf Knispei, der ebenfalls 21 Jahre alt ist, gefragt wurde, ob er überlegt hätte, in den Westen zu gehen, sagte er: "Ich habe hier eine Familie und niemanden dort drüben. Ich habe eine gute Arbeit. Ich mag die Arbeit. Auch halte ich viel von der Deutschen Demokratischen Republik."

Martin Richling, ein 54jähriger Bereichsleiter des Generatorenbaus, sagte, daß er und der **Rest** der Männer deshalb die Extraschichten arbeiten, weil "wir wissen, daß die elektrische Stromversorgung hier schlecht ist, und so müssen wir helfen zu verhindern, daß die Lichter ausgehen." ...

Die Arbeiter der Schleudergrube waren wenig darauf erpicht, denjenigen zu folgen, die sich früher in den Westen abgesetzt hatten, obgleich einige sich die Öffnung der Berliner Mauer zunutze gemacht haben.

"Ich bin in Westberlin geboren und aufgewachsen, und so bin ich rübergegangen und habe die Straßen gesehen, wo ich als Kind spielte", sagte Hans Paulke, ein 56 Jahre alter Maschinist. "Aber rübergehen und dort leben? Das ist nichts für mich."

**Bevorzugt eigenständiges Ostdeutschland**

Herr Plath, der 35 Jahre von seinen 51 Jahren bei Bergmann-Borsig gearbeitet hat, sagte, daß er an der von der protestantischen Kirche organisierten "Menschenkette" teilgenommen hat, die sich am 3. Dezember über ganz Ostdeutschland erstreckte, um seine Unterstützung für die Aufrechterhaltung dieses Landes als ein von Westdeutschland getrennter deutscher Staat zu zeigen.

Andere Bergmann-Borsig-Arbeiter waren in der Vorhut der Protestmärsche in dieser Hauptstadt, und am Abend des 2. Dezember war es ihr Buhen und Pfeifen, in einer Konfrontation vor dem gewaltigen Gebäude des Zentralkomitees auf dem Marx-Engels-Platz, das schließlich Herrn Krenz veranlaßte, zusammen mit der gesamten verbliebenen Parteiführung von 163 Männern und Frauen zurückzutreten.

"Mit drei laufenden Schichten haben wir keine Zeit zu demonstrieren", sagte Herr Reefke...

Der einzige Mitarbeiter der Schleudergrube, der sagte, er habe an einer Demonstration teilgenommen, war der 39 Jahre alte Berndt Kappler. "Es ist eine schöne Revolution", sagte Herr Kappler. "Wir sind freundlicher zueinander. In den letzten Jahren gab es eine Menge Erbitterung und Kälte — mit Polizei, Bürgern und selbst unter uns hier." ...

**"Verschiedene Kulturen" in der Fabrik**

Herr Knispei sagte, er würde nicht in die Kommunistische Partei eintreten, selbst wenn sie sich sozialistisch oder demokratisch nennt, jedenfalls nicht jetzt. "Ab dem Moment, wo die Partei ein Programm hat, das funktioniert, und sie für die Arbeiterklasse ist, werde ich eintreten", sagte er.

Herr Reefke, der älteste Mann in der Abteilung, sagte, daß er nach seinem Austritt aus der Partei nach 22 Jahren niemals wieder eintreten würde. Er würde warten, bis sich die neuen politischen Kräfte definiert hätten, bevor er entscheide, wie er in den parlamentarischen Wahlen am 5. Mai stimme. "Wir alle müssen Demokratie lernen", sagte er.

Die Schleudergrube-Arbeiter schienen skeptisch über Gregor Gysi, den neuen Kopf der Kommunistischen Partei, auch wenn Herr Plath anerkennt, daß "er Mut hat".

Herr Richling zeichnete ein düsteres Bild davon, was Ostdeutschland in den nächsten Monaten zu erwarten hätte. "Ende des Jahres werden sie Westdeutsche und Westberliner hierher kommen lassen, ohne daß sie die 25 Mark Umtausch *pro* Tag zahlen", sagte er.

"Bald wird jede Waschfrau mit ihren Devisen rüberkommen und besser leben als unsere beste Opernsängerin", sagte er. "Wir werden in unseren eigenen Gaststätten keinen Platz bekommen. Wir werden am Strand keinen Platz bekommen. Unsere Urlaubsorte werden nur westliche Besucher akzeptieren. Dann werden unsere Arbeiter streiken, unsere Regierung wird fallen und Westdeutschland wird uns schlucken."




Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74 — Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 14 Freitag, 29. Dezember 1989 5 Pfennig

# Wer hat die Macht?

Seit Beginn der "Wende" wird uns ein demokratischer Sozialismus versprochen. Was aber wurde wirklich an Demokratie geschaffen? Die anfangs spektakulären Sonntagsgespräche sind fast vergessen. Funktionäre ohne Kompetenz antworten noch nicht einmal richtig auf die gestellten Fragen. Niemand kann kontrollieren, inwieweit die Vorschläge weiterbearbeitet oder ausgeführt werden.

Es gibt einige Arbeiter- und Soldatenräte. Während die Soldatenräte schon wenige spürbare Erfolge für die Soldaten gebracht haben, gibt es keinerlei An/eichen, daß sie mit wirklicher Macht ausgestattet werden.

Und schließlich haben wir den "Runden Tisch". Alle gesellschaftlichen Kräfte sollen dort vertreten sein und ihren Einfluß auf die Politik nehmen. In Wirklichkeit aber wird ihm die Einflußnahme verwehrt. Insbesondere Christa Luft weicht den Fragen aus, gibt keine konkrete Antworten.

Bis heute wird die aktuelle wirtschaftliche und finanzielle Situation in der DDR verschwiegen. Schon wieder wird über das Volk, über die Werktätigen hinweggegangen. Modrow, Luft und die Generaldirektoren der Betriebe und Kombinate entscheiden über unsere Köpfe hinweg.

Ich mache sie für den beginnenden Ausverkauf verantwortlich. Der Berliner Verlag ist zu 49% an Springer (!) verkauft. Die Dresdner Bank eröffnet in Dresden eine Filiale. Weitere Beispiele von Verkäufen an den weiterhin agressiven BRD-Imperialismus werden bekannt.

Wir müssen uns wehren. Wir müssen uns organisieren, um selbst zu entscheiden, wie die Wirtschaft geführt wird. Auch der von Modrow in Kauf genommenen wachsenden Gefahr von rechts müssen wir geeint entgegentreten.

Wir müssen uns organisieren in Räten. Die Räte müssen sich zusammenschließen, von unten nach oben, und sich verbinden mit den Arbeitern Westdeutschlands, um Modrow und Kohl das Handwerk zu legen. Für ein rotes Rätedeutschland!

— T.E.

## Grüße der Spartakist-Gruppe Mexiko

Mexiko, 13. Dezember 1989

Liebe Genossen,

Wir entbieten Euch die revolutionären Neujahrsgrüße der Spartakist-Gruppe Mexiko. Wir verfolgen die Nachrichten über die Arbeit unserer Internationale in Deutschland mit größter Begeisterung. Während der bürgerliche Propaganda-Blitzkrieg den "Tod des Kommunismus" und den "Tod des Klassenkampfes" verkündet, bedeutet Kapitalismus hier in Mexiko Hunger, Unterdrückung und Tod. Auch hier schreien die dringenden Bedürfnisse des Proletariats nach einer revolutionären Führung. Die Ereignisse in Deutschland stehen zur Zeit im Mittelpunkt unserer politischen Diskussionen — mit radikalen Arbeitern, jungen Leuten, und auch mit Aktivisten linker Organisationen —, während wir dafür kämpfen, einen Kern der Spartakisten zu schmieden. In Eurem Kampf, das rote Banner des wirklichen Kommunismus, des Trotzkismus, in ganz Deutschland zu hissen, stehen wir im Geiste und mit unserem Programm an Eurer Seite. Lang leben die Spartakist-Gruppen, die TLD und die IKL! Vorwärts zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution! Für ein rotes 1990!

Spartakist-Gruppe Mexiko

## Planwirtschaft durch Arbeiterdemokratie!

*Nachfolgend drucken wir einen Auszug aus dem Referat von G. Melt, das er am 27. Dezember bei einer Veranstaltung der Spartakist-Gruppen in Westberlin gehalten hat.*

Der Stalinismus hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Leo Trotzki hat darüber 1932 geschrieben, daß sich die stalinistische Bürokratie vorstellte, a priori, also von vornherein einen fehlerfreien und umfassenden Wirtschaftsplan zu erstellen, der alles von der Anbaufläche für Weizen bis hin zum letzten Westenknopf umfaßt. So muß man das also verstehen, es entstand eine dogmatische, bürokratische Planung, die der eines Fahrplans ähnlich ist, und um bei diesem anschaulichen Beispiel zu bleiben, müssen natürlich die Fahrzeiten und die Wartezeiten auch genau eingehalten werden. Jede Abweichung von dieser dogmatischen Planung führt sofort zu einer Störung des gesamten Prozesses...

Die Meinung der einzelnen Produktionskollektive oder des einzelnen waren überhaupt nicht gefragt. Denken wir doch nur an diese Farce von Plandiskussion, und wer das mitgemacht hat, der wird sich daran erinnern. Wir meinen, dem entgegengesetzt, die Entscheidungen über die Produktion, was produziert wird, wieviel, wer produziert, müssen immer dort gefällt werden, wo die meiste Sachkenntnis vorhanden ist. Und das ist ohne Zweifel bei den Werktätigen, bei den Arbeitern selbst der Fall, denn über die Probleme, über die Anregungen, die den Betrieb betreffen, wissen natürlich diejenigen Werktätigen am besten Bescheid.

**Berlin**
**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

Donnerstag, 4. Januar 1990, 19 Uhr

**Club der Nationalen Front**
**Rudolf-Schwarz-Straße 25, Berlin**
**Nähe S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park**

# Für Arbeiterrätedemokratie!

# Lenin und Trotzki zum Renegat Kautsky

*In Dutzenden von Briefen fragen* Spartakist/ARPREKORR-*Leser nach Informationen über Trotzki, ein Thema, das während Jahrzehnten stalinistischer Herrschaft tabu war. Eine weitere Frage, die großes Interesse erregt, sind Arbeiterräte — was ist Arbeiterdemokratie? Dazu drucken wir nachstehend Auszüge aus den Schriften der beiden Führer der bolschewistischen Revolution Lenin und Trotzki ab, die die Rätemacht gegen den sozialdemokratischen Renegaten Kautsky verteidigen, der heute von der SED-PDS in einem alles einschließenden sozialistischen Pantheon "rehabilitiert" werden soll.*

## W. I. Lenin

Die proletarische Demokratie, deren eine Form die Sowjetmacht ist, hat gerade für die gigantische Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeuteten und Werktätigen, eine in der Welt noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der Demokratie gebracht. Ein ganzes Buch über die Demokratie schreiben, wie das Kautsky getan hat, der auf zwei Seiten von der Diktatur und auf Dutzenden von Seiten von der "reinen Demokratie" redet — und das *nicht bemerken* heißt die Dinge auf liberale Art völlig verzerren...

Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert,* den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten. Gerade die Vorhut der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Proletariat, erhält hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; es kann am leichtesten wählen und die gewählten Deputierten kontrollieren. Die Sowjetorganisation *erleichtert* automatisch den Zusammenschluß aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Vorhut, das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat — das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind um so mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) — all das fällt bei der Sowjetorganisation fort... Die indirekten Wahlen zu den nichtlokalen Sowjets erleichtern es, die Sowjetkongresse einzuberufen, machen den *gesamten* Apparat billiger, beweglicher und für die Arbeiter und Bauern zugänglicher, und das in einer Zeit, wo das Leben brodelt und die Möglichkeit bestehen muß, einen örtlichen Abgeordneten besonders rasch abzuberufen oder zum allgemeinen Sowjetkongreß zu entsenden.

Die proletarische Demokratie ist *millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik.

— **W.I.** Lenin, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (November 1918)

## L. D. Trotzki

Die Sowjets als Organisationsform der Arbeiterklasse stellen laut Kautsky "gegenüber der Partei- und Gewerkschaftsorganisation der weiterentwickelten Länder nicht eine höhere Form proletarischer Organisation dar, sondern zunächst nur einen Notbehelf, aus ihrem Fehlen geboren". Angenommen, daß das hinsichtlich Rußland richtig wäre. Warum sind aber dann in Deutschland Räte entstanden? Muß man auf sie in der Republik Eberts nicht völlig verzichten? Wir wissen jedoch, daß Hilferding, der nächste Gesinnungsgenosse Kautskys, beantragt hat, die Räte in der Verfassung zu verankern. Kautsky schweigt.

Die Einschätzung der Sowjets als "primitive" Organisation ist so weit richtig, als der offene Revolutionskampf "primitiver" ist als der Parlamentarismus. Aber die künstliche Kompliziertheit des letzteren erfaßt nur die zahlenmäßig verschwindend kleinen Spitzen. Die Revolution jedoch ist nur da möglich, wo die Massen am Lebensnerv gepackt werden. Die Novemberrevolution stellte ungeheuere Massenschichten auf, von denen die vorrevolutionäre Sozialdemokratie nicht einmal zu träumen vermochte. So ausgedehnt die Organisationen der Partei und der Gewerkschaften in Deutschland auch waren, die Revolution erwies sich sofort als unvergleichlich umfassender. Ihre unmittelbare Vertretung fanden die revolutionären Massen in der einfachsten und allgemein zugänglichen Delegiertenorganisation dem — Sowjet. Es mag zugegeben werden, daß der Sowjet der Deputierten sowohl hinter der Partei als auch hinter der Gewerkschaft an Klarheit des Programms und Straffheit der Organisation zurückbleibt. Aber er übertrifft sowohl die Partei als auch die Gewerkschaften weitaus durch die Zahl der von ihm in den Organisationskampf hineingezogenen Massen, und dieser zahlenmäßige Vorrang verleiht dem Sowjet ein unbestreitbares revolutionäres Übergewicht. Der Sowjet umfaßt Arbeiter aller Unternehmungen, aller Berufe, aller Stufen kultureller Entwicklung, aller Grade politischer Erkenntnis, und eben dadurch wird er objektiv genötigt, die *gemeinsamen* Interessen des Proletariats zu formulieren.

— **L.D.** Trotzki, *Terrorismus und Kommunismus: Anti-Kautsky* (1920)



**SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**
**Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus**
**U-Bahn Hermannplatz, Westberlin**
**geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr Sa.-So. 14-21 Uhr**


**West Berlin** Postfach 21 07 50. 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde,
Postfach 1 1 02 3 1, 2000 Hamburg 1 1

**Spartakist-Gruppen Kontaktadressen**

**D. Barteis**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Bernd Hilpert**
**Hardenbergerstr. 51**
**Leipzig 7030**



Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 15 Donnerstag, 4. Januar 1990 5 Pfennig

## Hunderttausende im Treptower Park gegen Schändung des sowjetischen Ehrenmals

# Arbeitereinheitsfront um die Nazis zu stoppen

250 000 mobilisierten am Mittwoch Abend zum Treptower Park, um den Faschismus entschlossen zu bekämpfen. Sie wollten ihre Empörung über die abscheuliche Schändung des Ehrenmals für die sowjetischen Soldaten, die im Kampf gegen den Hitler-Faschismus gefallen sind, kräftig ausdrücken. Dabei bekannten sie sich auch zur Verteidigung der DDR gegen konterrevolutionäre deutschnationalistische Kräfte.

Diese Kundgebung war die größte Massenaktion gegen die aufkeimenden reaktionären Kräfte seit Beginn der politischen Revolution gegen den Stalinismus. Sie war auch eine Neuigkeit für die DDR, eine wirkliche Einheitsfront, worin Trotzkisten das Wort ergriffen, um eine konsequente revolutionäre Politik auszusprechen.

Als am letzten Freitag die grauenhaften Schmierereien am Treptower Ehrenmal gemeldet wurden, waren breite Schichten der Bevölkerung zutiefst schockiert. Die Spartakist-Gruppen, die kürzlich in der DDR in Zusammenarbeit mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands gegründet worden sind, haben diese Provokation sofort und energisch verurteilt, in einem Brief vom 28. Dezember an den Kommandant der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, General der Armee B.V. Snetkov.

Anschließend riefen wir zu einer Arbeitereinheitsfrontaktion am Mittwoch zum Treptower Ehrenmal auf. Wir brachten diesen Aufruf direkt zur Führung der SED und gingen dann daran, ihn in die Tat umzusetzen. Wir verteilten mehr als 130 000 Flugblätter bei U- und S-Bahnhöfen, in den Arbeiterbezirken, bei Fabriken und besonders bei ausländischen Arbeitern. Eben das hat die SED *nicht* getan, und in

*Fortgesetzt auf S 4*

## Rede der Trotzkistischen Liga Deutschlands:

# Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!

*Nachfolgend drucken wir die Stellungnahme der TLD-Sprecherin Renate Dahlhaus ab.*

Genossen, Antifaschisten:

Wir werden niemals vergessen, daß 20 Millionen sowjetische Bürger ihr Leben gegeben haben, um Hitlers Faschismus zu zerschlagen. Sie dürfen nicht umsonst gestorben sein.

Als die Faschisten hier ihren heimtückischen Anschlag gemacht haben, haben sofort Trotzkistische Liga und Spartakist-Gruppen die Initiative ergriffen für die heutige Demonstration. Die Faschisten erheben ihr Haupt hier in der DDR, in Erfurt, Dresden, Görlitz, Halle. Was dringend notwendig ist, ist die militante Mobilisierung der Werktätigen, einschließlich der eingewanderten Arbeiter, Genossen aus Vietnam, Polen und Mocambique, um die faschistischen Bestien zu stoppen und zu zerschlagen, wenn sie noch klein sind.

Die leninistische Einheitsfront, die Arbeitereinheitsfront, für die Trotzki gekämpft hat in den frühen dreißiger Jahren — und damals war sie nötig, und sie ist heute nötig, um die Nazis zu stoppen.

Wenn die Faschisten zerschlagen sind, können sie nicht nach der Macht drängen. Aber das bedeutet, daß die Arbeiterklasse organisiert und stark sein muß und Anwärter für die Macht. Die höchste Form der Einheitsfront in einer revolutionären Situation, wie diejenige durch die wir jetzt gehen, ist der Arbeiter- und Soldatenrat.

Solange Kapitalismus existiert, gibt es einen Zyklus von Kämpfen, die sich immer wiederholen. Die materielle Basis für Faschisten ist weniger gegeben in der DDR, weil die

*Fortgesetzt auf S.2*

### VERANSTALTUNGEN DER SPARTAKIST-GRUPPEN



**BERLIN**

4. Januar 1990, 17 Uhr
Käthe-Kollwitz-Schule
John-Schehr-Straße 38
Prenzlauer Berg

Augenzeugenbericht aus dem heldenhaften Afghanistan:

- Stoppt CIA-Mörderbanden!
- Verteidigt die afghanischen Frauen
- Nein zum Schleier

**DRESDEN**

14. Januar 1990. 11-18 Uhr
Scheune
Alaunstraße 36
8060 Dresden-Neustadt

Video-Vorführung:
**Philadelphia - Wir stoppten den Ku Klux Klan!**

**Referat und Diskussion über Trotzkismus**

## Arbeiter- und Soldatenräte...

*Fortsetzung von S. l*

natürliche Basis für Faschismus, Kapitalismus, hier heute nicht existiert. Eine politische Revolution, wie sie jetzt ausgebrochen ist und unter uns Raum greift, die sollten wir verteidigen.

Die wirtschaftliche Abschöpfung und politische Eingliederung in Etappen, wie sie durch den BRD-Imperialismus versucht wird und wo sie Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern. Das darf nicht geschehen! Dagegen ist es notwendig zu kämpfen!

Richtig, stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfront! Wir müssen weiterdenken. Unsere Wirtschaft leidet unter Verschwendung und Veralterung. Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, daß sie untauglich ist, dagegen anzugehen. Ostdeutschland braucht dringend ausgewählte... (Zwischenrufe) Genossen, lernt zuzuhören, lernt, was Einheitsfront bedeutet.

Was dringend benötigt wird, ist ausgewählte Modernisierung der bereits bestehenden Industrie. Hier bei uns in der DDR ist es noch anders als in den Ländern, in den anderen sozialistischen Ländern, die Stalins Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande haben und zeigen, daß dieses eine durchsichtige Dummheit ist. Wir stehen vor der schweren Wahl, wir müssen wissen, die Gefahr, unter die Gewalt des Weltmarktes zu kommen.

Genossen, gegen den Ausverkauf der DDR zu kämpfen, heißt sich klarzuwerden, daß man nicht unter die Gewalt des Weltmarktes, der kontrolliert wird von den Imperialisten und der Deutschen Bank, geraten soll. Das Mittel, um die DDR auszuverkaufen, ist die Sozialdemokratie, das sollten wir besser wissen.

Lassen wir uns nicht täuschen, die militärische Bedrohung durch den Imperialismus, der immer noch organisiert ist vor allen Dingen durch die amerikanische herrschende Klasse, besteht immer noch. Gestern, heute und morgen werden direkte und indirekte mililitärische Gewalt angewendet, damit sie zu ihrem Ziel kommen.

Dies richtet sich besonders gegen die Sowjetunion und überall dort, wo die Kapitalisten als Klasse abgeschafft worden sind oder wo der Imperialismus hofft, daß er eine Chance hat. Die Sowjetunion praktiziert ihre eigene ökonomische Autarkie, was nicht besonders günstig ist und was dazu führt, daß die Sowjetunion zu schweren wirtschaftlichen Bedingungen gekommen ist.

Lenin sagt, Politik ist die Konzentration der Ökonomie. Der Kampf um die Macht, um diese Entscheidungen zu treffen und dieses Land zu regieren, muß liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit. Dies kann nur dadurch geschehen, durch offene und manchmal schmerzhafte Debatten vor dem gesamten Volk. Vielleicht wird dieses Beispiel die Sowjetunion ermutigen, den gleichen Weg zu nehmen. (Zwischenrufe)

Genossen, hört zu und lernt, daß nur durch schmerzhafte und offene Debatten der Weg zum Sozialismus eröffnet werden kann.

Die Sowjetunion wird sicher den gleichen Weg gehen, und das würde uns helfen, gemeinsam ökonomische und politische Probleme zu lösen, und unsere Staaten, unsere Arbeiterstaaten zu verteidigen, die im Moment im Übergang sind, die gebrochen sind vom Kapitalismus, aber noch nicht sozialistisch sind.

Genossen, was jeder weiß, das macht... (Zwischenrufe) Genossen, was ihr wißt, das Machtmonopol der SED ist gebrochen. Die Massen können frei ihre Meinung vertreten. Lernt ihnen zuzuhören. Es ist nur möglich durch den gütigen Druck der sowjetischen Armee. Was fehlt hier, ist wirkliche organisierte und sich streitende politische Parteien im Kampf als die Vorbedingung für wirkliche Arbeiterdemokratie.

Dies sind Sorgen und Ziele, die wir versuchen zu Beantworten, indem wir kämpfen für die Schmiedung einer neuen Arbeiterpartei, gleiche Rechte, gleiche Pflichten, im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!

### Rede der Spartakist-Gruppen

# Getrennt marschieren, vereint schlagen!

Antifaschisten Berlins,
wir sind heute hier, die Schandtat des sowjetischen Soldatendenkmals zu verurteilen. Wir müssen jetzt überlegen, was wir dagegen tun können, gegen neonazistische Umtriebe. Wir müssen eine breite Einheitsfront aller Werktätigen bilden. Wir können nicht tatenlos zusehen und warten, bis von oben ein Verfassungsschutz gegründet würde. Kein Verfassungsschutz der Welt hat bisher der brauen Pest Einhalt gebieten können. Was wir brauchen ist eine breite Organisierung der Arbeitermassen, die Massen der Werktätigen des ganzen Volkes. Die müssen sich organisieren in Räten, in Arbeiter- und Soldatenräten.

Wir brauchen die Einheitsfront wie wir sie damals in den 30er Jahren gebraucht hätten, gegen Hitler. Und wir haben jetzt die historische Chance, diese Einheitsfront zu errichten. Und alle politischen Kräfte, alle antifaschistischen politischen Kräfte müssen in dieser Einheitsfront vertreten sein. Getreu Lenins Wort: Getrennt marschieren, vereint schlagen! Wir müssen eine wirkliche Arbeiterrätedemokratie bilden. Nur sie kann die Wurzeln des Faschismus ausrotten. Wir brauchen eine Partei im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg! Wir müssen die sozialen Errungenschaften unserer Revolution ausweiten, damit wir überleben können in unserem Land. Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

**Berlin**

**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

**Donnerstag, 4. Januar 1990, 19 Uhr**

**Club der Nationalen Front**
**Rudolf-Schwarz-Straße 25, Berlin**
**Nähe S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park**

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden - verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern - für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden - eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Internationalistische Grüße aus Südasien

*Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), die Ende Dezember eine Versammlung in Südasien abhielten, senden den Spartakisten nachfolgend abgedruckte Grüße.*

Trotz vieler Schwierigkeiten ist es uns durch die moderne Technologie möglich, die tägliche Entwicklung der Ereignisse in Ostdeutschland und in Osteuropa mit großem Interesse zu verfolgen. Genossen, Westdeutschland ist einer der reichsten und machtvollsten entwickelten kapitalistischen Staaten. Die starke Arbeiterklasse in Deutschland ist der Schlüssel zu Europa. Die Arbeiter dort können und müssen eine zentrale Rolle im weltweiten Kampf für den Kommunismus spielen, der einzigen Hoffnung für die Menschheit. Lenin und Trotzki kannten die wichtige Bedeutung der Deutschen Revolution. Trotzki zeigte die korrekte Perspektive für den Kampf der Arbeiter gegen den Nazi-Faschismus. Hier in einer der ärmsten Gegenden der Erde basieren unsere Anstrengungen auf dem Programm der permanenten Revolution, wie es von Trotzki dargelegt und durch die Oktoberrevolution 1917 bewiesen worden ist.

In Indien, einem wirklichen Völkergefängnis, wo unterdrückte Nationen leben und Kastentum, religiöser Fundamentalismus und unvergleichbare Unterdrückung der Frauen herrschen, rufen die Hindu-Chauvinisten mit Rückenstärkung der Imperialisten für die Wiedervereinigung des Subkontinents auf, um ihre reaktionären Ziele zu befriedigen. Wir streben nach der Einheit der arbeitenden Massen auf der Grundlage der proletarischen Revolution. Für eine sozialistische Föderation der südasiatischen Arbeiterrepubliken!

Im Nachbarstaat Afghanistan nahm die Rote Armee eine progressive Rolle gegen die von der CIA unterstützten Mudschaheddin und die reaktionären Mullahs ein. Die Truppen wurden abgezogen, obwohl ihre Aufgaben nicht erfüllt waren — ein Verrat durch die stalinistischen Bürokraten. Es wäre besser wenn die Rote Armee ihre Arbeit vollendet hätte, wie sie dies bei der Zerschlagung der Hitler-Faschisten tat.

Die Ereignisse in Ostdeutschland eröffnen großartige Möglichkeiten für eine proletarisch politische Revolution, die auf trotzkistischen Prinzipien basiert. Wir in den südasiatischen Ländern haben viele Jahre lang unter westlicher "demokratischer" imperialistischer Herrschaft gelebt. Wir sehen der weltweiten Niederlage des Kapitalismus freudig entgegen.

Hoch der Kampf für politische Revolution in Ostdeutschland, in der Sowjetunion und in Osteuropa! Zerschlagt den deutschen Imperialismus und seine Gier nach dem Revanchismus eines Vierten Reichs. Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands! Verteidigt die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und Konterrevolution! Kehrt zum Weg Lenins und Trotzkis zurück! Arbeiter aller Länder vereinigt euch! Lang lebe die internationale proletarische Revolution!

# Aufruf an die Kolleginnen und Kollegen in Narva!

Es geht um den Ausverkauf an Osram, das müssen wir verhindern!

Auf der Grundlage der Roten Armee wurde unser Teil Deutschlands von den Nazis befreit. 1948 stimmten wir für Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Sollen wir etwa diese Errungenschaften aufgeben, die unsere Väter erkämpft haben? Bildet Arbeiterräte, um das zu verhindern!

Einen Anfang hat FGA-2 gesetzt. Was wir brauchen ist die Einheit aller Abteilungen und die Ausweitung auf alle Betriebe in der DDR.

Wir fordern Rechenschaft über den derzeitigen ökonomischen Stand unseres Kombinates. Wer legitimiert eigentlich Verhandlungen mit Osram und anderen Kapitalisten, wenn nicht wir, die Arbeiter von NARVA! Die von den Kapitalisten beabsichtigte Einverleibung der DDR für ein 4.Reich geht einher mit dem Wachsen von Faschisten und Skins, die rassistischen Terror ausüben wollen. Wir werden nicht zulassen, daß unsere vietnamesischen Kollegen von Schönhubers Konsorten angegriffen werden!

Wir müssen zusammenstehen gegen Ausverkauf, Ausländerhaß und Großmachtstreben! Alle Kollegen müssen gleichgestellt sein. Unsere ausländischen Kollegen, die mit uns die Werte schaffen, müssen *alle* Rechte haben, und dazu gehören auch anständige Wohnbedingungen!

Es wird viel geschoben und spekuliert, man soll die Sachen kontrollieren und nicht die Menschen! Wer gegen Spekulanten vorgehen will, dem sagen wir Ort und Ziel: Frankfurt am Main, Deutsche und Dresdner Bank, Chefetage.

Meldet Euch bei FGA-2!

(Andreas Mais, G 1071)

Berlin, 28. 12. 1989

Mathias Großkopf, Uwe Hallwas, Frank Zell

Gemeinsame Aktion von SED-PDS und SPARTAKIST-Gruppe Berlin

# Arbeitereinheitsfront...

*Fortsetzung von S. 1*

manchem Werk haben die Direktoren (die mit Westkapitalisten den Ausverkauf verhandeln) versucht, die Organisierung der Arbeiter zu verhindern.

Bei der Kundgebung waren Anerkennung und Freundschaftsbekenntnisse gegenüber der Sowjetunion besonders augenfällig. SED-Parteisekretär Gregor Gysi sagte: "Und deshalb dulden wir keine Art von Antisowjetismus, die immer zugleich auch Chauvinismus und Nationalismus ist." Auf den Treppen zum Denkmal waren der sowjetische Botschafter und uniformierte Sowjetsoldaten anwesend. Die Sprecherin der TLD Renate Dahlhaus begann ihre Ansprache mit den Worten: "Wir werden niemals vergessen, daß 20 Millionen sowjetische Bürger ihr Leben gegeben haben, um Hitlers Faschismus zu zerschlagen. Sie dürfen nicht umsonst gestorben sein."

Von der Tribüne aus traten Sprecher der Spartakist-Gruppen und der TLD für den authentischen revolutionären Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg ein. Aber vielen lautstarken Schreihälsen (und Wendehälsen?) war dies nicht gerade angenehm, sie versuchten in typischer stalinistischer Tradition die Rede der Trotzkistin durch Zwischenrufe abzubrechen.

Sie wollten nichts vom Scheitern der politischen Alleinherrschaft der SED hören, auch nichts von Kritik an Gorbatschows marktorientierten Perestroika-Wirtschaftsreformen in der UdSSR. Sie brachten sogar Buhrufe gegen unseren Aufruf für Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht an. Aber jetzt blühen solche Räte in verschiedenen Orten der DDR auf. Einem Sprecher des neugegründeten Soldatenrats in Beelitz, zum Beispiel, wurde es bei der Kundgebung nicht gestattet, das Wort zu ergreifen. Diese Soldaten haben darum gebeten, zurück in die Produktion geschickt zu werden.

Mit unserer scharfen politischen Kritik an der SED haben wir, zusammen mit unserem entschlossenen Auttreten gegen den Faschismus, die Kundgebung zu einer wirklichen Einheitsfront gemacht. Der heutigen Kritik der SED am Stalinismus zum Trotz verwechseln die eifrigen Zwischenrufer "Einheitsfront" mit Volksfront und Gleichschritt. Ein Sprecher der Kommunistischen Plattform innerhalb der SED-PDS hat später die Notwendigkeit der Toleranz für verschiedene Meinungen betont. Letzten Endes geht es um die Macht; zur Zeit von Lenin und Trotzki gab es leidenschaftliche Debatten innerhalb der Sowjets, in den Arbeiter- und Soldatenräten, die die höchste Form der Einheitsfront darstellten. Diese Debatten wurden durch Abstimmung entschieden, wobei es auch die Möglichkeit gab, daß die Minderheit sich später in die Mehrheit umwandelte.

Immerhin war es eine imponierende Demonstration der Kraft derjenigen, die gegen den Faschismus kämpfen wollen. Und *das* wird vielen in der SED nicht gefallen mit ihren Plänen für einen (49 Prozent!) Ausverkauf der sozialen Errungenschaften der DDR. Während SEDler stark nach einem neuen "Verfassungsschutz" riefen, der den Platz der aufgelösten Stasi einnehmen soll, schlagen wir vor, die Kampfbereitschaft gegen den Faschismus in die Tat umzusetzen, mit gemeinsamen Streifen von Sowjet- und NVA-Soldaten mit Arbeitermilizen.

Die Treptower Kundgebung hat vieles in der DDR geändert. Besonders wichtig war das Auftreten des Trotzkismus als aktive Kraft, die sich für eine kommunistische Partei auf leninistischer Basis und für eine Arbeiterräteregierung einsetzt. Diese revolutionäre Politik wurde im Fernsehen und Radio auf das ganze Territorium der DDR ausgestrahlt. Und zu diesen kritischen Zeiten, wo es zugleich eine konterrevolutionäre Gefahr und die Möglichkeit einer erfolgreichen politischen Revolution gibt, ist diese proletarische Antwort dringender als je.

**SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**
**Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus**
**U-Bahn Hermannplatz, Westberlin**
**geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr Sa.-So. 14-21 Uhr**

**West Berlin** Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Tel: (030) 882 3964
**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde,
Postfach 1 1023 1 . 2000 Hamburg 1 1

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 16 Montag, 8. Januar 1990 5 Pfennig

## Westmedien toben gegen Treptower Antinazi-Kundgebung

# Neue Große Lüge des Kapitals

Die Imperialisten dachten, sie hätten die DDR schon in der Tasche. Jetzt drehen sie durch, weil es nicht so ist. Ihre Medien haben den Wiedervereinigungsrausch aufgebauscht, mit nach Gewalt schreienden Reportagen über die Leipziger Montags-Demonstrationen. Aber die 250 000 Antifaschisten, die sich am Mittwoch Abend im Treptower Park versammelten, um gegen die greuliche Schändung des Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Soldaten zu protestieren, versetzten damit denjenigen einen großen Schlag, die die DDR untergraben wollen.

Zuerst war diese massive, ausgesprochen prosowjetische Einheitsfrontaktion in der bürgerlichen Presse totgeschwiegen worden. Zwei Tage später fing eine Große-Lüge-Kampagne an, die Goebbels selber bewundert hätte. Klagte dieser die KPD an, am Reichstagbrand schuld zu sein, kommen jetzt die Westmedien den Neonazis zur Hilfe, indem sie groteskerweise versuchen, der SED diese faschistischen Provokationen in die Schuhe zu schieben. "Der Nazi-Trick der SED", schmiert die *Bild-Zeitung* unter der Überschrift "Angst in der DDR". Aber nicht nur Springer beteiligt sich an dieser Lügenkampagne.

Jetzt ist dieselbe ungeheuerliche Fälschung bei Sat-1 und beim wöchentlichen Spiegel-Fernsehmagazin zu hören. Die gemäßigte "soft-core" Version dieser Politpornographie ist bei der *Süddeutschen Zeitung* zu lesen, wo es heißt (die DDR-Opposition zitierend): "SED profitiert vom Neofaschismus."

Es gibt keinen Zweifel, daß wir zur Zeit eine Welle von empörenden Nazi-Schandtaten erleben. Provokationen am Treptower Ehrenmal, in Gera werden Sowjetsterne von den Gräbern abgebrochen. Was wir der SED dabei anlasten, ist nicht, daß sie das zum Wahlthema macht, sondern daß die Nazigefahr nicht mit Wahlen zu beseitigen ist. Deshalb war es besonders wichtig, daß bei der Treptower Kundgebung wir Trotzkisten zum ersten Mal in der Geschichte der DDR das Wort ergreifen konnten, um zu Arbeitereinheitsfront, Arbeitermilizen und Arbeiter- und Soldatenräten aufzurufen.

Das haben die Sprechchöre vor der Tribüne auf erzstalinistische Weise zu verhindern versucht. Aber am nächsten Tag konnte man in *Neues Deutschland* lesen, daß die TLD und Spartakist-Gruppen zu der Kundgebung mit aufgerufen haben, und weiter wurde zitiert: "Renate Dahlhaus von der Trotzkistischen Liga Deutschlands erinnerte an die 20 Millionen im zweiten Weltkrieg ermordeten Sowjetbürger und verlangte nach einer Arbeiter-Einheitsfront. Mit Pfiffen wurde ihre Forderung nach einer militanten Organisation quittiert." Wenn aber die Arbeiter für einen richtigen Kampf gegen den Faschismus mobilisiert werden, wird so mancher SEDler dieses konzertierte Pfeifkonzert am 3. Januar erneut überdenken.

Mehr noch als die Betonkopf-Stalinisten aber haben bürgerliche Parteien und Presse an der Anwesenheit der Trotzkisten Anstoß genommen. Besonders empörten sie sich über unsere Warnungen vor der sozialdemokratischen Gefahr. Am Sonntag beschuldigte der Westberliner *Tagesspiegel* die SED, daß sie "beim Aufruf zur Treptower Kundgebung als Partner auch Gruppierungen willkommen [hieß], die ihr sonst eher suspekt sind. Eine Spartakist-Gruppe war darunter und auch eine Trotzkistische Liga Deutschlands, die auf einem


Angst in der DDR
War doch alles umsonst?
Der Nazi-Trick der SED

Freitag, 5. Januar 1990 · 60 Pf
Bild
UNABHÄNGIG ÜBERPARTEILICH
BERLIN
Leser-Telefon 25 91 24 24

Flugblatt gemeinsam folgende Hetzparole verbreiteten." Anschließend zitierte er unseren Aufruf in extenso:

> "Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Jetzt das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.... Von Bluthund Noske/Ebert/Scheidemann bis Brandt/Lafontaine: Die Sozialdemorkatie ist das trojanische Pferd der Konterrevolution!"

Für die Bourgeoisie also gilt die Entlarvung des trojanischen Pferdes der Sozialdemokratie als "Hetzparole". Änliche Empfindlichkeit haben auch die bürgerlichen Parteien in der DDR beim Antasten dieser heiligen Kuh gezeigt. Am Freitag beschwerte sich das CDU-Blatt *Neue Zeit* über "antidemokratische Kräfte", die das "sozialdemokratische Vordringen" stoppen wollen, wobei "wiederum Arbeitermilizen gefordert werden (gerade haben wir sie vom Halse!)." *Der Morgen* (LDPD) verurteilte "Rufe nach einer Machtergreifung durch

*Fortgesetzt auf S.2*

## Ehrt Lenin, Liebknecht, Luxemburg

**Am 14. Januar jährt sich zum 70. Mal der Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Opfer der blutigen Repression, die von der Sozialdemokratie organisiert wurde, um den Spartakus-Aufstand zu zerschlagen.**

**An die frühe kommunistische Tradition anknüpfend, werden wir Luxemburg, Liebknecht und auch Lenin unsere Achtung erweisen — und zwar in ganz Berlin. Deshalb beteiligen wir uns an der von der SED-PDS und anderen Organisationen aufgerufenen Großdemonstration in Friedrichsfelde und gehen dann weiter zum Denkmal am Landwehrkanal. Wir fordern alle auf, die die "Drei L" des Bolschewismus ehren wollen, mit den Spartakist-Gruppen und der Trotzkistischen Liga Kontakt aufzunehmen.**

## Große Lüge

*Fortsetzung von S. 1*

Arbeiter- und Soldatenräte" als "bedenklich", wie auch die SED-Forderung für einen Verfassungsschutz.

SDP-Führer Steffen Reiche beklagt sich, die SED habe sich mit der Treptower Kundgebung "um 290 Grad gedreht". In Bonn fordert die SPD Kohl auf, ein "deutliches Warnsignal" an die SED zu geben. Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger greifen die Trotzkisten an, weil sie fürchten, die SED könnte wirklich dem imperialistischen Druck widerstehen, statt ständig nachzugeben.

Heute ist die SPD-SDP die Speerspitze der Konterrevolution. Die sogenannten "linken" Oppositionsgruppierungen haben ein "Wahlbündnis 90" mit der SDP geschlossen. Später äußerte die Vereinigte Linke zwar Bedenken, ohne aber aus dem Bündnis auszusteigen. Im schroffen Gegensatz zu dieser Koalitionsmacherei im Sog der sozialdemokratischen Konterrevolution kämpfen wir Trotzkisten dafür, eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse zu schmieden.

Es ist ein Hohn, daß die Kapitalisten sich über einen Verfassungsschutz in der DDR beklagen, wo die BRD eine Unzahl von Geheimdiensten hat, alle direkt aus dem Nazistaat. Aber in der UdSSR der Perestroika und Glasnost, wo es den KGB immer noch gibt, marschiert die antisemitisch-faschistische Pamjat auf den Straßen. Was wir brauchen, sowohl in Leningrad und Moskau als auch in ganz Berlin, ist eine machtvolle Mobilisierung der werktätigen Massen. Dagegen wendet sich die Hetzkampagne der Westmedien und der kapitalistischen Parteien, weil sie darin das Gespenst der Revolution sehen.

Die große Demonstration am Mittwoch war ein bedeutender Rückschlag gegen die Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie. TLD und Spartakist-Gruppen haben dabei eine wichtige Rolle gespielt, als wir als erste für eine antifaschistische Einheitsfrontaktion aufriefen und uns an die SED wandten. Wir sind zu künftigen Einheitsfrontaktionen gegen die konterrevolutionäre Gefahr bereit. Mit denjenigen, die unsere programmatischen Auffassungen zu den dringenden Tagesproblemen teilen, sind wir bereit entweder zusammenzuarbeiten oder, wenn wir nicht übereinstimmen, als loyale Opposition zu wirken — wenn dies auch bei entscheidenden Fragen eine vehement oppositionelle Loyalität sein würde.

Im Arbeiterstaat müssen die Werktätigen die Macht direkt ausüben, durch Arbeiter- und Soldatenräte, in denen auch Angestellte, Genossenschaftsbauern, Studenten und Intelligenz vertreten sind. Wir müssen, wie es ein Banner der Bergmann-Borsig-Arbeiter am Mittwoch verlangte, für "Volle Staatsbürgerrechte unserer Ausländer" eintreten. Es gilt, eine heftige Opposition zu bilden zusammen mit allen, die dazu bereit sind, diejenigen zu bekämpfen, die die sozialen Errungenschaften und die Existenz der DDR zerstören wollen. Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfront! Kein Ausverkauf der DDR — Für ein rotes Rätedeutschland!

### Spartakist-Gruppen Kontaktadressen

**D. Bartels**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Bernd Hilpert**
**Hardenbergerstr. 51**
**Leipzig 7030**

**SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**

**Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus**
**U-Bahn Hermannplatz, Westberlin**
**geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr Sa.-So. 14-21 Uhr**

**West Berlin** Postfach 21 07 50. 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde.
Postfach 1 1 02 3 1 . 2000 Hamburg 1 1

## Für Arbeitereinheitsfront gegen Faschisten!

*Als Ende 1931 die stalinisierte KPD unter Ernst Thälmann sich weigerte, den sozialdemokratischen Führern eine Einheitsfront gegen Hitlers Nazis anzubieten, schrieb Leo Trotzki einen Brief an einen deutschen Arbeiter, Mitglied der KPD, aus dem wir folgende Auszüge entnehmen:*

Man muß in der Tat die völlige Bereitschaft zeigen, mit den Sozialdemokraten einen Block gegen die Faschisten zu bilden, wo immer sie sich darauf einlassen...

Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinsky (sozialdemokratischer Berliner Polizeichef). Unter einer Bedingung: man darf sich nicht die eigenen Hände binden!

Ohne Verzug muß endlich ein praktisches System von Maßnahmen ausgearbeitet werden — nicht mit dem Ziel der bloßen "Entlarvung" der Sozialdemokratie (vor den Kommunisten), sondern mit dem Ziel des tatsächlichen Kampfes gegen den Faschismus. Die Frage des Betriebsschutzes, der freien Tätigkeit der Betriebsräte, der Unantastbarkeit der Arbeiterorganisationen und -einrichtungen, der Waffenlager, die von den Faschisten geplündert werden können, Maßnahmen für den Fall der Gefahr, die Koordinierung der Kampfhandlungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abteilungen usw. müssen in dieses Programm aufgenommen werden.

Im Kampf gegen den Faschismus kommt den Betriebsräten gewaltige Bedeutung zu. Hier ist ein besonders genaues Aktionsprogramm notwendig. Jeder Betrieb muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenen Kommandanten und eigenen Kampfmannschaften. Man muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenen Kommandanten und eigenen Kampfmannschaften. Man muß eine Karte der faschistischen Kasernen und der übrigen faschistischen Herde in jeder Stadt, in jedem Bezirk haben. Die Faschisten versuchen, die revolutionären Zentren zu umzingeln. Die Umzingler müssen umzingelt werden. Auf diesem Boden ist ein Übereinkommen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur zulässig, sondern Pflicht. Darauf aus "prinzipiellen" Erwägungen verzichten (in Wirklichkeit aus bürokratischer Dummheit oder noch ärger: aus Feigheit), heißt direkt und unmittelbar dem Faschismus zu helfen.

L.D. Trotzki, "Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen" (Dezember 1931)




Ich möchte . . . Stück Arprekorr zum Verteilen

Ich möchte . . . Stück Spartakist zum Verkaufen

Ich/Wir wollen eine Spartakist-Gruppe aufbauen

Ich möchte Mitglied der TLD/IKL werden

Name

Straße

PLZ Ort

Tel.

Abonniert *Spartakist,* Zeitung der TLD, jetzt wöchentlich!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark

Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden - verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht --, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern - für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden -- eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht rühren wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

## Arbeitereinheitsfront...

*Fortsetzung von S. 4*

tionären Klasseninteressen zu vereinigen, sondern sie an sogenannte "fortschrittliche" Elemente der Bourgeoisie zu fesseln. Das war der Sinn der Losung für eine "Einheitsfront gegen Faschismus", die beim VII. Weltkongreß von Dimitroff, d.h. von Stalin eingeleitet wurde.

Was das in der Tat bedeutete, stellte sich bald heraus. Die französischen Kommunisten erhielten den Befehl, für das Rüstungsbudget in der Nationalversammlung zu stimmen. In Spanien versuchte Stalin, das kämpferische Proletariat an den Schatten der Bourgeoisie zu fesseln, an ein paar Gewerkschaftsanwälte und "demokratische" Offiziere, die nicht zu Franco übergegangen waren. Und weil die Arbeiter das nicht wollten — sie hatten inzwischen durch Arbeiterselbstverwaltung die Industrie in die Hand genommen und den Boden kollektivisiert —, haben die Stalinisten die Arbeiter Barcelonas blutig niedergemetzelt, was Francos Weg zum Sieg ebnete.

Das ist nicht nur eine "Geschichtsfrage". Ich erinnere mich ganz genau, als Allende 1970 in Chile zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Überall Begeisterung, das erste Mal in Lateinamerika kommt ein Sozialist auf friedlichem Weg zur Macht. Wir haben damals gewarnt, daß die herrschende Klasse, sowohl die chilenische wie auch die USA-Imperialisten, nur abwartet, bis die Werktätigen demoralisiert sind, und dann wird sie losschlagen. Entweder eine proletarische Revolution oder ein Blutbad wird es geben, sagten wir. Leider ist es zum letzteren gekommen. Deshalb sagen wir, Volksfront heißt Arbeiterblut.

Also, zusammenfassend, die Volksfront wurde ausgedacht, um die Einheit der Arbeiter um ihre revolutionären Klasseninteressen zu verhindern und sie einem Teil der Bourgeoisie unterzuordnen, dem "demokratischen" natürlich. Aber so kann man den Faschismus, oder den "militarisierten Kapitalismus" schlechthin, *nicht* bekämpfen. Denn wenn es um *ihre* Klasseninteressen geht, greifen die Kapitalisten zu den Faschisten, die sie sonst in Reserve halten. Es ist gut bekannt, wie Krupp und Thyssen und die Bankiers die Nazis unterstützten. Nicht so oft erwähnt wird die Tatsache; daß *keine* Schicht der herrschenden Klasse den Faschisten Widerstand leistete.

Dieses sind nun Beispiele aus kapitalistischen Ländern. Was heißt dann Volksfront in der DDR heutzutage? Das bedeutet, wie die SED es jetzt tut, sich an die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Parteien, die rings um den sogenannten "Runden Tisch" sitzen, zu wenden, um eine Koalitionsregierung zu bilden. Obwohl CDU, LDPD und andere in der Vergangenheit ein rituelles Bekenntnis zum "Sozialismus" abgaben, erklären sie sich jetzt reihenweise zur "Marktwirtschaft", d.h. zur kapitalistischen Konterrevolution, wie das auch beim Neuen Forum, Demokratischen Auf bruch usw. der Fall ist. Und die meisten sind mehr oder weniger offen für die Wiedervereinigung mit der imperialistischen BRD.

So daß es unmöglich ist, mit solchen "Alliierten" den Faschismus zu bekämpfen, besonders jetzt, wo die Neonazis sich als Speerspitze der Wiedervereinigung anbieten. Dieselben Parteien sind die Vorreiter des Ausverkaufs der DDR. Um zu verhindern, daß Osram das NARVA-Werk aufkauft (nur zu 49 Prozent!), ist es nötig, die Arbeiter zu mobilisieren, um Räte zu bilden. Und man kann sich leicht vorstellen, wie diese Parteien zur Frage von Arbeiterräten stehen würden.

Die stalinistisch gesinnten Zwischenrufer wollten deshalb bei der Kundgebung am Treptower Ehrenmal die Trotzkisten daran hindern, ans Wort zu kommen, weil sie das revolutionäre kommunistische Programm fürchteten. Um den Faschismus zu bekämpfen, muß man die Aktionseinheit der Arbeiterklasse anstreben, was auch als notwendigen Bestandteil Freiheit der Kritik einschließt. So hat die Komintern die Einheitsfront konzipiert, und wir auch.

# Spartakist-Antwort an Neues Deutschland

*Nachfolgender Brief wurde am 2. Januar an die Redaktion von* Neues Deutschland *zum Abdruck übergeben.*

Werter Doktor Klaus Steiniger!
Ihren Artikel "Über rote Seifenblasen und die Wirklichkeit" (ND vom 29.12.1989) haben wir mit Interesse gelesen. Warum entstellen Sie unser Programm als "Pseudorevolutionären Voluntarismus"? Aus Ihren Darlegungen geht hervor, daß Ihnen zumindest ein Teil unserer Publikationen bekannt ist. Dann sollten Sie aber doch auch wissen:

1. Wir sind Kommunisten und sagen das auch laut und deutlich. Wir sind sicher, daß für viele Mitglieder Ihrer Partei und auch Leser des ND die Ideale des Kommunismus keine "rote Seifenblasen" sind. Wir bekennen uns zur Diktatur des Proletariats und zum demokratischen Zentralismus. Ihre Partei, die SED-PDS, vermeidet das tunlichst. Wir wissen sehr wohl, daß mit diesen Begriffen in der DDR 40 Jahre lang Schindluder getrieben wurde, aber es kommt darauf an, diese Begriffe mit dem richtigen Inhalt zu füllen. Eben dieser Aufgabe stellen wir uns. Sie als promovierter Philosoph kennen bestimmt Lenins Schrift: "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", und müßten wissen, wie gefährlich es ist, sich programmatisch auf Bernstein und Kautsky einzuschwören.

2. Wir treten offen für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR ein, und zwar konkret. Deshalb unterstützen wir von ganzem Herzen die Forderung der NARVA-Arbeiter nach Offenlegung der Geschäftsbeziehungen (Was ist mit den Osramfahrzeugen, die ständig bei NARVA auftauchen?). Wer gibt den Generaldirektoren und Direktoren das Recht, gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln zu verhökern? Wir sind gegen eine kapitalistische Restauration der DDR, und sind davon überzeugt, daß eine Arbeiterrätemacht in der DDR enorme Auswirkungen auf die Arbeiter in der Bundesrepublik haben wird.

3. Wir sind Internationalisten und kämpfen für volle Staatsbürgerrechte aller Ausländer, die in der DDR leben und arbeiten. Warum dürfen beispielsweise unsere vietnamesischen Kollegen nicht reisen? Wir sind konsequente Antifaschisten, weil wir nur zu gut wissen, daß der Faschismus zuallererst die jüdischen Bürger der DDR und unsere ausländischen Kollegen bedroht.

Wir können und wollen an dieser Stelle nicht unser gesamtes Programm erläutern und haben nur diese drei Eckpunkte herausgegriffen.

Sie schlagen eine Einheitsfront gegen rechts vor. Was offensichtlich von Ihnen gemeint ist, ist eine Volksfrontpolitik, die die Hände der Arbeiter mit einem sozialdemokratischen Minimalprogramm bindet. Wir von den Spartakist-Gruppen und der Trotzkistischen Liga Deutschlands aber schlagen gemeinsame Aktionen gegen die Nazigefahr vor: Getrennt marschieren, vereint schlagen! Bringt die Arbeiter aus den Fabriken, um die braune Pest zu stoppen. Das ist die Einheitsfrontpolitik Lenins, die Trotzki zu Beginn der dreißiger Jahre dringend der deutschen Arbeiterklasse vorschlug. In krassem Gegensatz dazu stand die "Sozialfaschismus"-Theorie von Stalin und Thälmann, die letztendlich die Machtübernahme Hitlers ermöglichte.

Ganz konkret ist die Frage der Einheitsfrontaktion der Arbeiterklasse gegen den Faschismus gestellt, und zwar am Mittwoch den 3.1.1990,18.00 Uhr vor dem Sowjetischen Ehrenmal in Treptow. Allerdings hat das ND nicht erwähnt, daß die Spartakist-Gruppen und die Trotzkistische Liga Deutschlands sich an den Vorstand der SED-PDS gewendet haben mit unserem Aufruf: "Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!" Wir laden Sie ein, diese Demonstration zu unterstützen.

Jedoch wir haben noch einen Vorschlag. Wäre es nicht angebracht, die offensichtlichen programmatischen Differenzen in einem öffentlichen Podiumsgespräch zu klären. Wir könnten über die Frage, wie man den Faschismus bekämpfen kann, diskutieren. Das müßte doch im Marx/Engels-Auditorium der Humboldt Universität zu Berlin möglich sein. **Bis** Mittwoch dann.

Spartakist-Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands

# Arbeitereinheitsfront oder Volksfront?

*Die folgende Erklärung zum Thema Einheitsfront — Volksfront wurde von einem Sprecher der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auf eine Frage auf der Veranstaltung der Spartakist-Gruppe Berlin am 5. Januar gegeben, die wir hier in leicht veränderter Form abdrucken.*

Die Arbeitereinheitsfront wurde zum ersten Mal vom IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1922 aufgeworfen, um zu ermöglichen, daß trotz schwerwiegender politischer Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten die Arbeiterbewegung tatkräftig gegen den Klassenfeind zuschlagen könnte. Das wollten die Reformisten natürlich vermeiden, weil sie die Mobilisierung der Arbeiterklasse fürchteten, wie dies auch heute der Fall ist.

Es war die Arbeitereinheitsfront, die zu Beginn der dreißiger Jahre nötig war, um Hitlers Weg zur Macht zu verhindern. Dies hatte Trotzki dringend betont. Aber mit ihrer "Sozialfaschismus"-Theorie haben Stalin und Thälmann die notwendigen gemeinsamen Aktionen gegen die Nazis untersagt und sogar blockiert. "Nach Hitler kommen wir" war die leichtsinnige Linie der KPD.

Natürlich wollten die Sozialdemokraten eine Einheit der Arbeiterklasse nicht zulassen, weil das unbedingt revolutionäre Konsequenzen ausgelöst hätte. Zu der Zeit stimmten 40 Prozent in Berlin für die KPD — wenn man dazu die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinzugezogen hätte, dann hätte sich Berlin wirklich in eine rote Hochburg verwandelt, in eine proletarische Festung, die die Machtübernahme Hitlers durch die sozialistische Revolution hätte verhindern können.

Nachdem die Nazis an die Macht gekommen waren, begannen die Massenverhaftungen, die Bücherverbrennungen, tauchten die ersten KZ-Lager auf. Alle waren entsetzt. Auch Stalin hatte darauf reagiert, als er — zu Recht — einen Krieg von Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion fürchtete. Seine Antwort war aber nicht, die Arbeiterklasse um ihre revolu

*Fortgesetzt auf S.3*

Herausgegeben von Spartakist-Gruppen und Trotzkistischer Liga Deutschlands,
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 17 Mittwoch, 10. Januar 1990 5 Pfennig


Progress Publishers


Dietz Verlag Berlin


Dietz Verlag Berlin

## Aufruf der Spartakist-Gruppen und TLD

# Ehrt Lenin, Liebknecht, Luxemburg!

*Am 15. Januar 1919 wurden in Berlin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Noske-Offizieren ermordet. Am 21. Januar 1924 starb Wladimir Iljitsch Lenin in Gorki bei Moskau.*

Am Samstag, den 14. Januar wird es ab 9 Uhr eine Großdemonstration an der Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde geben, zu Ehren der revolutionären Arbeiterführer Liebknecht und Luxemburg, zum 71. Jahrestag ihres Mordes. Anknüpfend an die frühe kommunistische Tradition werden Spartakist-Gruppen und Trotzkistische Liga Luxemburg, Liebknecht und auch Lenin unsere Achtung erweisen. Wir fordern alle auf, die die "Drei L" des Bolschewismus ehren wollen, sich um unsere Banner zu sammeln und an der öffentlichen Spartakist-Veranstaltung teilzunehmen.

Im Aufruf der SED-PDS werden Karl und Rosa als "hervorragende Führer der deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten" bezeichnet. Dies hängt eng mit der heutigen Auffassung der SED zusammen, Liebknecht und Luxemburg mit Kautsky und Bernstein gleichzusetzen. Dabei wird verschwiegen, daß es gerade die vom Sozialdemokraten Gustav Noske eingesetzten Offiziere waren, die diese Kommunisten umbrachten, um den Spartakus-Aufstand im Januar 1919 zu zerschlagen. Noske ("Einer muß der Bluthund sein") handelte im Auftrag der Regierung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert, der 1918 bekannte: "Ich hasse die Revolution wie die Sünde!"

Jahrzehntelang haben die Führer der Sozialdemokratie sich bemüht, ihr Blutverbrechen, das das Geburtsmal der Weimarer Republik war, zu verwischen. Zu diesem Zweck haben sie alles daran gesetzt, unsere revolutionären Märtyrer in sozialdemokratische Reformisten umzudichten. Stalin, dem vor der proletarischen Revolution genauso bange war, hat gleichermaßen versucht, Luxemburg ihrer revolutionären Ehre und Größe zu berauben. Wir Spartakisten, die wir im Geiste Lenins und Trotzkis für den Kommunismus kämpfen, stehen für das revolutionäre Erbe der zwei Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Sozialdemokraten, jetzt auch innerhalb der SED-PDS, sprechen von "einhelligen Warnungen" Rosa Luxemburgs (sowie auch Kautskys und Bernsteins!) vor der Möglichkeit "einer diktatorisch-terroristischen Entwicklung in der Sowjetunion", nicht unter der stalnistischen Bürokratie, sondern zur Zeiten Lenins! Dabei berufen sie sich auf eine Schrift, die sie im Gefängnis verfaßte, ohne jeden Zugang zu genauen Berichten über die Ereignisse in Rußland, und die sie niemals veröffentlichte. Sie lassen dabei außer acht, daß Rosa beim Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember erklärte:

> "...wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das ABC Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die

*Fortgesetzt auf S. 2*

**Spartakist-Veranstaltung**

**Es lebe der Kommunismus von Lenin, Luxemburg, Liebknecht!**

**Redner: G. Melt und Renate Dahlhaus**

**Sonntag, 14. Januar 1990**

**Kulturhaus VEB Elektrokohle**
**Herzbergstraße 128-139**
**Berlin 1130**

**geöffnet von 11 bis 16 Uhr**
**Veranstaltung um 13 Uhr**

# Briefe an Spartakist/ARPREKORR

Werte "Spartakisten"! 19. 12.1989
Ich habe durch Zufall die Nr. 4 Eurer Arbeiterkorrespondenz in die Hände bekommen. Mein Erstaunen war immens, daß es eine derartige Strömung mit so konkreten Vorstellungen überhaupt gibt. Daß wir zum wahren Marxismus-Leninismus zurückkehren müssen steht für mich außer Zweifel, ich hatte aber bis heute Leo Trotzki nicht zu den Verfechtern des realen Sozialismus gezählt.

Lenin stellte nicht umsonst das Lernen an die Stelle der ersten Bürgerpflicht, denn nur der wissende Staatsbürger kann das Beste für sein Land tun. Viele Menschen in unserem Land haben sich vom Sozialismus abgewandt, weil sie glauben, 40 Jahre hintergangen worden zu sein. An dem ist nicht. Der Sozialismus als Gesellschaftsformation der Zukunft und einzige Alternative zum faulenden und parasitären Imperialismus hat weiterhin seine Daseinsberechtigung. In der DDR und anderen sozialistischen Ländern (auch in der Sowjetunion) wurde aber in der Vergangenheit der falsche Weg eingeschlagen. Zunehmend setzte sich in der sozialistischen Gesellschaft Schmarotzertum und Kleinbürgertum zum Nachteil der sozialistischen Ideale durch.

Bei der "deutschen Frage" nach der Wiedervereinigung wird meiner Meinung nach von falschen Tatsachen ausgegangen. Nicht wir in der DDR müssen uns dem Kapitalismus zu Eigen machen, sondern die Bourgeoisie muß abdanken und Platz für einen sozialistischen deutschen Nationalstaat machen. Gerade jetzt dürfen wir nicht die Kontakte zu unseren Bruderländern aufgeben. Gerade jetzt sind Solidarität und proletarischer Internationalismus gefragt. Wenn wir jetzt unsere sozialistischen Freunde in Kuba, Afghanistan, Nikaragua und den anderen Ländern im Stich lassen, wie es vom großen Teil der verhetzten Bevölkerung gefordert wird, hat der Weltimperialismus leichtes Spiel mit uns. Einzeln haben wir keine Chance, zusammen vereinigt und mit gleichen Zielen stellen wir dagegen eine unüberwindliche Macht dar, die der Bourgeoisie das Fürchten lehrt, wie ihre verzweifelten Anstrengungen zur Zerschlagung des Weltsozialismus eindeutig beweist. Lenins These von der Nichtexportierbarkeit der sozialistischen Revolution hat der Versuch von Che Guevara bewiesen und hat nach wie vor volle Gültigkeit, es ist aber unsere Pflicht den Sozialismus in unserem Land attraktiv zu machen. Mit der Umgestaltung in der DDR, der UDSSR, der CSSR und anderen Ländern müssen wir ein Fanal setzen und die Befreiungsbewegungen in allen Ländern nach Kräften unterstützen. Wir müssen dem Kapitalismus beweisen, wer die wirkliche Macht besitzt.

Ich möchte gerne mehr über Eure Organisationsformen, Ziele und Aufgaben erfahren! Ich würde außerdem gerne Eure Zeitung abonnieren.
Mit sozialistischen Kampfesgrüßen
D.G., Merseburg

Jetzt zu mir: 3.1.1990
Eure Ziele stimmen mit meinen Zielen voll überein. Jetzt muß erst recht etwas geschehen damit der Hitlerfaschismus in der DDR nicht wieder aufwacht. Er muß auch in der BRD und Westberlin zerschlagen werden. Es ist eine richtige Komm. Partei in unserem Land notwendig aber es muß doch was verändert werden denn so kann das nicht weitergehen. Jetzt durch die Reisefreiheit kommt das Nazipack erst recht durch und versucht Unruhe zu stiften aber ich werde dafür alles einsetzen damit es nicht soweit kommt.
Mit mir könnt ihr rechnen. Morgen Mittwoch ist in Berlin eine Demo gegen Nazis und ich werde dabei sein, so das war's für's erste.

Ich grüße Spartakist und wünsche viel Erfolg im neuen Jahr bei der Zerschlagung des Nazipacks in Ost und West.
M.B., Wittstock-Dosse

## Ehrt "Drei L"...

*Fortsetzung von S, l*

Arbeiter-und Soldatenräte."

Karl wollen sie als kleinbürgerlichen Pazifisten darstellen. Er wurde aber von seinem Vater Wilhelm als "Soldat der Revolution" erzogen. Als er am l. Mai 1916 das Wort ergriff, setzte er dem wilhelminischen "Lieber den Krieg als den Aufstand" das sozialistische "Lieber den Aufstand, lieber die Revolution als den Krieg!" entgegen. Und gegen sowohl den kriegstreibenden Sozialpatriotismus der SPD wie auch den Pazifismus Kautskys und Bernsteins stand Karl Liebknecht auf der Seite Lenins, als er vor dem Kriegsgericht erklärte: "Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg ist für mich die Losung!"

Vor allem waren Karl und Rosa Internationalisten. Er, der sich am 2. Dezember 1914 mutig weigerte, den Kriegskrediten zuzustimmen, mit den Worten: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch wieder trotz alledem!" Sie, die als Polin, Jüdin und Kommunistin von den Reaktionären aller Länder gehaßt wurde. Indem sie beide jahrzehntelang den Reformismus bekämpften, bekannten sie sich zum Programm der sozialistischen Weltrevolution. Dies war der Grundstein der Kommunistischen Internationale, von Lenin und Trotzki gegründet, von Kautsky und Bernstein gefürchtet, von Stalin begraben.

Heute kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Wiedergeburt der trotzkistischen Vierten Internationale. Wir sind uns der Fehler der Führer der revolutionären Sozialisten in Deutschland sehr wohl bewußt, insbesondere ihres Versäumnisses, sich rechtzeitig von den Reformisten und Zentristen zu trennen. Notwendig war es, wie die Bolschewiki eine eigenständige revolutionäre Partei zu schmieden, was für den Sieg der Oktoberrevolution 1917 entscheidend war. Aber als Lenin den alten russischen Zweizeiler, "Ein Adler sinkt oft tiefer als ein Huhn, ein Huhn erreicht dagegen nie den Adlerflug", auf Rosa Luxemburg anwandte, sprach er über die Kautsky- und Bernstein-Hühner das Urteil.

In der dritten Januarwoche 1933, kurz vor Hitlers Machtantritt, als die stalinisierte KPD immer noch "die Überreste des Luxemburgismus" bekämpfte, schrieben die deutschen Trotzkisten:

> "Verfehmt, gejagt, gegen eine Welt von Feinden standen Lenin, Liebknecht und Luxemburg während des Weltkrieges im Kampf. Doch die Kraft ihrer Idee siegte über Reformismus, Zarismus und Hohenzollern. Ahnlich ihnen sieht sich die Internationale Linke Opposition in einen ungleichen Kampf verwickelt: hier — bei uns — die Kraft der Idee, — dort, die Übermacht der Apparate. Auch für uns Bolschewiki-Leninisten, die gegen den Strom schwimmen, gelten die Worte Liebknechts: Der Sieg wird unser sein; trotz alledem!"
>
> (*aus Permanente Revolution*, 3. Januarwoche 1933)

- *Für eine leninistisch-kommunistische Partei! Kehrt zum Weg Lenins Trotzkis zurück!*
- *Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion!*
- *Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter!*
- *Nieder mit der NATO! Verteidigt DDR, Sowjetunion!*
- *Für eine Planwirtschaft unter einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte!*
- *Kein Ausverkauf der DDR! Für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Sozialistischen Staaten von Europa!*

**SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**
**Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus**
**U-Bahn Hermannplatz, Westberlin**
**geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr Sa.-So. 14-21 Uhr**

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden - verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten - - Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht -, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern - für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden - eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

Von Lenin und Trotzki lernen
heißt siegen lernen!

# Interview ...

*Fortsetzung von S.4*

Arbeit, unterhalten sich. Also da gibt es, vielleicht vereinzelt, wo eben der eine oder andere etwas gegen Vietnamesen hat oder gegen Mosambikaner, aber das ist ganz, ganz wenig.

**ARPREKORR:** Wir haben die Losung für volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter. Was meinst Du dazu? Daß sie also die gleichen Rechte haben sollten wie andere...

A: Dafür bin ich auch. Wir hatten auch, bevor das anfing, vor dem 9. November, da wurde ja rausgebracht, daß eben auch die Ausländer bei uns wählen können. Wir haben das ausdiskutiert bei uns in der Parteigruppe und kamen zu einem guten Standpunkt, daß die eben auch das Recht haben wie jeder andere hier, der bei uns lebt in der DDR, wählen zu können, daß sie genauso leben, die arbeiten ja auch mit uns, warum sollen sie nicht auch so leben wie wir.

**ARPREKORR:** Zum Internationalismus gehört natürlich auch, daß man nicht nur in der DDR für eine wirkliche Arbeiterrätedemokratie kämpfen muß, sondern auch in Westdeutschland, in der Bundesrepublik. Deshalb haben wir die Losung "Für ein rotes Rätedeutschland", um gegen diejenigen, die eine kapitalistische Wiedervereinigung haben wollen, zu kämpfen und die Errungenschaften der DDR zu verteidigen. Das ist ein Kampf, der auch von den westdeutschen Arbeitern geführt werden muß. Was sagst Du dazu?

A: Ja, bei uns ist es sehr schwierig im Moment. Durch diesen Stalinismus wurde das Volk erstmal verärgert bei uns und jetzt kommt der Westdeutsche und bietet viele Dinge an für den DDR-Bürger. Der DDR-Bürger wird zum größtenteil verblendet durch so etwas. Und dadurch kommt eben, daß gar nicht so darauf geachtet wird auf die Neonazis hier in Westberlin und auf die braune Brut, die hier so lebt. Im Gegenteil, man schließt sich noch an, vereinzelte Truppen in der DDR, man hat das gesehen jetzt letztens in Dresden, als der Bundeskanzler da gesprochen hat, wie vor allem die DDR-Jugend so verblendet wurde, die gar nicht darüber bescheid wußte, was im Krieg getrieben wurde, was danach passiert ist, was vor 61 war, was nach 61 war.

Wir müssen stark darum kämpfen, daß wir so eine Vereinigung nicht wieder kriegen. Daß eben nur, wenn eine Vereinigung kommt, es zu einer kommunistischen Vereinigung kommt. Daß wir, das Kommunistische einen größeren Anteil hat als das Kapitalistische, dieser Imperialismus und diese rechten Kräfte. Damit man eine Zukunft hat.


**West Berlin** Postfach 21 07 50. 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde,
Postfach 1 1 02 3 1 . 2000 Hamburg 1 1


## Spartakist-Gruppen Kontaktadressen


**D. Bartels**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Bernd Hilpert**
**Hardenbergerstr. 51**
**Leipzig 7030**

# Interview bei Bergmann-Borsig
# "Es muß zu einer kommunistischen Vereinigung kommen"

*Der Berliner Metallbetrieb VEB Bergmann'Borsig gehörte schon immer zur Vorhut der deutschen Arbeiterklasse. Der westdeutsche* Spiegel *widmete diesem proletarischen Bollwerk vier Seiten seiner Ausgabe vom l. Januar, wobei er notierte: 'Am 17. Juni 1953 zogen alle Arbeiter zum Tor hinaus, den revolutionären Vorkriegstraditionen auf der Spur: 1918 waren sie dem Spartakus-Aufruf zum Generalstreik gefolgt, 1933 widerstanden sie lange den Nazis. Am 13. August 1961 griffen die Betriebskampfgruppen des Werkes zu den Waffen, um die schußnahe 'Staatsgrenze für immer zu sichern'* (Neues Deutschland,)."

*Dabei ist bemerkenswert, daß nur die Trotzkisten in allen diesen Kämpfen mit den Arbeitern von Bergmann-Borsig auf einer Seite standen. Wir veröffentlichen hiermit Auszüge aus einem Interview mit einem Beschäftigten bei Bergmann-Borsig.*

**ARPREKORR:** Dieses Thema von einem möglichen und drohenden Ausverkauf der DDR, wie stehen Du und Deine Kollegen dazu?

A: Wir sind darüber stark beunruhigt. Durch diese Situation jetzt, wo eben viele, auch Angehörige der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Bürgermeister Momper oder *dem* Bundeskanzler Kohl viele Zugeständnisse machen, die eben dahin führen, daß so ein Ausverkauf der DDR stattfinden könnte. Es werden zu viele Zugeständnisse auf der rechten Tendenz gemacht. Daß eben Betriebe [vom Westen] bei uns in den Betrieben Aktien kaufen können, bzw. ihre Aktien [darin verlegen]. Wir haben nichts gegen Unterstützung. Es darf aber nicht so werden, daß wir dadurch Nachteile haben, unser Sozialismus. Und ich glaube nicht, daß ein kapitalistischer Staat einem sozialistischen Staat helfen will, damit er wieder sozialistisch wird. Daran glaube ich eben nicht.

**ARPREKORR:** Das ist der Kernpunkt dabei. Wenn es auch so ist, daß es jahrzehntelang eine Bürokratie gegeben hat, bedeutet das nicht, daß wir aufgeben, was in diesem Staat aus den Trümmern aufgebaut wurde. Das gehört den Werktätigen und das muß man schützen. Das ist selbstverständlich.

In der letzten Zeit gab es einen Artikel in der *New York Times* über die Stimmung bei den Arbeiter in Bergmann-Borsig, wir haben Auszüge in *der ARPREKORR* veröffentlicht. Wie sieht es eigentlich im Betrieb aus?

A: Viele Genossen waren schockiert darüber, was unsere Führung sich geleistet hat durch die Korruption, durch den Amtsmißbrauch. Aber es ging nicht darum, den Sozialismus anzuprangern, sondern diesen Staatsapparat. Größtenteils durch diese Schockierung, durch diese Art, was die da oben gemacht haben, traten viele Genossen aus, es waren 300-400 Genossen, die bis jetzt ausgetreten sind. Wir sind aber immer noch 800 Genossen bei Bergmann-Borsig, die für einen Sozialismus stehen, aber nicht für die SED. Der größte Teil ist nicht mehr für die SED, weil nach dem Sonderparteitag ist vieles, was da beraten wurde, nur vorerst beraten worden, was das Statut betrifft, was das Programm betrifft. Das waren viele Dinge, die zum rechten Weg hin tendieren, also nicht zu den Kommunisten hin, sondern zu der SPD.

**ARPREKORR:** Diese, die nach rechts tendieren, wer sind sie?

A: Die haben sich schon anders formiert, z. B. in "Demokratie Jetzt" oder im Neuen Forum. Von diesen Menschen wird auch keine große Arbeit mehr gemacht, die größte Zeit von denen wird beobachtet, die treiben sich rum und schnüffeln. Der Großteil ist bei der SED und neutral. Man muß sagen, da muß man gegen ankämpfen, daß wir die Genossen wiedergewinnen, die nicht mehr in unserer Partei sind, aber auch andere Genossen, die noch in keiner Partei waren, das man die vielleicht dazu bekommt, den kommunistischen Weg zu gehen.

**ARPREKORR:** Und diejenigen, die nach links tendieren, die sind in der Mehrheit Arbeiter?

A: Meist Arbeiter, in der Halle, ganz einfache Arbeiter. Meistens ältere Kollegen, die den Krieg miterlebt haben, die den Aufbau miterlebt haben, die wissen, wie es in der Weltgeschichte läuft, mit den Rechten und mit den Linken. Die wissen genau darüber bescheid, über alles. Und das sind dann noch die echten Genossen bei uns im Betrieb.

**ARPREKORR:** Aber Du bist ganz jung. Gibt es auch bei jungen Genossen eine Stimmung dafür...

A: Ja natürlich, die gibt es auch.

**ARPREKORR:** Eine der Merkmale des Stalinismus ist eben die nationale Beschränktheit, die sich von ihrem "Programm" für den "Sozialismus in einem Land" statt Weltrevolution herableitet. Das hat auch nationalistische Stimmungen unterstützt. Man hat mir gesagt, daß es bei Bergmann-Borsig z. B. viele vietnamesische Arbeiter gibt. Wie stehen die anderen Arbeiter zu den vietnamesischen Kollegen? Sind sie freundlich ihnen gegenüber?

A: Die Vietnamesen, Mosambikaner haben wir auch noch da, sind erst kurze Zeit bei uns bei Bergmann-Borsig, arbeiten erst kurz da, und viele Kollegen sind freundlich, hilfsbereit zu den Kollegen, damit ihnen was beigebracht wird, damit sie was in ihren Staat zurücknehmen, was sie hier gelernt haben. Viele Vietnamesen und Mosambikaner möchten hier auch leben, bei uns in der DDR, sie arbeiten gerne bei Bergmann-Borsig. Sie müssen ein bißchen an die Arbeit herangeführt werden, weil sie das nicht so kennen, den Arbeitsrhythmus, den Arbeitsstil. Aber die Atmosphäre zwischen den Arbeitern, Vietnamese, Mosambikaner oder DDR-Bürger sind positiv. Es gehen viele DDR-Kollegen mit vietnamesischen Kollegen zusammen zur

*Fortgesetzt auf S. 3*

**Rostock**
**Spartakist-Veranstaltung**

**Es lebe der Kommunismus von Lenin, Luxemburg, Liebknecht!**

**Freitag, *19.* Januar 1990,19 Uhr**
**Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft**
**Doberaner Straße 21, Rostock 2500**
**Unterstützt von DSF**

**Berlin**
**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

**Donnerstag, 11. Januar 1990, 19 Uhr**

**Club der Nationalen Front**
**Rudolf-Schwarz-Straße 25, Berlin**
**Nähe S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park**

Herausgegeben von Spartakist-Gruppen und Trotzkistischer Liga Deutschlands,
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST



Nr. 18 Freitag, 12. Januar 1990 5 Pfennig

# Offener Brief an alle Kommunisten

In vollem Bewußtsein der gegenwärtigen realen Gefahr durch rechtsradikale Kräfte in Verbindung mit der massiven antikommunistischen Hetze in den bürgerlichen Medien der BRD, geschürt durch die SPD, und des drohenden Ausverkaufs der DDR an die Deutsche Bank und ihresgleichen, schlagen wir allen Kommunisten innerhalb und außerhalb der SED-PDS ein Aktionsprogramm vor:

**Kampf dem Faschismus!**

Im Geiste des proletarischen Internationalismus zum zuverlässigen Schutz der Gedenkstätten der gefallenen Sowjetsoldaten, der antifaschistischen Widerstandskämpfer und jüdischer Bürger, schlagen wir gemeinsame Streifen von Soldaten der Roten Armee, der NVA, Angehörigen der Volkspolizei, VP-Helfern und Arbeiterverteidigungsgruppen aus den Fabriken vor.

Bevorzugte Zielscheibe der antikommunistischen Hetzpropaganda der Neonazis sind vor allem eingewanderte Arbeiter. Es ist die Pflicht aller Werktätigen, unsere ausländischen Kollegen zu verteidigen. Gegen nazistischen Terror mobilisieren wir Arbeitereinheitsfronten in Ost und West getreu dem Leninschen Prinzip: Getrennt marschieren, vereint schlagen!

Um den Schutz unseres Arbeiterstaats und des Volkseigentums zu gewährleisten, sollen innerhalb der Betriebe Verteidigungsgruppen aus disziplinierten und erfahrenen Kollegen gebildet werden, die viele Angehörige und reorganisierte Einheiten der Kampfgruppen der Arbeiterklasse umfassen.

Die Arbeiterklasse muß in organisierter Weise den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen, ihn im Keim ersticken, wenn er noch schwach ist. Deshalb stellen wir die Losung auf: Für gemeinsame Arbeitermilizen unter der Kontrolle von Arbeiter- und Soldatenräten!

**Gegen den Ausverkauf der DDR!**

Die gegenwärtige Geschäftslage der einzelnen Betriebe und Einrichtungen ist durch die Direktoren und verantwortlichen Leiter offenzulegen. Vor den Werktätigen müssen klipp und klar Antworten gegeben werden auf Fragen wie:

- Wer bevollmächtigt die Generaldirektoren/Direktoren eigentlich dazu, das Volkseigentum zu verschleudern?
- Wie groß sind bereits Einfluß und Anteil des Kapitals in den Betrieben?
- Sind Entlassungen durchgeführt bzw. geplant?
- Sind neue Privilegien für bestimmte Schichten geplant?
- Wer versucht nach SPD-Manier nun auch in der DDR eine illegale Berufsverbotepraxis durchzusetzen, die sich vorrangig gegen Mitglieder der SED-PDS richtet?
- Wird es Sozialabbau geben, d.h. **z.B.** Lohnkürzungen?
- Gibt es auch in Zukunft noch das Mütterjahr?

Die Politik von Modrows Regierungskoalition sieht vor, dem Kapital grünes Licht zu geben, mit Hilfe von Verfassungs- und Gesetzesänderungen, um die berüchtigten "Joint ventures" mit Westfirmen zu legalisieren, Kapitalschutz und

*Fortgesetzt auf S.2*

## Ehrt Lenin, Liebknecht, Luxemburg!

- Für eine leninistisch-egalitäre Partei! Kehrt zum Weg Lenins und Trotzkis zurück!
- Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion!
- Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter!
- Nieder mit der NATO! Verteidigt DDR, Sowjetunion!
- Für eine Planwirtschaft unter einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte!
- Kein Ausverkauf der DDR! Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

**Spartakist-Veranstaltung**

**Es lebe der Kommunismus von Lenin, Luxemburg, Liebknecht!**

**Redner: G. Melt und Renate Dahlhaus**

**Sonntag, 14. Januar 1990, 13 Uhr**
**Kulturhaus VEB Elektrokohle, Herzbergstraße 128-139**
**Berlin 1130 (geöffnet von 11 bis 16 Uhr)**

**Treffpunkt für Demonstration:**
**Ab 8 Uhr 45 Ecke Rüdigerstraße/Gudrunstraße, Friedrichsfelde.**

**Kranzniederlegung:**
**Um 7 Uhr 30 Rosa-Luxemburg-Gedenktafel am Landwehrkanal im Tiergarten, Westberlin.**

## Offener Brief...

*Fortsetzung von S. l*

Gewinntransfer zu ermöglichen usw. Das ist ein direkter Angriff auf das Recht auf Arbeit und gefährdet sozial gerechtfertigte Subventionen. Die Explosion der Preise und Mieten wird vor allem alleinstehende Frauen, Rentner und andere mit niedrigen Einkommen treffen.

Diese kapitalfreundliche, arbeiterfeindliche Marktwirtschaftspolitik muß ganz entschieden bekämpft werden! Wir schlagen vor, daß Arbeiterdelegationen aus DDR-Betrieben ihre westdeutschen Klassenbrüder bei Siemens, Osram, Braun usw. aufsuchen, um gemeinsam gegen den Ausverkauf vorzugehen.

**Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!**

Die SED-PDS schlägt jetzt vor, Betriebsräte zu bilden "bevor das Kapital kommt" *(ND* vom 11.1.). Die Spartakisten rufen auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um zu verhindern, daß das Kapital kommt! Die Wiedereinführung der kapitalistischen Ausbeutung gefährdet jeden Werktätigen und die Existenz der DDR. Um unsere soziale Errungenschaften zu verteidigen und den Weg zum Sozialismus zu öffnen, müssen wir die Willkürherrschaft der stalinistischen Bürokratie mit der revolutionären Räteherrschaft ersetzen, und zwar in ganz Deutschland.

Die Arbeiter müssen die Kontrolle der Betriebe und Einrichtungen in ihre eigenen Hände nehmen, indem sie Räte aufbauen. In diesen Räten, in denen alle Strömungen der Arbeiterklasse vertreten sind, finden freie und offene Debatten über alle anstehenden Probleme statt. Damit vertreten sie direkt die Interessen aller Werktätigen und die Delegierten sind jederzeit abwählbar. Solche Räte müssen die Gesamtinteressen der Gesellschaft wahrnehmen, also beispielsweise auch die Kontrolle der Preise, und stellen damit die demokratischste Regierungsform dar, millionenfach demokratischer als jeder bürgerliche Parlamentarismus je sein kann.

Revolutionäre Arbeiterräte würden für kostenlose Betreuungseinrichtungen für Kinder rund-um-die-Uhr kämpfen, auch um die volle Teilnahme der Frauen am sozialen *und politischen* Leben zu ermöglichen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die feste Garantie zur Verteidigung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln. Die zentrale Planung der Wirtschaft kann ihre gewaltigen Vorteile nur in Verbindung mit Arbeiterdemokratie voll entfalten.

**Für volle Staatsbürgerrechte aller bei uns arbeitenden ausländischen Kollegen und ihrer Familien!**

Die sich in jüngster Zeit häufenden Akte der Diskriminierung unserer Kollegen aus Polen, Vietnam, Mocambique usw. müssen sofort gestoppt werden! Jeder, der hier arbeitet und lebt, muß unabhängig von seiner Nationalität dieselben Rechte wie jeder DDR-Bürger haben. Selbstverständlich müssen auch die Familien von Soldaten der Roten Armee und die bei uns lebenden sowjetischen Frauen in den vollen Genuß der sozialen Errungenschaften kommen.

Um Spekulationsgeschäfte zu verhindern, sind Verkaufsbeschränkungen, die sich gegen unsere Klassenbrüder richten, ein ungeeignetes Mittel, da sie lediglich Nationalismus schüren. Unserer Meinung nach bieten entsprechende Zollkontrollen einen ausreichenden Schutz gegen den Handel mit subventionierten Gebrauchsgütern. Deshalb sollten Werktätigenkomitees in den Wohngebieten sichern, daß Preise eingehalten werden, dem Spekulantentum Einhalt geboten wird und jedermann unbehelligt einkaufen kann.

Der Kampf für volle Staatsbürgerrechte aller eingewanderten Arbeiter in Ost und West wird die Spaltung der Arbeiterklasse der BRD in deutsche und türkische Arbeiter überwinden helfen. Gerade die türkischen Arbeiter in Westdeutschland stehen an vorderster Linie des Klassenkampfes. Unsere Klassenbrüder in der Bundesrepublik und auch Westberlin müssen uns helfen, den Ausverkauf der DDR zu verhindern.

Am 3. Januar 1990 haben 250 000 Berliner am sowjetischen Ehrenmal in Treptow in einer machtvollen Einheitsfrontaktion zum Ausdruck gebracht: Nie wieder Faschismus! Indem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für eine deutsche Räterepublik eintraten, kämpften sie gegen die Konterrevolution, die das Feigenblatt "parlamentarische Demokratie" benutzte. Es ist höchste Zeit, das revolutionäre Programm für Räteherrschaft von Lenin, Liebknecht und Luxemburg in die Tat umzusetzen. Notwendig dafür ist die Schmiedung einer neuen revolutionären Partei. In diesem Sinne knüpfen wir an die revolutionären Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung an und ehren am 14. Januar 1990 die drei großen Führer der Russischen und Deutschen Revolution.

Die Massendemonstration in Treptow ehrte auch die Rote Armee, die Europa vom Nazismus befreite. Die Ehrung der "Drei L" im Januar zollt der revolutionären Verbundenheit der Russischen und Deutschen Revolution Tribut. Der imperialistische Militarismus hat heute, trotz all dem "Abrüstungs"gerede, nichts von seiner Beutegier verloren, wie die Provokationen in der Karibik und die massiven Militärmanöver westlich der Elbe zeigen. Und in der BRD ist soeben der gigantische Rüstungskonzern MBB-Daimler Benz gegründet worden. Wir stehen entschieden für die Verteidigung der DDR und der UdSSR gegen den NATO-Imperialismus. Wir kämpfen für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

Gegen die militärische Bedrohung durch den deutschen Imperialismus und die NATO würde eine Räteregierung sich an die Arbeiter des Ostens wenden, insbesondere der Sowjetunion, sowie an die Arbeiter des Westens.

Unabhängig von bestehenden politischen Differenzen in manchen Fragen, fordern wir all diejenigen auf, die mit uns die schweren Sorgen teilen und gemeinsam mit uns die Errungenschaften der DDR verteidigen wollen, sich an uns zu wenden und Aktionen zu vereinbaren und durchzuführen.
Wer das bisher Erreichte nicht verteidigt, kann keine neuen Siege erringen! Um jedoch neue Siege zu erringen, ist es notwendig, eine neue kommunistische Partei im Sinne von Lenin und Trotzki zu schmieden.

Spartakist-Gruppen
Trotzkistische Liga Deutschlands
11. Januar 1990

**Kommt zur Diskussionsveranstaltung**

**Was wollen die Spartakisten**

**Dienstag, 16. Januar, 16 Uhr**

**Kulturhaus des VEB Bergmann-Borsig**
**Jugendclub, Lessingstraße**
**Berlin-Wilhelmsruh**
**Bus 55, 45**

**Spartakist-Gruppen Kontaktadressen**

D. Bartels
Postamt Berlin 15
Postlagernd Corinthstr. 51
Berlin 1017

Bernd Hilpert
Hardenbergerstr. 51
Leipzig 7030

**Spartakist-Treffpunkt**

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr
Samstag 17-21 Uhr
Freitag geschlossen

# Brief an Spartakist/ARPREKORR

**Gegen wen seid Ihr?** 8. Januar 1990

Wir sind uns mit Euch, den *Spartakistgruppen* und der *Trotzkistischen Liga Deutschlands* einig im gemeinsamen Engagement gegen Neofaschismus. Doch lesen wir Euer Plakat "Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!" mit gemischten Gefühlen.

Warum grenzt Ihr aus Eurer Einheitsfront sofort Menschen aus, die gegen die Faschisten kämpfen wollen und gekämpft haben: Die Sozialdemokraten? Ihr behauptet: "Die Sozialdemokratie ist das trojanische Pferd der Konterrevolution!"

Wir, Historiker und Soziologen, Mitglieder der SED-PDS, denken bei solchen Worten schmerzlich an die Geschichte. — Vor 1933 hatten KPD, SPD und andere demokratische Kräfte einen gemeinsamen Feind, konnten sich aber über einen gemeinsamen Weg zur Abwehr der drohenden faschistischen Gefahr nicht einigen. Das schwächte die antifaschistischen Parteien und stärkte die Faschisten.

Wollen wir der Menschheit dieses Mal — und das wäre das letzte Mal — ein Erstarken des Rechtsradikalismus ersparen, müssen wir klüger sein! Mit wem also wollt Ihr eine antifaschistische Einheitsfront und auf welcher Basis? Findet Ihr es fair, unter Euren Aufruf Namen wie Walter Sack und Heinz Blume zu setzen, mit denen Ihr nicht einmal gesprochen habt?

Wir möchten, daß sich jeder ehrliche Antifaschist hier angesprochen fühlt, Mitglieder aller demokratischen Parteien und Bewegungen, Menschen, die sich politisch noch nicht engagieren, ausländische Werktätige und Studenten, auch diejenigen, die ob unserer instabilen Lage noch nicht wissen, was sie wollen, wenn sie nur eines nicht wollen — ein faschistisches Deutschland!

Dabei ist es nur natürlich, daß unsere Ansichten über das Aussehen einer demokratischen Gesellschaft verschieden sind. Wenn wir aber gegen Rechtsradikale erfolgreich sein wollen, gehen wir mit jedem Antifaschisten zusammen — auch mit Euch!

A.S., U.E., H.G. vom Zentralinstitut für
Geschichte der AdW, Berlin

---

*Antwort von Spartakist-Gruppen und TLD*

---

Die Massenkundgebung vom 3. Januar im Treptower Park war ein wichtiger Sieg für alle, die den faschistischen Terror und den Nazi-Völkermord verabscheuen. Die Kundgebung ehrte die Millionen sowjetischen Soldaten und Werktätigen, die ihr Leben ließen, um den Hitler-Faschismus zu zerschlagen. Und sie war ein Schlag gegen diejenigen Kräfte, die heute darauf drängen, daß das imperialistische Westdeutschland die DDR schluckt. Deren Stoßtruppen sind die Möchtegern-Braunhemden, die die Wohnungen von eingewanderten Arbeitern in Brand stecken und die Gräber von sowjetischen Soldaten schänden.

Auch wir glauben, daß die Lehren der deutschen Geschichte für heute von äußerster Wichtigkeit sind. Die deutsche Arbeiterklasse hatte den Willen und die Macht, Hitlers Marsch an die Macht zu stoppen. Trotzki kämpfte unnachgiebig für die Taktik der *Arbeitereinheitsfront*, um die Massenorganisationen der Arbeiter zu einer mächtigen Faust zusammenzuschweißen, die die Nazis hätte zerschmettern können. Leider waren die deutschen Unterstützer von Trotzkis Internationaler Linker Opposition damals zahlenmäßig zu schwach, obwohl sie dort, wo sie für die Durchführung dieser Taktik kämpften, durchaus Erfolg hatten.

Diese Taktik war einfach die Anwendung der leninistischen Einheitsfront auf die dringenden Erfordernisse der Zeit. Unter der Losung "Freiheit der Kritik, Einheit in der Aktion" war diese Taktik niemals als politischer Nichtangriffspakt gedacht, sondern als eine kämpfende Einheit, in der jeder Teilnehmer seine politische Unabhängigkeit wahrt. Genau in dieser Tradition initiierten die Trotzkistische Liga Deutschlands und die Spartakist-Gruppen durch ihren Aufruf die Demonstration am 3. Januar in Treptow. Wir machten klar, daß die Unterstützung für die Einheitsfrontlosung nicht eine Unterstützung des von TLD und Spartakist-Gruppen herausgegebenen Aufrufs für die Demonstration bedeutete. Daher bedauern wir besonders, daß wir irrtümlicherweise glaubten, daß Walter Sack und Heinz Blume diese Losung unterschrieben hatten, und wir entschuldigen uns aufrichtig.

Was die Sozialdemokraten betrifft, so war es der SED-PDS-Vorsitzende Gregor Gysi, der bei der Diskussion am Runden Tisch darauf hingewiesen hat, daß sie ebenso wie alle anderen Oppositionsgruppen jede Gelegenheit dazu gehabt hatten, die Kundgebung vom 3. Januar zu unterstützen, ihre eigene Propaganda zu verbreiten und ihre eigenen Redner zu haben. Statt dessen zogen sie es vor, eine bösartige Verleumdungskampagne gegen alle Teilnehmer der antifaschistischen Kampagne durchzuführen. Sie behaupteten, die SED hätte eine erfundene faschistische Bedrohung in die Welt gesetzt, um gegen die "Opposition" eine manipulierte Kampagne der "Hysterie" zu führen, nur wegen eines kleinlichen Vorteils bei den Wahlen. Schamlos behaupten die westlichen Verbündeten der Sozialdemokraten, die SED selbst hätte die sowjetischen Soldatengräber geschändet! Die Mitglieder der Opposition am Runden Tisch haben sich von diesen niederträchtigen Verleumdungen nicht nur nicht "distanziert", sie setzen sie weiter in Umlauf. Kein Wunder!

Sind nicht die Sozialdemokraten Architekten des westdeutschen selbsternannten Nachfolgestaates des Dritten Reiches? Wollen sie nicht die "demokratische" Einverleibung der DDR in ein neues Viertes Reich? Ja: Laßt uns die Lehren der Geschichte lernen und laßt uns nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten die Kanäle für die CLA-Mittel darstellten, die in den 70er Jahren in Portugal und in den 80er Jahren in Polen an die Konterrevolution gingen. Und laßt uns nie vergessen, besonders vor der Demonstration am kommenden Sonntag zu Ehren unserer revolutionären Märtyrer: Ebert und Noske waren es, die die Freikorps organisierten, jenen Vorläufer von Hitlers Braunhemden, die Luxemburg und Liebknecht ermordeten.

Wo sozialdemokratische Führer bereit *Abgezwungen* von ihrer proletarischen Massenbasis, auch nur den kleinsten Schritt zu machen, um die Faschisten zu bekämpfen, da würde nur ein Schwachsinniger oder ein Anhänger des diskreditierten "Sozialfaschismus"-Dogmas von Stalin und Thälmann ihnen den Rücken kehren, statt zu versuchen, die *Einheit in der Aktion* voranzutreiben. Aber in der DDR, wo die SDP keine solche Basis hat und statt dessen ihre Kräfte darauf gerichtet hat, eine hysterische Beleidigungs- und Verleumdungskampagne gegen Antifaschisten zu führen, da können wir nur das wiederholen, was sogar *Neues Deutschland* in einer treffenden Bildüberschrift bemerkte: "SDP-Ente: TROjanisches Pferd im Wahlkampf'.

Zum Schluß möchten wir Euch dafür danken, daß Ihr uns auf einen Fehler in unserer Unterstützerliste für die Treptower Kundgebung aufmerksam gemacht habt und für Euren Beitrag zu der lebenswichtigen Debatte über die Einheitsfront und den Kampf gegen den Faschismus.

Mit solidarischen Grüßen
G. Melt
Renate Dahlhaus
für die Spartakist-Gruppen und die
Trotzkistische Liga Deutschlands 11.1.1990


**Trotzkistische Liga Deutschlands**

**Westberlin** Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden — eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

## Spartakist-Veranstaltungsreihe
## Es lebe der Kommunismus von Lenin, Luxemburg, Liebknecht!

### Dresden
**Sonntag, 14. Januar 1990, 14 Uhr**
**Scheune, Alaunstraße 36, Dresden-Neustadt**
(Video-Vorführung: Philadelphia — Wir stoppten den Ku Klux Klan!)

### Magdeburg
**Dienstag, 16. Januar 1990, 20 Uhr**
**Trotzkismus — der Leninismus unserer Epochel**
**Universität, Senatssaal (Mensa-Gebäude)**

### Greifswald
**Dienstag, 23. Januar 1990**
**Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben**

### Rostock
**Freitag, 19. Januar 1990, 18 Uhr**
**Haus der Deutsch-sowjetischen Freundschaft**
**Raum: Kabinett der Freundschaft**
**Doberaner Straße 21**
Unterstützt von DSF

### Hamburg
**Samstag, 20. Januar 1990**
**Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben**

**Abonniert Spartakist, Zeitung der TLD**
**Volles Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,— / 10 Mark**
**Alle Abonnements enthalten Spartacist deutsche Ausgabe**

Herausgegeben von Spartakist-Gruppen und Trotzkistischer Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 19 Samstag, 20. Januar 1990 5 Pfennig

## Für die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands:

# Stoppt den Ausverkauf der DDR! Für eine Arbeiterräteregierung!

Das Schicksal unseres Arbeiterstaats ist in Gefahr. Die BRD-Kapitalisten wollen die DDR verschlingen. Die Sozialdemokraten fordern die "deutsche Einheit in Abstimmung mit der Bundesregierung", also eine kapitalistischen Wiedervereinigung. Die Faschisten sind die Sturmtruppen für ein deutsches Viertes Reich. Während Modrow, Gysi und Luft Lippenbekenntnisse gegen den Ausverkauf der DDR ablegen, bieten sie die ganze DDR zu Winterschlußverkaufspreisen an. Genug! Es ist Zeit zu kämpfen! Stoppt den Ausverkauf der DDR!

Die Werktätigen werden nicht zulassen, eingeschüchtert, ausverkauft und ausgebeutet zu werden! Wir haben dies am 3. Januar im Treptower Park gezeigt, als Antifaschisten massiv zum Protest gegen die Nazi-Schändung des Mahnmals der Roten Armee herauskamen. Und am 14. Januar haben erneut über eine Viertelmillion Menschen unsere revolutionären Märtyrer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geehrt.

Jetzt haben Berliner Gewerkschafter für den 20. Januar zu einer Demonstration zur Verteidigung unserer Rechte aufgerufen. Die Spartakist-Gruppen und die Trotzkistische Liga Deutschlands schließen sich ihnen an und rufen auf: Alle heraus am 20. Januar, zur Verteidigung unserer sozialen Errungenschaften, zum Kampf für eine sozialistische Zukunft! Und wir kündigen an: die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands wird gebildet, sie wird an den Wahlen am 6. Mai teilnehmen und auf einer revolutionären Plattform für Arbeiter- und Soldatenräte, für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa kämpfen.

Viele der Forderungen, die im Aufruf für die Demonstration am Samstag aufgestellt werden, sind Teil der Spartakist Wahlkampagne. Aber mit der "Marktwirtschaft", die von Belgrad bis zum Kaukasus soziales Elend und nationalistische Konflikte hervorbringt und schon den halben Weg zur kapitalistischen Restauration zurückgelegt hat, hat sich die FDGB-Führung bereits abgefunden. Das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit muß durch die Errichtung von Arbeiterräten gesichert werden, um das Kapital daran zu hindern, in unserem Land Fuß zu fassen. Die Faschisten müssen durch Arbeitermobilisierungen und Arbeitermilizen gestoppt werden, die die Kampfgruppen der Arbeiterklasse auf parteiunabhängiger Basis wiederbeleben und reorganisieren würden.

Die Frage ist nicht "Export" der Revolution, sondern die Ausweitung der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte auf die gesamte deutsche Arbeiterklasse und darüberhinaus. Wir wissen, das Proletariat der BRD ist ein schlafender Riese, der sich in Bewegung setzen wird. Es ist das Ziel einer authentischen leninistischen Partei, sich auf diesen Moment vorzubereiten, die subjektiven und objektiven Faktoren zu beeinflussen und die Arbeiter der BRD zum Sieg gegen unseren gemeinsamen Feind, die BRD-Kapitalisten, zu führen.

Die SED-Spitzen richten alles auf die Wahlen am 6. Mai aus. Diese angeblichen Wahlen werden nicht die Geschichte beenden. Was jetzt auf der Tagesordnung steht ist der Aufbau einer neuen Partei, die die große Zahl der Genossen innerhalb und außerhalb der SED zusammenschließt, die gegen den Ausverkauf der DDR und für den wirklichen Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg kämpfen wollen.

* **Gegen eine Restauration des Kapitalismus!** Die Frankfurter Bankiers wollen vom Centrum Warenhaus bis zu den Carl Zeiss-Werken und Robotron alles aufkaufen. Die Beseitigung der sozial gerechtfertigten Subventionen bedroht Frauen, Kinder, Rentner und andere mit niedrigem Einkommen. Wir lassen uns nicht ausverkaufen!

* **Nein zum Stalinismus!** Von Stalin bis Ulbricht und Honecker, die bürokratische Willkürherrschaft hat die DDR an den Rand des Ruins gebracht. Die Spartakisten kämpfen für Arbeiterdemokratie und für die Rückkehr zum Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg!

* **Für die bedingungslose militärische Verteidigung von DDR und UdSSR!** Die Rote Armee hat die Geißel des Hitler-Faschismus zerschlagen. Heute wie in der Vergangenheit ist die revolutionäre Einheit der deutschen und sowjetischen Arbeiter der Schlüssel zur Verteidigung und Ausweitung der Errungenschaften des Roten Oktober.

* **Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter! Die** Faschisten geloben den Tod für Kommunisten und Terror für Immigranten. Es ist die Aufgabe aller Arbeiter, unsere ausländischen Kollegen zu verteidigen.

*Fortgesetzt auf S.2*

**Kommt zur**

**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

**Donnerstag, 25. Januar 1990, 19 Uhr im**

**Spartakist-Treffpunkt**

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden - verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten -- Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht -, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal *der* DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden - eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

## Stoppt den Ausverkauf...

*Fortsetzung von S. I*

* **Für eine Perspektive des Sozialismus in der BRD! Wir** reichen unseren Klassenbrüdern und -Schwestern im Westen die Hand zum gemeinsamen Kampf!

* **Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!** Wir Werktätigen können uns nur auf unsere eigene Stärke verlassen, wir müssen die Zügel der Staatsmacht in unsere eigenen Hände nehmen.


**Trotzkistische Liga Deutschlands**

**Westberlin** Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11



**Spartakist-Gruppen Kontaktadressen**

D. Bartels
Postamt Berlin 15
Postlagernd Corinthstr. 51
Berlin 1017

Bernd Hilpert
Hardenbergerstr. 51
Leipzig 7030


o Ich möchte . . . Stück Arprekorr zum Verteilen

o Ich mochte , . . Stück Spartakist zum Verkaufen

o Ich/Wir wollen eine Spartakist-Gruppe aufbauen

o Ich möchte Mitglied der TLD/IKL werden

Name

Straße

PL2 Ort

Tel.




Abonniert *Spartakist,* Zeitung der TLD, jetzt wöchentlich!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark

Ailc Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin
Konto-Nr. 6652-40-700-955


Herausgegeben von Spartakist-Gruppen und Trotzkistischer Liga Deutschlands,
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74 Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 20 Freitag, 26. Januar 1990 5 Pfennig

# Kein Ausverkauf der DDR!

# Trotzkisten nehmen Kampf bei Volkskammer-Wahlen auf

## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands gegründet

Die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD), gegründet auf einer Veranstaltung in Berlin am 21. Januar, hat angekündigt, daß sie mit einem leninistischen Programm an den Wahlen zur Volkskammer am 6. Mai teilnehmen und dafür Kandidaten aufstellen wird. Vertreter der Spartakist-Gruppen und der Trotzkistischen Liga Deutschlands gründeten zu diesem Zweck gemeinsam die SpAD.

"Mit dieser Wahlkampagne will die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands gegen den Ausverkauf der DDR mobilisieren, d. h. das Programm für die politische Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten und ihrer Verbündeten, insbesondere Angestellte, Rentner, Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz, Studenten und Schüler, sowie für die Schmiedung einer wirklichen internationalistischen leninistischen Partei in ganz Deutschland an breite Schichten der Werktätigen herantragen", stellten wir in unserer Presseerklärung vom 23. Januar fest.

Die Partei wurde auf der Grundlage von folgenden Dokumenten gegründet: "Was wollen die Spartakisten" und "Offener Brief an alle Kommunisten" (ARPREKORR Nr. 18, 12. Januar).

Die BRD-Imperialisten haben alles darangesetzt, eine Krise in der DDR zu provozieren: durch panikschürende Überschriften in der West-Presse, durch zunehmenden Druck für bedingungslose Wiedervereinigung durch die westdeutsche Regierung, mit Forderungen für das unbegrenzte Eindringen des Kapitals der Frankfurter Bankiers, durch die Verteilung von ausländerfeindlicher und antikommunistischer Hetzpropaganda durch Nazi-Republikaner in Leipzig. Die Kapitalisten wollen der bisher friedlichen Entwicklung einer politischen Revolution gegen die stalinistische bürokratische Regierung ein Ende bereiten.

Die imperialistischen Pläne, sich die DDR einzuverleiben, haben einen kräftigen Schlag erlitten, als 250 000 Menschen herauskamen zur kämpferischen antifaschistischen Mobilisierung am 3. Januar, um die Nazi-Schmierereien an den Grä-

*Fortgesetzt auf S.2*

## Leserbrief

# Für eine Föderation von UdSSR und DDR basierend auf Arbeiterdemokratie

19. Januar 1990

Liebe Genossen,

sollten wir uns nicht überlegen, vorbehaltlich tiefgreifender Veränderungen in der Sowjetunion — von denen viele im wesentlichen identisch sind mit denen, die wir heute in der DDR sehen, vorausgesetzt, wir wehren den hysterischen Angriff ab, der uns der BRD in die Arme treiben soll —, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beizutreten? Wenn die Sowjetunion, durch das entscheidende Eingreifen der bewußten und organisierten sowjetischen Arbeiterklassen, den Stalinismus mit der Wurzel beseitigt, Mehr-Parteien-Demokratie einführt, das Kollektiveigentum an den grundlegenden Produktionsmitteln aufrechterhält und wieder das Recht auf Abtrennung für diejenigen Nationen in der Union bekräftigt, die keine kapitalistische Konterrevolution durchführen — wären wir damit nicht besser dran, als in die Hölle des imperialistischen Kapitalismus geworfen zu werden mit seinen heftigen Wirtschaftskrisen, seiner Kriminalisierung der Abtreibung, der ihm zugrundeliegenden Gefahr von Kriegen um Einflußgebiete, ein Kapitalismus, der auf hohem Roß die Dritte Welt rücksichtslos ausbeutet?

Dies möglich zu machen, denke ich, verlangt von der Sowjetunion weit mehr als von uns, doch es könnte uns einen wirtschaftlich und sozial vernünftigen Weg aus unserer gegenwärtigen Krise bieten, noch dazu mit grundlegend mehr Freiheit, als wenn wir von der BRD vereinnahmt würden mit ihrer kapitalistischen Instabilität, ihrem Berufsverbot, ihrem tödlichen Nationalismus und ihrer Unmenschlichkeit. So wie die Dinge jetzt liegen, besteht eine der revanchistischen Ideen darin, die türkische Bevölkerung zu vertreiben, darunter die hier geborenen Türken, und ihre Arbeitskraft zu ersetzen durch die von Ostdeutschen und "Volksdeutschen", und gleichzeitig neokoloniale Gebiete in Gegenden wie Polen oder dem "Lebensraum" der westlichen Ukraine zu schaffen, in denen diese Nicht-Arier arbeiten würden, während das Vierte Reich rassische Reinheit erlangt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet könnte man die DDR und die UdSSR gut zusammenbringen, besonders im Rahmen einer

*Fortgesetzt auf S. 3*

## Wahlen ...

*Fortsetzung von S. l*

bern von sowjetischen Soldaten am Treptower Ehrenmal zurückzuweisen. Die Spartakist-Gruppen und TLD initiierten einen Aufruf für eine solche Einheitsfront-Aktion und wandten sich damit direkt an die SED-PDS.

"Die Wahlen zur Volkskammer laufen auf einen Volksentscheid über den Fortbestand der DDR als Arbeiterstaat hinaus", bemerkt die Erklärung der Spartakist-Arbeiterpartei. Seit der machtvollen Treptow-Demonstration gegen Faschismus und für die Solidarität mit der Sowjetunion "haben die Kapitalisten, mit der SPD an der Spitze, ihre wütende Hetzkampagne gegen die sozialen Grundlagen der DDR eskaliert. Die Arbeiter hier wissen sehr gut, daß die militärische Präsenz der Roten Armee in der DDR ein militärisches Eingreifen der NATO bisher verhindert hat und die enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Werktätigen der DDR mit den sowjetischen Arbeitern lebenswichtig für die Arbeiterstaaten ist."

Eine politisch-proletarische Revolution in der DDR wäre die machtvollste Ermutigung für ähnliche revolutionäre Entwicklungen in der UdSSR. Die Sowjetunion wird gegenwärtig durch jede erdenkliche Art von Instabilität geplagt, hervorgebracht durch Perestroika. Währenddessen erreicht die Krise des Stalinismus den Siedepunkt. Die politisch-proletarische Revolution kann die Sowjetunion retten und sie wieder zu einem Leuchtfeuer der Weltrevolution machen, weshalb auch die Imperialisten noch mehr als die Bürokraten diese Entwicklung fürchten.

**Die DDR in Gefahr**

Die Sozialdemokraten haben sich heute an die Spitze des Drangs für eine kapitalistische Wiedervereinigung gesetzt, davon ausgehend, daß sie zur vorherrschenden Partei eines vereinigten Deutschlands werden. Die in allen Ehren wiederaufgenommene Ost-SPD, die von ihren großen Brüdern mit Geld überschüttet wird, hat auf ihrer Konferenz am 14. Januar erklärt, daß ihr Hauptziel die "deutsche Einheit in Übereinstimmung mit der Bundesregierung" ist. Eine riesige schwarz-rot-goldene Flagge bei der SPD-Demonstration am Alexanderplatz hatte die Losung: "Wiedervereinigung — Verbot der SED".

Am nächsten Tag drang ein Mob in die Stasi-Zentrale in Berlin ein. Die Rechte versucht, den weitverbreiteten Haß auf die Stasi auszunützen, deren brutale Methoden in Honeckers letztem Jahr noch zugenommen hatten. Das erstreckte sich auch auf die Betriebe, wo sich viele noch eine zweite Lohntüte einsteckten, indem sie ihre Kollegen ausspionierten. Die Regierung berichtete bei den Runden-Tisch-Gesprächen, daß die Stasi 85 000 Hauptamtliche und mehr als 109 000 Informanten hatte, mit einem Etat von 3,6 Milliarden Mark, 1,5 % des gesamten Staatshaushalts. Das tote Gewicht der Geheimpolizei ist eine bei weitem schwerwiegendere bürokratische Last auf der Wirtschaft als die damit verglichen unbedeutenden Privilegien der Bürokratie, zu deren Verteidigung sie angestellt sind.

Angesichts der reaktionären imperialistischen Offensive gegen die DDR ist die Führung der SED desorientiert, zutiefst entzweit und auf dem Rückzug. Die Modrow-Regierung hat jetzt ihre Einwilligung zu praktisch unbegrenzten imperialistischen Investitionen und zur ökonomischen Durchdringung der DDR gegeben. Die *Frankfurter Rundschau* vom 24. Januar berichtete, daß der große Konzern Knorr-Bremsen aus der BRD dabei ist, das Kombinat Berliner Bremsenwerk aufzukaufen. Modrow hat die SPD und die rechten Parteien eingeladen, eine "Große Koalition" zu bilden. Daß sich der stellvertretende Vorsitzende der SED-PDS Wolfgang Berghofer in Richtung SPD abgesetzt hat, ist symptomatisch für die Richtung der Parteiführung.

Es ist deutlich, daß Teile der Arbeiterklasse durch die zunehmende Welle von Kapitulationen der Parteiführung der SED demoralisiert sind. Aber es gibt im Proletariat einen starken Willen, seine Errungenschaften zu verteidigen. Was gebraucht wird ist eine im revolutionären Programm verankerte proletarische Führung. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat vor, eine leninistische egalitäre Partei zu schmieden, gegen alle Varianten des Stalinismus — von Stalin bis Gorbatschow und Modrow.

Die Presseerklärung der SpAD faßt zusammen: "Die DDR ist in Gefahr. Die Parteiführung der SED-PDS kapituliert vor dieser sozialdemokratischen Offensive und diskutiert über Auflösung. Aus dieser Krise gibt es nur zwei Auswege: entweder die kapitalistische Restauration der DDR oder die klare, revolutionäre Perspektive einer wirklichen Arbeiterdemokratie, d. h. die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die die politische Macht in ihre eigenen Hände nehmen. Das ist der zentrale Punkt des politischen Programms der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands."

## Konföderierten-Flagge: Amerikanisches Hakenkreuz

In letzter Zeit kann man ein abscheuliches faschistisches Symbol, welches das hierzulande bekannte Hakenkreuz ersetzt, in Straßen, Gaststätten und Kaffestuben der DDR sehen. Es ist die "Rebel Flag", die Flagge der Sklavenhalter, die im amerikanischen Bürgerkrieg besiegt wurden. Dieses Symbol ist in der DDR kaum bekannt, aber in den USA marschieren die organisierten Mörderbanden des Ku Klux Klan unter dem Schutz der Polizei und Nationalgarde hinter dieser Flagge.

Als sich die Banditen vom Ku Klux Klan gemeinsam mit ihren Skinhead-Brüdern im November 1988 hinter dieser Flagge in den Straßen von Philadelphia zusammenrotten wollten, haben Genossen der amerikanischen Sektion der IKL und des Partisan Defense Committee (eine Verteidigungsorganisation in Übereinstimmung mit der Spartacist League/US), Arbeiter und Schwarze dieser Stadt mobilisiert. Diese erfolgreiche Arbeitereinheitsfront stoppte die Faschisten.

Die Werktätigen der DDR müssen wissen, wenn sie dieses Symbol als Aufnäher auf Kleidungsstücken oder als Aufkleber an Autoscheiben sehen, daß es für rassistischen Lynchmord und faschistischen Pogrom steht. Wir müssen *jetzt* den Anfängen wehren!

Hinter dieser "harmlosen" Zurschaustellung von "Skinhead-Mode" stehen die Stoßtruppen der kapitalistischen Wiedervereinigung, die eine restlose, blutige Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen beabsichtigen.

Alle Antifaschisten dieses Arbeiterstaats, also die Werktätigen, einschließlich der ausländischen Arbeiter, zusammen mit den Angehörigen der Grenztruppen und denen der Volkspolizei müssen diesem faschistischen Spuk ein Ende setzen.

**Kommt zur**

**Spartakist-Gruppen-Versammlung**

**Donnerstag, 1. Februar 1990, 19 Uhr**
**im**

**Spartakist-Treffpunkt**

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Sowjetische Arbeiter müssen Pamjat zerschlagen!

Die großrussischen chauvinistischen Nachfolger von Hitler bedrohen die multinationalen Völker der Sowjetunion. Gorbatschows Perestroika hat es den einheimischen russischen faschistischen Schweinen von Pamjat erlaubt, aus ihren Löchern hervorzukriechen.

Am 19. Dezember 1989 versammelte sich eine Bande von Pamjat-Schlägern vor einer Konferenz sowjetischer jüdischer Organisationen und schleuderte ihr wüste antisemitische Beschimpfungen aus der Zeit der zaristischen Schwarzhundertschaften entgegen. Das sowjetische Journal *Ogonjok* (2. Dezember 1989) berichtete, daß diese mit dem Arm zum Hitlergruß erhobenen Faschisten kürzlich die Frechheit hatten, mitten am Roten Platz eine Demonstration abzuhalten — und sie kamen damit ungestört durch! Als der liberale Dichter Jewgeni Jewtuschenko erkannt wurde, der die Demonstration beobachtete, schlug dem Autor von *Babi Jar* die antisemitische Hetze eines Pamjat-Demagogen entgegen: "Du solltest besser in der Synagoge sein." Und letzte Woche sprengte am 19. Januar eine Bande von 30 Pamjat-Faschisten unter antisemitischem Gejohle eine Sitzung des Schriftstellerkollektivs "April" im Zentralen Haus der Literatur in Moskau und verletzten mehrere Teilnehmer.

Pamjat muß von den Straßen gefegt werden. Als Pamjat vor zweieinhalb Jahren zuerst anfing, seinen Kopf offen zu erheben, riefen wir die sowjetischen Arbeiter dazu auf, ihn zu zerschmettern solange er noch klein ist. Seit damals ist Pamjat gewachsen und andere russisch-chauvinistische Gruppen sind hochgekommen. Innerhalb des Schriftstellerverbandes gibt es einen Sumpf von antisemitischen russophilen Nachkommen der Zarenzeit. Sowjetische Arbeiter und ihre Verbündeten müssen die Pamjat-Faschisten auf den Straßen zerschlagen und jeglichen Ausdruck von russischem Chauvinismus und Antisemitismus ausrotten. In der Heimat der Oktoberrevolution darf es keinen Platz für Pogromisten geben.

## UdSSR/DDR ...

*Fortsetzung von S. l*

föderativen Union; und wenn Kaliningrad (Königsberg) eine Stadt in der DDR der UdSSR wird, könnte sie eine antiimperialistische Bastion werden in einer Region von unsinnigen nationalistischen und kapitalistisch-restaurativen Unruhen.

Die qualitative Verringerung der inneren Sicherheitskräfte — d.h. ihre Eliminierung als Organe, die berechtigten und sogar übermäßigen Dissens im Innern unterdrücken — könnte eine kräftige Finanzquelle sein für ausgewählte Neuinvestitionen in die Industriebasis beider Länder und für die ökologische Reinigung von schädlichem Indüstriemüll.

Mit besten Grüßen,
ein sympathisierender Leser



- Ich möchte . . . Stück Arprekorr zum Verkaufen
- Ich möchte . . . Stück Spartakist zum Verkaufen
- Ich/Wir wollen eine Spartakist-Gruppe aufbauen
- Icrvmöchte Mitglied der TLD/IKL werden

Name

Straße

PLZ Ort

Tel.



**Abonniert *Spartakist*, Zeitung der TLD!**
Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10 —/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
Zu beziehen über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700-955

## Lenin zur deutsch-russischen revolutionären Einheit

*W. I. Lenin und Leo Trotzki haben die Ausweitung der sozialistischen Revolution nach Deutschland immer als zentral für ihre internationalistische Perspektive und die Verteidigung der Oktoberrevolution angesehen. Heute, mit dem Stalinismus in der Krise, bleibt die revolutionäre Einheit der sowjetischen und deutschen Arbeiterstaaten weiterhin der Schlüssel zum Schicksal der DDR und der ganzen Menschheit. Nachstehend drucken wir zwei Auszüge aus Lenins Schriften zu dieser Frage ab.*

"... wenn in beiden Ländern, in Deutschland wie in Rußland, die gesamte Staatsgewalt vollständig und ausschließlich in die Hände derSowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht, so wird die ganze Menschheit sofort erleichtert aufatmen, denn dann wird tatsächlich das rascheste Ende des Krieges, der dauerhafteste, wahrhaft demokratische Frieden zwischen allen Völkern und damit auch der Übergang aller Länder zum Sozialismus gesichert sein."

— W. I. Lenin, *Petrograder Stadtkonferenz derSDAPR (B), 14.-22. April (27. April-5. Mai) 1917. Entwurf einer Resolution über den Krieg.* Werke Bd. 24

"... Deutschland und Rußland verkörpern 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen und andererseits der politischen Bedingungen für den Sozialismus.

Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland würde mit einem Male, mit größter Leichtigkeit, jede Schale des Imperialismus zerbrechen (leider ist sie aus bestem Stahl verfertigt und läßt sich deshalb nicht durch die Anstrengungen *eines jeden* ... Kückens zerbrechen), den Sieg des Weltsozialismus ohne Schwierigkeiten oder mit geringfügigen Schwierigkeiten bestimmt verwirklichen — freilich, wenn man den weltgewchichtlichen Maßstab der 'Schwierigkeit' nimmt und nicht den engen Spießermaßstab."

— W. I. Lenin, *Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit,* Werke Bd. 27

| | |
|---|---|
| Westberlin | Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21<br>Tel.: (030) 8 82 39 64 |
| Hamburg | TLD, c/o Verlag Avantgarde<br>Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 |

**Spartakist-Gruppen Kontaktadressen**

| Berlin | Leipzig | Greifswald |
|---|---|---|
| D. Bartels, Postamt Berlin 15 | Bernd Hilpert | Spartakist-Gruppe |
| Postlagernd Corinthstr. 51 | Hardenbergerstr. 51 | Postfach 24 |
| Berlin 1017 | Leipzig 7030 | Greifswald 2200 |

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika, Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden — eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

# Aserbaidschan: "Perestrojka ist schuld'

In *Neues Deutschland* vom 22. Januar lesen wir: "'Schuld ist die Perestroika.' Diesen Kommentar zu den aserbaidshanischen Ereignissen hört man in Moskau nicht nur im Gespräch mit dem Taxifahrer oder dem Friseur."

*Neues Deutschland* sagt: "Diese Argumentation ist viel zu simpel." Es ist "nicht so simpel" für die SED-Führer, die selbst versuchen, "Marktwirtschaft" hier in der DDR einzuführen. Aber die sowjetischen Werktätigen verstehen, daß der Wettbewerb eines jeden gegen jeden und der Beginn von Massenarbeitslosigkeit, die Gorbatschows Perestroika begleiten, die nationalistischen Gegensätze unter den verschiedenen Völkern der multinationalen UdSSR angeheizt haben, die nun ihren Siedepunkt im blutigen Bürgerkrieg im Kaukasus und in prokapitalistischen Abtrennungsbewegungen im Baltikum erreicht haben. Aber die Antwort ist sicher nicht eine Rückkehr zum Gulag-Polizeistaatsterror von Stalin oder der korrupten Vetternwirtschaft des Breschnjew-Regimes.

Einige der Veteranen des Kriegs gegen die feudalen Reaktionäre in Afghanistan haben auf die richtige Antwort hingewiesen. *Neues Deutschland* vom 18. Januar berichtet, daß aserbaidschanische Kriegsveteranen, die in Afghanistan gedient haben, eine freiwillige Miliz organisiert haben, um ihre armenischen Brüder gegen Pogrome von aserbaidschanischen Nationalisten zu verteidigen. Die sowjetischen Kriegsveteranen haben aus ihrer Erfahrung gelernt, als sie für sozialen Fortschritt in Afghanistan gekämpft haben. Aber den Kreml-Führern stand die Intervention in Afghanistan im Wege bei ihrem vergeblichen Versuch, den Imperialismus zu besänftigen, deshalb zogen sie die sowjetische Armee ab und denunzieren und verurteilen jetzt diese fortschrittliche Aktion.

Was den multinationalen Sowjet-Staat möglich gemacht hat, war das internationalistische Programm der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, das sich allen Formen von Nationalismus entgegenstellte, besonders dem Chauvinismus der führenden großrussischen Nation. Es war die bürokratische politische Konterrevolution von 1923-24, geführt von Stalin, und Stalins/Bucharins nationalistisches Dogma des "Sozialismus in einem Lande", die den Weg für den gegenwärtigen Brüdermord vorbereitet haben. Kehrt zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki zurück!

Herausgegeben von Spartakist-Gruppen und Trotzkistischer Liga Deutschlands,
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 21 Donnerstag, l. Februar 1990 5 Pfennig

# Nein zur "großen Koalition" des Ausverkaufs an die Frankfurter Bankiers!

# Arbeiter: Kämpft für Rätemacht!

## Erklärung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Zurückweichend vor den Drohungen und dem Druck aus Bonn sowie Kräften in der DDR, die auf Wiedervereinigung drängen, hat Modrow jetzt eine Regierung der "Großen Koalition" mit Vertretern des Runden Tisches zusammengezimmert. Diese Koalition schließt die Parteien ein, die offen für kapitalistische Restauration eintreten, und hat sich auf die Einführung einer "Marktwirtschaft" verpflichtet, ehe die Volkskammerwahlen überhaupt stattgefunden haben. Christa Luft hat das Schild "Ausverkauf schon vor Wochen aufgehängt, und Modrow will gleich den ganzen Laden verschenken.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) erklärt, daß dies eine Koalition des Ausverkaufs der sozialen Errungenschaften der DDR ist, die die Existenz unseres Arbeiterstaats gefährdet.

Die Frankfurter Bankiers haben Millionen von DM in die DDR hineingebuttert, um *ihre* Opposition für Konterrevolution zu finanzieren, die von der SPD geführt wird. Es gibt Massen von Werktätigen, die gegen den Ausverkauf kämpfen wollen, die aber demoralisiert sind, weil sie keine Führung sehen, die den Kampf aufnimmt. Gysi sagt zwar "Keine Kapitulation" und verlangt ein Ende der Debatte über "Auflösung oder keine Auflösung", aber alles, was er den Arbeitern der SED-PDS anbietet, ist sich in die Rolle der "Opposition" zu fügen, nachdem der Kapitalismus gewonnen hat.

Wir brauchen eine revolutionäre Führung, die gegen den Ausverkauf des proletarischen Errungenschaften kämpft, *der schon im Gange ist.* Die Regierung steckt in einer solchen Krise, daß sie auf Drängen der SPD die Volkskammerwahlen auf den 18. März vorverlegt hat. Der Runde Tisch ist letzten Endes nur ein Nebenschauplatz. Energischer Klassenkampf würde dieses Theater schnell hinwegfegen. Die SpAD erklärt: Nicht eine Koalition des Runden Tisches für die Frankfurter Bankiers, sondern was wir brauchen ist eine Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte!

Jahrelang hat die SED-PDS ihre schwer lastende Einparteienherrschaft ausgeübt, und dabei die Nationale Front als bequeme Fassade einer Koalitionsregierung und "Volksdemokratie" benutzt. Aber die alten kapitalistischen Blockparteien sind zu wirklichem Leben erwacht. Im Kapitalismus haben Volksfronten immer als Instrument dazu gedient, Arbeiterkämpfe für eine sozialistische Revolution zum Entgleisen zu bringen. Entlang dieser Linie soll die "Volksfront", die hier errichtet wird, als vorbereitender Schritt für den endgültigen Ausverkauf dienen, als Übergang zur kapitalistischen Restauration.

Wir haben davor gewarnt, daß die SPD das trojanische Pferd für kapitalistische Konterrevolution ist. Nach seinem haushohen Sieg im Saarland wird Lafontaine von den westdeutschen kapitalistischen Medien bereits zum nächsten Kanzler von Großdeutschland hochstilisiert. Lafontaines Wahlkampflinie war, daß die SPD effektiver die DDR verschlingen könnte als die CDU. Die SPD-West hat ihre Basis in der Arbeiterklasse, aber durch ihr Programm und ihre Führung ist diese Partei seit 70 Jahren ein loyaler Verteidiger des kapitalistischen Systems. Die SPD ist heute der Hauptorganisator einer kapitalistischen Konterrevolution in der DDR, während die Faschisten als Vorreiter einer Wiedervereinigung entfesselt werden. Sie wären die Sturmtruppen der Reaktion, wenn ein Viertes Reich von seiner ersten Krise geschüttelt wird.

In Leipzig haben die Nazis jetzt offen eine Organisation aufgemacht. Doch letzte Woche marschierten in der gleichen Stadt 3000 Vopos, um gegen das Auftauchen von Nazis bei der

*Fortgesetzt auf* S.2

## Gorbatschows Perfidie

Bei seinen heutigen Gesprächen mit Modrow am 30. Januar in Moskau erklärte Gorbatschow, daß die deutsche Wiedervereinigung unumgänglich ist. Und dieser Meister der Kapitulation vor dem Imperialismus redet sicher nicht über eine Wiedervereinigung, die auf der sozialistischen Revolution in der BRD basiert! Einer illusorischen Freundschaft mit den imperialistischen Kriegsverbrechern zuliebe ist Gorbatschow dazu bereit, die Werktätigen der DDR an kapitalistische Sklaverei und Ausbeutung zu verkaufen. Und was bedeutet diese Ankündigung für die in der DDR stationierte sowjetische Armee, die heute das Bollwerk an der Front gegen NATO und BRD-Revanchismus bildet?

20 Millionen sowjetische Bürger starben im letzten Weltkrieg, um die Sowjetunion zu verteidigen und die Hitler-Barbarei zu zerschlagen. Jetzt bereitet Gorbatschow den Weg für eine wirtschaftliche Operation Barbarossa eines Vierten Reichs vor. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, die für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa kämpft, sagt: Es gibt nur einen Ausweg — die Werktätigen der DDR und der Sowjetunion müssen die politische Macht in ihre eigenen Hände nehmen und eine wirkliche internationale kommunistische Einheit gegen den Imperialismus schaffen.

## Rätemacht ...

*Fortsetzung von S. I*

wöchentlichen Montagsdemonstration zu protestieren. Die faschistische Gefahr *kann jetzt* im Keim erstickt werden durch die Organisierung von Arbeitermilizen, deren Kern diejenigen Elemente der Kampfgruppen der Arbeiterklasse sein werden, die die DDR verteidigen wollen, wobei Volkspolizisten und andere, die auf der Seite der Arbeiter stehen, einbezogen sein werden. Diese Arbeitermilizen werden der Kontrolle von demokratisch gewählten Arbeiter- und Soldatenräten unterliegen.

Das Schicksal der DDR liegt in[7] den Händen der Arbeiter. Es kann durch die erfolgreiche proletarisch-politische Revolution entschieden werden, die ihre eigenen politischen Machtorgane errichtet, Räte von Delegierten der Arbeiter und Soldaten, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden. Denn andernfalls könnten wir den Triumpf von blutiger Konterrevolution erleben. Die bittere Wahrheit ist, daß die Konfusion, die die Führung der SED-PDS verbreitet, Passivität und Demoralisierung in der Arbeiterklasse hervorbringt. In vielen Betrieben verlassen die Arbeiter die SED-PDS in Scharen, während die Ausverkaufspolitik der Regierung sie in die Arme der SPD treibt. Das bedeutet nicht, daß die Arbeiter Brandt und Lafontaine wollen, sondern daß sie keine Alternative sehen. Die 250 000 Menschen, die herausgekommen sind, um gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow zu protestieren, haben die Kraft gezeigt, die darauf wartet, entfesselt zu werden. Aber besonders seit damals befindet sich die SED-PDS in Auflösung, während ihre Führung vor der imperialistischen Offensive zurückweicht.

Trotzki warnte vor mehr als 50 Jahren davor, daß die stalinistische Bürokratie bei einer Krise zusammenbrechen würde, daß ein Flügel direkt zu den Kapitalisten übergehen und ein anderer den Weg des authentischen Kommmunismus suchen wird. Viele Mitglieder der SED-PDS wollen gerne den zuletzt genannten Weg gehen, doch heute sehen wir die Berghofers reihenweise zu den prokapitalistischen Sozialdemokraten überlaufen, während Modrow die Arbeiter zu Opfern aufruft, um die DDR aus der Krise zu führen. Nur durch die *Mobilisierung* der Arbeiter kann die bevorstehende Katastrophe bekämpft werden.

In unserem "Offenen Brief an alle Kommunisten" (ARPREKORR Nr. 18,12. Januar) riefen wir die Arbeiter dazu auf, von den Direktoren Antworten zu verlangen auf: Wer hat die Generaldirektoren bevollmächtigt, das Volkseigentum zu verschleudern, wird das Entlassungen bedeuten, welche Rolle spielt das Kapital bereits — kurz gesagt, öffnet die Bücher. Angesichts des Ausverkaufs ihrer Fabriken müssen die Arbeiter die Betriebsleitung hinauswerfen und Arbeiterkontrolle durch Fabrikkomitees errichten, die sich in Arbeiterräten vereinigen. Solche Räte müssen den Kampf gegen den Abbau von sozial gerechtfertigten Subventionen führen, die auf dem Altar eines "Marktsozialismus" geopfert werden. Diese Räte müssen sich mit den Soldaten vereinigen und Angestellte und Kollektivbauern einbeziehen, sie müssen die Frauen und ausländischen Arbeiter zu voller Beteiligung ermutigen, um, wie die Sowjets in der Russischen Oktoberrevolution 1917 unter der Führung von Lenin und Trotzki, die Organe der politischen Macht der Arbeiterklasse zu werden.

Die Antwort auf die ökonomische Krise heißt nicht, sich den westdeutschen Kapitalisten zu ergeben, sondern daß die Arbeiter selber mittels ihrer eigenen politischen Machtorgane die Planwirtschaft reorganisieren, wo eine vernünftige Politik demokratisch durch die Debatte von allen Strömungen in der Arbeiterbewegung ausgearbeitet werden kann. Wirtschaftlicher Fortschritt und die Entwicklung des Arbeiterstaates DDR kann nur auf der Basis eines internationalistischen Programms stattfinden. Dies bedeutet in erster Linie wirkliche Einheit und Zusammenarbeit mit den Werktätigen der Sowjetunion, die jetzt als Resultat von Perestroika ebenfalls vor einer drohenden Katastrophe stehen, und eine Perspektive, sich mit den arbeitenden Massen der BRD und anderer Länder zusammenzuschließen im Kampf gegen unseren gemeinsamen kapitalistischen Gegner.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kandidiert bei den Volkskammerwahlen, um das Programm der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte den Millionen von DDR-Bürgern vorzutragen, die dafür kämpfen wollen, das gesellschaftliche Eigentum zu verteidigen, für dessen Aufbau sie hart gearbeitet haben. Wir sind gegen undemokratische Wahlgesetze und Regulierungen und rufen für volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter auf. Der Wille, gegen den Ausverkauf zu kämpfen, ist da. Das hören wir von Arbeitern in Greifswald, von Stahlarbeitern, von Arbeitern bei NARVA und anderen Berliner Betrieben, von den Jugendlichen bei der Konferenz der FDJ. Heute kommt es darauf an, dieses Bestreben zu organisieren, indem wir eine leninistisch-egalitäre Massenpartei aufbauen, die gegen bürokratische Privilegien und Willkürherrschaft kämpft, und für die revolutionäre Herrschaft der Arbeiterklasse.





## Sieg dem Kita-Streik gegen Westberliner SPD/AL-Senat!

Am vergangenen Samstag zogen mehrere Tausend Westberliner Erzieherinnen und Erzieher, die sich seit fast drei Wochen im Streik gegen den SPD/AL-Senat befinden, gemeinsam mit den betroffenen Eltern über den Kudamm. Aufgerufen hatten die Gewerkschaften GEW und ÖTV, um den Forderungen der Kita-Streikenden für einen Tarifvertrag und gegen die untragbaren Bedingungen in den Kindertagesstätten Nachdruck zu verleihen. Ein Warnstreik im Dezember hat beim SPD/AL-Senat nichts bewirkt. Jetzt sind nach fast drei Wochen 91% der Kitas bestreikt.

Es geht darum, daß die sich seit Jahren verschlimmernde Situation für Erzieherinnen und Kinder in den Tagesstätten dringend verbessert werden muß. Die Streikenden fordern mehr Stellen und kleinere Gruppen, nichts weiter. Besonders in Bezirken mit einem großem Anteil an ausländischen Familien leiden die Kinder unter den Auswirkungen der Stellenkürzungen. Grundlegende soziale Rechte— für Frauen, für Kinder, für die Zukunft der Gesellschaft — werden im Kapitalismus mit Füßen getreten. Ob unter dem vorangegangenen CDU-Senat, wo der Beitrag für die Kita-Betreuung verdoppelt und selbst die Schwangerschaftsvertretung abgeschafft wurde, oder unter der derzeitigen arbeiterfeindlichen SPD/AL-Regierung: Im Kapitalismus werden die Werktätigen gezwungen, selbst für die grundlegendsten Rechte den Kampf aufzunehmen. Klar ist, in Ost oder West, die Sozialdemokraten und die "Alternativen" stehen auf der Seite der Bosse.

# Was wollen die Spartakisten

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-GRUPPEN, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden — eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**

**Spartakist-Gruppen-Veranstaltung in Greifswald**

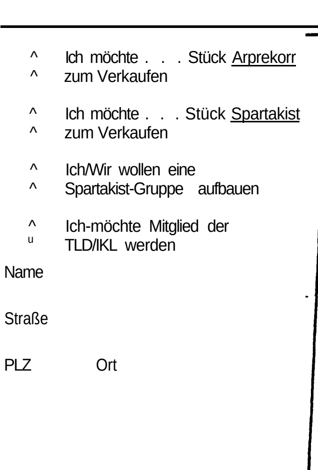
**<u>Kein Ausverkauf der DDR!</u>**

**Dienstag, 6. Februar 1990**
**17 Uhr**
**Ort wird noch bekanntgegeben**

**Spartakist-Treffpunkt**

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**



^ Ich möchte . . . Stück Arprekorr zum Verkaufen

^ Ich möchte . . . Stück Spartakist zum Verkaufen

^ Ich/Wir wollen eine Spartakist-Gruppe aufbauen

^ Ich-möchte Mitglied der TLD/IKL werden

Name

Straße

PLZ Ort




**Abonniert *Spartakist,* Zeitung der TLD!**

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
Zu beziehen -über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955

# Gegen Ausverkauf der Nachrichtenelektronik Greifswald!

Ein Gerücht ging um im Betrieb. Gemunkelt wurde, daß Vertreter der Westfirma Philips die Betriebsleitung besuchen wollten. Zu sehen war es. Renovierungsarbeiter in der veralteten Werkhalle zeigten mir, daß viel Realität in den Vermutungen steckte. Bestätigt wurde es mir dann auch von Kollegen des BGL-Rates (Betriebsgewerkschaftsleitung). Der Gewerkschaftsrat versprach, seinen Mitgliedern mit allen Mitteln eine Teilnahme an den Gesprächen zwischen Betriebsleitung und Vertretern von Philips zu erkämpfen. Die Interessen der Gewerkschafter sollten dort von ihnen vertreten werden. Unklar ist mir, wie solche Gespräche stattfinden, ohne die Arbeiter zu fragen. Leben und arbeiten wir immer noch in einer Zeit, wo die Betriebsleitung einfach über die Köpfe ihrer Werktätigen Entscheidungen fällt und ihnen dann nur die Ergebnisse vorlegt?

Aber nun die Frage: Wie sieht die Wirklichkeit der "Joint ventures" im NEG aus? Philips legte einen Vorschlagskatalog vor, in dem ganz konkret Bedingungen gestellt wurden:

- Verkleinerung des Verwaltungsapparates
- Auflösung der Berufsgruppe Wirtschaftskaufmann
- vorfristige Beendigung des Fernstudiums "Ingenieur Ökonom" (ohne Abschluß)

Wollen wir wirklich an die leeren Versprechungen der Kapitalisten glauben, daß alle Werktätigen im Betrieb bleiben dürfen? Warum sehen wir nicht der Realität ins Auge? Die Produktionsarbeiter werden die nächsten Opfer der Kapitalisten sein. Die Norm am Fließband wird extrem hochgeschraubt werden; wer sie nicht schafft, fliegt. Es wird auch bald keine Arbeit mehr für die E-Facharbeiter im Prüffeld geben. Einsatz modernster Prüftechnik macht Arbeitskräfte überflüssig. Dazu kommt noch die Unfähigkeit des BG-Rates. Die versprochene Interessenvertretung von Seiten der Gewerkschaft bei den Gesprächen mit Vertretern von Philips hat nicht stattgefunden.

Wie schon 40 Jahre lang ließ es sich die Gewerkschaft gefallen, erst nach Abschluß wichtiger Entscheidungen informiert zu werden. Von Interessenvertretung kann da keiner mehr sprechen.

Ich verstehe nicht, v/ieso unsere Werktätigen ruhig bleiben und damit ihre eigene Entlassung vorbereiten und unterstützen.

Waren wir nicht zu lange ruhig?

Ein Mitglied der
Spartakist-Gruppe Greifswald

---

## Bericht aus Rostock

# Üble Nazi-Provokation

"Rostock (ADN). Umgestoßene Grabsteine, ein demoliertes Eingangstor und Beschädigungen an den Bänken fanden Spaziergänger am Sonntagmorgen auf dem Rostocker Jüdischen Friedhof vor. Das eingezäunte Gelände im Lindenpark war ersten Angaben zufolge in der Nacht von Unbekannten betreten und zerstört worden. Die Kriminalpolizei nahm die Ermittlungen auf."

"Judischer Friedhof in Rostock geschändet", *Neues Deutschland*, Montag, 22. l. 1990

Ich wünsche, es wäre nicht der Anlaß, der mich bewegt, Euch zu schreiben, aber der immer massiver werdende Druck von "Rechts" macht es unumgänglich.

Die obenstehende Pressemitteilung ging am Montag, den 22. Januar durch verschiedene Tageszeitungen und bewegt mich als Rostocker besonders. Am gleichen Montag war vom Rundfunk (DT 64) eine Mitteilung ^ verbreitet worden, die uns mehr als deutlich beweist, daß es sich hierbei nicht um "Dumme-Jungen-Streiche" handelt. Die so friedlich begonnene Oktoberrevolution 1989 wandelt sich immer mehr in eine "Winterschlußverkaufsveranstaltung", in einen Aufmarsch für Konterrevolution, Anarchie und Neofaschismus. Bürger besinnt Euch, wofür ihr auf die Straße gegangen seid, für die Abschaffung einer totalitären Diktatur gegen Vormundschaft und gegen eine stalinistische Planwirtschaft. Wir sind nicht auf die Straße gegangen, um uns nach 40 Jahren DDR den Bedingungen derer zu unterwerfen, die aus den beiden Weltkriegen Profit geschlagen haben. Die Ursachen für diese Kriege waren die Neuaufteilung der Welt, der Weltmärkte. Das Gleiche wird jetzt unter dem Deckmantel von Joint venture, Investierung und soziale Marktwirtschaft versucht.

Der Faschismus, der Nationalismus und der Judenhaß waren für das Kapital nur ein geeignetes Mittel zum Zweck, ein für den Großteil der Opfer lebensgefährliches Mittel zum Zweck. Laßt es nicht soweit kommen, daß der Neofaschismus, ein Herr Schönhuber, der Nationalismus und die Ausländerfeindlichkeit zu einem lebensgefährlichen Mittel für uns werden, sondern wehrt Euch dagegen!

Es darf nicht soweit kommen, daß auch die Phantasten der Idee "Wiedervereinigung Jetzt" die Erfahrung machen müssen, daß es keine Wiedervereinigung im Sinne einer freundschaftlichen Umarmung wird, sondern einer Umarmung zum Erwürgen, und daß die Freiheit, für die sie eintreten, die Freiheit der Deutschen Bank sein wird.

Bildet Arbeiter- und Soldatenräte!

Gegen kapitalistische Wiedervereinigung, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit!

St. Beuß
Mitglied Spartakist-Gruppe Rostock

---


**Kontaktadressen:**

**Spartakist-Gruppen**

D. Bartels
Postamt Berlin 15
Postlagernd Corinthstr. 51
Berlin 1017

Spartakist-Gruppe
Postfach 24
Greifswald 2200

**Trotzkistische Liga Deutschlands**

**Westberlin** Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

**Hamburg** TLD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11



Herausgegeben von Spartakist-Gruppen und Trotzkistischer Liga Deutschlands,
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74 **Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb**

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 22 Donnerstag, 8. Februar 1990 5 Pfennig

## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands erklärt:

# Keine kapitalistische Wiedervereinigung!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands beteiligt sich an den Volkskammer-Wahlen, um ein revolutionäres Programm vorzustellen zum Kampf gegen den Drang nach kapitalistischer Wiedervereinigung, an dessen Spitze die SPD steht, wobei jetzt auch die Modrow-Regierung in widerlicher Weise ins gleiche Horn bläst, und um das stalinistische bürokratische System mit einer Arbeiterräteregierung durch proletarische-politische Revolution zu ersetzen. Bei einer Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum in Berlin am 6. Februar (Presseerklärung Seite 2) erklärte Günther Ilzig als ein Sprecher der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands:

"Wir kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse, was bedeutet die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten. Das ist unserer Auffassung nach der einzige Weg, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, also den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik. Wir kämpfen ganz entschieden gegen die Entstehung eines solchen Vierten Reiches, das wäre ein riesiger kriegstreibender Moloch mitten im Herzen Europas, und eine ständige Bedrohung für alle Völker. Wir wissen nur zu gut und haben es nicht vergessen, welches Unheil der deutsche Imperialismus in diesem Jahrhundert schon angerichtet hat, das ist mehr als genug. Und wie notwendig dieser konsequente Kampf gegen den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik ist, mögen vielleicht nur drei Zitate, drei Schlagzeilen aus der gestrigen bürgerlichen Presse zeigen. Zum einen Mal der *Spiegel*, "Chaos in der DDR", "Flucht in die Einheit", die *Süddeutsche Zeitung*, "Modrow: Einheit Deutschlands auch ohne Neutralität", und die *taz* zum Beispiel, ganz deutlich: "NATO sucht Lebensraum im Osten". Angesichts der Tatsache, daß Gorbatschow dem Drang nachgibt zur Bildung eines Vierten Reiches, und angesichts der Tatsache, daß Modrow mit seiner Losung "Deutschland einig Vaterland" kapituliert vor dem Druck des Imperialismus und seiner Handlanger, der Handlanger des Kapitals, vor allem der SPD, meinen wir, daß die Arbeiterklasse endlich die politische Macht übernimmt, d.h. eine Arbeiterräteregierung bildet. Wir dürfen also nicht vergessen, daß eine solche Entwicklung entscheidenden Einfluß haben würde auf die anderen Arbeiterstaaten. Zum Beispiel der Arbeiterklasse in der Sowjetunion würde endlich eine revolutionäre Perspektive aufgezeigt. Wir treten deshalb ganz konsequent ein für den engen Schulterschluß mit den Arbeitern der Sowjetunion, beispielsweise mit den Bergarbeitern im Kuzbass oder im Donbass oder in Workuta.

Die Wirtschaftsministerin Frau Luft ging gestern sogar soweit, den Anteil der ausländischen Kollegen in der DDR, der ausländischen Arbeiter in der DDR, zu reduzieren, zu verringern. Das ist kurz gesagt deutscher Nationalismus, und es klingt etwas nach Schönhuber. Wir vergessen natürlich auch nicht, daß eine Räteregierung in diesem Land auch den Arbeitern in der Bundesrepublik Auftrieb geben würde, und eine Alternative aufzeigen wird. Es wird dann endlich möglich sein, die Arbeiterklasse der Bundesrepublik aus dem verhängnisvollen Würgegriff der Sozialdemokratie zu befreien. Es ist uns auch klar, daß wir gegen den Ausverkauf der DDR nicht nur in der DDR kämpfen können, sondern auch unsere westdeutschen Klassenbrüder dazu mobilisieren müssen. Denn nach dem Willen der Deutschen Bank in Frankfurt soll die DDR das Sizilien der Bundesrepublik werden. Das heißt aber auch, daß dann auch ganz konkret Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gefährdet sind. Wir werden deshalb alles tun, um die Arbeiterklasse im Westen und in den Arbeiterstaaten politisch, moralisch und organisatorisch zu stärken. In diesem Sinne ist unsere Losung zu verstehen: Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa. Unsere gesamte Politik basiert auf dem proletarischen Internationalismus. Es ist für uns ganz klar und überhaupt keine Frage, daß selbstverständlich auf unseren Wahlveranstaltungen auch Genossen aus der Bundesrepublik und aus Westberlin sprechen werden und

*Fortgesetzt auf S.2*

## Westberlin: Macht den Nazi-REP "Parteitag" dicht!

Was bedeutet "Deutschland einig Vaterland"? In Westberlin, wo die SPD und die AL an der Regierung sind, tagen die faschistischen Führer Le Pen und Schönhuber. Schon früher versuchte der Rep SS-Mann die DDR zu überfallen. Die Republikaner verbreiten Rassenhaß in Leipzig, während Nazi-Skins die Stadt terrorisieren. Aber in Leipzig ging die Polizei gegen eine Handvoll Antifas vor, gleichzeitig gründeten die Republikaner ihren terroristischen Kreisverband.

Am Samstag wird in Westberlin der Schlägertypen-"Parteitag" Schönhubers stattfinden, um das Vierte Reich und neuen Völkermord vorzubereiten. Massenmobilisierung von Arbeitern, eingewanderte und deutsche, können die Nazis stoppen, im Westen und Osten! Kein "Einig Vaterland", sondern Arbeitereinheitsfrontaktion jetzt! Gewerkschaften, Immigrantengruppen, alle Antifaschisten müssen die Rep-Provokationen dicht machen! Verteidigt Euch!

# Presseerklärung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kandidiert bei den Volkskammerwahlen am 18. März, um die Arbeiterklasse gegen den Ausverkauf unseres Arbeiterstaats zu sammeln und zu mobilisieren. Gorbatschow sagt jetzt "ja" zu einem Vierten Reich. Mit seiner Erklärung für "Deutschland einig Vaterland" ist Modrow dabei, die DDR zu Grabe zu tragen; er kapituliert damit vor den Drohungen und dem Druck aus Bonn und den Handlangern des Kapitals, hauptsächlich Sozialdemokraten. Eine solche Beschwichtigungspolitik bereitet den Weg zu Konterrevolution und Krieg vor.

Eine neue Regierung ist gebildet worden — sie nennt sich die "große Koalition der Vernunft". Wir sagen, es ist die Koalition des Verrats. Die Spartakist-Arbeiterpartei führt ihre Wahlkampagne auf folgender Grundlage:

- **Nein zur kapitalistischen Restauration!** Verteidigt das gesellschaftliche Eigentum! Wir, die Werktätigen, haben diese volkseigene Wirtschaft mit unserem Schweiß und unserer Mühe aus den Trümmern aufgebaut. Es sind unsere Betriebe und die Bürokraten haben kein Recht, sie zu Schleuderpreisen zu verhökern.

- **Stoppt die faschistische Gefahr, solange sie schwach ist!** Vergeßt auch nicht, daß 20 Millionen Sowjetbürger im Kampf gegen den Faschismus gestorben sind. Wir waren Hunderttausende, die am 3. Januar zum sowjetischen Ehrenmal in Treptow herausgekommen sind, um unsere Entschlossenheit zu demonstrieren, daß die Nazi-Pest nie wieder ihren rassistischen Terror in und von Deutschland aus verbreiten darf.

- **Verteidigt DDR und Sowjetunion!** Die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 sollen durch internationale proletarische Revolution auf die ganze Menschheit ausgeweitet werden.

Die Wahlkampagne der Spartakisten ist eine Plattform für den Klassenkampf. Wir müssen die Aushöhlung unserer sozialen Errungenschaften stoppen. Wir müssen das Recht auf Arbeit verteidigen, die niedrigen Mieten, gesicherte Renten, die kostenlose medizinische Versorgung, Kinderbetreuungsemrichtungen, das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch. Wir müssen für unsere Arbeitsplätze kämpfen — gegen den kapitalistischen Aufkauf unserer Fabriken sind Streiks, Fabrikbesetzungen und Arbeiterkontrolle notwendig! Fegt die Faschisten in Leipzig und anderen Städten durch machtvolle Arbeitereinheitsfrontaktionen von den Straßen!

Wir richten uns an diejenigen, die in Treptow gegen die Nazi-Pest mobilisiert haben, an die zahlreichen Mitglieder und ehemaligen Mitglieder der SED-PDS, die von ihren stalinistischen Führern verraten wurden, und die gegen die Beschwichtigungspolitik von Modrow, Gysi & Co. sind: Schließt Euch der Spartakist-Kampagne an, für ein wirkliches kommunistisches Programm, für Arbeiter- und Soldatenräte, kontrolliert von den Arbeitern in den Betrieben und den Soldaten in den Kasernen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für Rätemacht, die demokratischer ist als das demokratischste Parlament. In diesen Volkskammerwahlen fordern wir volle Vertretung nach dem Verhältniswahlrecht und volles Wahlrecht für unsere ausländischen Kollegen und ihre Familien.

Die Sowjetunion und die DDR sind in Gefahr. Wir müssen Schulter an Schulter mit unseren sowjetischen Klassenbrüdern kämpfen, mit den Soldaten und Offizieren der Roten Armee, die bis zur Oder und darüberhinaus ein Bollwerk gegen eine Invasion der Bundeswehr und ihrer NATO-Verbündeten bilden. Für eine rote Räterepublik in ganz Deutschland in der Tradition von Lenin, Liebknecht und Luxemburg als Teil eines sozialistischen Europas!

Weitere Informationen über: D. Bartels, Postamt Berlin 15, Postlagernd Corinthstr. 51, Berlin 1017.
Berlin, 4. Februar 1990

# Wiedervereinigung ...

*Fortsetzung von S. l*

natürlich auch aus anderen Ländern."

Die französische Zeitung *Liberation* (7. Februar) hat über die Spartakist-Kampagne berichtet, die "Nachfolger der deutschen Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht". *Neues Deutschland* (7. Februar) hat über unsere Pressekonferenz mit einem Artikel unter der Überschrift, "Spartakisten und KPD zur Volkskammerwahl" berichtet:

"Die Arbeiterklasse gegen den Ausverkauf des Arbeiterstaates zu mobilisieren ist das Ziel, mit dem die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands zur Volkskammerwahl kandidiert. Auch die KPD wird eigene Kandidaten für die Wahlen nominieren. Die Partei setzt sich für ein parlamentarisches Bündnis gegen 'Wiedervereinigung' und Sozialabbau, für einen friedlichen Integrationsprozeß der Völker Europas ein."

Es ist klar, daß die Volkskammerwahlen eine Volksabstimmung über die kapitalistische Wiedervereinigung darstellen werden. Die Auswirkung einer starken Stimmabgabe gegen einen Ausverkauf der DDR sollte nicht unterbewertet werden. Wir stimmen mit Parteien wie der KPD in vielen Punkten nicht überein, aber wir haben kein Interesse, den Parteien Stimmen wegzunehmen, wenn sie im Wahlkampf gegen den Ausverkauf auftreten. Gleichzeitig haben diese Parteien nicht nur das Recht sondern die Pflicht, genau wie wir mit ihrer eigenen Propaganda aufzutreten.

Die bürokratische Willkürherrschaft hat die DDR an den Rand des Ruins gebracht. Wir haben bereits früher festgestellt, daß diese Funktionäre des stalinistischen Regimes, Stasi und andere, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben, in einem angemessenen Prozeß gerichtet werden sollten, und wir sind gegen die privilegierte Behandlung der Bürokraten und ihrer Geheimpolizei. Aber wir warnen, sie zum Sündenbock zu machen und Schauprozesse im Stile Stalins abzuhalten, die nur Blutrünstigkeit anheizen und die Situation für konterrevolutionäre Massaker reif machen wird.

Die stalinistische Bürokratie muß restlos beseitigt und durch Arbeiterdemokratie ersetzt werden, durch ein Programm der sozialistischen Revolution in der BRD und den anderen kapitalistischen Ländern. Dies ist das einzige Programm, das die sozialen Errungenschaften der DDR verteidigen und ausweiten kann.




**Nr. 14**
**Winter 1989/90**

*Spartacist* ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt bei:
D. Bartels
Postamt Berlin 15
Postlagernd
Corinthstr. 51
Berlin 1017

**DM 2,-2 Mark der DDR**

# KKW Greifswald: Protest gegen Runden Tisch

Greifswald, 6.2. *Nachmittags* demonstrierten 15 000 empörte Werktätige von KKW "Bruno Leuschner" und NEG gegen den Zentralen Runden Tisch. Auf Plakaten forderten die Kollegen "Runder Tisch in die Produktion", "Ohne Kompetenz keine Konsequenz" und "Pflugbeil - wie die Axt im Walde". Angst um ihre Arbeitsplätze und die Wut über die selbstherrliche bürokratische Politik des Runden Tisches, der sich als würdiger Nachfolger der Honecker/Mittag-Führung entlarvt, treibt die Greifswalder auf die Straße. "Ohne eigene Energie kann der Westen den Strom abschalten bei uns, und wir stehen im Dunkeln" erzählt ein Teilnehmer. Die bürgerliche Westpresse, angeführt von Spiegel-TV, nennt das KKW "DDR-Tschnernobyl" und flugs übernimmt der Runde Tisch diese Propagandalügen. Auf der anschließenden Kundgebung bekräftigen die Redner, daß niemand die Werktätigen hier gefragt hat und niemand den Runden Tisch legitimiert hat, auch nur irgendeine Entscheidung zu fällen. Die Redner sagen, was passiert, wenn das KKW, das 10 Prozent der Energieleistung der DDR produziert, in Greifswald stillgesetzt ist: In der Stadt gibt es keinen Strom, keine Wärme. Betroffen sind sofort Kinderkrippen, Schulen und Krankenhäuser. Die Notaggregate der Stadt reichen nicht aus. Ein zehnjähriges Kind fragt "Was soll aus uns werden?".

*Abends* auf der Spartakist-Versammlung im PDS-Gebäude bewegt alle Teilnehmer die Frage, wie kämpfen gegen beabsichtigte Schließung oder Verkauf des KKW. 8 000 Arbeitsplätze in dieser Stadt von 18 000 stehen damit auf dem Spiel. Eine Kollegin von NEG erzählt, daß Siemens NEG übernehmen will und wegrationalisieren will. Viele Arbeiterinnen bei NEG sind verheiratet mit KKW-Kollegen. Eine Schließung des KKW ist im Interesse von Siemens. Warum setzt Spiegel-TV solche Lügen über das KKW in Umlauf? Ein Physiker vom Betrieb erzählt, daß die westdeutsche Kraftwerksunion (KWU) schon lange nach Osten drängt, um den Markt auszuweiten. Erst Greifswald, dann die tschechoslowakischen KKWs, um dann die Werke in der SU zu übernehmen. Dabei sind ihnen alle Mittel recht. Wenn es mit der Stillsetzung nicht klappt, dann soll der Laden an sie verhökert werden. Das darf nicht passieren! Kollegen aus KKW und NEG müssen sich zusammensetzen und auf Belegschaftsversammlungen ihre Vertreter wählen. Nur Arbeiterräte, die die Rechte der Arbeiter vertreten und unser Volkseigentum verteidigen, sind legitimiert, über die Zukunft der Stadt zu entscheiden. Unseren ausländischen Kollegen aus Jugoslawien, Polen, Mozambique und Kuba wird jetzt von den Westfirmen gedroht, daß sie gehen sollen, nachdem sie mit uns zusammen das KKW aufgebaut haben. Sie müssen in den Arbeiterräten voll vertreten sein, so daß wir gemeinsam für gleiche Rechte eintreten können. Was dieses Land braucht ist die handfeste Vertretung von Arbeiterinteressen. Dazu müssen wir auch mit den Arbeitern in Westdeutschland, die ebenso von Arbeitslosigkeit bedroht sind, Kontakt aufnehmen. Verteilt die Arprekorr und diskutiert sie in der Abteilung, werdet Mitglied der Spartakist-Gruppe. Die Zeit drängt, kommt zur Diskussion am Montag, 12.2.90,19.00 Uhr im PDS-Gebäude, Löfflerstr.70

Gegen Ausverkauf und Schließung kämpfen wir gemeinsam!
Spartakist-Gruppe Greifswald

## "Soziale" Marktwirtschaft bedeutet Abschiebungen!

Im VEB Glaswerk Stralau werden Arbeiter entlassen, obwohl freie Stellen im Betrieb vorhanden sind. Von ihrer Entlassung erfuhren diese Arbeiter durch die Wandzeitung. Es sind mocambikanische Kollegen! Sie sollten aus fadenscheinigen Gründen gefeuert und in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Einer der Betroffenen, der 20 Jahre alte Marcus Muzima, hat sich daraufhin aus dem sechsten Stock seines Wohnheimes gestürzt und liegt jetzt querschnittsgelähmt im Krankenhaus.

Als ein Vietnamese versuchte, über die Mauer zu gelangen, wurde er von Grenzsoldaten brutal geschlagen und abgeführt.

Die Familien der sowjetischen Soldaten und Offiziere dürfen nicht in Läden und Kaufhallen einkaufen, während Deutsche jedes Wochenende in den "Natascha-Läden" einkaufen gehen.

Ausländische Kollegen, Drecksarbeit verrichtend, unter unwürdigen Bedingungen in Wohnheimen lebend, ohne volle Staatsbürgerrechte, ausgesetzt den Übergriffen von Nazis; Opfer von Nationalismus, Bürokratie und Marktwirtschaft.

Christa Luft persönlich hat sich für die Abschiebung der ausländischen Kollegen ausgesprochen. In einem wirklichen Arbeiterstaat wird es keinen Sozialabbau und keine ausgegrenzten, arbeitslosen Werktätigen geben.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir fordern volles Wahlrecht und volle Staatsbürgerrechte für alle hier arbeitenden Ausländer und ihre Familien!

O Ich möchte . . . Stück Arprekorr zum Verkaufen

O Ich möchte . . . Stück Spartakist zum Verkaufen

O Ich/Wir wollen eine Spartakist-Gruppe aufbauen

O Ich möchte Mitglied der SpAD werden

PLZ


SPARTAKIST

250 000 gegen Schändung des sowjetischen Ehrenmals

„Für eine neue Arbeiterpartei"

**Abonniert *Spartakist*, Zeitung der SpAD!**
Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten ***Spartacist*** (deutsche Ausgabe)
Zu beziehen über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955

## Spartakist-Treffpunkt

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Verteidigt DDR und UdSSR!

*Nachfolgend veröffentlichen wir einen Redebeitrag, der am 4. Februar bei einer Versammlung der Spartakist-Arbeiterpartei in Berlin gehalten wurde.*

Ich möchte mich erst mal hier vorstellen und möchte hier etwas sagen zu der ganzen Frage der Abrüstung. Ich bin Offiziersschüler an der Offiziershochschule der Grenztruppen, jetzt neuerdings Grenzschutz, und möchte ein paar Darlegungen einfach aus meinem sicherheitspolitischen Denken und Verständnis sagen. Wir haben zur Zeit eine starke Destabilisierung des jetzt sozialistischen Lagers. Und das war der eine Pol des Kräftegleichgewichts, weil der andere Pol ist die NATO. Und ich sehe hier eine absolute Zerklüftung des Warschauer Vertrages. Ich sehe, daß die SU ihre Truppen zurückzieht auf Drängen der Länder wie Ungarn, bei der CSSR ist die Forderung wohl auch schon gestellt, und bei uns, na da wird sich's ein bißchen komplizierter gestalten aber im Endeffekt wird es aufs Gleiche rauslaufen.

Und dann möchte ich dazusagen, daß die USA das Rollback-System für den Ostblock noch nicht aufgegeben hat. Daß die Reforger-Übungen jeden Herbst durchgeführt werden. Gut, dieses Jahr mit ein paar tausend Mann weniger, aber immer noch eine Präsenz an militärischer Stärke offenbaren, und der DDR-Führung zeigen sollen, zu was die NATO noch in der Lage ist. Hier ist nämlich eine — auch wenn's nach außen hin ein paar Streitigkeiten gibt — eine totale integre Organisation, und die überrollt uns. Und wenn hier jetzt so 'ne Marionetten wie die SPD oder andere Vereine hier an die Macht kommen, dann brauchen die doch nicht mal militärische Anstrengungen zu unternehmen. Ja, brauchen sich noch nicht mal den Vorwurf der Weltöffentlichkeit von dem Einsatz militärischer Stärke vorwerfen zu lassen. Dann wird auch die UNO nichts sagen. So passiert's ganz gewählt. Aber die Möglichkeit besteht doch auch militärisch. Und das sollte man bei den ganzen Abrüstungsdiskussionen beachten. Der Gegenpol ist da und stark. Stärker als wir zur Zeit sind. Hier wird abgerüstet, abgerüstet, abgerüstet. Ich kenne keine Alternative der BRD. Ich sehe immer noch ein 495 000 Mann starkes Heer, was uns gegenübersteht, was total ausgebildet ist und gedrillt ist. Antikommunistisch gedrillt ist. Und das ist der Eindruck, den ich hier noch tätigen wollte, den man da berücksichtigen sollte. Ich sehe, ich bin ein absoluter Befürworter dafür, daß die UdSSR mindestens in Deutschland bleibt, weil das zur Zeit am realistischsten ist. Und in anderen Ländern, da kann man jetzt zwar dafür sein, aber das wird sich im Endeffekt nicht machen lassen, weil sie ja meiner Meinung nach nicht den Besatzerstatus hatten. Sie ist da mehr zum Schutz der bis jetzigen Führung gewesen. Da muß sie raus. Aber in Deutschland muß sie sein, es muß noch eine Kraft da sein als Gegenpol gegenüber der NATO. Und unser Hinterland sieht traurig aus, wenn wir uns auf Polen beziehen. Und die erste Verteidigungslinie des Warschauer Vertrages ist die Elbe. Ja, die Elbe, und dahinter ist Polen. Die Elbe, also hier Vorneverteidigung, und dann der Hauptschlag, also die zweite Verteidigungslinie ist die Oder-Neisse-Grenze, und ich weiß wirklich nicht, ob Polen sich dann da die sowjetischen Soldaten gefallen läßt. Danke.

# An alle - an alle: Der zweite Weg aus der Misere

*Nachfolgend drucken wir eine Erklärung die von einem Mitglied der Spartakist-Gruppen auf einer Versammlung am 4. Februar in Berlin verlesen wurde.*

**1. Wer** hilft uns unser Volkseigentum vor Verschlampen, Verschrotten und vor dem Verkauf zu retten?

Dies ist die Aufgabe der Stunde! Welche Partei vertritt die Interessen des Volkes und seines Eigentums?

2. Arbeiter rettet Euer Eigentum, laßt nicht zu, daß es verschrottet und verkauft wird!

**Bildet Arbeiterräte!**

3. Akzeptiert Leiter und Direktoren nicht, die nicht gewährleisten, daß wir ordentlich arbeiten können, und die schon Kontakte zur BRD aufgenommen haben, um Euer Eigentum zu verhökern!

- Wählt Eure Leiter selbst und kontrolliert den Arbeitsablauf, und die Arbeit der Leitung, durch Eure *Räte!*
- Duldet nicht länger Schlamperei und asoziales Verhalten am Arbeitsplatz und im Wohnbereich.

Arbeitet besser, sauberer, ordentlicher! Kein Betrieb darf unökonomisch sein!

Erwirtschaftet Eure Mittel selbst und bestimmt mit, wofür sie ausgegeben werden!

4. Bauern helft den Arbeitern, denn Ihr seid Brüder! Hat der Arbeiter erst seine ökonomischen Mittel verloren, werdet auch Ihr nicht verschont bleiben!

5. Soldaten und Polizisten unterstützt die Arbeiter, denn Ihr gehört zu ihnen und nicht zu einer korrupten Regierungsclique, die das Volkseigentum zum Verkauf anbietet!

6. Jugend —, FDJler wählt uns, wir verteidigen Eure ökonomischen Mittel und die Eurer zukünftigen Kinder!

7. Frauen! Erhaltet Euer Volkseigentum, denn es ist die Grundlage für Eure Gleichberechtigung. Nur wer ökonomische Macht hat, hat auch politische Rechte, gebraucht sie richtig! Ihr sollt nicht durch das Netz der sozial Schwachen an den Kochtopf fallen! Denkt an Eure Kinder, sichert ihre Zukunft!

8. Werktätige, zeigt Verantwortung, helft euch selbst!

Die SED hat das Vertrauen des Volkes verloren, denn sie brachte uns durch ihre stalinistische Bürokratie an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. SPD und rechte Parteien wollen unser Volkseigentum für einen schnellen Gewinn verhökern, sie denken nicht an die Zukunft *aller!*

Nur das Volk selbst hat die Möglichkeit des 2. Weges aus der Misere! Habt Mut!


## Kontaktadressen:
## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

**D. Bartels**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Spartakist-Gruppe**
**Postfach 24**
**Greifswald 2200**

**Postfach 21 07 50**
**1000 Berlin 21**
**Tel. (030) 8 82 39 64**

**SpAD**
**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11 02 31**
**2000 Hamburg 11**



Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 23 Donnerstag, 15. Februar 1990 5 Pfennig

# Kampf dem DM-Anschluß!

## Dringende Stellungnahme der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Am 13. Februar kapitulierte Modrow im Gefolge Gorbatschows vor Bonn und Frankfurt und stimmte zu, eine von der DM dominierte Währungsunion mit der BRD zu bilden, wie es die SPD schon vor zwei Wochen gefordert hatte. Die Kontrolle über die Wirtschaft wird in die Hände der Frankfurter Bankiers gelegt. Westliche Ökonomen geben zu, daß eine Deutsche-Bank-Republik Millionen von Arbeitslosen und massive Lohnkürzungen bedeuten würde. Dieser Schritt ist eine tödliche Bedrohung für das gesellschaftliche Eigentum der DDR.

Diese Ankündigung hat eine weitverbreitete Panik hervorgerufen. Viele Werktätige befürchten, daß ihre Ersparnisse ausgelöscht werden, wenn die Mark wertlos würde. Bei vielen Banken haben sich sofort lange Schlangen gebildet, Werktätige rannten teilweise von der Arbeit weg, um ihre Sparkonten zu retten.

Die DDR ist Zielscheibe der größten Kampagne der imperialistischen Kräfte seit Menschengedenken, uns durch künstliche Destabilisierung in einen Anschluß an das kapitalistische Westdeutschland hineinzutreiben. Angesichts einer handlungsunfähigen DDR-Führung und eines Gorbatschow, der eine Position nach der anderen aufgibt, sind die deutschen, britischen und amerikanischen Imperialisten zur Übereinstimmung gekommen, daß sie durch einen Propaganda-Blitzkrieg erobern können, was sie früher nur durch einen NATO-Blitzkrieg glaubten erreichen zu können. Wenn sie dabei Erfolg haben, wird das auf Kosten von großen Teilen der DDR-Bevölkerung sein.

Sie versuchen, Chaos zu schaffen, um den Arbeiterstaat DDR zu zerstören. Die Errichtung einer Wirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum im Herzen Europas ist eine historische Errungenschaft, die verteidigt werden muß. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die Werktätigen dazu auf, bei den Wahlen am 18. März eine überwältigende Stimme gegen die kapitalistische Wiedervereinigung abzugeben, und jetzt damit zu beginnen, sich zu organisieren und sich in den Fabriken und auf den Straßen gegen den imperialistischen Angriff zur Wehr zu setzen.

Hand in Hand mit der Medienkampagne zur Verbreitung von "Chaos" und "Kollaps" betreiben Kohl, die Frankfurter Bankiers und ihre SPD-Lakaien ganz bewußt ökonomische Destabilisierung — wie in Chile —, um die Arbeiter zu demoralisieren und zu paralysieren und Bedingungen für einen billigen Aufkauf der DDR-Industrien zu schaffen. Dies ist

*Fortgesetzt auf S.2*

# EAW-Arbeiter fordern: Keine Entlassungen! Kein Ausverkauf!

Arbeiter im Berliner VEB EAW kämpfen für ihren Lebensunterhalt. Am 7. Februar traten 95 Arbeiter der Rekorderfertigung in einen Warnstreik. 540 Kollegen sind von der Auflösung dieser Abteilung betroffen, "für ca. 120 Kollegen ist die Perspektive zur Zeit noch nicht vollends geklärt", sagte uns Kollege Feix, Mitglied der BGL. Wenn nichts weiter passiert, sind die neuen Verträge nur drei Monate gültig, "das heißt eine Galgenfrist bis 1. Juli und was dann passiert... bei Elektronik FM Fertigungsmittel ist auch zu hören, daß da alles zu Ende geht", sagte ein Arbeiter bitter.

Soldaten, die jetzt von der NVA zurückkehren, finden keine Abteilung mehr, in der sie aufgenommen werden, und Lehrlinge haben eine Ungewisse Zukunft. Besonders hart getroffen werden ausländische Kollegen, darunter eine Gruppe Vietnamesen, für die ein Arbeitsplatzverlust auch Wohnheimverlust bedeutet. Eine Gruppe vietnamesischer Kollegen soll "dem Ministerium übergeben" werden, was ihre Abschiebung bedeutet kann.

Eine solche giftige Spaltung der Arbeiterschaft entlang nationaler Linien ist eine Brutstätte von Rassismus und Faschismus. Das darf nicht passieren! Arbeiter von VEB EAW, fordert: Keine Entlassungen! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter — einschließlich des Rechts auf Streik!

Die Fabrikdirektoren führen sich auf, als wären es ihre eigenen Fabriken. Aber die Arbeiter fragen, "wer hat das Recht, wer sind die Besitzer?" EAWs Puppe "ist das typische Beispiel eines Wendehalses": früher Stalinist unter Honecker, bewirbt er sich jetzt mit einem Artikel im *Westfalenblatt* (24. Januar) um einen Job bei den Kapitalisten. Puppe meint, "unter der Hand könnte ich 3000 bis 4000 Leute weniger gebrauchen" und wirft den EAW-Arbeitern Faulheit vor: "14 Tage gammeln, 14 Tage rammeln". Vielleicht könnten die EAW-Kollegen einen Puppe weniger gebrauchen.

Die Arbeiterbewegung muß den Kampf gegen drohende Schließungen der Kindertagesstätten, Abschaffung der Schulspeisungen und gegen Preiserhöhungen führen, die eine besonders schwere Belastung für Arbeiterinnen darstellen, die ohnehin schon eine doppelte Last tragen müssen.

VEB EAW, führend in der Produktion von Relais im RGW, ist Ziel von Verhandlungen von AEG für ein Joint venture. Und wohin das BRD-Kapital geht, da ist auch die Bundeswehr nicht weit. Arbeiter in Ost und West müssen gemeinsame Klassenaktionen gegen die Ausbeuter von AEG/Daimler Benz ergreifen. Arbeiter und Soldaten in der DDR müssen Hand in Hand mit der Roten Armee die Front gegen den imperialistischen Drang nach Osten bilden.

Ausgehend von defensiven Kämpfen gegen Entlassungen und Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für einen machtvollen politischen Kampf gegen Ausverkauf und für Arbeitermacht, gestützt auf Arbeiterrätedemokratie.

# Kampf dem DM-Anschluß ...

*Fortgesetzt von S. 1*

auch die kriecherische Politik der Regierung von Modrow und dem Runden Tisch. Die Westkampagne für Chaos wird durch die Tatsache verstärkt, daß das alte stalinistische Kommandosystem noch durch nichts ersetzt worden ist. In vielen Druckereien, Textilfabriken, Maschinen- und Elektrowerken sind Materiallieferungen gestoppt oder drastisch reduziert worden und haben damit die Produktion/zum Erliegen gebracht. Arbeiter bei Bergmann-Borsig und EAW in Berlin und anderen Betrieben der Republik erzählen uns, daß sie zur "Arbeit" gehen, nur um aus Arbeitsmangel Karten zu spielen.

Für die DDR steht die Konterrevolution vor der Tür. Wir Arbeiter wollen jetzt kämpfen, um unsere Arbeitsplätze zu verteidigen, unsere Familien und die sozialen Errungenschaften unseres Arbeiterstaats. Aber die Frage ist *wie*. Wenn Fabriken nicht produzieren, sind isolierte Streiks machtlos. Organisiert *Betriebsbesetzungen*, um gegen die kapitalistische Sabotage der Produktion, gegen Entlassungen und kapitalistische Übernahme zu kämpfen. Für Arbeitermilizen gegen ungerechte Übernahmen und Schikanierung von Arbeitern. Arbeiter in jeder Fabrik sollten Komitees, bestehend aus gewählten Delegierten, bilden, um den Kampf zu organisieren und die Kontrolle der Versorgung und der Produktion zu übernehmen. Arbeiter aus verschiedenen Unternehmen in jeder Stadt müssen sich versammeln und Komitees bilden aus Delegierten, die in jedem Betrieb frei gewählt werden, um eine gemeinsame Strategie zu entwerfen.

Diese Komitees können die Grundlage bilden für Arbeiter- und Soldatenräte, um die Produktion zu reorganisieren, die jahrelang durch die stalinistische Bürokratie heruntergewirtschaftet wurde. Sie müssen Vertreter von den Kasernen, von Frauen- und Jugendorganisationen, von den Rentnern und den Genossenschaftsbauern einbeziehen. Appelliert an eure Klassenbrüder außerhalb der DDR und fordert sie auf, sich euch im gemeinsamen Kampf gegen die Blutsauger in Frankfurt und Bonn anzuschließen. NARVA-Arbeiter sollten Delegationen zu Osram und Siemens schicken, um auch die Arbeiter dort in den Kampf einzubeziehen. Drucker könnten an die Arbeiter in den finnischen Papierfabriken appellieren, gegen die Sperre von Papierlieferungen zu kämpfen, die auch ihre Arbeitsplätze betreffen werden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) erklärt: Nein zur "Großen Koalition" des Verrats — Vorwärts zu einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte!

Gorbatschow hat bereits vor einem neuen Vierten Reich nachgegeben. Kohl und Bush bestehen darauf, daß ein wiedervereinigtes Europa Teil der NATO sein muß. Nichts würde klarer zeigen, daß solch ein wiedervereinigtes Deutschland die erste Linie im imperialistischen Drang zur Zerstörung der Sowjetunion, dem Land der Oktoberrevolution, wäre. Modrow sagt, daß eine DDR nach dem Anschluß eine "entmilitarisierte Zone" sein könnte. Erinnert euch an Hitler und das entmilitarisierte Rheinland! Nach seinem Treffen mit Kohl hat Modrow zu beruhigen versucht, daß "Deutschland einig Vaterland" kein Viertes Reich bedeuten würde, und gesagt, daß Kohl schon "die Oder-Neiße-Grenze akzeptiert". Kohl hat dieses "Mißverständnis" sofort "korrigiert": "Ich habe in Moskau nur das gesagt, was ich immer gesagt habe." Gorbatschow und Modrow glauben, daß sie mit den Imperialisten zurechtkommen können. Aber Kohl hat schon immer klar gemacht, daß ein Großdeutschland nicht beschränkt wäre auf die augenblicklichen Grenzen der beiden deutschen Staaten.

Die SpAD fordert die Arbeiterklasse und alle, die sich gegen die Konterrevolution stellen, dringend auf, gegen den Ausverkauf der DDR zu kämpfen. Bei einer Pressekonferenz in Berlin hat Günther Ilzig für die SpAD betont: "Wir kämpfen ganz entschieden gegen die Entstehung eines solchen Vierten Reiches, das wäre ein riesiger kriegstreibender Moloch mitten im Herzen Europas, und eine ständige Bedrohung für alle Völker. Wir wissen nur zu gut und haben es nicht vergessen, welches Unheil der deutsche Imperialismus in diesem Jahrhundert schon angerichtet hat."

Das starke Gefühl großer Teile der Bevölkerung gegen kapitalistische Wiedervereinigung hat sich in Treptow am 3. Januar gezeigt, bei einer Kampfdemonstration mit erheblich mehr Teilnehmern als die größte Montagsdemo in Leipzig in letzter Zeit zustandebrachte. Deshalb haben die Imperialisten, allen voran die westdeutschen, so scharf reagiert. Sie haben behauptet, daß die SED/PDS die faschistische Gefahr übertreibt oder sogar überhaupt selbst erfindet. Als ein rechter Mob die frühere Stasizentrale verwüstete, erklärten sie, auch dies hätte die Regierung selber angezettelt. Mittlerweile haben die Konterrevolutionäre das Schreckgespenst des Bürgerkriegs ins Spiel gebracht.

Doch die Führung der SED/PDS antwortet auf diese Polarisierung mit Kollaps und Kapitulation. In den Betrieben organisieren die Sozialdemokraten eine Hetzkampagne für Berufsverbote für jetzige und ehemalige SED/PDS-Mitglieder. Sie wollen auch verhindern, daß Zehntausende von früheren Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit jemals wieder Arbeit finden. Die Regierung schürt diese Atmosphäre der antikommunistischen Säuberungen noch mit ihren Anklagen gegen frühere Führer wegen Korruption, Amtsmißbrauch und Hochverrat. Wir warnen davor, daß eine Politik der Suche nach Sündenböcken und Schauprozessen im Stile Stalins nur den Schrei nach Blut heraufbeschwört und damit den Boden für konterrevolutionäre Massaker bereitet.

Wir stellen erneut fest, daß Funktionäre, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben, einen wirklichen Prozeß bekommen müssen, und wir sind gegen eine bevorzugte Behandlung der Bürokraten und ihrer Geheimpolizei. Stalinistische Methoden müssen ausgerottet werden. Keine Hexenjagd — die Wahrheit ans Licht! Dies ist die einzige Herangehensweise, die der Sache der Arbeiter dient.

Die antifaschistische Mobilisierung in Treptow eröffnete die Möglichkeit für einen machtvollen Kampf für die Zerschlagung der Konterrevolution, und zwar nicht nur des faschistischen Abschaums, sondern auch ihrer zynischen kapitalistischen Auftraggeber. Doch dies könnte nur durch revolutionären Klassenkampf gelingen. Aber die Stalinisten haben nach Jahrzehnten von Besänftigungsversuchen gegenüber dem Imperialismus, währenddessen sie der Bevölkerung mit bürokratischen Methoden die Lüge vom "Sozialismus in einem halben Land" aufzwangen, nichts Besseres anzubieten gehabt als einen Verfassungsschutz.

Die TLD und die Spartakist-Gruppen haben sich in der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, zusammengeschlossen. Sie richtet sich an PDS-Mitglieder und an diejenigen, die angewidert vom Verrat ihrer stalinistischen Irreführer ausgetreten sind; an die Menschen, die nach Treptow gekommen sind, um gegen die faschistische Gefahr zu kämpfen, und die sich geschworen haben, die braune Plage in Leipzig oder wo sie auch immer ans Licht kommt zu stoppen; an die Arbeiter, die gegen den Aufkauf ihres Betriebes und gegen den Ausverkauf der DDR Widerstand leisten wollen. Die gesamte kapitalistische Welt geifert angesichts der Perspektive, die DDR verschlingen zu können — "Heute Ostdeutschland, morgen Rußland." Revolutionäre deutsche Arbeiter sagen nein!

**Die SpAD sagt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Dies ist die dringende Frage, die sich in dieser Wahlkampagne stellt. Wir rufen alle diejenigen, die angeben, in Verteidigung der Interessen der Werktätigen der DDR zu stehen, dazu auf, jetzt und schriftlich ihre Position zu dieser Frage zu erklären. Die Werktätigen müssen ebenfalls verlangen, daß alle Kandidaten hierzu Stellung nehmen. Das Programm der Spartakisten ist die weitsichtigste und konsequenteste Verteidigung unseres Arbeiterstaats: Wählt die Kandidaten der SpAD bei den Wahlen am 18. März. Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann, rufen wir unsere Anhänger dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die klar gegen kapitalistische Wiedervereinigung stehen.**

## Aus dem Archiv der Geschichte

# Arbeiterräte und der Kampf für Rätemacht

Wir werden oft von unseren Lesern gefragt, wie Rate entstehen werden und ob die Perspektive einer Räteregierung realistisch ist. Ein Leser aus Dresden hat uns zum Beispiel geschrieben:

"Mit Interesse lese ich Eure Zeitungen. Bin mit vielem einverstanden und wünschte es wäre realisierbar. Aber, wenn ich so um mich kucke, ist dem größtenteils nicht so. 'Arbeiter- und Soldatenrate, jetzt!' — es ist ein großer Wunschtraum, doch ist die Situation in unserem Land eine andere. 'Rotes Rätedeutschland' — ja! — aber die Realität, die Menschen in Ost nicht und im Westen wohl genausowenig, wurden nicht dafür auf die Straße gehen, kämpfen, eher dagegen angehen."

Wenn Rate im Augenblick unrealistisch erscheinen, als "großer Wunschtraum", liegt dies daran, daß die Arbeiterklasse der DDR die Arena des Kampfes noch nicht im eigenen Namen und im eigenen Interesse betreten hat. Wenn die Arbeiter gegen den Ausverkauf ihres Eigentums an die Kapitalisten ankämpfen, dann wird die Arbeiterklasse ihre eigenen Kampforgane errichten, Fabrikkomitees, wie sie 1953 gebildet worden waren, und Rate. In seinen historischen Arbeiten über die Russischen Revolutionen von 1905 und 1917 hat Leo Trotzki, der 1905 der erste Vorsitzende des Petersburger Sowjet gewesen war und wieder 1917 im Augenblick der Machteroberung der Arbeiter, beschrieben, wie diese Rate entstanden sind.

Heute ist es die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter, die gegen den Ausverkauf Widerstand leisten wollen, eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, um diese Kampfe zum Sieg zu fuhren, wenn sie sich entwickeln werden. Unsere Forderung nach einem "roten Rätedeutschland" druckt unsere Perspektive aus auf die sozialistische Revolution durch die Arbeiter der BRD und des imperialistischen Westens im allgemeinen. Wenn dies für unseren Leser unrealistisch erscheint, liegt dies daran, daß die Arbeiterklasse des Westens im Augenblick passiv ist und weil sich die stalinistischen Bürokratien jahrzehntelang dieser Perspektive entgegengestellt haben mit dem Dogma, daß der Sozialismus in einem einzigen Land (oder sogar in einem halben Land) aufgebaut werden kann. Diese "Theorie" der ökonomischen Autarkie hat die Wirtschaft Osteuropas auf den Hund gebracht, und dadurch die Arbeiter in der BRD und Westeuropa von einer sozialistischen Perspektive abgeschreckt. Aber 1968 in Frankreich standen 10 Millionen Arbeiter im Generalstreik, der eine erfolgreiche proletarische Revolution hatte hervorbringen können, wenn es eine leninistische Massenpartei gegeben hatte, um die notwendige Führung bereitzustellen. Das gleiche gilt für Portugal 1974-75. Es gibt Möglichkeiten für eine sozialistische Revolution im Westen; was gefehlt hat ist eine revolutionare Internationale, die diese Gelegenheiten beim Schöpfe packt.

### Leo Trotzki, 1905

"Wir wollen versuchen, zusammenfassend einen Rückblick auf die Ereignisse zu werfen. Die Geschichte des Petersburger Delegiertenrates — das ist die Geschichte von 50 Tagen. Am 26. Oktober fand die Konstituierende Versammlung des Rates statt — und am 16. Dezember wurde die Sitzung des Rates durch Regierungstruppen gesprengt.

An der ersten Sitzung nahmen nur einige Dutzend Personen teil. Gegen Ende November stieg die Mitgliederzahl der Delegierten auf 562, darunter 6 Frauen. Sie vertraten insgesamt 147 Fabriken und Industrieestablissements, 34 Werkstatten und 16 Gewerkschaften...

Was stellte nun diese Körperschaft dar, die sich in einem kurzen Zeiträume, wahrend der Revolution, eine so hervorragende Stellung erworben und der Periode ihrer höchsten Machtentfaltung den Stempel des eigenen Namens aufgedruckt hat?

Der Rat organisierte die Arbeitermassen, leitete ihre politischen Streiks und Demonstrationen, bewaffnete die Arbeiter, schützte die Bevölkerung vor Pogromen. Aber das gleiche hatten schon vor ihm andere revolutionäre Organisationen getan, taten es zur selben Zeit mit ihm und setzten diese Tätigkeit auch nach seiner Auflosung fort, nur mit dem Unterschied, daß diese Tätigkeit ihnen auch nicht annähernd jenen Einfluß verschaffte, den der Rat besaß. Das Geheimnis dieses Einflusse ist darin zu suchen, daß der Rat als naturgemäßes Organ des Proletariats in dem Moment seines unmittelbaren, durch den ganzen Gang der Ereignisse bedingten Kampfes um die Macht entstanden war. Wenn einerseits die Arbeiter selbst und andererseits die reaktionäre Presse den Rat die 'proletarische Regierung' nannten, so entsprach dies der Tatsache, daß der Rat in Wirklichkeit eine revolutionäre Regierung darstellte. Der Rat realisierte die Gewalt, soweit ihm durch die revolutionäre Macht der Arbeiter die Möglichkeit dazu gegeben wurde; er kämpfte unmittelbar um die Gewalt, soweit sie sich noch in den Händen der militärisch-polizeilichen Monarchie befand."

### Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution

"Die Erfahrung der Sowjets von 1905 hatte sich für immer ins Bewußtsein der Arbeiter eingeprägt. Bei jedem Aufstieg der Bewegung, sogar im Kriege, lebte fast automatisch die Idee der Sowjets auf. Und obwohl das Verständnis für die Rolle der Sowjets bei Bolschewik! und Menschewiki verschieden tief war — die Sozialrevolutionare entbehrten überhaupt bestandiger Einstellungen —, war es, als ob die Form der Organisation selbst außerhalb jeder Diskussion stunde. Die aus dem Gefängnis befreiten Menschewiki, Mitglieder des Kriegsindustrie-Komitees, trafen sich im Taurischen Palais mit Fuhrern der Gewerkschaften und der Kooperativen des gleichen rechten Flügels, wie auch mit den menschewistischen Dumadeputierten Tschcheidse und Skobeljew, und bildeten an Ort und Stelle ein provisorisches Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiterdeputierten, das im Laufe des Tages hauptsachlich durch ehemalige Revolutionare ergänzt wurde, die zwar die Verbindung mit den Massen verloren, aber doch einen "Namen" behalten hatten. Das Exekutivkomitee, das auch Bolschewik! in seinen Bestand einbezog, rief die Arbeiter auf, unverzüglich Deputierte zu wählen, die erste Sitzung war für den Abend im Taurischen Palais anberaumt...

In dieser ersten Sitzung wird beschlossen, die Garnison und die Arbeiter zu einem gemeinsamen Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu vereinigen. Wer schlug diesen Beschluß zuerst vor? Er wird von verschiedenen, oder richtiger gesagt, von allen Seiten gekommen sein, als Widerhall jener Verbrüderung zwischen Arbeitern und Soldaten, die an diesem Tage das Schicksal der Revolution entschieden hat. Dabei muß jedoch vermerkt werden, daß, nach den Worten Schljapnikows, die Sozialpatrioten anfanglich gegen das Hineinziehen der Armee in die Politik protestiert hatten... Die Aufgaben und die Funktionen des Sowjets wachsen unter dem Druck der Massen ununterbrochen. Die Revolution bekommt ihr unbestreitbares Zentrum. Die Arbeiter, Soldaten und bald auch die Bauern werden sich von nun an nur noch an den Sowjet wenden — er wird in ihren Augen der Mittelpunkt aller Hoffnungen und aller Behörden, die Verkörperung der Revolution selbst sein. Doch auch Vertreter der besitzenden Klasse werden, wenn auch zahneknirschend, beim Sowjet Schutz, Weisungen und Entscheidung bei Konflikten suchen."

# Was wollen die Spartakisten

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. **Wir** grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CLA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED/PDS sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Schließt euch der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands an, gründet Spartakist-Gruppen in jeder Fabrik und Kaserne, unter der Jugend, Frauen, ausländischen Arbeitern, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine wirklich kommunistische Massen-Avantgardepartei zu schmieden, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen**
**heißt siegen lernen!**

## Abonniert jetzt!

### Spartakist

Zeitung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über Kontaktadressen, Einzahlungen an:
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955

## Spartakist-Treffpunkt

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

## Kontaktadressen
## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

**D. Barteis**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Spartakist-Gruppe**
**Postfach 24**
**Greifswald 2200**

**Postfach 21 07 50**
**1000 Berlin 21**
**Tel.** (030) 8 82 **39 64**

**SpAD**
**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11 02 31**
**2000 Hamburg 11**

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ
SPARTAKIST
Nr. 24 Dienstag, 20. Februar 1990 10 Pfennig

# Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!

Wir wenden uns an alle, die gegen den Ausverkauf der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wollen. Wählt Spartakist-Arbeiterpartei bei den Volkskammerwahlen am 18. März! Gebt ein mächtiges "Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung! **Kämpft mit uns für eine kommunistische Zukunft!**

Die Existenz der DDR steht auf dem Spiel. Heute geht es um Revolution oder Konterrevolution. Wir, die Werktätigen, haben die vergesellschaftete Wirtschaft aus den Trümmern von Hitlers Drittem Reich errichtet. Der Stalinismus hat

## Manifest und Kampfprogramm der Spartakist-Arbeiterpartei

seinen Bankrott kläglich unter Beweis gestellt. Aber niemand hat das Recht, das durch Millionen Geschaffene an das Kapital auszuliefern! Wir müssen unsere gesellschaftlichen Errungenschaften und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Wir haben viel zu verlieren und alles zu gewinnen!

Heute ist unser Land Zielscheibe einer beispiellosen imperialistischen Destabilisierungskampagne. Mit dem Trojanischen Pferd SPD soll der Anschluß an die BRD erzwungen werden. Kohl & Co. bombardieren Deutschland Ost und West mit einer monströsen Panikmache. Die stalinistische Bürokratenherrschaft ist zerfallen, doch nun soll auch der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft selbst herbeigeredet werden. Wir alle sollen eingeschüchtert und demoralisiert werden, während der deutschnationale Wiedervereinigungsrausch hochgepeitscht wird. Neue faschistische Banden werden hochgezüchtet, die Sturmtruppen eines Vierten Reichs.

Arbeiter und Soldaten! Genossenschaftsbauern! Alle Werktätigen! Schaut Euch um! Es sind viele, genau wie Ihr, die bereit sind, für unsere Errungenschaften zu kämpfen: Arbeiterinnen und Arbeiter, ausländische Werktätige und Frauen, Jugendliche, Rentner. Um unsere Zukunft geht es.

Millionen von DDR-Bürgern verabscheuen den imperialistischen NATO-Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Ein kapitalistisches Großdeutschland wäre für uns alle ein Alptraum. Das Behemoth würde, bis an die Zähne bewaffnet durch die Daimler-Benz-MBB-Waffenschmiede, alle Nachbarvölker und die ganze Menschheit mit einem neuen militärischen Abenteuer gen" Osten bedrohen.

Die kapitalistischen Monopolisten können es kaum abwarten, die volkseigenen Betriebe in Goldgruben für den eigenen Profit zu verwandeln. Und die Sozialdemokraten sind eifrig dabei, uns dies reinzuwürgen. Aber wir wollen nicht Massenarbeitslosigkeit, wollen nicht, daß Frauen heim an den Herd getrieben werden, daß die Genossenschaftsbauern durch die Rückkehr der Junker-Kapitalisten in die Lage mittelloser Wanderarbeiter auf dem Land hinuntergedrückt würden. Wir wollen auch nicht den drakonischen Abbau von Sozialleistungen, die drastische Senkung des Lebensstandards der Massen der DDR, die dies mit sich bringen müßte.

Doch gemeinsam mit Kohl, seinen SPD-Handlangern und dem schlimmsten nationalistischen Dreck rief dann Modrow "Deutschland einig Vaterland", sobald Gorbatschow dazu grünes Licht gab. Die Modrow-Regierung, auch die ehemalige SED, die Blockparteien, der "Runde Tisch" — alle liegen vor dem wütenden Einschüchterungsgeschrei der Kapitalisten und ihrer SPD-Feldwebel auf dem Bauch.

Die Volkskammerwahlen am 18. März sollen Teil des Ausverkaufs der DDR sein. Sie können unmöglich den wahren Willen der Werktätigen widerspiegeln. *Wohl aber sind diese Wahlen zu einem entstellten Volksentscheid über die weitere Existenz der DDR geworden.* Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft in dieser Wahlkampagne gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine **proletarische politische Revolution** gegen den Stalinismus, die bis zum Ende geht.

Denn: Wer den gesellschaftlichen Reichtum in der DDR schafft, dem gehören die Betriebe, der soll über sie entscheiden. Heute müssen die Werktätigen der DDR die politische Macht den käuflichen Bürokraten entreißen und in ihre eigenen Hände nehmen! Die Erben Stalins und Ulbrichts dürfen unseren Arbeiterstaat nicht an die Frankfurter Bankiers ausliefern! Kein Parlament, sondern nur die Mobilisierung der Werktätigen im eigenen Interesse wird ihren Willen durchsetzen! Deshalb stellt die Spartakist-Arbeiterpartei kein leeres Wahlprogramm, sondern ein **Kampfprogramm** auf.

Viele "Oppositions"parteien, ja sogar die PDS, sagen, sie wollen kämpfen, wenn die Kapitalisten kommen. Doch in der Tat kapitulieren die meisten vor dem Ausverkauf. In den Volkskammerwahlen muß jede Bürgerin und jeder Bürger von diesen Parteien eine Antwort auf die eine Frage verlangen: Sagt ihr eindeutig und konsequent **Nein** zur kapitalistischen Wiedervereinigung? Prüft sie genau!

Die Spartakisten antworten konsequent auf diese Frage. Stalin hat die Planwirtschaft in Verruf gebracht. Wir allein kämpfen für eine Planwirtschaft, nicht von der willkürlichen

*Fortgesetzt auf S.2*

**Die SpAD sagt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Dies ist die dringende Frage, die sich in dieser Wahlkampagne stellt. Wir rufen alle diejenigen, die angeben, in Verteidigung der Interessen der Werktätigen der DDR zu stehen, dazu auf, jetzt und schriftlich ihre Position zu dieser Frage zu erklären. Die Werktätigen müssen ebenfalls verlangen, daß alle Kandidaten hierzu Stellung nehmen. Das Programm der Spartakisten ist die weitsichtigste und konsequenteste Verteidigung unseres Arbeiterstaats: Wählt die Kandidaten der SpAD bei den Wahlen am 18. März. Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann, rufen wir unsere Anhänger dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die klar gegen kapitalistische Wiedervereinigung stehen.**

# Manifest ...

*Fortsetzung von S. l*

Alleinherrschaft einer Bürokratie beherrscht, sondern auf Basis einer breiten und durchgreifenden Arbeiterdemokratie. Die Arbeiter müssen die Kontrolle der Betriebe und Einrichtungen in ihre eigenen Hände nehmen, indem sie Räte aufbauen, wo alle Strömungen der Arbeiterklasse vertreten sind und freie und offene Debatten über alle anstehenden Probleme stattfinden. Damit vertreten sie direkt die Interessen aller Werktätigen, bei jederzeitiger Abwählbarkeit der Delegierten. Diese Regierungsform ist millionenfach demokratischer als jeder bürgerliche Parlamentarismus je sein kann. Tausende und Abertausende in der DDR haben an den Idealen der sozialen Gerechtigkeit festgehalten — Arbeiter, Genossenschaftbauern, Soldaten, sogar viele in der Bürokratie. Nicht diese Ziele waren falsch: Es war der Stalinismus, der Eure Ziele verraten und Eure kommunistischen Ideale deformiert hat! Die Doktrin vom "Sozialismus in einem Land", diese lügnerische Erfindung von Stalin und Bucharin, war der erste große Verrat an der Oktoberrevolution selbst und hat zu schrecklichen Exzessen geführt.

Die stalinistischen Bankrotteure gehen der Reihe nach in die Knie, weil sie programmatisch bar jeder Alternative sind. Jetzt versuchen viele von ihnen ihre Haut zu retten: Nicht nur ihre Dienste bieten sie dem Kapital an, sondern unser ganzes Land, unsere Betriebe, unser Leben. Wir dürfen nicht die Errungenschaften der Russischen Revolution preisgeben, trotz der Tatsache, daß die Stalinisten kapitulieren und jetzt auseinanderfallen.

Das Kampfprogramm der Spartakisten weist einen Weg in die Zukunft, weil es auf den historischen Interessen der Werktätigen basiert. Es ist das Programm von Lenin und Trotzki: Wir sind die Partei der Russischen Revolution. Ist der Kommunismus tot, wie die Bourgeoisie herausposaunt? Nein, aber die Bolschewistische Partei wurde von Stalin und seinen Schlägern zerstört. Verbrecher wie Ulbricht beschuldigen wir des Mordes an Hunderten und Tausenden von Kommunisten. Heute gilt es, eine neue leninistisch-egalitäre Partei aufzubauen. Für kommunistische Ideale — keine Privilegien! Seit der Revolution von 1848, die aus der industriellen Revolution entstanden ist, war die Arbeiterklasse gezwungen, über bürgerlichen Liberalismus und Nationalismus hinauszugehen. Es ist ein Weltmarkt geschaffen worden, der von den Imperialisten kontrolliert und bösartig manipuliert wird. Aus diesem Grund müssen die Kämpfe der Arbeiter internationalistisch sein.

In der DDR muß die neue leninistische Partei für volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter kämpfen und deutsche und eingewanderte Arbeiter in sich vereinen. Die Einheit der Arbeiterklasse muß im Kampf geschmiedet werden, aber diese Einheit wird nie vollständig sein, solange unsere ausländischen Kollegen und ihre Familien ausgesondert, diskriminiert und benachteiligt werden. In diesem Kampf dürfen wir nicht ruhen, bis die revolutionäre deutsche Rätemacht, wie es der junge sowjetische Staat tat, *alle* Arbeiter gleichstellt und ihnen volle Staatsbürgerrechte gewährt.

Für den Sieg des Kommunismus in ganz Deutschland muß eine leninistische Partei schon heute gemeinsam mit unseren Klassenbrüdern und -Schwestern im Westen kämpfen! Die Kapitalisten wollen die Arbeiter der BRD noch mehr auspressen, um den großdeutschen Anschluß zu bezahlen. Doch große Arbeitskämpfe stehen jetzt in der BRD auf der Tagesordnung. Auch die Kolleginnen und Kollegen drüben wissen, was ein Viertes Reich, was Faschismus und imperialistischer Krieg bedeuten würden. Heute kann ein entschlossener Kampf der Arbeiter in der DDR der Funke sein für BRD-Arbeiter, die Angriffe der Bosse zurückzuschlagen und den Weg zu eröffnen für wirklichen Klassenkampf, um die Macht: *soziale Revolution* im Westen.

Das "Vierte Reich" wirft seinen Schatten voraus: Schändung von jüdischen Friedhöfen und sowjetischen Einrichtungen. Dafür gibt es im Arbeiterstaat keinen Platz! Am 3. Januar standen 250 000 Antifaschisten in Treptow gegen Faschismus und für die Rote Armee. Unsere Partei ist stolz darauf, diese Einheitsfront-Mobilisierung initiiert zu haben. Wir sagen nochmals: Die schweren Bataillone der Arbeiterklasse müssen durch Arbeitereinheitsfrontaktionen die Faschisten wegfegen!

Es war die Rote Armee, die das Nazi-Regime zerschlug. Auf ihren Bayonetten trug sie die Errungenschaften vom Roten Oktober bis an die Elbe. Seit 1945 sind es die Sowjetsoldaten, die an der Elbe gegen den westlichen Imperialismus Wache stehen. Unsere Bürger haben lange mit dieser Grenze gelebt, der Frontlinie des Kalten Kriegs. Nicht zuletzt deshalb war der Internationalismus in unserem Land schon immer wach. FDJler fuhren nach Nicaragua; Kinder von SWAPO-Kämpfern wurden in unseren Krankenhäusern behandelt; viele zehn Millionen Mark flossen in die Solidaritätsfonds. Eben deshalb waren und sind wir über den Mißbrauch dieser Fonds höchstempört.

Karl Liebknecht begrüßte auf der Gründungskonferenz der KPD vor 70 Jahren die neue russische Räterepublik und erklärte seine Solidarität mit dem russischen Proletariat unter der Führung von Lenin und Trotzki. Heute gilt unvermindert: Das Schicksal der russischen Revolution ist mit dem der deutschen Revolution unlöslich verbunden. Und das heißt auch die Zukunft Polens wie die ganz Europas. Die Revanchisten schauen schon jetzt über die Oder-Neiße-Linie hinaus. Ein kapitalistisches Großdeutschland würde trübe Kräfte entfesseln, die jetzt noch ihre Demagogie in Bierkellern üben. Und es würde für die imperialistische Koalition ein Sprungbrett sein, um gegen die Sowjetunion mobilzumachen.

Ein revolutionäres Zusammengehen der deutschen mit den sowjetischen Arbeitern und Soldaten wird nicht nur das Bollwerk gegen die Pläne der NATO-Revanchisten sein, sondern ein machtvolles Fundament für eine internationale Planwirtschaft.

Die Werktätigen der DDR — dazu gehören auch die Angestellten, Genossenschaftsbauern, die Handwerker, die Wissenschaftler und Künstler — haben alle Fähigkeiten, eine hochentwickelte Wirtschaft zu lenken und weltmarktgerecht zu produzieren. Aber eine unfähige, nationalistische Bürokratie

*Fortgesetzt auf S.6*

---

**Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende an:**

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955, Kennwort "SpAD"

F.Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00 Dresdner Bank, Frankfurt/M.

---

**Nr. 14**
**Winter 1989/90**

*Spartacist* ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt bei:
D. Bartels
Postamt Berlin 15
Postlagernd
Corinthstr. 51
Berlin 1017

**DM 2,-**
**2 Mark der DDR**



# Wer ist dieser BSA?

Eine Gruppe, die sich trotzkistisch nennt, der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), hat am 9. Februar im IPZ in Berlin eine Pressekonferenz abgehalten und angekündigt, daß er bei der anstehenden Volksammerwahl kandidieren will. Der BSA behauptet, daß die "zentrale Achse" seines Programms der Kampf gegen "Stalinismus und Kapitalismus" ist. Jawohl, wir Trotzkisten kämpfen gegen Stalinismus und Kapitalismus, aber man kann beides nicht gleichsetzen. Die Stalinisten sind Parasiten der vergesellschafteten Wirtschaft: Sie berauben die Arbeiter der politischen Macht und herrschen durch die Unterdrückung der Arbeiterinstitutionen, wirtschaften den Arbeiterstaat herunter und untergraben seine Verteidigung durch ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus; die Kapitalisten wollen diesen Staat zerschlagen, und wir verteidigen diese Staaten gegen den Imperialismus und Konterrevolution.

Dies ist das trotzkistische Verständnis des Stalinismus; der BSA sieht den Stalinismus als "konterrevolutionär durch und durch" — genauso wie der CIA! In der Tat hat der BSA-Führer Ulrich Rippert bei seiner Rede auf der Pressekonferenz sehr deutlich klargemacht, daß für sie der Hauptfeind nicht die Kapitalisten sind, sondern die "Stalinisten". Wir haben von solchen "Sozialisten" schon früher gehört, z. B. Willy Brandts Ostbüro und Oskar Lafontaine.

Und was hatte Rippert zu sagen über Lafontaine und dessen Partei, die in der DDR die politische Hauptkraft für einen konterrevolutionären DM-Anschluß darstellt? Buchstäblich nichts, selbst nachdem ein Korrespondent für ARPREKORR diese Frage gestellt hatte. Der BSA hat eine ganze Menge mit der SPD gemeinsam. Der BSA sagt, daß er gegen die kapitalistische Restauration in der DDR sei, aber diese "Trotzkisten" a la SPD haben 1981 Solidarnosc zugejubelt, als sie für eine kapitalistische Restauration in Polen eingetreten sind. Und wieder wie die SPD hat der BSA die ClA-Mörderbanden in Afghanistan gegen die Rote Armee unterstützt. Und als die SPD und die imperialistische Presse angesichts der 250 000 Menschen, die in Treptow am 3. Januar gegen Faschismus und zur Ehrung der Soldaten der Roten Armee, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind, demonstriert hatten, die Verleumdung verbreitete, dies sei nur ein Trick der SED/PDS gewesen, hat sich der BSA in diese Schmähkampagne eingereiht, deren Ziel es war, die sich entwickelnde proletarisch-politische Revolution umzudrehen. In einem Artikel, der die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und all die Antifaschisten, die nach Treptow gekommen waren, angreift, schreibt die Zeitung des BSA *Neue Arbeiterpresse* (19. Januar): "Heute dient die Kampagne "gegen die faschistische Gefahr in der DDR' dazu, den stalinistischen Staatsapparat, Armee, Geheimdienst, Justiz usw. zu retten und wieder zu stabilisieren."

Wenn der BSA auch durchgängig antikommunistisch und antisowjetisch ist, so hat er sonst doch wenig feste Prinzipien. Über viele Jahre hinweg sind die politischen Positionen dieser Organisation auf der Basis entschieden worden, "wes' Brot ich eß', des' Lied ich sing". Wenige Monate vor dem britischen Bergarbeiterstreik 1984-85 haben die damaligen Führer des BSA, die britische Workers Revolutionary Party unter Gerry Healy, eine große Kampagne in den imperialistischen Medien angezettelt, um diese militante Gewerkschaft zu isolieren, indem sie den Gewerkschaftsführer Arthur Scargill an den Pranger stellten, weil er — ganz zu Recht — Solidarnosc antisozialistisch genannt hatte. Und jahrelang haben sie Millionen englische Pfund von einer Reihe von Nahost-Diktatoren und Scheichs für ihre Dienste bekommen, einschließlich des Dienstes, Photos von irakischen Linken zu machen, die gegen ihre repressive Regierung demonstrieren, und Listen anzulegen von prominenten englischen Juden.

Wenn Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der SED/PDS einen Eindruck davon bekommen wollen, was die BSA-Formulierung "konterrevolutionär durch und durch" bedeutet, dann sollten sie folgendes Beispiel in Betracht ziehen: 1979 hat diese Tendenz die Ermordung von 21 irakischen Kommunisten durch das Baath-Regime bejubelt mit der Begründung, daß die irakischen Militärschlächter nur die Armee von "konterrevolutionären stalinistischen" Agenten Moskaus gesäubert haben.

Im Artikel "Trotzkismus: Was er nicht ist — und was er ist" (*Spartacist* Nr. 14, Winter 1989/90) haben wir geschrieben: "Wenn dieser Verein will, kann er orthodoxen Leninismus von sich geben, aber sie sind, um Lenins Ausdruck zu benutzen, ‚politische Banditen', d. h. politische Piraten, die jede Fahne hissen, um ein beliebiges Ziel anzugreifen. Wenn es in seine eigenen episodischen Interessen gepaßt hat, hat das Internationale Komitee des BSA sich an die kapitalistischen Gerichte gewandt und Unterstützung von reichen Öl-Regimes genommen... generell sind sie vor klassenfremden Kräften auf dem Bauch gekrochen, vor allem vor all jenen Kräften, die den sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen, Errungenschaften, die — von der Sowjetunion über Osteuropa bis Havanna — in den vergesellschafteten Eigentumsformen verkörpert sind." Um mehr über den BSA zu erfahren, bestellt den deutschen *Spartacist* Nr. 14.

## Aus dem Übergangsprogramm: Trotzki über Stalinismus

**Die öffentlichen Äußerungen ehemaliger Agenten des Kreml im Ausland, die sich weigerten, nach Moskau zurückzukehren, bestärken auf ihre Art unwiderlegbar, daß alle Schattierungen politischen Denkens in der Bürokratie zu finden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) zum völligen Faschismus (F. Butenko). Die revolutionären Elemente in der Bürokratie, nur eine kleine, natürlich passive Minderheit, reflektieren die sozialistischen Interessen des Proletariats« Die faschistischen konterrevolutionären Elemente, die ständig anwachsen, drücken mit noch größerer Folgerichtigkeit die Interessen des weltweiten Imperialismus aus. Diese Kandidaten für die Rolle von Kompradoren nehmen nicht ohne Grund an, daß die neue herrschende Schicht ihre privilegierten Positionen nur durch die Ablehnung der Nationalisierung, Kollektivierung und des Außenhandelsmonopols im Namen der Assimilation der "westlichen Zivilisation", d. h. des Kapitalismus, sichern kann. Zwischen diesen beiden Polen gibt es Tendenzen mit mehr oder weniger menschewistischem, sozialrevolutionärem oder liberalem Charakter, die zur bürgerlichen Demokratie neigen...**

**Wenn morgen die bürgerlich-faschistische Gruppierung, die "Fraktion von Butenko" sozusagen, versuchen sollte, die Macht zu erobern, so würde sich die "Fraktion von Reiss" unvermeidlich auf die andere Seite der Barrikade stellen. Obgleich sie dadurch zeitweise als Verbündeter Stalins auftreten würde, würde sie dennoch nicht dessen bonapartistische Clique, sondern die soziale Grundlage der UdSSR verteidigen, d. h., das den Kapitalisten entwundene und in Staatsbesitz umgewandelte Eigentum. Sollte sich erweisen, daß die "Fraktion von Butenko" mit Hitler im Kriegsbündnis ist, dann würde die "Fraktion von Reiss" die UdSSR vor einer Militärintervention sowohl im Land als auch im Weltmaßstab verteidigen. Jeder andere Kurs wäre Verrat.**

Leo Trotzki, *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale*, bekannt als das *Übergangsprogramm*, 1938

## Modrow schluckt "Kollektivschuld"-These

# Die DDR wurde durch die Zerschlagung der Nazi-Herrschaft aufgebaut!

Letzte Woche hat DDR-Ministerpräsident Modrow einen Brief an den Jüdischen Weltkongreß und an die israelische Regierung geschrieben, in dem er die "Verantwortung des ganzen deutschen Volkes für die Vergangenheit" übernommen hat, einschließlich "der schlimmsten Verbrechen am jüdischen Volk", die vom Hitlerfaschismus begangen worden sind. Dieses Antwortschreiben erfolgte aufgrund der israelischen Forderung nach Reparationen und auf das Ultimatum daß es "ohne die Übernahme von Verantwortung für den Holocaust keine Beziehungen" geben wird.

Die Westpresse jubilierte. *Le Monde* (10. Februar) schrieb in einem Kommentar auf der Titelseite, daß diese Aussage "der Fiktion ein Ende gesetzt hat, auf der das kommunistische Deutschland seine Existenz begründete." Die Zeitung erklärte arrogant, daß durch die Zurückweisung der Verantwortung für den Holocaust "der Arbeiter- und Bauernstaat von Walter Ulbricht und dann Erich Honecker laut ihren Gründern *ex nihilo* [aus dem Nichts] entstanden ist."

Die Deutsche Demokratische Republik entstand nicht aus dem Nichts, sie wurde durch die Zerschlagung von Hitlers Reich durch die Rote Armee aufgebaut, was 20 Millionen sowjetischen Bürgern das Leben kostete. Ihre Kader kamen zu einem großen Teil aus den Konzentrationslagern. Allein in Buchenwald gab es über 3500 Kommunisten aus Ländern in ganz Europa. Nach der Befreiung hatte das Parteiaktiv der KPD dort mehr als 700 Mitglieder. Tausende von KPDIern und SPDIern sind direkt aus den **KZs** daran gegangen, antifaschistische Komitees zu gründen, die die lokalen Verwaltungen aufgebaut haben.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich offiziell zum Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich und unterstreicht damit die Kontinuität des deutschen Imperialismus. Die westdeutschen Geheimdienste sind einfach durch die geschlossene Übernahme der antisowjetischen Spionage von Hitler (der Organisation Gehlen) aufgebaut worden. Viele der kapitalistischen Großfirmen (und ihrer Bosse), die Hitler finanziert hatten, von Flick und Krupp bis Thyssen, sind die -gleichen gewesen, die das "Wirtschaftswunder" der neuen "demokratischen Ordnung" aufgebaut haben.

Die DDR ist ein Arbeiterstaat, wenn auch von Anfang an bürokratisch deformiert, der von den *Opfern* des Naziterrors gegründet wurde. **Es** ist daher kein Zufall, daß viele ihrer prominentesten Bürger aus jüdischen Familien kommen. Während die Schläger- und Gangster-Gruppe Ulbricht aus dem Moskauer Hotel Lux eingeflogen wurde, hat der ehemalige Staatsratsvorsitzende und Generalsekretär der SED Erich Honecker zehn Jahre hinter Gittern in Brandenburg-Gerden gesessen. Unter seinen Zuchthauswärtern war ein Mann, der heute ein Anführer der neofaschistischen Republikaner ist. Das ist nicht erfunden, sondern Realität.

Die "Kollektivschuld"-These war eine bösartige Geschichtsklitterung, um nationalistische Feindschaft im imperialistischen Krieg hochzupeitschen. Die Stalinisten haben dies im Rahmen ihrer Volksfrontpolitik ebenfalls aufgetischt, so zum Beispiel die französische KP mit ihrem chauvinistischen Aufruf an die Partisanen, 'A *chacun son boche"* ("Jedem seinen boche", französisches Schimpfwort für Deutsche). Stalin schlug den selben Ton an, als er versuchte, eine russische patriotische Stimmung zu schaffen. Besonders auffällig war dies bei Ilya Ehrenburgs antideutschen Ausfällen ("Die Deutschen sind keine Menschen ... Wenn du einen Deutschen umgebracht hast, bring noch einen um" usw.)

Im Gegensatz dazu steht die "Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds", die von trotzkistischen Kadern und Sympathisanten geschrieben wurde, die die Nazi-KZs überlebt hatten. Sie stellten fest: "Diese Entwicklung ermöglicht dem deutschen Proletariat in kurzer Zeit aus der tiefsten Niederlage wieder aufzusteigen und sich erneut an die Spitze des europäischen Proletariats zum Kampf für die Niederwerfung des Kapitalismus zu stellen." Und sie bestanden darauf: "Der deutschen und internationalen Arbeiterklasse die Schuld oder Mitschuld an diesem Krieg aufzubürden heißt nichts anderes, als weiter der Bourgeoisie zu dienen." Ihre Erklärung endete mit dem Aufruf: "Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa! Für die proletarische Weltrevolution!" (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 54, Mai 1985)

Jawohl, das kriminelle Versagen der Stalinisten und Sozialdemokraten, eine machtvolle Einheitsfrontaktion zu organisieren, erlaubte es den Nazis, ungehindert zur Macht zu marschieren. Wie die Buchenwalder Internationalistischen Kommunisten schrieben, haben sich im Anschluß daran die Zweite und die Dritte Internationale "aktiv an der Vorbereitung und Durchführung dieses imperialistischen Krieges beteiligt und sind daher mitverantwortlich". Dies geschah im Namen der "Volksfront", einer Formel für die Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie. Im gleichen Zusammenhang behaupteten die Stalinisten, daß es eine "Kollektivschuld" des deutschen Volkes gäbe, womit sie den Klassenunterschied zwischen den Kapitalisten, die unter Hitlers Regime enorme Kriegsgewinne gemacht haben, und den Arbeitern, die darunter gelitten haben, außer acht lassen.

Die These der "Kollektivschuld" hat sowohl aus dem Mund der westlichen Imperialisten als auch von Stalins bürokratischem Regime dazu gedient, Versuche einer proletarischen Revolution nach Hitlers Untergang zu verhindern. Das Dokument, das die Führer der KPD im Juni 1945 aus Moskau mitgebracht haben, verkündete die "Mitschuld" aller und erklärte, daß das Ziel sei, "die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung" Deutschlands "zu Ende zu führen". Ulbricht hat später zugegeben, daß "die Mehrheit unserer Genossen" stattdessen die "sektiererische" Politik einer sozialistischen Revolution unterstützt hat. Diese Linie wurde ausgemerzt. Eine soziale Revolution begann in Ostdeutschland mit dem Sieg der Roten Armee, aber erst als die Imperialisten ihren Kalten Krieg entfachten, haben die Stalinisten sie zu Ende geführt, bürokratisch und von oben nach unten.

Seit ihrer Gründung hat sich die DDR als antifaschistischen Staat bezeichnet. Und es ist auffällig, daß heute, wo die Imperialisten versuchen, die DDR in ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland hineinzutreiben, faschistische Nazi-Attacken sprunghaft ansteigen. So sind die jüdischen Friedhöfe in Berlin-Weißensee und m Rostock geschändet worden. Einer von denen, die auf dem jüdischen Friedhof in Berlin begraben sind, ist Herbert Baum, der jüdische Kommunist und Widerstandskämpfer. Die Herbert-Baum-Gruppe hat bestimmt nicht die "gesamte deutsche Bevölkerung" für Hitlers Verbrechen verantwortlich gemacht. Ein weiteres Beispiel für den wachsenden Antisemitismus sind' die Angriffe auf den Vorsitzenden der PDS Gregor Gysi, der aus einer jüdischen Familie stammt, und der auf Plakaten mit "Gysi ist kein Deutscher" angegriffen wurde.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) hat wiederholt darauf gedrungen, durch Arbeitereinheitsfrontaktionen die faschistischen Terroristen zu stoppen. In unserem Brief an den Kommandeur der sowjetischen Truppen in der DDR vom 28. Dezember 1989, in dem wir die verabscheuungswürdige Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow verurteilt haben, haben wir geschrieben: "Im Gedächtnis an die 20 Millionen Sowjetbürger, die gestorben sind im Kampf dafür, das Dritte Reich zu zerschlagen, und im Gedächtnis an die 6 Millionen Juden, die

# Kapitalismus und Antisemitismus

*Nachstehend drucken wir Auszüge aus Abraham Leons "Judenfrage und Kapitalismus", geschrieben 1942, einer scharfsinnigen materialistischen Analyse der jüdischen Frage und der Rolle des Antisemitismus im Kapitalismus. Leons eigenes Leben spiegelt die Katastrophe wider, die über das jüdische Volk in Europa, besonders die bedeutenden prosozialistischen proletarischen Massen, in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hereinbrach. Leon war ein belgischer Jude polnischen Ursprungs, der zu Beginn des Zweiten Weltkriegs aus der linkszionistischen Jugendorganisation Haschomer Hatzair zum Trotzkismus gewonnen wurde. Er wurde Führer der trotzkistischen Untergrundorganisation in Belgien und Organisator der klandestinen revolutionären Propaganda unter deutschen Soldaten. Gegen Ende des Kriegs wurde Abraham Leon von den Nazis gefangengenommen und in Auschwitz ermordet.*

Der Kapitalismus hat mit der sozialen Differenzierung des Judentums, mit seiner wirtschaftlichen Integration und mit der Emigration die Grundlagen für die Lösung der jüdischen Frage geschaffen. Aber er hat sie nicht gelöst. Im Gegenteil, die furchtbare Krise der kapitalistichen Ordnung im 20. Jahrhundert hat die Lage der Juden unerhört verschlechtert. Den aus ihren wirtschaftlichen Positionen im Feudalismus verdrängten Juden gelang es nicht einmal, sich in die im Auflösungsprozeß befindliche kapitalistische Wirtschaft zu integrieren. In seinen Krisenanfallen verwirft der Kapitalismus selbst jene jüdischen Elemente, die er sich noch nicht völlig einverleibt hat.

Überall entwickelt sich ein wilder Antisemitismus in den Mittelschichten, die an den kapitalistischen Widersprüchen zugrunde zu gehen drohen. Das Großkapital bedient sich dieses elementaren Antisemitismus des Kleinbürgertums, um die Massen um die Fahne des Rassismus zu mobilisieren...

So spiegelt das tragische Schicksal des Judentums nur mit besonder Schärfe die Lage der Menschheit in ihrer Gesamtheit wider. Der Niedergang des Kapitalismus bedeutet für die Juden die "Rückkehr zum Ghetto", und dies zu einem Zeitpunkt, wo das Ghetto längst zusammen mit den Grundmauern der feudalen Gesellschaft verschwunden war. Der Kapitalismus versperrt der Menschheit den Weg in die Vergangenheit ebenso wie den Weg in die Zukunft. Nur die Zerstörung des Kapitalismus kann die Menschheit in die Lage versetzen, die ungeheuren Errungenschaften des industriellen Zeitalters für sich zu benutzen. Ist es verwunderlich, daß die jüdischen Massen, die als erste und mit besonderer Schärfe unter den Widersprüchen des Kapitalismus litten, dem sozialistischen und revolutionären Kampf im Übermaß Kräfte zur Verfügung stellten? Lenin unterstrich wiederholt die Bedeutung der Juden für die Revolution, nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern. Lenin sagte auch, daß die Flucht eines Teils der jüdischen Bevölkerung ins Innere Rußlands im Anschluß an die Besetzung der westlichen Industriegebiete sehr nützlich für die Revolution war, ebenso, wie das Auftreten einer großen Zahl jüdischer Intellektueller in den russischen Städten während des Krieges. Sie ermöglichten den Bolschewik! die Durchbrechung der allgemeinen Sabotage, auf die sie überall nach der Revolution stießen und die sehr gefährlich war. Dadurch halfen sie den Bolschewiki, eine sehr kritische Phase zu überwinden. Der hohe Prozentzsatz von Juden in der proletarischen Bewegung spiegelt nur die tragische Situation des Judentums in unserer Zeit wider. Die geistigen Fähigkeiten des Judentums, die es seiner historischen Entwicklung verdankt, sind so für die proletarische Bewegung eine ernstzunehmende Unterstützung...

Der Paroxysmus der jüdischen Frage heute ist auch der Schlüssel zu ihrer Lösung. Wenn die Lage der Juden noch niemals so tragisch war, so war sie auch noch niemals so nahe daran, als Problem gelöst zu werden. In den vergangenen Jahrhunderten hatte der Judenhaß einen wirklichen Grund in dem gesellschaftlichen Antagonismus zwischen Juden und anderen Teilen der Bevölkerung. Heute fallen die Interesse der jüdischen Klassen mehr oder minder mit denen der Arbeiterklassen der ganzen Welt zusammen. Indem der Kapitalismus die Juden als "Kapitalisten" verfolgt, macht er sie zu Parias des Gesellschaft. Die grausamen Judenverfolgungen demaskieren die stupide Bestialität des Antisemitismus und zerstören die letzten Vorbehalte der Arbeiterklassen gegen die Juden. Die Ghettos und die gelbe Sterne verhindern nicht, daß die Arbeiter eine wachsende Solidarität für die empfinden, die am meisten unter dem leiden müssen, an dem die Menschheit in ihrer Gesamtheit leidet.

---

im Holocaust starben, verpflichten sich klassenbewußte deutsche Arbeiter, den Aufstieg eines Vierten Reichs zu verhindern." Wir haben dazu aufgerufen, Zehntausende von Arbeitern zu mobilisieren, "um diese Mörder zu vernichten. Und *zwar jetzt*, bevor es zu spät ist!" Bei der Einheitsfrontmobilisierung in Treptow am 3. Januar, die wir initiiert hatten, haben Spartakist-Sprecher dazu aufgefordert. Arbeitermilizen zu bilden, um die Faschisten zu zerschlagen.

Aber jetzt halten Berichten zufolge die Führer der SED/PDS die Demonstration in Treptow für einen "Fehler". Stattdessen machen sie jetzt beim Gewaltmarsch zur deutschen Wiedervereinigung mit, „was den Antisemiten großen Auftrieb geben würde. Die historische Lüge der "Kollektivschuld" zu akzeptieren und dem zionistischen Staat Israel, der auf der Unterdrückung der Palästinenser beruht, Finanzhilfe zu geben, ist kein Kampf gegen den Antisemitismus. Die Verbreitung des Zionismus unter den jüdischen Massen war eine verzweifelte Reaktion auf den Holocaust und die Weigerung der westlichen "Demokratien" jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Heute dient die Unterdrückung der Palästinenser durch den zionistischen Staat, die an die Nazis erinnert, nur dazu, die Antisemiten auf der ganzen Welt mit neuen Argumenten zu versorgen. Die Unterstützung von "Großisrael" oder einem imperialistischen "Großdeutschland" ist keine Unterstützung für die Freiheit des jüdischen Volkes. Aber Klassenkampfaktionen, um die faschistischen Terroristen zu stoppen, sind es.

Wenn die Zionisten Reparationen wollen, warum wenden sie sich dann nicht an die baltischen Staaten, die sich von neuem auf das Erbe des Völkermordes berufen. Oder wie wäre es mit dem österreichischen Präsidenten Waldheim? Die Schuld für den Holocaust wird nicht vom "gesamten deutschen Volk" getragen — die Schuldigen haben Namen, genau wie diejenigen, die die Nazi-Mörder ehren, wie Reagan und Kohl 1985 in Bitburg. Der Arbeiterstaat DDR ist von Grund auf antifaschistisch — und wir verteidigen ihn!

**Spartakist-Treffpunkt**

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Lang lebe der Tag der Roten Armee!

Der 23. Februar ist der Tag der Roten Armee. Alle revolutionären Arbeiter in Deutschland feiern gemeinsam mit unseren Genossen der sowjetischen Streitkräfte, die in der DDR stationiert sind, die Gründung der Roten Armee.

In den Monaten vor der Oktoberrevolution von 1917 wurden Rote Garden als Arbeitermilizen, die in den Fabriken verankert waren, gebildet, die sich mit den revolutionären Soldaten der alten Armee, in der Mehrzahl Bauern, verbündeten. Im Bewußtsein darüber, daß diese Streitkraft nicht in der Lage sein würde, die Arbeiterrepublik gegen ihre äußeren imperialistischen Feinde zu verteidigen, beschloß der 3. Allrussische Rätekongreß im Januar 1918 einstimmig, seine eigenen militärischen Organisationen aufzubauen. Am 21. Februar, nachdem die Brest-Litowsker Verhandlungen zusammengebrochen waren und die deutschen Imperialisten eine Offensive auf Estland, Litauen und die Ukraine begonnen hatten, verkündete Lenin: "Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!" Am 23. Februar wurden Massenversammlungen abgehalten, um die Bevölkerung für die Verteidigung des Landes zu organisieren. Allein in Petrograd schlossen sich 60 000 Mann der neuen Armee an; 20 000 wurden direkt an die Front geschickt.

In seinem Buch "Die Rote Armee" schreibt Erich Wollenberg: "Die ersten Formationen der Roten Armee wurden nicht vor dem 23. Februar 1918 gebildet, als die Streitkräfte des deutschen Imperialismus auf Petrograd marschierten, so daß dieser Tag vielleicht als der Geburtstag der Roten Armee der Arbeiter und Bauern bezeichnet werden kann. Zur gleichen Zeit verabschiedeten das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei und das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets Resolutionen, Trotzki zum Kriegskommissar zu ernennen und ihn mit der Aufgabe zu betrauen, die bewaffneten Streitkräfte der Diktatur des Proletariats zu organisieren und zu führen im Augenblick der größten Gefahr für die neue Sowjet-Regierung."

Unter Lenin und Trotzki war die Rote Armee ein Instrument für den weltweiten Kampf für sozialistische Revolution. Stalin, der "Totengräber der Revolution", köpfte die Rote Armee am Höhepunkt von Hitlers 'Invasion. Aber trotz Stalin haben die sowjetischen Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen die Nazi-Plage gekämpft und sie besiegt. In den "Internationalistischen Grüßen an unsere Genossen, die sowjetischen Offiziere und Soldaten", von denen die Spartakist-Gruppen über 40 000 verteilt haben, schrieben wir: "Revolutionäre Arbeiter in der DDR respektieren zutiefst den heroischen Kampfund die ungeheuren Opfer, die die Rote Armee für die Zerschlagung des Faschismus erbracht hat." Heute sind die sowjetischen Soldaten und Offiziere in unserem Land ein Bollwerk gegen die konterrevolutionären Pläne der NATO und der BRD-Imperialisten, und wir nehmen diese Gelegenheit wahr, sie zu ehren.

# Manifest ...

*Fortsetzung von S.2*

und imperialistische Vormachtspraktiken behinderten die volle Entfaltung der Produktivkräfte — nicht nur in unserem Land.

"Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Das ist für uns nicht nur eine Losung, sondern Aktionsprogramm für eine rational geplante internationale Arbeitsteilung, kontrolliert durch Arbeiter, organisiert in Räten. Dieses Programm des proletarischen Internationalismus ist das Banner der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

**Kampfprogramm der Spartakisten**

- *Für Streiks und Fabrikbesetzungen — Stoppt die kapitalistische Übernahme unserer Betriebe! Wir brauchen Arbeiterschutzorganisationen, um diese Kampfmaßnahmen zu verteidigen! Gegen die imperialistische Destabilisierungskampagne: Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, um unsere kollektivierte Wirtschaft zu verteidigen!*
- *Kampf dem D-Mark-Anschluß! Für das Recht auf Arbeit für alle! Verteidige unseren preiswerten Wohnraum! Fallt nicht herein auf den kapitalistischen Schwindel einer "sozialen Marktwirtschaft" oder einer verlogenen "sozialistischen Marktwirtschaft"!*
  Marktkonkurrenz zwischen unabhängigen, selbstfinanzierten Betrieben heißt gezwungenermaßen und in zunehmendem Maße Ungleichheit, Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit, monopolistische Verzerrungen und Mißbrauch.
- *Für eine zentralisierte Planwirtschaft unter der Herrschaft von Arbeiterräten, den Instrumenten der proletarischen politischen Macht!*
  Das heißt, die politische Macht gehört in die Hände freigewählter Räte der Arbeiter, Soldaten und ihrer Verbündeten! "Betriebsräte" im BRD-Stil sind Instrumente, um eine mächtige Arbeiterbewegung an die Interessen des Kapitals zu ketten. Die höchste Rätekörperschaft soll die gesamte Richtung der Industrieproduktion festlegen, die Bauplanung von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der gesellschaftlichen Infrastruktur. Konsumgüter und Dienstleistungen sollen sich nach den sich verändernden Bedingungen bei Nachfrage und Angebot des Marktes richten, innerhalb des Rahmens der zentralisierten Planung. Fabrikkomitees sollen die Produktion überwachen. Genossenschaften sollen Qualität und Preise der Konsumgüter kontrollieren.
- *Für proletarischen Internationalismus!* Wir brauchen gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR!
- *Für Arbeitereinheitsfrontaktionen, um die Faschisten zu stoppen! Nieder mit Rassismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen und Ausländerhaß!*
- *Keine antikommunistische Hexenjagd gegen gegenwärtige oder frühere SED-Mitglieder!* Funktionäre, die Verbrechen beschuldigt werden, sollen von Volkstribunale gerichtet werden.
- *Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Werktätigen und ihre Familien!*
- *Völlige Gleichberechtigung der Frau!*
  Frauen müssen voll am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Voraussetzung dafür ist die Vergesellschaftung der Hausarbeit; umfassende Betreuung unserer Kinder rund um die Uhr; Verteidigung des Abtreibungsrechts; Beibehaltung sozial gerechtfertigter Subventionen.
- *Schutz der menschenwürdigen Zukunft der Jugend!*
  Verteidigt das Recht auf uneingeschränktes, kostenloses Studium für alle.
- *Fürsorge für die Rentner!*
- *Für einen planmäßigen Umweltschutz.* Die Marktwirtschaft kann nicht die ökologische Katastrophe verhindern — im Gegenteil. Fabrikkomitees sind am besten geeignet, vor Unfällen und Umweltbeschädigung zu schützen. Für das Überleben des Menschengeschlechts auf dem Planeten brauchen wir internationale Zusammenarbeit und Planung!
- *Nur durch Arbeiterrevolution kann der Frieden gesichert werden!*
  Die NATO ist ein waffenstarrendes Bündnis für Krieg gegen die Sowjetunion. Die BRD akzeptiert eine "neutrale" DDR, so wie Hitler ein "neutrales Rheinland" akzeptierte.

# Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

*Nachstehend veröffentlichen wir einen Brief, den wir an bisherige Unterstützer der Kampagne zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit versendet haben. Wir rufen alle dazu auf, diese Kampagne zu unterstützen!*

Hamburg, 15. Februar 1990

Liebe Freunde,
mit diesem Brief wollen wir Euch über den Verlauf des Ermittlungsverfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit und unserer Verteidigungsarbeit informieren.
Ihr erinnert Euch: Während des Westberliner Wahlkampfes, in dem die Republikaner ihre rassistische "Todeslied"-Kampagne führten, unternahmen sie am 14. Januar 1989 eine bewaffnete Provokation auf Gäste eines Moabiter Restaurants. Dort hatte die Trotzkistische Liga Deutschlands (heute: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) zuvor ein antifaschistisches Video gezeigt. In der Folge wurde gegen acht *Opfer* dieses Republikanerangriffs ermittelt wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung bis zu Beleidigung (weil die Republikaner zu Recht Faschisten genannt wurden).

Inzwischen wurde gegen sechs Freunde und Genossen das Ermittlungsverfahren eingestellt. Das ist ein Erfolg. Aber gegen zwei der Antifaschisten soll Anklage erhoben werden, und zwar gegen Renate Dahlhaus und Michael Philippsen. Genossin Dahlhaus war eine Sprecherin der TLD auf der antifaschistischen Massendemonstration in Treptow am 3. Januar.

Die Anklagen sollen erhoben werden insbesondere aufgrund der Aussagen von Carsten Pagel, dem Führer des Überfalls in Moabit! Dieser Pagel wurde gerade in der Nachfolge des geschaßten Bullen Andres Republikaner-"Tührer" in Westberlin — nach diversen innerparteilichen Kämpfen nach Art der Republikaner, die, wie bekannt, Gewalt nicht nur gegen Gegner, sondern auch untereinander anwenden. Mordanschläge, Provokationen, Schändungen von antifaschistischen Gedenkstätten häufen sich, auch in der DDR, wo die Faschisten auf der chauvinistischen Welle massiv hinschwappen wollen.

Zwei Zeugen des faschistischen Überfalls erstatteten Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung (die Republikaner hatten die Zeugin zu Boden geschlagen und danach auf sie eingetreten); außerdem gegen den Republikaner Bert Handschumacher, der Gäste des Lokals mit einer Waffe bedrohte.

Liebe Freunde, Ihr habt schon zuvor durch Eure Unterschrift und auch durch Geldspenden Eure Solidarität gezeigt. Wir haben bisher etwa 200 Unterschriften, insbesondere ist es uns gelungen, die Unterstützung politischer und gewerkschaftlicher Immigrantenorganisationen sowie gewerkschaftlicher Gruppen und Funktionsträger zu bekommen. Wir brauchen aber noch viel mehr Unterstützung dieser Art, um zu verhindern, daß die beiden Antifaschisten wegen ihres Protests gegen das faschistische Pack ins Gefängnis müssen! Die Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit müssen sofort fallengelassen werden!

Eine erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Bisher sind DM 4395,10 auf dem Konto des Komitees eingegangen. Die Ausgaben beliefen sich bisher auf DM 4105,83. Wir bitten Euch, zu spenden, und auch in Euren Organisationen, bei Euren Freunden, Kollegen usw. zu sammeln und Unterstützung zu mobilisieren.

Mit solidarischen Grüßen
Werner Brand

**Ich/meine Organisation (Zutreffendes unterstreichen) fordere/fordert die sofortige Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar 1989 eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten!**

(Datum) (Unterschrift)

Name . _ Organisation.
Funktion. o Unterschrift der Organisation
• o Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation
Adresse -
PLZ__ -Ort. -Tel..

**Spendet auf das Konto:**
Werner Brand. Anti-Rep-Verteidigung. Commerzbank Hamburg.
BLZ 200 400 00. Konto 13 48267

Wir möchten betonen, daß die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit Einzelheiten der Erklärung des Komitees übereinstimmen.

**Kontakt über** Hamburg (040) 33 17 94. Westberlin (030) 8 82 39 64
Einsenden an: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86. 2000 Hamburg 11

---

Gorbatschows Traum der "friedlichen Koexistenz" mit einem Vierten Reich ist so illusionär und gefährlich wie Stalins Pakt mit Hitler. Stellt euch vor, Hitler hätte Atombomben gehabt! Die Verteidigung der Sowjetunion beginnt an der Elbe!

- *Für proletarisch-politische Revolution!*
Für einen wirklichen Sozialismus und den konsequenten Bruch mit dem stalinistisch-bürokratischen System! Bürger der Deutschen Demokratischen Republik: Es gibt in der DDR vieles, worauf Ihr stolz sein könnt. Werft mit dem Schlechten nicht das Gute weg!

**Wählt die drei "L": Lenin, Liebknecht, Luxemburg!**
**Wählt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!**
**Ihr wählt damit eine gesamtdeutsche Partei von revolutionären Arbeitern in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki.**
**Wir kämpfen für die Verteidigung der DDR und weiter für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!**

**SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM**
**Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus**
**U-Bahn Hermannplatz, Westberlin**
**geöffnet: Fr. 17-22 Uhr**

**Spartakisten verteilten Internationalistische Grüße an polnische, vietnamesische und andere ausländischen Kollegen und Genossen.**

Internationalistische Grüße an unsere polnischen Genossen!
Pozdrowienia od Internacjonalistów: Witajcie Polscy Towarzysze!

Internationalistische Grüße an unsere vietnamesischen Genossen!
Cách mệnh quốc-tế chào đón cộng sản bạn Việt-Nam!

# Was wollen die Spartakisten

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED/PDS sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die .schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Schließt euch der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands an, gründet Spartakist-Gruppen in jeder Fabrik und Kaserne, unter der Jugend, Frauen, ausländischen Arbeitern, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine wirklich kommunistische Massen-Avantgardepartei zu schmieden, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**




**Abonniert *Spartakist* Zeitung der TLD!**
Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
Zu beziehen über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700-955

## Kontaktadressen

## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen


**D. Bartels**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

Spartakist-Gruppe
Postfach 24
Greifswald 2200

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel. (030) 8 82 39 64

**SpAD**
**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11 02 31**
**2000 Hamburg 11**



Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Registriemummer 824

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 25 Dienstag, 27. Februar 1990 10 Pfennig

## Über die Oder-Neiße-Grenze hinweg

# Bonns Drang nach Osten

In der letzten Woche hat der BRD-"Verteidigungs"-Minister Stoltenberg angekündigt, daß nach der Wiedervereinigung Truppen der Bundeswehr auf dem Gebiet der DDR stationiert werden sollen. Stoltenberg hat seinen Mund zu- früh und zu weit aufgerissen. Offiziell versichert die BRD der nervösen sowjetischen Regierung immer noch, daß das Gebiet der DDR "demilitarisiert" werden wird, nachdem es vom kapitalistischen westdeutschen Staat verschlungen worden ist. Deshalb hat Kohl seinen Untergebenen sofort eine Stellungnahme diktiert, die Stoltenbergs Bemerkungen dementiert. -

Anfänglich wurde die deutsche Wiedervereinigung von. Modrow so dargestellt, als ob das Gebiet der DDR "neutral" sein würde, sowieso schon eine unverschämte Lüge. Dann hat er kapituliert und die Wiedervereinigung "ohne Neutralität" akzeptiert. Nun verlangen die NATO-Mächte, ermutigt durch all die Kapitulationen von Modrow und Gorbatschow, daß Großdeutschland Teil der NATO sein müsse. Ob es nun die Bundeswehr oder die' NATO ist, jedenfalls wollen sie imperialistische Truppen an der Oder-Neiße-Grenze haben.

Der. Drang nach Osten der BRD sendet, nicht gerade überraschenderweise, den Menschen in der ganzen Welt Schauer über den Rücken. Die polnische Regierung hat wiederholt Bonn aufgefordert, die Nachkriegsgrenzen Polens anzuerkennen. Bonn hat .sich immer wieder geweigert. Am 22. Februar hat Regierungssprecher Dieter Vogel explizit den Appell des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki zurückgewiesen, daß nach den Wahlen am 18. März zwischen beiden deutschen Staaten und Polen ein Friedensvertrag abgeschlossen werden soll, der die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennt. Zwei Drittel aller Polen sind gegen eine deutsche Wiedervereinigung, und die von der antisowjetischen Solidarnosc dominierte Regierung in Warschau bevorzugt sowjetische Truppen in der DDR gegenüber dem Gespenst einer deutschen imperialistischen Armee an seiner Westgrenze. Die Erinnerung an den September 1939 ist im polnischen Nationalbewußtsein lebendig geblieben und beim nächsten Mal wäre es ein Hitler mit Atomwaffen. Selbst in der BRD glauben zwei von drei Menschen, daß die Wiedervereinigung zu schnell kommt.

Als Kohl letzte Woche seinen Auftritt bei der DSU/CDU-Wahlkampfveranstaltung in Erfurt hatte, wurde er als "Kanzler unseres deutschen Vaterlands" vorgestellt.

*Fortgesetzt auf S.3*

## Volkskammer kapituliert vor dem Anschluß

# Spartakist-Wahlkampagne: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

Bei der Volkskammersitzung am 21. Februar haben sich alle Parteien für eine kapitalistische Wiedervereinigung mit der BRD ausgesprochen. Trotz zahlreicher ausweichender Bemerkungen über die Einheit von "zwei souveränen Staaten", die Aufrechterhaltung einer "DDR-Identität", über die Verteidigung unserer "sozialen Errungenschaften" gab es von PDS bis NDPD, die für "rehabilitierte" Nazis gegründet worden war, einen durchgängigen Konsens darüber, unseren Arbeiterstaat preiszugeben. Mit dieser Bekräftigung der "nationalen Einheit" sagen die Abgeordneten der Volkskammer: Es gibt keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche!

Am nächsten Tag gab es in Berlin eine Demonstration von mehreren Tausend Menschen "Gegen Ruin, für soziale Sicherheit", mobilisiert von mehreren linken Parteien, darunter PDS, Vereinigte Linke, die Nelken und die KPD. Viele dieser Leute sind gegen den Ausverkauf der DDR und wollen die sozialen Errungenschaften beibehalten. Aber was hier auf dem Spiel steht sind nicht nur unsere sozialen Errungenschaften, sondern die kollektivierte Wirtschaft und die zukünftige Existenz der DDR: in dieser Frage kann es kein Ausweichen, keine Halbheiten und bedeutungslose Rhetorik geben.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands nahm an der Demonstration mit dem Banner "Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" teil. Die SpAD erklärt klar und eindeutig, daß wir die Werktätigen dieses Landes mobilisieren wollen im Kampf gegen die konterrevolutionäre Gefahr. Dies ist die zentrale Frage bei den Volkskammerwahlen. Dies ist heute die Frage von Leben oder Tod für unseren Arbeiterstaat. Und durch unsere Wahlkampagne wollen wir dafür sorgen, daß alle anderen Parteien, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, gezwungen

*Fortgesetzt auf S.7*

# Briefe an Spartakist/ARPREKORR

## SPD: "Der wahre Feind jeder Revolution"

12. Februar 1990

Habt vielen Dank, daß Ihr meiner Bitte nach einem Abonnement Eurer Zeitung "SPARTAKIST so schnell nachgekommen seid. Das Geld werde ich demnächst auf Euer Konto bei der Sparkasse der Stadt Berlin überweisen. Das geht aber nicht so schnell, da ich zur Zeit meinen Dienst bei der NVA ableiste und deshalb nur während des Urlaubes zu Hause (in Berlin) bin.

Als erstes möchte ich Euch auf einen Satz von Käthe Woltemath (SPD [der DDR]) aufmerksam machen, welcher mir kurzlich zu Augen kam. Er ist zu finden auf Seite 6 der Zeitung "Extra Blatt", (herausgegeben vom Vorstand der SPD) unter der Rubrik "Zitate" und lautet: "Die Umarmungen der Kommunisten sind für zu viele Sozialdemokraten tödlich gewesen!" Müssen wir Kommunisten uns solche Infamheiten gefallen lassen? Nein, sage ich!

War es nicht eher umgekehrt? Wer gab den Befehl zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht? Noske war es, und Noske war SPD-Mitglied und sogar führendes SPD-Mitglied. Und seine Bluthunde von der SPD haben es getan. Wer hat weiterhin die Arbeiter des öfteren verraten — einiger Vorteile willens, wobei nicht nur Kommunisten ums Leben kamen sondern auch andere Arbeiter — sogar aus den eigenen Reihen der Sozialdemokratie.

Und heute haben diese Leute die Frechheit zu verlangen "Zurück zu Luxemburg und Liebknecht?"

Ich stimme voll mit Euch überein! Die Sozialdemokratie ist das "Trojanische Pferd der Konterrevolution" und der wahre Feind jeder Revolution!!!

Vor kurzem hörte ich im Radio davon, daß Ihr eine Partei gegründet habt: — wenn ich nicht irre hieß sie Spartakist Arbeiterpartei!

Ich wäre nun am Programm bzw. Positionspapier, Statut und Wahlkampfprogramm (oder ähnlichem) von Euch interessiert. Auch würden mich die Bedingungen interessieren, unter denen man in Eure Reihen aufgenommen werden kann!

Vielen Dank im voraus für diese Info's.

Rot Front
PA.

P.S. Mir gefallen an Euch — Euer konsequentes Eintreten gegen den Ausverkauf der DDR bzw. gegen eine kap. Wiedervereinigung — was ja Angliederung heißen würde! Auch Eure Vorstellungen über die Kontrolle der Produktion durch Arbeiterräte begeistern mich, weshalb ich sie voll unterstütze. Ich bin der Meinung, wir sollten darum kämpfen, daß uns unsere soz. Errungenschaften (Bsp. Recht auf Arbeit — keine Arbeitslosigkeit) nicht 'verlorengehen und die Demokratie in den Betrieben konsequent erkämpft und durchgesetzt wird.

## Über Ernst Thälmann

*Folgenden Brief erhielten wir von einem Genossen, der sich auf die Spartakist-Schulung "Trotzki und der Kampf gegen Faschismus — Stalins/Thälmanns Weg in die Niederlage" bezog, die am 3. Februar in Berlin stattfand,*

San Francisco, 30. Januar 1990

Liebe Genossen,

ich habe mir einige Gedanken über Thälmann gemacht. Zunächst einmal ich weiß nicht sehr viel über den Mann. Einige biographische Informationen in einem *Spartakist-Artikel* wären zweifellos interessant und hilfreich für viele Genossen.

Doch wichtiger: Thälmann wird ohne Zweifel von vielen klassenbewußten ostdeutschen Arbeitern — SEDlern, früheren SEDlern und anderen —als der Mann angesehen, der Hitler bekämpfte. Für viele Menschen ist er eine Art Held der Arbeiterklasse. Ihn einfach zu verurteilen wäre destruktiv. Es ist eine gute Idee, ausgewählte Zitate von Trotzki zu benutzen und anderes Material, um *ausführlich zu erklären*, daß Thälmanns politische Rolle darin bestand, den Kampf gegen die Nazis zu unterminieren.

Genossen werden sich daran erinnern, daß mitten im Kampf der chinesischen Studenten letztes Jahr, gerade zu dem Zeitpunkt, als die Arbeiter anfingen, sich in den Kampf zu stürzen, ein Porträt von Mao über einem Eingang zur Verbotenen Stadt respektlos mit Schlamm bespritzt wurde. Dies rief bei vielen Chinesen einen Sturm der Empörung hervor. Die bürgerliche Presse bemerkte damals, daß Millionen auf Mao zurückblicken, weil die alten Tage, verglichen mit Chinas gegenwärtigen Ungerechtigkeiten, gekennzeichnet waren durch Egalitarismus und zielgerichtete Opfer. Sich nach Mao zu sehnen ist falsch, aber mir fiel damals auf, daß wir, wenn wir eine Sektion in China hätten, die für politische Revolution kämpft, unserem Anti-Maoismus ein hohes Niveau von politischer Intelligenz und Einfühlsamkeit geben müßten. Das Gleiche könnte man bei Tito oder Castro sagen. Was Thälmann angeht, so sollten wir Lenins Grundsatz befolgen: *geduldig erklären*.

Auf einer anderen Ebene: man könnte zu Recht die Gleichung Stalin-Thälmann relativieren. Sicher, sie sind beide verantwortlich für die Katastrophe, die durch "Sozialfaschismus" verursacht wurde. Doch während Stalin der "große Organisator der Niederlagen" war, •führte Thälmann sie durch. Während Stalin die Syphilis in der Arbeiterbewegung war, war Thälmann ein Schanker. Die Degenerierung des sowjetischen Arbeiterstaates führte, durch verwickelte historische Ereignisse, zu der Zerstörung der deutschen und aller anderen Parteien.

Zuletzt: gab es nicht vor ein paar Jahren in Westdeutschland einen Fall, der Tlhälmanns Tochter betraf, und eine Art Prozeß oder andere rechtliche Schritte gegen den Wachtposten, der Thälmann in Buchenwald ermordete? Hat man den Kerl nicht laufenlassen? Die Bourgeoisie haßt Thälmann. Irgend etwas darüber würde einen *Spartakist-Artikel* etwas bereichern.

Selbstverständlich also: laßt uns Thälmann vom Sockel stoßen, aber laßt es uns auf wohlüberlegte, pädagogische und politische Weise tun.

Bis bald,
Bert

## Bericht aus Karl-Marx-Stadt - Land

# Textilarbeiterinnen unter Beschuß

*Wenn es nach dem Willen der Kapitalisten ginge, wären Frauen unter den Ersten auf der Abschußliste der BRD-Profitgeier. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Bericht eines Genossen über seine Eindrucke beim Verkauf unserer Zeitungen und bei Diskussionen mit Textilarbeiterinnen bei Karl-Marx-Stadt.*

Es ist folgendes: In Karl-Marx-Stadt - Land haben wir eine große Fläche, das sind rund 95 Betriebe, Textilbetriebe, wo nur Frauen arbeiten, Bekleidungsindustrie, von Nähereien bis zur Kindergarnitur und alles mögliche. Folgende Situation: Als wir durch Karl-Marx-Stadt - Land gereist sind, war an jedem Haus die Bundesfahne rausgehangen, offiziell gehißt auf jedem Marktplatz und die Sachsenfahne usw. Das war erstmal unser offizieller Eindruck.

Was dort los ist, da gibt es einen Betrieb in Taura, das ist bei Burgstädt, der Betrieb hat ungefähr 2500 Frauen, im Schnitt. Es wird im Schichtdienst gearbeitet, Bekleidungsindustrie. Da waren schon einige Betriebsvertreter, nur um mal zu gucken, was es an Joint ventures geben kann. Die wollten die Betriebsleitung kaufen. Und das sieht so aus, man muß dazu auch ehrlich sagen und analysieren, was zur Zeit in der DDR und in den Betrieben los ist. Man darf nichts beschönigen, y

Und da ist folgendes: Diese Arbeiter und Frauen müssen seit über 25 Jahren an uralten Maschinen, Textilmaschinen, ihre hohe Norm schaffen. Und sie machen das weiter. Und da kommen diese Leute, diese Herren Kapitalisten an, sagen dem Betriebsleiter, na paßt mal auf, das werden wir ganz einfach machen, was die in 40 Jahren aufgebaut haben. Da haben die wörtlich gesagt, wir sprengen den ganzen Betrieb mit seiner ganzen Einrichtung ab, die Maschinen, das interessiert uns nicht. In sechs Wochen habt ihr eine Industrie hier, aber bitte schön, wir bestimmen. Das heißt, daß zweieinhalbtausend beschäftigte Frauen auf der Straße liegen. Und das gibt eine Kettenreaktion, Leute, das können wir nicht zulassen. Das ist die Situation.

Die Situationen sind verschieden in den Betrieben. Es gibt einige ehemalige Werkdirektoren, die heute schon ohne Berechtigung, ohne irgendwas, schon einen Jargon angenommen haben, als wären sie irgendwelche Großindustriebosse. Sie brauchen bloß noch ihre Aufsichtsräte, und die suchen sie sich bereits. Da tritt auch die Gewerkschaft entgegen auf. Zum Beispiel suchen sie sich ihre eigenen Mitglieder, die sie beraten wollen, aber nicht Arbeiterräte, auch gar nicht Gewerkschaftsvertreter, das sind die Leute, die dann versuchen, Rausschmisse durchzudrücken.

Es gibt Gerüchte, die verbreitet die SPD und einige andere unserer politischen Gegner, die klipp und klar sagen, also paßt auf, das Betriebsessen ist weg. Die Kinderspeisung in den Schulen ist weg. Das heißt also, wenn die weg sind, und eine Frau, die alleinstehend ist, die ihre Norm schaffen muß und von früh bis abends arbeitet, will daß ihr Kind, wie wir es bei uns gehabt haben, in der Schule 'ne Speisung hat. Nicht jeder hat 'ne Oma oder jemand zu Hause, um das Kind zu versorgen. Und das Kind hungern zu lassen, das wäre die größte Anarchie. Also muß die Frau aufhören, verkürzt arbeiten. Genau das wollen sie: Kinderkrippenplätze und einige andere Sachen abschaffen. So sieht die Situation aus. Die Arbeiterklasse ist führungslos und haltlos. Deshalb ist unsere Arbeit für die Spartakist-Arbeiterpartei umso wichtiger.

---

# Bonns Drang...

*Fortsetzung von S. l*

Angesichts der atemberaubenden Perfidie der zerfallenden stalinistischen Bürokratie, die gegenüber jedem, aber auch wirklich jedem, neuen Ultimatum von Bush, Kohl und ihren SPD-Handlangern nachgeben, denken die Imperialisten, daß sie die DDR bald in der Tasche haben werden, und sie glauben, daß die Wahl am 18. März diesem Prozeß den letzten Stempel aufdrücken wird. Ein massives Nein zu den Parteien der kapitalistischen Wiedervereinigung wird die imperialistische Kampagne der Destabilisierung bremsen und wird den Arbeitern die Zeit geben, sich neu, zu gruppieren und zurückzuschlagen. Deshalb kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands mit einem Programm der klaren, offenen Opposition gegen kapitalistische Wiedervereinigung.

Aber die Frage Revolution oder Konterrevolution wird nicht mit dem Stimmzettel entschieden, sondern auf den Straßen und in den Betrieben. Als Jaruzelski letzten Sommer Solidarnosc einlud, eine Regierung mit dem erklärten Ziel zu bilden, den Kapitalismus zu restaurieren, ist die imperialistische Presse in Jubelschreie über den "Tod der Diktatur des Proletariats" und den "Tod des Kommunismus" ausgebrochen. Aber der Stalinismus bricht zusammen, nicht der Kommunismus. Wie ein neues polnisches Wirtschaftsmagazin geschrieben hat, "haßt unser Volk den Kommunismus, aber wenn man anfängt, über Privatisierungen zu reden, dann handeln viele wie Kommunisten." Angesichts massiver Entlassungen, einer immer höheren Inflationsrate und einer 20prozentigen Lohnkürzung haben die polnischen Arbeiter bereits zu kämpfen angefangen. Im Januar haben 35 000 Bergarbeiter in Slask gegen die von der Regierung verhängten Lohnkontrollen gestreikt, und weitere 6000 haben in Bergwerken bei Katowice gestreikt. Inzwischen fiel der groß angekündigte Aufkauf der Lenin-Werft in Gdansk durch eine polnisch-amerikanische Erbin ins Wasser, als sich die Arbeiter weigerten, die von ihnen gefordeten rund 2 M Stundenlohn und fünf Jahre Streikverbot zu akzeptieren!

Die Arbeiter der DDR sind sogar in einer besseren Position, um gegen die Restauration des Kapitalismus zu kämpfen, als ihre Klassenbrüder in Polen. Die Planwirtschaft ist grundlegend gesund und die Arbeiter haben nicht die demoralisierende Erfahrung einer konterrevolutionären Massenbewegung durchgemacht. Notwendig ist aber ein Kampfprogramm und eine Partei, die diese Kämpfe organisiert, eine leninistisch-egalitäre Massenpartei, die für Arbeiterrätemacht kämpft.

Während der deutsche Imperialismus erneut mit hungrigen Augen für seinen Drang nach Osten in Richtung östlich der Oder-Neiße blickt, ist es nicht nur die DDR, sondern das Heimatland der Oktoberrevolution selbst, das in Gefahr ist. Stalinismus unterminiert die Verteidigung der Arbeiterstaaten. Die SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) appelliert an die Arbeiter von Deutschland, Polen und der Sowjetunion, die Traditionen des kommunistischen Internationalismus, wie sie von Rosa Luxemburg verkörpert wurden, wieder aufleben zu lassen. Das ist der Schlüssel zur Verteidigung der Arbeiterstaaten.

# BRD Häusergeier kreisen über der DDR

*Der folgende Artikel der britischen Agentur Reuter beschreibt die eisigen Folgen, die eine Annexion der DDR durch den kapitalistischen Westen für den Mann von der Straße haben würde: Er und seine Familie könnten auf der Straße landen.*

## Ostdeutsche sind besorgt über Besitzansprüche von Westdeutschen

von Susanne Hoell

**Berlin,** 18. Februar — Während ihre Mitbürger auf den Straßen lautstark für die deutsche Einheit demonstrieren, sitzt Familie Rammbusch eingeschüchtert in ihrer Wohnung in Ostberlin, und denkt voller Schrecken daran, daß der politische Wechsel ihnen das Dach über dem Kopf rauben könnte.

Neulich haben sie in ihrem schicken Vorstadthaus unerbetenen Besuch gehabt — ein westdeutsches Paar, das sagte, das Haus gehörte ihnen und sie wollten es zurückhaben. -

"Meine Frau weint die ganze Nacht," sagte der 46jährige Jürgen Rammbusch, der Jahre damit verbracht hat, das Haus in Ordnung zu bringen, und der nicht gewillt ist, es ohne Kampf aufzugeben.

Bis zum Fall der linientreuen kommunistischen Führung in Ostdeutschland Ende letzten Jahres hatten Westdeutsche, die Eigentum auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs gehabt besessen, praktisch alle Hoffnung aufgegeben, es jemals wieder zurückzubekommen.

Jetzt finden sie Gefallen an der Aussicht, wieder Anspruch auf Grund und Boden zu erheben, den ihre Eltern oder Großeltern vor Jahrzehnten gekauft hatten.

"Am Wochenende treten sich die Westdeutschen, die rüber kommen, praktisch auf die Füße, sie sind ausgerüstet mit Kompaß, Karten und allem was sie sonst noch brauchen" sagte Herr Rammbusch.

Westdeutsche erheben Anspruch auf mehr als 10 000 Grundstücke allein in Ostberlin. Und ihre Pläne einer Mieterhöhung auf das Fünffache oder Zehnfache des augenblicklichen von der Regierung subventioniert Niveaus, oder daß sie sogar selber einziehen wollen, beunruhigt normale Ostdeutsche wie Familie Rammbusch.

Aber jetzt Rechte zu beanspruchen, die in vierzig Jahren von kommunistischem Staatseigentum eingefroren waren, wird höchstwahrscheinlich ein Stich in ein Hornissennest von rechtlichen und sozialen Fragen sein, auf die keiner eine Antwort weiß.

Wird jetzt der Westberliner Rechtsanwalt, dem der Grund und Boden [1] unter dem ostdeutschen Außenministerium gehört, darauf Anspruch erheben?

Wird Ostberlins charakteristischer Fernsehturm der Schweizer Versicherungsgesellschaft übergeben werden, die früher dort ihr Büro gehabt hatte?

Im Augenblick ist die ostdeutsche Rechtslage klar — der Staat garantiert die Sicherheit der Pacht und schützt die Mieten.

Aber was nach den ersten freien Wahlen im Land am 18. März passiert, ganz zu schweigen nach der Wiedervereinigung Deutschlands, ist allen noch unklar.

"Wenn mich die Leute danach fragen, kann ich nur mit den Schultern zucken," sagte Jörg Pauli, Ostberlins Rechtsberater in Eigentumsfragen.

Der Westberliner Senator Wofgang Nagel fürchtet, daß es ein Alptraum werden wird, wer auch immer seinen Anspruch durchbringt.

"Die 'Frage von Entschädigung oder nachträglichen Zahlungen würde Legionen von Rechtsanwälten beschäftigen und ein wirtschaftliches, politisches und soziales Erdbeben in Ostdeutschland auslösen," sagte Nagel.

Aber die Westdeutschen erhöhen ständig den Druck. Bonns Justizminister Hans Engelhard hat Tausende von Briefen erhalten, die danach fragen, wie man Land zurückkriegen kann.

Wochenendreisen über die Grenze waren nicht immer friedlich. Die Bewohner eines Hauses, das dem bayrischen Arzt Günther Schneider gehört, haben ihn gewarnt, daß sie ihren Hund auf ihn hetzen werden, wenn er das nächste Mal auftaucht.

Als Antwort darauf hat sich Schneider eine Spraydose mit Benzin und Cayennepfeffer gekauft, um sich beim nächsten Mal zur Wehr zu setzen.

Ein westdeutscher Masseur übte psychologischen Druck auf seine "Mieter" aus, indem er ihnen einen drei Seiten langen Fragebogen unter die Tür durchschob.

Er kann viel gewinnen: die durchschnittliche Miete für eine Dreiraumwohnung in Ostberlin beträgt ungefähr 60 Mark der DDR im Monat. Eine genauso große durchschnittlich ausgestattete Wohnung in Westberlin kann 1000 DM oder sogar noch mehr kosten.

"Diese Westdeutschen sind hinter dem Geld her und sie werden von uns Mieten verlangen, die uns an die Luft setzen," sagte Detlef Dix, der mit seiner Frau und seinen Kindern im Arbeiterbezirk Köpenick am Rande Ostberlins lebt.

Ostdeutsche haben ein besonderen Verband gegründet, um gegen die westdeutschen Eigentumsansprüche vorzugehen. Sie haben die Sympathie von vielen Politikern und Vertretern der Regierung.

Eigentumsrechte werden auch von einer innerdeutschen Kommission diskutiert werden, die eingerichtet wurde, um über die Währungsunion zu verhandeln. Diese Kommission ist letzte Woche zum erstenmal zusammengetreten.

Aber viele fürchten sich vor der Stärke der westdeutschen DM. Und Jürgen Rammbusch z. B. befürchtet, daß Westdeutsche ihre Eigentumsansprüche noch weiter nach Osten ausdehnen auf Gebiete, die seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr deutsch sind.

"Wenn sie hier ihre Ansprüche erheben, dann werden sie nicht an der Oder haltmachen," sagte Rammbusch.



# Stoppt die Hexenjagd auf DKP-Reste!

Jahrzehntelang wurde die westdeutsche DKP ausspioniert, verfolgt, ihre Mitglieder mit Berufsverbot belegt. Schon bevor die Vorgängerorganisation KPD 1956 verboten wurde, wurde diese reformistische Partei mit dem Etikett "Verfassungsfeind" abgestempelt — eine Polizeistaats-Definition, die einzig und allein auf der Politik der DKP basierte. Denn in all diesen Jahren konnte der Verfassungsschutz keinerlei Beweis für irgendwelche illegalen Aktivitäten dieser Partei liefern. Doch *braucht* der Verfassungsschutz keinen Beweis, um seine Opfer zu verfolgen. Heute ist die DKP Opfer einer bösartigen Hexenjagd der Medien und des Staates, mit der sie als terroristisch gebrandmarkt werden soll. Unter dem Vorwand, Unterlagen über die "Geheimarmee" zu finden, hat das Bundeskriminalamt jetzt in einer landesweiten Aktion Büroräume der DKP und Privatwohnungen von Mitgliedern der Partei durchwühlt.

In der Tradition der "Hitler-Tagebücher" des *Stern* wartet *Der Spiegel* mit einer spektakulären "Enthüllung" auf: ein mysteriöses Individuum behauptet, er sei Mitglied einer 2-300 Mann starken "Militärischen Organisation" ("MO") gewesen, für die unter DKP-Mitgliedern rekrutiert und die von Sicherheitskräften trainiert worden sei. Von *Spiegel* bis *Bild* druckten die imperialistischen Aufpeitscher der Wiedervereinigung schreiende Überschriften über eine "kommunistische Terror-Truppe" und eine "Geheime DKP-Armee". Nächster Schritt: die Frankfurter Staatsanwaltschaft eröffnet ein Ermittlungsverfahren.

Der Beweis? Nur Schmier-"Bekenntnisse", alle "bestätigt" von gleichfalls nebulösen Exmitgliedern der "MO", die Jahre abwarteten, bevor sie damit herauskamen. Wie gut es sich für sie trifft, daß dieses Märchen über Stasi-Training für DKP-Militante gerade rechtzeitig auftaucht für die Kampagne der Bourgeoisie gegen die Betriebskampfgruppen und gegen die antifaschistische Mobilisierung in der DDR, in Treptow am 3. Januar, die angeblich ein "Trick" sein soll, um den Unterdrückungsapparat der Stasi wiederzubeleben. .

Genauso unheilvoll sind die Andeutungen, die "MO" habe die Details von RAF-Aktionen studiert, die "MO" sei in Techniken trainiert worden, die der Wagenbombe ähneln, die Alfred Herrhausen in die Luft jagte. Im "freien Westen" sind solche Beschuldigungen des "Terrorismus" für die westdeutschen Bullen eine Lizenz *zum Töten*. Und das wird vom Staat der Flicks, Thyssens, Daimler-Benz und Messerschmitts durchgeführt, den gleichen Konzernen, die aus Millionen von Sklavenarbeitern Blutprofite herausgepresst haben. Der "Demokrat" Adenauer hat sich ausgerechnet Globke, den Kommentator der faschistischen "Nürnberger Rassengesetze", als Chefberater ausgesucht. Heinrich Lübke, der KZ-Architekt, wurde Bundespräsident, genauso wie der NS-Reiter Carstens. Und heute hetzt die Bundesrepublik, die sich formell zum Nachfolgestaat des Dritten Reichs erklärt, ihre Polizei auf Antifaschisten von Göttingen bis Westberlin.

Hat der DKP-Ordnerdienst Kommunikationssysteme und andere Unterstützung aus der DDR bekommen? Na und? Sie haben das Recht, DKP-Versammlungen zu schützen. Gleichzeitig bedienen sich die bürgerlichen Parteien für ihren "Ordnerdienst" des gesamten repressiven Staatsapparats, zusätzlich heuern sie . private Sicherheitsagenturen, faschistische Schläger und ähnliches an.

Waffenlager, Trainingscamps, Ermordungen und Terrorbombenanschläge existieren wirklich, ausserhalb der blühenden Phantasien des Verfassungsschutzes. Aber sie sind das Werk der Imperialisten und faschistischer Banden, der Reservestoßtruppen der Bourgeoisie, oft mit Komplizenschaft des einen oder anderen imperialistischen Geheimdienstes. So kriegen Kriminelle wie Michael Kühnen nur einen Klaps auf die Hand und laufen heute wieder frei auf der Straße rum.

1984 war auch die Trotzkistische Liga Deutschlands das Opfer einer terroristischen Lüge in Gestapo-Tradition: Zimmermanns Innenministerium veröffentlichte Zeitungsanzeigen, in denen auch *Spartakist* gezeigt wurde, und setzte in einer Verleumdungskampagne Linke mit Nazis und Terroristen gleich. Wir schrieben: "Die westdeutsche Geheimpolizei versucht die Marxisten zum Schweigen zu bringen, als Bestandteil des imperialistischen Feldzugs zur Zerschlagung der historischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats DDR" *(Spartakist* Extrablatt, 12. Dezember 1984).

Der Kampf, die existierenden demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung zu verteidigen, ist untrennbar mit dem Kampf gegen den imperialistischen Revanchismus verbunden. Um die DDR einzuverleiben, versucht der westdeutsche kapitalistische Staat daheim eine Hexenjagd-Atmosphäre zu entfachen.

---

# Wer betreibt hier Chaos?

*Chaos und Kollaps. Dies sind die Worte, die täglich in den BRD-Medien und der restlichen imperialistischen Presse erscheinen, angeblich um zu beschreiben, was in der DDR passiert. Und sie finden ihr Echo bei den Damen und Herren der Modrow-Regierung. Wem nützt hier diese Chaos-Betreiberei? Wo kommt sie her? Sogar ein Artikel in der Financial Times (12. Februar), Sprachrohr der Londoner Börse, gibt zu, daß hinter dieser Panikmache der Drang steht, die DDR aufzukaufen und in ein kapitalistisches Großdeutschland zu annektieren. Hier einige Auszüge:*

"Die Millionen von Ostdeutschen, die an diesem Morgen früh aufstanden und ihren üblichen Bus oder ihre Straßenbahn zur Arbeit nahmen, quer durch belebte Straßen mit gut gefüllten Geschäften, wären überrascht zu erfahren, daß ihre Gesellschaft am Rande des Kollaps steht. Doch die Annahme von Chaos und Kollaps sind jetzt die tägliche Sprache der westlichen Medien und des politischen Establishment-

Angst vermischt sich jetzt in gleichem Maße mit Hoffnung. Angst, daß ein politisches Vakuum die Rechtsradikalen stärkt, Angst, daß die Währungsunion Sparkonten leerfegen wird, vor allem Angst, in einem wiedervereinigten Land nicht in der Lage zu sein, zu konkurrieren...

Doch in Anbetracht dieser Unsicherheit geht das Leben mit gespenstischer Normalität weiter; die Menschen gehen zur Arbeit, die öffentlichen Verkehrsmittel funktionieren, es gibt keine Lebensmittelknappheit. Warum also redet Westdeutschland eine Krise herbei, mit potentiell sich selbst erfüllenden Auswirkungen?

Heiner Flassbeck vom DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) behauptet: "Politiker in Bonn übertreiben das Ausmaß des Durcheinanders, um eine Beschleunigung der Wiedervereinigung zu rechtfertigen. Man könnte auch darüber spekulieren, daß einige Leute die Bedingungen schaffen wollen, um die DDR billig aufzukaufen.'"

# Protest kanadischer KPler gegen Modrows Ausverkauf

*Die dramatischen Entwicklungen in der UdSSR und der DDR enthüllen den Bankrott des Stalinismus und die Notwendigkeit für eine proletarisch-politische Revolution. Sie haben auch eine enorme polarisierende Wirkung auf die kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt, wie die folgende Petition, die von Mitgliedern der KP in Kanada verbreitet wird, zeigt. Andererseits haben Parteiführungen wie die Westberliner SEW-Führung auf diese Ereignisse damit geantwortet, daß sie ihr Vorhaben ankündigten, die Partei aufzulösen.*

Die Nachricht, daß Hans Modrow, der Ministerpräsident der DDR, unterstützt von den Reformisten in Moskau, die Unterstützung seiner Partei für die Wiedervereinigung bekanntgegeben und einen konkreten Plan angekündigt hat für diese Idee, unter der Bedingung, daß das wiedervereinigte Deutschland neutral bleibt, trifft uns sehr hart.

Ein vereinigtes imperialistisches Deutschland ist eine reale Gefahr nicht nur für die Sowjetunion, sondern für die ganze Welt. Warum kapituliert die SED dann ohne irgendeinen Kampf? Warum unterstützt die augenblickliche sowjetische Führung diese Kapitulation?

Sie werden wahrscheinlich sagen, daß dies die einzige Alternative sei und dabei auf Rumänien verweisen als Beispiel, was passieren könnte, falls die SED sich den Wünschen der Bevölkerung entgegenstellt.

Dies ist jedoch falsch. Anders als in einigen anderen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten haben die besten und bewußtesten Arbeiter in Ostdeutschland gezeigt, daß sie gewillt sind, ihre stalinistische Bürokratie loszuwerden, aber sie unterstützen nicht die kapitalistische Restauration.

Am 3. Januar haben mehr als 250 000 Arbeiter auf die Nazischändung der Gräber der sowjetischen Soldaten mit einer Massendemonstration im Treptower Park geantwortet. Am 14. Januar sind wieder mehr als eine Viertelmillion entschlossene Arbeiter in Verteidigung des Sozialismus zu einer Demonstration in Berlin zusammengekommen.

Diese Aktionen sind ein lebendiger Beweis dafür, daß die politische Revolution in der DDR zu einer wirklichen Arbeiterdemokratie führen kann auf der Basis von Arbeiter- und Soldatenräten. Solch ein Ereignis wird die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in der ganzen Welt elektrifizieren, genauso wie es die Oktoberrevolution 1917 getan hat.

Warum zieht es dann die SED, unterstützt von den Reformisten in der UdSSR, vor, zu kapitulieren?

Ist es möglich, daß sie mehr Angst haben vor der proletarisch-politischen Revolution als *vor* der imperialistischen Übernahme von Ostdeutschland?

Wir, die Unterzeichneten, erklären unzweifelhaft unsere Opposition zu jeglichem Ausverkauf der DDR. Unsere Position, daß die SED sofort alle Verhandlungen für eine kapitalistische Restauration abbrechen muß, unsere Forderung, Arbeiterräte zu bilden, um die DDR zu verteidigen, soll nicht nur den kanadischen Arbeitern bekanntwerden, sondern auch der SED und der deutschen Arbeiterklasse.

Mitglieder und Freunde der Kommunistischen Partei Kanadas.
[21 Unterschriften]

# Wählt

# SPARTAKIST

## Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!

## Volkskammer...

*Fortsetzung von S. l*

**werden, in dieser Frage klar Stellung zu beziehen — für oder gegen kapitalistische Wiedervereinigung.**

**Die Bürger der DDR können jetzt schön sehen, was kapitalistische Wiedervereinigung für sie bedeuten würde:** Massenentlassungen, Angriffe auf ausländischen Arbeiter und antisemitische Greueltaten, die Vernichtung der Renten und lebenslanger Ersparnisse, die Abschaffung der grundlegenden Subventionen für Lebensmittel und Kinderkleidung, der Diebstahl ihrer Wohnungen durch westdeutsche Spekulanten und eine dreißigfache Steigerung der Mieten. Der Runde Tisch, mit dem Neuen Forum an der Spitze, besteht darauf, daß die Lebensmittelsubventionen noch vor den Wahlen abgeschafft werden sollen. Wir sagen: Sollen doch Neues Forum, SPD und ihre Verbündeten hungern.

Die Volkskammerwahl ist ein Plebiszit — wenn auch verzerrt durch den massiven Versuch des westdeutschen Kapitals und seiner Parteien, die Wahlen einzukaufen — über die weitere Existenz der DDR. Die SpAD erklärt erneut:

"Wir fragen alle Organisationen und Kandidaten, die bei diesen Wahlen antreten, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu vertreten: Seid ihr gegen die kapitalistische Wiedervereinigung? Wir verlangen ein schriftliches Bekenntnis zur Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung... Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann oder wenn Wähler ansonsten von unseren allgemeinen Auffassungen so entfernt sind, daß sie deshalb nicht für unsere Liste stimmen wollen, rufen wir dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die sich verpflichtet haben gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften der DDR einzutreten."

Nicht nur bei der Demonstration vom 22.2., sondern auch bei Versammlungen der Vereinigten Linken, der KPD und der Kommunistischen Plattform haben wir diese Aufforderung gestellt, ohne bis jetzt eine positive Antwort zu bekommen. Millionen von Werktätigen sind gegen die Einverleibung der DDR durch die Frankfurter Bankiers — wir stellen allen und jedem die Frage: wo stehst du? Die SpAD erklärt erneut, die zentrale Frage, für die wir in dieser Wahlkampagne kämpfen, ist-"Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Stimmt für die Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!

### Kommt zum Wahlkampfzentrum: Die Wahlkampagne der SpAD braucht eure Hilfe!

Helft uns. ein einrucksvolles Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihre Zukunft! Arbeiter, Soldaten, Jugendliche, Rentner schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitststellen, eure Kasemen und Schulen, die Jugendclubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt nach Treptow!

## SPENDET!

**Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wem du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende am**

**Konto der Spartakist-Gruppen» Sparkasse der Stadt Berlin. Konto-Nr. 6652-40-700955, Kennwort "SpAD"**

**F.Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00 - Dresdner Bank, Frankfurt/M.**

### Spartakist-Treffpunkt

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**
**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Salmtag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Was wollen die Spartakisten

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg and Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionare Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus- und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätemacht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen ClA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED/PDS sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Schließt euch der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands an, gründet Spartakist-Gruppen in jeder Fabrik und Kaserne, unter der Jugend, Frauen, ausländischen Arbeitern, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine wirklich kommunistische Massen-Avantgardepartei zu schmieden, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**




**Abonniert *Spartakist* Zeitung der SpAD!**
**Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10 ,—/10 Mark der DDR**
**Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)**
**Zu beziehen über Spartakist-Gruppen**
**Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955**

## Kontaktadressen

## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschland

## und Spartakist-Gruppen

**D.Bartels**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Postfach 21 07 50**
**1000 Berlin 21**
**Tel.(030)8823964**

**Spartakist-Gruppe**
**Postfach 24**
**Greifswald 2200**

**SpAD**
**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11 02 31**
**2000 Hamburg 11**

**Spartakist-Gruppe**
**HPA Rostock, Postlagernd Rostock 01**
**Rostock** 2500


Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Registriernummer 824

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ
# SPARTAKIST

Nr. 26 Dienstag, 6. März 1990 10 Pfennig

## Berliner Arbeiter: Jetzt ist die Stunde des Kampfes!

# Gegen die Privatisierung! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

## Demonstriert vor der Volkskammer Dienstag, 6. März, 17 Uhr

Die Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker wollen die DDR aufkaufen, und die Modrow/Luft-Regierung will sie Stück für Stück verschleudern, und dann Schluß machen. Gegen die Einschüchterungskampagne müssen wir Arbeiter unsere VEBs und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Nur so kann man die drohenden Massenentlassungen und den Abbau der sozialen Errungenschaften stoppen.

Am 6. und 7. März wird die Volkskammer über einen Gesetzentwurf zur Privatisierung beraten, der einen Riesenschritt zur Wiedereinführung der kapitalistischen Ausbeutung in unserem Lande darstellt. Westliche Großkonzerne werden authorisiert, „Joint ventures" zu formen; Firmen, die 1972 enteignet wurden, werden an ihre ehemaligen Besitzer und Erben zurückgegeben, Kombinate sollen aufgeteilt werden, Marktpreise werden eingeführt.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft alle Berliner Arbeiter dazu auf, in den Fabriken zu mobilisieren und zur Volkskammer zu marschieren, um diesen Ausverkauf zu stoppen! Wir fordern alle politischen Tendenzen, Gewerkschafts- und Betriebsorganisationen, die behaupten, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, auf, zu einem machtvollen Klassenprotest zusammenzukommen.

Als Anlauf hat die Regierung am Donnerstag eine Verordnung verabschiedet, alle VEBs in Kapitalgesellschaften mit Aktienbeteiligung umzuwandeln. Trotz all dem Geschwätz über die Möglichkeit für das Volk, Aktien zu bekommen — bei Betrieben, die schon seit langem dem arbeitenden Volk gehören — , bereiten sie in Wirklichkeit den Weg für die kapitalistische Übernahme. Aber wer hat Modrow/Luft das Recht gegeben, das zu verkaufen, was wir mit unserem Schweiß und unserer Arbeit aufgebaut haben?

Stellvertretende Ministerpräsidentin Luft sagte im Radio, sie wollen die Wirtschaft bis zum 18. März verwalten, und dann „Schluß machen". Sie wollen die DDR dicht machen. Und das heißt unsere Betriebe zu zerstören: Brown-Boveri organisiert jetzt ein „Joint venture", um sich VEB Bergmann-Borsig anzueignen; Osram-Bosse verhandeln über eine „Partnerschaft" mit NARVA-Bürokraten, die zum Verlust von Arbeitsplätzen in beiden Teilen Berlins führen wird.

Der FDGB fordert, daß vor den Wahlen ein neues Gewerkschaftsgesetz in Kraft gesetzt wird, damit die Arbeiter das „Mitspracherecht" mit dem Kapital bei „Joint ventures" haben. Aber wie die Massenentlassungen nach der Niederlage des Rheinhausen-Stahlstreiks beweisen, diese „Mitbestimmung" dient nur dazu, die Diktatur des Kapitals zu verschleiern, und die Arbeiter an ihre eigene Ausbeutung zu fesseln. Wir müssen das Entscheidungsrecht erkämpfen, durch Arbeiterräte, die die Macht direkt ausüben.

Regierungssprecher reden schon von mehr als einer halben Million Arbeitslosen bis zum Jahresende. Die Massenentlassungen haben schon begonnen, die zuerst unsere ausländischen Kollegen und Arbeiterinnen, die sich im Mütterjahr befinden, betreffen. Jetzt schließen sie Kinderkrippen in Erfurt, und die Regierung erhöht die Kinderbekleidungspreise und versucht warme Mahlzeiten an den Schulen zu streichen. Sie wollen buchstäblich den Kindern das Essen aus dem Mund reißen, um die

*Fortgesetzt auf S.2*

# Wählt SPARTAKIST

# Der Kandidat und die Partei

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands stellt Kandidaten für die Volkskammerwahlen auf, um die Werktätigen im Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für Arbeiterrätemacht zu mobilisieren. Wir betonen, daß die grundlegenden Probleme der Gesellschaft nicht durch Parlamentarismus gelöst werden können. Abgeordnete der SpAD werden sich in der Volkskammer nicht an den Machenschaften bürgerlicher Politiker beteiligen, sie werden Repräsentanten der Partei sein, auf deren Liste und für deren Klassenkampfprogramm sie gewählt worden sind. Um dies zu gewährleisten, setzen wir eine Praxis von Lenins Bolschewiki fort, die vom Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im August 1920 in seinen „Leitsätzen über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus" kodifiziert worden sind. Die Leitsätze halten fest:

„Wenn die Wahlen beendet sind, muß die Organisierung der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien befinden ...

Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß er auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei das Mandat niederzulegen bereit ist."

Jeder Kandidat auf unseren Listen hat beim Zentralkomitee der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die im folgenden abgedruckte Rücktrittserklärung hinterlegt, damit diese im Falle einer Entscheidung des ZK zu jedem beliebigen Zeitpunkt vorgelegt werden kann. Dies ist eine Garantie dafür, daß jeder, der für Kandidaten der SpAD stimmt, nicht einfach für Individuen stimmt, die einem vielfältigen Druck, sich von den Interessen der Arbeiterklasse abzuwenden, unterliegen, sondern für eine Partei, die mit ihrem Programm steht und fällt.

---

**Erklärung: Hiermit trete ich zurück als Kandidat/ gewählter Vertreter von der DDR-Volkskammer.**

**Als Kommunist, der Lenins Verständnis über die Gefahren der parlamentarischen Korruption auf Vertreter der arbeitenden Massen teilt, will ich diesen Rücktritt erklären, wenn die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands dies fordert.**

---

## Demonstriert ...

*Fortsetzung von S. 1*

profitgierigen Kapitalisten zu füttern.

Gleichzeitig haben die Westmedien eine Angstkampagne über das Greifswalder AKW organisiert. Es geht überhaupt nicht um Sicherheitsfragen, die am besten von Arbeitersicherheitsräten mit technisch qualifiziertem Personal entschieden werden können. Im Gegenteil, es handelt sich hier um den Versuch, das Land in einen Anschluß an die BRD hineinzupeitschen. Sie wollen in der DDR die Lichter abschalten und Greifswald kaltstellen.

Mit ihren Plänen für eine Währungsunion mit der BRD wollen sie „DM über alles" sagen. Jetzt schicken ehemalige Wohnungsbesitzer ihre Rechtsanwälte, um die Bewohner auf die Straße zu setzen.

So wollen sie die DDR für Investoren „attraktiv" machen. So ist die „soziale Marktwirtschaft" — die totale Zerstörung von dem, was die Arbeiter aufgebaut haben. Über 40 Jahre hat die Volkskammer als Marionette für die stalinistische Bürokratie gehandelt; jetzt ist sie Marionette der Kapitalisten. Aber es ist unser Leben, das sie dabei zerstören.

Es geht nicht nur um die DDR: der Logik von Gorbatschows marktorientierten Perestroïka-„Reformen" folgend ist die ungarische Regierung dabei, das Ikarus-Omnibuswerk stillzulegen.

Und all dies folgt im Gang der überstürzten Wahlen zum 18. März, vom 6. Mai vorgezogen als Teil der Kampagne, die DDR in die BRD einzuverleiben. Die Regierung beeilt sich, den gesetzlichen Rahmen für eine kapitalistische Wiedervereinigung zu setzen, schon bevor das Volk seine Stimmen abgibt.

Sozialdemokraten und Christdemokraten überfluten die DDR mit DM — die Kapitalisten wollen die Wahlen kaufen, genauso wie sie das Land aufkaufen wollen. Kohl und Brandt ziehen durch den Süden, als ob der Anschluß schon Tatsache geworden wäre. Die Faschisten griffen linke Demonstranten in Karl-Marx-Stadt mit Schlagstöcken an, nachdem Kohl von der Rednertribüne sprach. Und jetzt gibt es Berichte, daß Ronald Reagan nach Berlin kommt.

Aber die Werktätigen der DDR können und müssen kämpfen, und zwar jetzt. Wir haben unsere Kraft am 3. Januar gezeigt, als mehr als eine Viertelmillion Demonstranten zum sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park kamen, für eine Einheitsfrontaktion, um die Faschisten zu stoppen. In dieser Entscheidungsstunde müssen wir unsere Kraft zum Kampf mobilisieren.

Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft dringend auf: Alle auf die Straße am 6. März, um den Abbau von sozial gerechtfertigten Subventionen zu stoppen, um den Aufkauf unserer Betriebe zu verhindern, um die kapitalistische Wiedervereinigung zu stoppen!

**Wir rufen alle Organisationen auf, die sich gegen die Zerstörung der sozialen Errungenschaften und des sozialisierten Eigentums der DDR zur Wehr setzen, zusammen mit uns eine breite Einheitsfront-Protestaktion zu organisieren vor der Volkskammer am Dienstag, 6. März, 17 Uhr, mit den Forderungen: „Gegen die Privatisierung! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Jeder, der sich daran beteiligen will, wird aufgefordert, seine eigene Propaganda, seine eigenen Banner und Plakate mitzubringen.**

---

## SPENDET!

**Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke, deine Spende an:**

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955, Kennwort "SpAD"

F.Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00 Dresdner Bank, Frankfurt/M.

---

# Zum Internationalen Frauentag
# BRD-Anschluß: Gefahr für die Frauen der DDR

In diesem Jahr muß der Internationale Frauentag am 8. März mehr als je zuvor zu einem Kampftag der werktätigen Frauen werden. Dies steht in schroffem Gegensatz zu den bisherigen Frauentagsveranstaltungen mit Blumengebinden und Festtagsreden von Margot Honecker. Die sozialen Errungenschaften der Frauen in der DDR, die jetzt massiv durch die drohende kapitalistische Restauration unter Beschuß geraten, müssen durch die Mobilisierung *aller* Werktätiger verteidigt werden. Und diese Angriffe haben schon begonnen: Subventionen für Grundnahrungsmittel und die Versorgung der Kinder, die es den Frauen ermöglicht, zu arbeiten, werden angegriffen; das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, die Integration der Frauen in das soziale Leben — all das wird durch eine kapitalistische Wiedervereinigung bedroht.

Als bekannt wurde, daß Volker Abend, stellvertretender Erziehungsminister, Berichten zufolge das kostenlose Schulessen — als Ausdruck von „Sozialismus" und „Diktatur" — abschaffen wollte, kam es im letzten Monat zu Protesten von Tausenden von Frauen. Und am Sonnabend, den 3. März, haben mehrere tausend Frauen und Männer auf dem Alexanderplatz gegen die Kürzung der Kinderversorgung demonstriert. Ein Plakat rief auf zu „Kindergärten auch nach der Wahl!"*, ein anderes fragte: „Sagt uns, was wird aus unseren Arbeitsplätzen", und eines stellte kategorisch fest: **„Herr** Abend: Sie sind ein Lügner!"

Der Kampf, die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der DDR abzuwehren, ist ein Kampf zur Aufrechterhaltung der kollektivierten Eigentumsformen und um eine kapitalistische Restauration zu verhindern. Während Frauen m der DDR das Recht auf freien und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch und auf das Mütterjahr haben, existiert im imperialistischen Nachbarstaat BRD auf Grundlage des Schandparagraphen 218 eine Hexenjagd gegen Ärzte und Frauen, die eine Abtreibung durchführen. Während 94% der Frauen in der DDR arbeiten, hat die BRD einen der niedrigsten Prozentsätze an Frauen im Arbeitsprozeß. Es gibt bereits Berichte darüber, daß der Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen in der letzten Zeit auf die Sorge der Frauen zurückgeht, ihre Kinder nicht mehr aufziehen zu können und gleichzeitig zu arbeiten.

Ein kapitalistischer Anschluß der DDR wäre ein enormer Rückschritt und würde sich besonders gegen eingewanderte Frauen richten, die seit Jahren unter der Diskriminierung und dem Chauvinismus des stalinistischen Regimes leiden und jetzt verstärkt angegriffen werden. Vietnamesischen Arbeiterinnen beispielsweise wird es nicht erlaubt, Kinder zu kriegen während sie hier sind: Sie müssen entweder ihre Schwangerschaft abbrechen oder nach Hause zurückkehren.

Als die Arbeiterfrauen von St. Petersburg vor 73 Jahren mit einem spontanen Streik und Marsch durch die Straßen den Internationalen Frauentag feierten, wurde dies zum Zündfunken der Russischen Revolution. Der Sieg der Arbeiterrevolution im Oktober 1917 öffnete der Emanzipation der Frau in den Sowjetrepubliken nicht nur in Bezug auf rechtliche Gleichheit den Weg, sondern eröffnete die Möglichkeit für die Befreiung der Frauen von den Ketten der jahrhundertelangen sozialen Unterdrückung.

Die Bolschewiki verstanden sehr gut, daß die Unterdrückung der Frauen nicht einfach durch Gesetze aus der Welt geschafft werden kann. Wie Engels erklärt hat, war die Frauenunterdrückung im Kapitalismus in der Einrichtung der Kleinfamilie begründet. Im Sozialismus werden viele der Funktionen, die die Kleinfamilie ausübt, durch zunehmende Sozialisierung der Hausarbeit ersetzt, die Frauen werden von der Last der Haushaltspflichten befreit, was es ihnen ermöglicht, voll am sozialen und politischen Leben teilzunehmen.

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages drucken wir nachfolgend einen der frühen Sowjet-Beschlüsse zur Befreiung der Frau ab (aus *Die Kommunistische Fraueninternationale* Heft l, April 1921, *Beschluß des VIII. Sowjetkongresses*).

a) Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind zu allen Wirtschaftsorganisationen heranzuziehen, die den einheitlichen Wirtschaftsplan ausarbeiten und verwirklichen; ebenso zu den Fabrikverwaltungen, Fabrikausschüssen und zur Verwaltung der Gewerkschaftsverbände.

b) Zum Zwecke der Einschränkung der unproduktiven Arbeit der Frau im Haushalt und bei der Kinderpflege verpflichtet der VIII. Rätekongreß die Ortsräte, die Arbeiterinnen zu ermuntern, mit ihrer Initiative und Tätigkeit die Reformen gesellschaftlicher Einrichtungen, Anfänge des kommunistischen Aufbaus zu unterstützen, wie die Organisation kommunaler Häuser und Werkstätten für Kleider- und Wäscheausbessern in Stadt und Dorf, die Organisation von Verbänden von Putzfrauen, die Erstellung von Kinderasylen, gemeinsamen Wäschereien und Speisehäusern.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft für die politische Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten als der einzigen Möglichkeit, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und die Rechte und sozialen Errungenschaften der Frauen beizubehalten und zu erweitern.

## Kommt zum Wahlkampfzentrum: Die Wahlkampagne der SpAD braucht eure Hilfe!

**Helft uns, ein eindrucksvolles Nein zur kapitalistischen** Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihre Zukunft! Arbeiter, Soldaten, Jugendliche. Rentner schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitststellen, eure Kasernen und Schulen, die Jugendclubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt nach Treptow!

## Spartakist-Treffpunkt

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Von Stalin zu Gorbatschow

# RGW scheitert am Nationalismus

## Für sozialistische Integration von UdSSR und Osteuropa!

*Nachfolgend veröffentlichen wir den ersten Teil des Artikels der aus* Workers Vanguard *Nr. 495 (9. Februar), der Zeitung unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S. übersetzt worden ist. Der 2. Teil folgt in der nächsten Ausgabe von* Arprekorr.

Michail Gorbatschow ist der unbewußte, aber tatsächliche Agent der Wall Street und der Frankfurter Bankhäuser in Osteuropa. Vor einem Monat warf Herr Perestroika eine weitere Bombe wirtschaftlicher Art auf das zerfallende Bündnis des Warschauer Pakts. Auf einer Sitzung der Handelsorganisation des Sowjetblocks, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die in Sofia, Bulgarien, abgehalten wurde, schlug Moskau vor, daß ab nächstem Jahr der ganze Handel zu Weltmarktpreisen abgewickelt werden sollte, in (westlichen) Devisen.

Jahrelang hat die Sowjetunion an Osteuropa Erdöl zu Preisen verkauft, die weit unter denen vom Persischen Golf lagen, und gleichzeitig dafür minderwertige Maschinen akzeptiert, die man im Westen nicht verkaufen konnte. Dies war der wirtschaftliche Preis, den die stalinistische Kremlbürokratie zu zahlen bereit war, um die militärische Stärke und politische Hegemonie der Sowjetunion östlich der Elbe aufrechtzuerhalten. Doch jetzt ist das Gorbatschow-Regime bereit, von der DDR bis Bulgarien kapitalistische Konterrevolution zu akzeptieren, um den westlichen Imperialismus zu beschwichtigen.

Gleichzeitig streben die russischen Stalinisten nach kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen auf Kosten ihrer osteuropäischen Handelspartner. Als der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow Moskaus neue Pläne für den RGW das erste Mal bekanntgab, schrieb der Londoner *Economist* (16. Dezember 1989):

> „Osteuropas Handelsbeziehungen sind dabei, zusammenzubrechen . . . Falls dies geschieht, würde es ganze Teile ihrer unproduktiven Schwerindustrie beinahe über Nacht vernichten und ihrer Wirtschaft einen Schock versetzen, der weit größer ist als es für den Westen in den 70er Jahren die Preissteigerungen bei Erdöl waren."

Für diejenigen, die Ironie zu schätzen wissen, hatte die RGW-Konferenz in Sofia ihre Augenblicke von amüsantem Polittheater. Die neuen osteuropäischen Regime, die von „freier Marktwirtschaft und westlichem Kapitalismus am meisten begeistert sind, schrien Mord und Totschlag, als die Kremlstalinisten sie in das rauhe Klima von Weltmarktpreisen und konvertiblen Währungen stoßen wollten. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Viadimir Dlouhy, dessen Regierung den Abzug der sowjetischen Truppen aus seinem Land verlangt, rief aus, daß die „sofortige Durchführung" von Moskaus Vorschlag „für die Tschechoslowakei katastrophal wäre". Polens Ministerpräsident von Solidarnosc, Tadeusz Mazowiecki, flehte die Russen any radikale Änderungen bei der Festsetzung der Brennstoff- und Rohstoffpreise für fünf Jahre zu verschieben. So viel zur „freien Marktwirtschaft!

Die neuen antikommunistischen Regime in Prag, Budapest und Warschau verhalten sich hier genau wie ihre Paten im kapitalistischen Westen. Jedesmal wenn ein Finanzier oder Industrieller vor dem Bankrott steht, schreit er nach der Sozialisierung seiner Schulden. Das Amerika von Reagan und Bush bedeutet Sozialismus für die Reichen (die Regierung hat über 100 Milliarden Dollar springen lassen, um den Bankrott der amerikanischen Hypothekenbanken zu verhindern), kombiniert mit Privatunternehmertum für die Armen (das Betteln der Obdachlosen auf der Straße).

Die Anwendung von Perestroika auf den RGW ist der schwerste Schlag wirtschaftlicher Art, den Gorbatschow der Verteidigung des Kollektiveigentums im belagerten Osteuropa versetzen konnte, vor allem in der DDR. Nur ein paar Tage nach dem RGW-Gipfel von Sofia stimmte die Ostberliner Volkskammer für die Änderung der Verfassung der DDR, um ausländische Investitionen zu erlauben. Die einfachste Art für die DDR, Devisen zu kriegen, mit denen sie das verteuerte Erdöl und Erdgas aus der Sowjetunion bezahlen kann, ist der Verkauf ihrer Fabriken. Dies hat jetzt angefangen, wo der westdeutsche Bremsenhersteller Knorr einen Anteil von 50 Prozent am Berliner Bremsenwerk kauft, das Eisenbahnbremsen herstellt.

Dieser Ausverkauf hängt direkt zusammen mit den Entwicklungen im RGW. Die DDR ist der größte Exporteur der Welt für Personenzüge, hauptsächlich in die UdSSR. Insgesamt wird 66 Prozent des DDR-Außenhandels mit dem RGW abgewickelt. Fast alle ihre Rohstoffe kommen aus der Sowjetunion, darunter 80 Prozent des Erdöls, 99 Prozent des Holzes und das ganze Erdgas, sowie ein großer Teil des Eisens und der Nichteisen-Metalle. Doch da der sowjetische Handel zu einer Devisenbasis übergeht, wenden sich die Kombinatsmanager in der DDR an den (kapitalistischen) Weltmarkt. Jetzt gibt Gorbatschow auch noch sein Ja für die Einverleibung der DDR durch die Deutsche Bank und die Ruhrindustriellen: Er erklärt, daß „niemand irgendwelche Bedenken vorbringt gegen" die deutsche Wiedervereinigung, und macht so die sowjetische Position rückgängig, dies „stehe nicht auf dem Programm".

George Orwell machte einmal die Bemerkung, daß die westlichen Antikommunisten glauben, Stalin sei teuflisch gerissen gewesen, während er in Wirklichkeit kurzsichtig und opportunistisch war. Diese Worte beschreiben Stalins gegenwärtigen liberalen Erben im Kreml haargenau. Stalin glaubte, er könnte durch diplomatische Manöver mit Nazideutschland fertigwerden — erst die „Volksfront" mit den „demokratischen" imperialistischen Mächten Westeuropas, dann der „Nichtangriffspakt" mit Hitler. Die sowjetische Bevölkerung bezahlte für Stalins Klassenzusammenarbeit mit 20 Millionen Toten. Jetzt ist Gorbatschow dabei, den Weg zu ebnen für ein Viertes Reich und ein neues Unternehmen Barbarossa.

### Von der Stalin-Ära zum Ende des „Gulasch-Kommunismus"

Die sowjetische Rote Armee zerschlug Hitlers Unternehmen Barbarossa, zerstörte Nazideutschland und kam so dazu, Osteuropa zu besetzen. Die vom US-Imperialismus gestartete Offensive des Kalten Krieges — darunter zahlreiche Drohungen, auf russische Städte die Atombombe abzuwerfen — zwangen Stalin und seine osteuropäischen Anhänger, *bürokratisch* deformierte soziale Revolutionen durchzuführen und damit das kapitalistische Eigentum zu enteignen, um der Sowjetunion die militärische und politische Kontrolle über die Region zu sichern.

In der Stalin-Ära imitierten die osteuropäischen „Volksdemokratien" die Sowjetunion an allen Fronten. Wirtschaftlich waren sie gekennzeichnet durch Autarkie und eine Kampagne für Selbstversorgung. Der Außenhandel, selbst

innerhalb des Sowjetblocks, wurde auf ein Minimum beschränkt. Investitionen wurden auf die Schwerindustrie konzentriert, auf Kosten der Konsumgüter. In Rakosis Ungarn zum Beispiel gingen *90 Prozent* aller Investitionen in die Schwerindustrie. Ein totalitärer Polizeistaatsapparat sorgte für eine strenge Arbeitsdisziplin, während der Lebensstandard sowohl der Arbeiter als auch der Bauern nach unten getrieben wurde, im Namen des „Aufbaus des Sozialismus".

Als der Woschd (Führer) starb, explodierte Osteuropa — der Ostberliner Arbeiteraufstand im Juni 1953, der polnische „Oktober" 1956 und die ungarische Revolution ein paar Monate später. Doch die stalinistischen Bürokratien überlebten diese elementaren Erhebungen durch eine Mischung aus politischer Demagogie und militärischer Repression. In Polen entschärfte Gomulka eine revolutionäre Situation dadurch, daß er den Arbeitern Demokratisierung und größere nationale Unabhängigkeit versprach. In Ungarn schlugen sowjetische Panzer eine echte proletarische politische Revolution nieder.

Aber es konnte kein Zurück mehr geben zur Stalin-Ära, mit ihren „Modelle-Arbeitern, den Lebensmittelkarten und der ständigen Angst, von der Geheimpolizei schikaniert zu werden. Unter Chruschtschow und später unter Breschnjew versprachen die Herrscher des Sowjetblocks ihrer Bevölkerung einen ständig steigenden Lebensstandard, einen sicheren Arbeitsplatz und eine gelockerte Arbeitsdisziplin. Die Zeit von Ende der 50er Jahre bis Mitte der 70er Jahre könnte man die Ära des stalinistischen Konsumrauschs nennen oder des „Gulasch-Kommunismus", der Ausdruck, den Chruschtschow anerkennend für Janos Kadars Ungarn verwendete. Ein zentraler Faktor, der in den 60er und Anfang der 70er Jahre zu den relativ hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in Osteuropa beitrug, war der Zugang zu sowjetischem Erdöl, das reichlich und billig zu haben war. Tatsächlich verbrauchten die Fabriken in Osteuropa weit mehr Energie pro Produktionseinheit als in Westeuropa, wo importiertes Erdöl stark besteuert wurde.

Anfang der 70er Jahre manipulierte das Kartell von der OPEC und den Sieben Schwestern (d. h. die Saudi-Monarchie, der Schah von Iran und das Rockefeller-Imperium) einen Anstieg des Weltmarktpreises für Erdöl um das Vierfache. So kam es, daß die Sowjetunion 1974 an ihre RGW-Partner Erdöl verkaufte, das *30 Prozent billiger* war als das, was es in Westeuropa einbrachte, noch dazu in Dollar und D-Mark. Das Breschnjew-Regime war hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die politische und wirtschaftliche Stabilität seiner Warschauer-Pakt-Verbündeten zu erhalten, und dem Appetit, sich an dem Wucher zu beteiligen, den das OPEC/Sieben-Schwestern-Kartell praktizierte.

Der klassische britische Ökonom David Ricardo erklärte, daß der Marktpreis von Naturschätzen (ihm ging es um die englische Landwirtschaft) von dem Wertgesetz abweicht (Wertmaßstab ist die zur Produktion durchschnittlich notwendige Arbeitszeit). Die Preise für landwirtschaftliche Produkte und für Rohstoffe werden bei einem bestimmten Niveau der Nachfrage reguliert durch den Produzenten mit den höchsten Kosten. Ricardo, und nach ihm Marx, nannte die glückliche Gewinnspanne zwischen den Produzenten mit den niedrigsten und den höchsten Kosten die Differentialrente. Ricardo — der gründlichste und rationalste aller bürgerlichen Ökonomen —; trat dafür ein, die ganze Differentialrente *durch Steuern wegzunehmen,* da sie keinen Beitrag zur Produktion leistet.

Anfang der 70er Jahre kostete es ungefähr 50 Cent, am Persischen Golf einen Barrel Öl zu fördern. Der Weltmarktpreis war aber *40mal* so hoch und stieg immer noch. Der Sowjetunion — obwohl die Förderkosten in Sibirien viel höher sind als im Nahen Osten — war es möglich, einen bedeutenden Teil der Differentialrente einzustreichen, die auf dem Weltmarkt für Erdöl erzeugt wird. Der Wert der sowjetischen Exporte von Erdöl und Erdgas in die entwickelte kapitalistische Welt stieg von 4,5 Milliarden Dollar 1975 auf 21 Milliarden Dollar 1983 (das Spitzenjahr). Die Preissteigerungen bei Erdöl maskierten zum Teil die zunehmenden inneren Schwächen der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft Ende der 70er Jahre und glichen sie zum Teil aus. Der enorme Zustrom von Petrodollars ermöglichte es dem Breschnjew-Regime, die Nahrung der sowjetischen Bürger bedeutend zu verbessern, indem es Viehfutter für die Rinderzucht importierte.

Gleichzeitig setzte der wirtschaftliche Nationalismus der sowjetischen Stalinisten — unter dem schwerfälligen, konservativen Breschnjew — Entwicklungen in Gang, die jetzt die brüchigen Strukturen der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten zertrümmert haben. Zwischen 1974 und 1980 erhöhte Moskau den Ölpreis für seine RGW-Partner um 400 Prozent und kürzte gleichzeitig seine Lieferungen, um mehr auf den westlichen Märkten zu verkaufen. Also mußten die osteuropäischen Regime, um ihre Fabriken mit Brennstoff zu versorgen, bei den Banditen vom Persischen Golf und von Texas kaufen. Gegen Ende des Jahrzehnts wurden 20 Prozent von Osteuropas fossilem Brennstoff zu Wucherpreisen auf dem Weltmarkt gekauft, in Devisen.

In den 70er Jahren erhielten die osteuropäischen stalinistischen Regime — Giereks Polen, Kadars Ungarn, Honeckers DDR — einen unsicheren sozialen Frieden dadurch aufrecht, daß sie ihrer Bevölkerung ein steigendes Konsumniveau bei völliger wirtschaftlicher Sicherheit anboten. Als daher ihre Handelsbilanzen in den Keller gingen, versuchten diese Regime verzweifelt, Lohnkürzungen, Stillegungen von weniger rentablen Fabriken sowie Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Also verpfändeten Gierek, Kadar und Honecker ihre Länder an die Kredithaie von Wall Street, Londoner City und Frankfurt. Osteuropas Schulden bei den westlichen Banken *verfünffachten sich fast* zwischen 1974 und 1980, von 12 Milliarden Dollar auf 55 Milliarden Dollar. Und dann ging es wirklich den Bach runter. (Wird fortgesetzt)

# Nicaragua...

*Fortsetzung von S.8*

daß Yankee-Dollars eine deutlichere Sprache sprechen als Ortegas Süßholzgeraspel.

Mehr als zehn Jahre war der kapitalistische Staatsapparat der Somozadiktatur und seine Nationalgarde zerstört und eine neue Armee unter der Führung der Sandinisten wurde aufgebaut. Aber Nicaragua ist nie ein Arbeiterstaat gewesen, nicht einmal einer, der von der politischen Herrschaft einer stalinistischen Bürokratie deformiert wird, so wie in der DDR und den anderen osteuropäischen- Staaten. Während die riesigen Besitztümer der Somozafamilie nach der Revolution enteignet wurden, sind 60 % der Wirtschaft in den Händen der Bourgeosie Nicaraguas geblieben, die weiterhin ihren verschwenderischen Lebensstil pflegen durften, während die armen den Preis zahlen mußten für die imperialistische Aushungerungskampagne. Die Weigerung, die Bourgeoisie Nicaraguas zu enteignen, hat den Imperialisten eine mächtige Agentur für eine Konterrevolution verschafft, mitten im Herz der Gesellschaft Nicaraguas.

Vor zehn Jahren haben die Arbeiter und Bauern *gedacht,* wofür sie kämpften sei eine sozialistische Revolution. Sie haben die Fabriken und Haciendas besetzt und stießen auf Widerstand — nicht von der Nationalgarde, sondern von der sandinistischen Regierung. Der „dritte Weg" war ein bewußtes Programm, die Bourgeoisie zu subventionieren während die Werktätigen die Opfer bringen mußten. Der Wahltriumph der „demokratischen" Konterrevolution läßt jetzt ein Racheblutbad gegen Aktivisten der Sandinisten und der Arbeiterklasse befürchten. Direkt nach der Verkündung der Wahlergebnisse ist ein sandinistischer Aktivist von einem rechten .Lynchmob, ermordet worden. Die neue Regierung von Violetta Chamorro droht nun die verhaßten Contras zurückzubringen und sie an der Spitze eines reorganisierten Militärs einzusetzen. Aber die Frage ist immer noch: Wer hat die Waffen? Die sandinistische Armee ist noch nicht aufgelöst, und die plebejischen Massen werden es nicht zulassen, daß sie wehrlose Opfer eines rechten Massakers werden. Nicaragua steht am Rande eines Bürgerkriegs. Jetzt müssen Arbeitermilizen gebildet werden und die Werktätigen müssen sich die Waffen sichern, um sich zu verteidigen.

Aber die Frage der Waffen ist der Frage der politischen Strategie untergeordnet. Die Situation in Nicaragua erinnert in gewisser Hinsicht an den spanischen Bürgerkrieg in den 30er Jahren. Fidel Castro hat die Sandinisten beschworen, kein „zweites Kuba" zu werden. In Spanien hat die republikanische Regierung unter Stalins Anleitung versucht, die spanischen und internationalen Kapitalisten zu besänftigen, während sie militärisch gegen die Truppen Francos gekämpft haben. Es war die republikanische Regierung selber — und Stalins KGB — die die unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse unterdrückt haben, vor allem beim Aufstand von Barcelona 1937. Letztendlich hat Franco nicht nur die Volksfront zerschlagen, sondern auch die Arbeiterklasse.

Was Nicaragua jetzt braucht ist eine leninistisch-trotzkistische Partei, um die Arbeiterklasse im Kampf um die Staatsmacht zu mobilisieren. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hat darum gekämpft, solch eine Partei aufzubauen. Viele unserer jungen Genossen haben als Brigadistas gearbeitet. Nach dem US-Embargo haben wir für die Revolution eine materielle Hilfskampagne organisiert, die in Nordamerika mehr als 30000 Dollars erbracht hat. Und wir haben die bittere Wahrheit gesagt, welche Niederlage die sandinistische Politik der Klassenzusammenarbeit und der Volksfront herbeiführen könnte.

Was hinter den Ereignissen in Nicaragua steht, ist die Politik des Kremls, vor den imperialistischen Mächten zu kapitulieren. Daß Gorbatschow Washington in Zentralamerika grünes Licht gibt liegt auf der gleichen Linie wie seine Kapitulation vor einem neuen Vierten Reich in Deutschland. Der sandinistische Innenminister Tomas Borge beschwert sich bitter, daß die DDR vor kurzem» ihre Unterstützung für die Sicherheitskräfte Nicaraguas abgebrochen hat. Jetzt ermutigt die Niederlage in Nicaragua Washington dazu, sich das isolierte Kuba vorzunehmen. Der Stalinismus unterminiert die Verteidigung der Arbeiterstaaten.

Hierin liegt eine Lehre für die Werktätigen der DDR, die heute selbst Ziel einer Kampagne der wirtschaftlichen Destabilisierung ist, die darauf abzielt, Panik zu schaffen und den Ausverkauf unseres Arbeiterstaates vorzubereiten. Ein isolierter Arbeiterstaat, selbst ein revolutionärer Staat mit einer soliden industriellen Basis, wird letztendlich von der Macht des Weltimperialismus bezwungen werden, wenn die kapitalistischen Herrscher nicht vorher durch Arbeiterrevolutionen gestürzt werden. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), kämpft für den einzigen Weg, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen, die Strategie der internationalen sozialistischen Revolution.

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Wählt Spartakist!

**Leipzig**
Donnerstag, 8. März, 19 Uhr
Deutsch-Sowjetisches Freundschaftshaus, Filmsaa!
Dittrichring 21, Leipzig 7010

**Halle**
Sonntag, 11. März, 15 Uhr
Kultur- und Tageszentrum Halle
Leninallee 70, Halle 4020

**Bemburg**
Was wollen die Spartakisten
Donnerstag, 8. März, 19 Uhr
Jugendclub, Zepziger Weg, Bernburg 4350

**Rostock**
Dienstag, 13. März, 18 bis 21 Uhr
Montag, 19. März, 18 bis 21 Uhr
Haus der Freundschaft, Doberaner Straße

Berlin

Mittwoch, 7. März, 19.30 Uhr
Jugenclub Trarbacher Straße 23
Trarbacher Straße 23
Berlin 1120, Weißensee

Samstag, 10. März, 16 Uhr
EAW Kulturhaus, Hoffmannstr. 15-26, Berlin 1193

## KPD, Vereinigte Linke

# Kapitalistische Wiedervereinigung: Wie sie sich positionieren

*Nachstehend drucken wir in leicht überarbeiteter Fassung Auszüge der Bemerkungen, die ein Sprecher der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei unserer Pressekonferenz in Berlin am L März, auf der unsere Kandidaten vorgestellt wurden, machte.*

Eine Bemerkung zu den anderen Parteien, die kandidieren. Die PDS ist heute eine Partei, die für „Deutschland einig Vaterland" kandidiert, indem sie Modrow zum Spitzenkandidaten gemacht haben, der diese Parole übernommen hat. Die Variante, die sie dabei haben gegenüber der SPD ist die Formulierung „für eine souveräne DDR im Prozeß der Vereinigung".

Aber die Frage ist eben Vereinigung: Welche Klasse wird dabei herrschen? Und hier geht es um eine kapitalistische Vereinigung.

Die andere linke Partei, die hier kandidiert, ist die KPD, wo man diese Frage stellen kann. Diese Partei ist zum Teil unklar über die Frage der Vereinigung, die also ein Spektrum repräsentiert. Bei ihrem Gründungskongreß am 17. 2. im Frankfurt/Oder ist die KPD an den Rand der Spaltung über die Frage der Wiedervereinigung gebracht worden. Viele, von der Dresdner Delegation angeführt, traten „Für die Einigkeit der deutschen Nation" ein. Und dann gibt es hier eine Erklärung im *Neuen Deutschland* von Montag, der unseres Wissens nach nicht widersprochen ist, und zwar wird dort über eine Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, Traudel Schmidt, berichtet: „Für die sozialen Rechte der Werktätigen in der DDR trat die stellvertretende Vorsitzende der KPD Traudel Schmidt ein. Sie plädierte für staatliche Eigenständigkeit im Prozeß der Einigung. Es gehe darum, gemeinsam für die Absicherung der Arbeitsplätze, die soziale Sicherheit von Mutter und Kind sowie der Veteranen einzutreten." Diese Sache können wir nur so interpretieren, daß das eben auch die Formulierung der PDS ist, „souveräne DDR im Prozeß der Vereinigung" nicht sofort, nur schrittweise. Das ist eine Sache, die wir an die KPD herantragen.

Bei der Vereinigten Linken gibt es sowohl Aussagen, die gegen eine kapitalistische Vereinigung sind, obwohl sie diese Formulierung vermeiden, auch zu einem Zeitpunkt, als sie selber noch bedingungslos für die Aufrechterhaltung der DDR gewesen sind, also im Dezember noch. Und es gibt auch Aussagen, die in die Richtung der PDS gehen, insbesondere Aussagen für Marktwirtschaft. Wir sind halt für Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie und das Außenhandelsmonopol, um die DDR zu verteidigen auf wirtschaftlichem Gebiet, um die Errungenschaften der Arbeiter hier zu verteidigen, was insbesondere heißt, keine Massenarbeitslosigkeit wie im Westen.

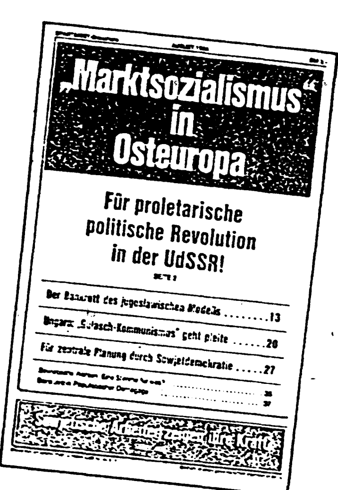
Daß die Treptower Demonstration vom 3. 1. diese Masse von Leuten auf die Straße gebracht hat, die gegen Faschismus kämpfen wollen und auch für die Rote Armee — denn es war ja das sowjetische Ehrenmal, das beschmiert worden ist —, hat diese hysterische Kampagne ausgelöst gegen uns und gegen die SED/PDS in den ganzen westlichen Medien, mit dem Inhalt, daß diese faschistischen Provokationen von der Stasi begangen worden sind und von der SED. Es gibt auch eine ganze Reihe von anderen Gruppen und Parteien, die diese Kampagne mitmachen. Zum Beispiel ist es so, daß die Vereinigte Linke da eine sehr ambivalente Haltung dazu hat, die uns gesagt hat, daß Treptow durchaus möglich ist, daß das eben auf die Stasi zurückgeht. Also hat sie vor dieser Welle kapituliert.

**... Und die politischen Piraten des BSA**

Ich will eine Gruppe erwähnen, die bei den Wahlen hier kandidiert. Das ist der BSA, Bund Sozialistischer Arbeiter, den wir kennen. Und zwar sind das politische Banditen, was heißt, politische Piraten, die jede Fahne hissen, um ein beliebiges Ziel anzugreifen. Die haben diese Kampagne mitgemacht, die Demonstration in Treptow angegriffen, die antifaschistische Mobilisierung. Das ist eine Partei, die jede Gelegenheit wahrgenommen hat, an den heißen Punkten der Welt gegen die Sowjetunion und damit gegen die Arbeiterstaaten zu handeln und zu agitieren. So unterstützen sie in Afghanistan die Mullah-Banditen gegen die Regierung, wo wir die Rote Armee unterstützt haben. Die waren für die Machteroberung dieser katholischen reaktionären Organisation Solidarnosc 1981 und sind für den Abzug der sowjetischen Truppen. Insbesondere muß man sagen, daß sie sich noch nie an einer antifaschistischen Aktionseinheit beteiligt haben. Wir kämpfen für eine Arbeitereinheitsfront, einen Zusammenschluß von Arbeiterorganisationen und anderen Organisationen, um die Faschisten zu stoppen.

---





## Spartakist-Arbeiterpartei stellt Kandidaten vor

# Arbeiterkampf gegen kapitalistische Wiedervereinigung

Am l. März stellte die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ihre Berliner Kandidaten für die Volkskammerwahlen am 18. März vor. Spartakist-Kandidaturen wurden auch in Rostock, Leipzig und Halle eingereicht. Trotz bürokratischer Hindernisse werden auch in anderen Wahlkreisen noch weitere Kandidaten der SpAD aufgestellt.

Die Spartakist-Arbeiterpartei erhebt bei diesen Wahlen als einzige die Stimme für die große Anzahl von DDR-Bürgern, die ohne Wenn und Aber „Nein" sagen zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Auch andere Parteien behaupten, sie wollen die sozialen Errungenschaften der DDR verteidigen, aber sie nehmen entweder die kapitalistische Wiedervereinigung als unvermeidlich hin oder schlagen falsche Kompromisse wie „Marktsozialismus" vor, die ihr nur den Weg bereiten.

Die Spartakisten haben bei der Initiierung des Treptower Massenprotests am 3. Januar gegen die Nazischändung des sowjetischen Ehrenmals eine wichtige Rolle gespielt. Bei dieser Gelegenheit und seitdem haben wir wiederholt davor gewarnt, daß die SPD das Trojanische Pferd für eine kapitalistische Wiedervereinigung ist. Wir fordern die anderen Parteien, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, auf, sich uns in der offenen und eindeutigen Stellungnahme gegen kapitalistische Wiedervereinigung anzuschließen.

Die Kandidaten der SpAD sagen den Werktätigen der DDR die Wahrheit: Um unsere sozialen Errungenschaften zu verteidigen, müssen wir unsere Kraft mobilisieren, in den Betrieben und auf der Straße, um unsere kollektivierte Wirtschaft zu verteidigen, um die faschistische Bedrohung zu stoppen, um alle Überreste der stalinistischen Bürokratie völlig zu beseitigen und sie durch Arbeiterrätemacht zu ersetzen. Mehrere der Berliner Kandidaten haben jahrelang bei Bergmann-Borsig gearbeitet, einem der größten Metallbetriebe der Hauptstadt der DDR. Zwei Kandidaten sind Volkspolizisten, die sich den Plänen einer Integration in die kapitalistische Polizei der BRD widersetzen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands will die Werktätigen auf beiden Seiten der Elbe organisieren, um für den wirklichen Kommunismus von Lenin und Trotzki, Luxemburg und Liebknecht zu kämpfen. Die SpAD ist die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), die die internationalistische Politik der Bolschewik! weiterführt. Vorwärts zu einem roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

# USA erdrosselt Nicaragua, kauft dann Wahlen

Für viele Menschen in der DDR ist Nicaragua etwas besonderes. Tausende von FDJlern haben sich an internationalen Brigaden beteiligt, um Nicaragua zu helfen. Die DDR hat dort Krankenhäuser gebaut. Jetzt, mehr als zehn Jahre nach dem Sturz des mörderischen Diktators Somoza, ist Nicaragua wieder soweit, von einer Bande von Marionetten der USA regiert zu werden. Viele fragen sich, wie das alles passieren konnte. Und die Ereignisse in Nicaragua haben eine direkte Bedeutung für die DDR, wo die Frankfurter Bankiers alles daran setzen, unser Land in eine Deutsche-Bank-Bananenrepublik zu verwandeln.

Jahrelang hat die amerikanische Regierung versucht, die Bevölkerung Nicaraguas militärisch zu unterwerfen, Millionen von Dollars sind an ihre Contra-Söldner geflossen, eine Bande von professionellen Mördern, Vergewaltigern und Drogenhändlern. Aber die ClA-Contras wurden militärisch auf dem Schlachtfeld besiegt. Die sandinistische Armee hat sich zu einer effektiven Kampftruppe mit rund 150 000 Männern und Frauen entwickelt, die ohne Schwierigkeiten jeden Versuch einer Contra-Invasion zurückgeschlagen haben. Die Armen und Werktätigen Nicaraguas mobilisierten, um die Errungenschaften dessen zu verteidigen, was sie als ihre Revolution angesehen haben.

Letztlich war es die wirtschaftliche Erdrosselung, die das sandinistische Nicaragua an die Wand gedrückt hat. Die USA haben ihre vorherrschende Position auf dem Weltmarkt dazu benutzt, dieses arme Land durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen, durch eine Kampagne der ökonomischen Destabilisierung und des Boykotts. Der einzige Weg, um den Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua zu bekämpfen, war die Enteignung der Bourgeoisie und die Ausschaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht, um Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol aufzubauen und zu versuchen, die Revolution auf Zentralamerika auszuweiten. Stattdessen haben die Sandinisten versucht, einen „dritten Weg" zu finden zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Die letzten Tage haben wieder einmal gezeigt, daß es keinen „dritten Weg" geben kann. In den Worten des französischen bürgerlichen Revolutionärs Louis de Saint Juste (1767-1794), „Wer eine Revolution nur halb macht, gräbt sich das eigene Grab." Weil die Sandinisten der Bourgeoisie Nicaraguas eine Konzession nach der anderen gemacht haben, ist die Konterrevolution immer dreister geworden. Während Gorbatschow in Moskau andauernd den Druck auf die Sandinisten verstärkt hat, vor den USA und seinen Marionetten in Nicaragua zu kapitulieren, haben die Amerikaner ganz offen die „demokratische" Opposition finanziert.

Das Endergebnis war die bürgerliche Wahl letzte Woche, von der der sandinistische Führer Daniel Ortega törichterweise angenommen hatte, er könnte gewinnen, indem er eine Volksfront auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zusammenzimmert, um an „alle guten Menschen" zu appelieren. Aber die Sandinisten haben herausgefunden,

*Fortgesetzt auf S.6*

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Registriernummer 824

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ
SPARTAKIST
Nr. 27 Dienstag, 13. März 1990 10 Pfennig

# Gegen kapitalistische Wiedervereinigung!

# Wählt Spartakist!

Es geht um Sein oder Nichtsein unseres Arbeiterstaates. Die Volkskammerwahlen am 18. März sind ein Volksentscheid, wenn auch enorm verzerrt durch den imperialistischen Ansturm, über die weitere Existenz der DDR. Seit dem Zusammenbruch des Honeckerregimes im letzten Herbst haben die Herrscher des kapitalistischen Westdeutschlands eine Kampagne inszeniert, um dieses Land einzuschüchtern und aufzukaufen, das ihren Händen entrissen worden ist, als die Rote Armee 1945 das Dritte Reich zerschlagen hat. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in ganz Osteuropa haben jetzt die „demokratischen" Erben von Hitler einen neuen Feldzug „Drang nach Osten" begonnen. Wenn wir jetzt auf unserem Posten stehen, um die DDR gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung zu verteidigen, dann verteidigen wir auch das Heimatland der Oktoberrevolution.

Während Bundeskanzler Kohl sich weigert, die Oder-Neiße-Grenze vertraglich anzuerkennen, appellieren die polnischen Führer Jaruzelski und Mazowiecki an Gorbatschow und sogar Mitterrand, den westdeutschen Militärkoloß zu stoppen. In Bonn reden Christdemokraten und Sozialdemokraten schon nicht mehr von einer schrittweisen Wiedervereinigung. Jetzt geht es nur noch um simple Annexion mit Artikel 23 des Grundgesetzes, so wie 1955 beim Saarland. Aber viele Menschen befürchten, daß es eine Neuauflage des Anschlusses von Österreich 1938 wird, ein entscheidender Schritt hin zu einem Großdeutschland. Für die heutige Generation von westdeutschen Führern scheint zunehmend Hitlers einzige Sünde darin bestanden zu haben, das Reich in noch einen verlorenen imperialistischen Zweifrontenkrieg geführt zu haben.

Kein Wunder, daß angesichts dieses unverfrorenen Versuchs, sich die DDR unter den Nagel zu reißen, wo Bonner Politiker in ihren Mercedes-Luxuslimousinen arrogant durch das Land jagen, mancher wieder einen klaren Kopf bekommt, der anfangs noch geblendet wurde durch die alles überschattende DM. Was wird mit ihren Arbeitsplätzen passieren, mit den Sozialleistungen, mit den Ersparnissen? Die anfängliche Wiedervereinigungseuphorie nimmt ab, eine Wandlung in der allgemeinen Stimmung ist deutlich zu sehen. Aber dies schlägt sich in einer, im Grunde genommen nostalgischen, Stimmabgabe für die PDS nieder. Trotz all ihrem Gerede über die „Souveränität der DDR" sind diese stalinistischen Dauerkapitulanten die Hauptkraft für den Ausverkauf des Landes.

Diejenigen, die jetzt zur SED/PDS zurückkehren, tun dies, weil sie keine „realistische" politische Alternative sehen und kein alternatives Programm zur kapitalistischen Wiedervereinigung haben. Vielen ist es sehr wohl klar, daß die überstürzt vorgezogenen Wahlen die SPD bevorteilen, aber sie meinen, dies sei notwendig, um Schlimmeres zu verhüten. Aber wie 1918-1919 handelt die SPD als Vortrupp der Konterrevolution, diesmal um eine politische Revolution gegen den Stalinismus abzuwürgen, die zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki zurückkehren würde. Die Rolle der SPD als Bluthunde konnte man bei dem blutigen Angriff auf Linke in Neubrandenburg letzte Woche sehen (siehe Seite 8).

Mittlerweile tauschen die stalinistischen Wendehälse ihr Konzept vom Aufbau des Sozialismus in einem Land gegen den Aufbau des Kapitalismus in Großdeutschland ein. Um Stimmen einzufangen, präsentiert die „neue" PDS Ministerpräsident Modrow als Saubermann und den Parteivorsitzenden Gysi als den „Mann mit dem eisernen Besen", der den Augias-Stall der Bürokratie ausmistet. Gysi hat den Empfang eine Rockstars bekommen, als er vor Tausenden in der überfüllten Thüringenhalle in Erfurt auftrat. Aber inhaltsloses Wahlkampfgetöse, Publicity-Gags (wie Gysis Versuch, sich als Fallschirmspringer zu profilieren, um sein jugendliches Image zu pflegen!) und der Wunsch nach Stabilität lösen gar nichts. Nur die Spartakist-Arbeiterpartei hat ein Klassenkampfprogramm vorgelegt, um diese Krise zu lösen. ,

Die PDS und kleinere linke Parteien wie die Vereinigte Linke und die Nelken verbreiten Phantasien, daß man nach einer Wiedervereinigung alles beibehalten könne, wenn man nur in letzter Minute noch eine Sozialcharta oder ein paar andere Gesetze verabschiedet. Aber dies ignoriert die zentrale Frage, nämlich welche Klasse an der Staatsmacht ist. Die Bürokraten hoffen, daß sie sich in den Unternehmen

*Fortgesetzt auf* S.7

## Sie sagen "Jein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung

# Der Schwanz des Trojanischen Pferdes

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands besteht darauf, daß die zentrale Frage bei den Volkskammerwahlen ist, ob man für oder gegen die kapitalistische Wiedervereinigung ist. Die SPD handelt als Trojanisches Pferd der Konterrevolution und als Speerspitze für eine Annexion der DDR. Die PDS hat als ihren Spitzenkandidaten Hans Modrow gewählt, den Mann, der „Deutschland, einig Vaterland" verkündet. Im Schlepptau der SPD und PDS sagen verschiedene kleinere linke Parteien „Ja ja, nein nein". Aber die imperialistische Anschluß-Kampagne entlarvt dieses sich selbst widersprechende Gerede.

Die Vereinigte Linke und Die Nelken kandidieren auf einer gemeinsamen Wahlliste. Ihre Unterstützer sind von SPD-Schlägern verprügelt worden, aber mit der gewollten Konfusion und Zweideutigkeit ihrer Positionen geben sie den konterrevolutionären Kräften, von denen sie angegriffen werden, letztendlich ihre Unterstützung. Die Nelken haben ein Flugblatt verteilt, in dem ganz ausgewogen das „Pro" und „Kontra" einer kapitalistischen Wiedervereinigung erörtert wird. Unter den „Pros" listen sie die kapitalistische Lüge, daß die Wiedervereinigung eine „schnelle Sanierung der Wirtschaft" bedeuten würde! Die Vereinigte Linke sagt in ihrem vorläufigen Programm, daß sie „für die Verteidigung der Souveränität der DDR" sind und „das Bündnis mit allen suchen, die sich gegen die Preisgabe der DDR" wenden. Aber in einem Interview in der *BZ am Abend* (I.März) hat VL-Vorstandsmitglied Jutta Braband unter der Überschrift „‚Deutschland — Einig Vaterland' Aber wie? Aber Wann?" geantwortet, „Gut, wenn sie im europäischen Rahmen und schrittweise, also über einen Staatenbund realisiert wird."

Schließlich gibt es noch die KPD, die mit dem Slogan „Berlin bleibt rot" an die Öffentlichkeit getreten ist. In ihrem Wahlprogramm tritt die KPD „für den Erhalt der Deutschen Demokratischen Republik" ein. Aber im gleichen Dokument fahren sie fort „für ein europäisches Deutschland und gegen ein deutsches Europa". Diese antinationalistische Stellungnahme von Thomas Mann wird heute von der SPD benützt, für die ein „europäisches Deutschland" das Codewort für ein NATO-Deutschland ist! Und jetzt hat die KPD ein Wahlplakat herausgebracht mit der Forderung „Deutsche Konföderation — Demokratisch, Blockfrei". Es ist ein reiner Wunschtraum zu glauben, daß es eine Konföderation geben könnte, in der Berlin rot bleibt. Mit dieser Plattform konkurriert die KPD einfach mit der PDSPD auf dem gleichen politischen Terrain.

Wir wissen, daß viele Mitglieder der KPD und anderer Parteien gegen einen Anschluß kämpfen wollen. In dieser letzten Woche vor den Wahlen am 18. März wiederholen wir erneut unseren dringenden Appell, die größtmögliche Stimmenanzahl gegen kapitalistische Restauration zu sichern: Wenn eure Organisation eine klare Position gegen kapitalistische Wiedervereinigung bezieht, schriftlich und ohne Wenn und Aber, wird die Spartakist-Arbeiterpartei ihre Unterstützer aufrufen, dort für eure Listen zu stimmen, wo wir keine Kandidaten haben; gleichermaßen fordern wir euch auf, eure eigenen Unterstützer dazu aufzurufen, für die Listen der SpAD zu stimmen, wo ihr keine Kandidaten aufgestellt habt.

Diejenigen, die nicht alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Restauration des Kapitalismus mit all seinen schrecklichen Konsequenzen zu stoppen, werden ihre jetzigen Taten ihren Kindern und der zukünftigen Arbeiterbewegung erklären müssen.

### Zu unserem Namen: Spartakist

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Die IKL hat ihren Ursprung in der Revolutionären Tendenz, die Ende 1963 von der amerikanischen Socialist Workers Party ausgeschlossen wurde und daraufhin die Zeitschrift *Spartacist* gründete. In der ersten Nummer haben die Herausgeber in den redaktionellen Anmerkungen „Anstelle einer allgemeinen Erklärung unserer Politik" die Wahl des Namens folgendermaßen erläutert:

„Wir haben den Titel *Spartacist* nach dem Spartakusbund benannt, dem revolutionären linken Flügel unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland während des Ersten Weltkriegs. Die deutschen Spartakisten haben im Krieg einen mutigen Kampf gegen ihre imperialistischen Herrscher geführt, und mehr noch, sie haben jeden ihrer Schritte erkämpfen müssen in Opposition zur degenerierten, patriotischen Mehrheitssozialdemokratie ihrer Tage.

In den USA hat die trotzkistische Jugend Anfang der dreißiger Jahre ihre Zeitung *Young Spartacus* genannt. Sie hat in herausragender journalistischer Weise revolutionäre Ideen verfochten und mit einem Leitfaden zur Aktion verbunden. Auch heute streben wir nichts weiter an, als dem von uns gewählten Namen dadurch Ehre zu machen, daß wir den Standpunkt des konsequenten Trotzkismus vertreten, den authentisch revolutionären Marxismus unserer Epoche."

— *Spartacist* Nr. 1 (auf Englisch), Feb.-März 1964

# Nacht und Nebel in der BRD

Jenseits der Oder und Neiße wachsen die Ängste über eine deutsche Wiedervereinigung. Denn: Während Bundeswehr und Bonner Politiker über Polens Westgrenze hinauszielen, sind sich deutsch-nationale Spießbürger und „weltoffene" Machthaber darin einig, „einig Vaterland" heißt „Ausländer raus!" Mit Hunderttausenden von ostdeutschen und „Volksdeutschen" Aus- und Übersiedlern sind für die Herren des Kapitals türkische und polnische Arbeiter jetzt vollends überflüssig.

So berichtete die Warschauer Tageszeitung *Zycie Warszawy* mit dem Titel „Polen raus" die Geschichte von 60 Polen, die letzten Montag plötzlich aus der Bundesrepublik zwangsweise abgeschoben wurden. Laut einer dpa-Meldung wurde ein Pole früh morgens von der Polizei aus dem Bett geholt, ohne Zeit zum Rasieren. Mehrere der Deportierten wohnten schon seit langem in der BRD, einige mußten vor der Abschiebung tagelang im Kerker sitzen.

Siemens, Thyssen und die Nachfolger von IG Farben wollen die DDR in eine Bananenrepublik und ein Billiglohnland umwandeln. Und im „neuen", „demokratischen" Reich des deutschen Kapitals, wenn du ein polnischer oder türkischer Arbeiter bist, und die Bullen dich in Nacht- und Nebelaktionen aus dem Bett ziehen, dann wirst du jetzt mit einer einer Sondermaschine deportiert, anstatt wie früher mit dem Viehzug ins Zwangsarbeitslager abtransportiert zu werden!

Warten wir nicht bis zum Entstehen eines Vierten Reiches, um festzustellen, welche Grauen das für die Menschheit vorbereitet. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagt „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!"

# SPD gegen portugiesische Revolution, 1974-1976

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands betont, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR ist. Die SPD ist in Lenins Worten eine bürgerliche Arbeiterpartei, eine Partei, die auf den Organisationen der Arbeiterklasse basiert, jedoch verpflichtet ist auf die Verteidigung des Kapitalismus. In den Arbeiterstaaten tritt sie als Agentur für eine kapitalistische Restauration auf. In den kapitalistischen Ländern bringt sie die Kämpfe der Arbeiterklasse für den Sozialismus zum Entgleisen, in „friedlichen" Zeiten versucht sie die Arbeiter mit unbedeutenden Reformen aufzukaufen, wenn die Zeiten sich ändern, arbeiten sie daran, Revolutionen blutig zu unterdrücken.

Die Rolle der SPD in Portugal in der Zeit von 1974 bis 1976 ist hierfür ein Beispiel. Nach der sogenannten „Revolution der Nelken", die die Militärdiktatur von Salazar gestürzt hat, gab es in Portugal revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse. Es gab eine Welle von Massenstreiks und Besetzungen; in einigen Gebieten begannen die Arbeiter Räte zu bilden. Die vorrevolutionäre Situation in Portugal in jener Zeit ist ein Beispiel dafür, daß die sozialistische Revolution im Westen möglich ist und daß eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse notwendig ist, um diese Gelegenheit beim Schöpfe zu packen. Während die Kommunistische Partei die Militanz der Arbeiter in die Unterstützung eines „linken Flügels" des Offizierskorps, der Movimento das Forcas Armadas, kanalisiert hat, war die Sozialistische Partei Portugals unter der Führung von Mario Soares die Speerspitze der Konterrevolution.

Und der Fadenzieher für diese sozialdemokratische Agentur der Konterrevolution war niemand anderes als die Bonner SPD. Die portugiesische SP ist sogar erst ein Jahr vor dem Umbruch in Lissabon 1973 gegründet worden — *in Bonn!* Von Anfang an war diese Partei eine Kreatur der SPD, die sowohl finanziell wie programmatisch von ihr abhängig war. Die Hauptaufgabe der SP war es, dafür zu sorgen, daß Portugal in der antisowjetischen NATO-Allianz bleibt. Im Namen der „pluralistischen Demokratie" hat die *SP gegen* die Arbeiterbewegung organisiert, und besonders gegen die Arbeiterbasis der KP.

Die SPD stand 1975 an der Spitze der offen reaktionären Mobilisierungen, die Parteibüros der Kommunistischen Partei im ganzen Land angezündet haben. Zu dieser Zeit hat das Sprachrohr der amerikanischen Bourgeoisie *New York Times* (25. September 1975), die es wissen muß, berichtet, daß die USA enorme Summen Geld in die SP gepumpt haben. Unter Berufung auf „offizielle Quellen in Washington" schrieben sie:

"Nach unseren Quellen benutzt die CIA westeuropäische sozialistische Parteien und Gewerkschaften, um Geld der USA in die portugiesische Sozialistische Partei und andere Parteien zu pumpen. Die CIA-Kampagne hat gemäß unseren Quellen in den letzten Monaten pro Monat einen Umfang von mehreren Millionen Dollar gehabt. . .

Bis zum Frühling floß der größte Teil der westlichen Hilfe für die antikommunistischen Kräfte in Portugal geheim über die westdeutsche SPD und die belgische Sozialistische Partei, ohne irgendeine amerikanische Beteiligung."

Dieser Bericht wurde später öffentlich von einem Sprecher des US-Außenministeriums bestätigt.

Der Zeitpunkt der CIA-Fonds für die portugiesische SP fiel zusammen mit der Periode, in der die SP antikommunistische Lynchmobs organisiert hat. Ohne eine revolutionäre Partei, die die Arbeiterklasse organisiert, um der konterrevolutionären Offensive Widerstand zu leisten, war das Ergebnis der von der SP angeführten Mobilisierungen die Stärkung der Rechtskräfte.

Diese Zusammenarbeit von SPD und CIA war und ist beileibe nicht ungewöhnlich. Die SPD wurde im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Schirmherrschaft der amerikanischen Besatzungstruppen neu organisiert, um als Instrument zur Neutralisierung des Klassenkampfs nach der Zerschlagung des Dritten Reichs zu wirken und den kommunistischen Einfluß aus der Arbeiterbewegung hinauszusäubern. In den folgenden Jahren spielte die SPD eine besondere Rolle als Verbündeter der CIA in West- und Osteuropa.

Heute dient die SPD ihren kapitalistischen Herren in der BRD, indem sie als Speerspitze für eine Annexion der DDR auftritt. Die SPD weigerte sich, an der antifaschistischen Demonstration beim sowjetischen Ehrenmal in Treptow am 3. Januar teilzunehmen und führte anschließend die imperialistische Verteufelungskampagne gegen Treptow an.

Die Hauptforderung der Ost-SPD ist „Marktwirtschaft" — das heißt Kapitalismus. Während Willy Brandt süßliche Reden darüber hält, daß die ärmeren Teile der Gesellschaft nicht unter die Räder der kapitalistischen Wiedervereinigung geraten dürfen, greift der sozialdemokratische DGB-Vorsitzende Ernst Breite ganz offen den FDGB an, er fordere zu viele Rechte für die Gewerkschaften der DDR. Und jetzt reiht sich die SPD in Kohls Kampagne für Anschluß der DDR unter Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes ein. Während sie ihre Dreckarbeit für die Frankfurter Bankiers mit Gerede über „soziale Gerechtigkeit" bemäntelt, versucht die SPD die politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie in eine kapitalistische Konterrevolution umzudrehen. Die Sozialdemokratie ist wirklich ein Trojanisches Pferd für die Konterrevolution:


SPARTAKIST 4

250 000 gegen Schändung des sowjetischen Ehrenmals

„Für eine neue Arbeiterpartei"

**Abonniert *Spartakist*, Zeitung der SpAD!**

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Bestellt bei: Postfach 2002, Berlin 1026

Zu beziehen über Kontaktadressen, Einzahlungen an:
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Name: ______________________

Straße: ______________________

PLZ: __________ Ort: __________

Land/Bezirk: __________ Tel.: __________

# Von Stalin zu Gorbatschow

# RGW scheitert am Nationalismus

*Nachfolgend drucken wir den zweiten Teil des Artikels ab, dessen erster Teil in* ***Arprekorr*** *Nr. 26 abgedruckt war. Dieser Artikel ist übersetzt aus* ***Workers Vanguard Nr.*** *495 (9. Februar), der Zeitung der Spartacist League, der amerikanischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

**Die wirtschaftliche Auflösung des Sowjetblocks**

Die westlichen Bankiers verliehen so verschwenderisch Geld an Osteuropa, in dem Glauben, daß der sowjetische große Bruder — mit seinen Milliarden Petrodollars —jedem Warschauer-Pakt-Verbündeten, der in finanziellen Schwierigkeiten wäre, immer aus der Patsche helfen würde. Die polnische Schuldenkrise von 1980/81 zeigte, daß die Russen keine solche Absicht hatten. Nach Polens Beinahe-Zahlungsunfähigkeit nahmen Wall Street und Frankfurt ihren osteuropäischen Klienten gegenüber eine harte Haltung ein und „verringerten ihre Verluste", wie man an der Wall Street sagt. Osteuropa wurde zu einem *Nettoexporteur von Kapital* nach Westeuropa und in die USA. Zwischen 1981 und 1983 saugten die internationalen Kredithaie 12,5 Milliarden Dollar aus diesen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten heraus!

## 2. Teil

Weit davon entfernt, den wirtschaftlichen Schlag aus dem Westen zu dämpfen, fügten die Kremlstalinisten dem noch einen eigenen schweren Schlag hinzu. Der Sturz des Schah und der Aufstieg Chomeinis 1979 lösten eine weitere Explosion der Erdölpreise aus. Die Russen nutzten das aus und verdoppelten Anfang der 80er Jahre die Ölpreise innerhalb des RGW. Insgesamt verbesserte die Sowjetunion zwischen 1975 und 1982 ihre Handelsbilanz mit der CSSR um über 50 Prozent, mit DDR und Ungarn um beinahe 50 Prozent und mit Polen um 20 Prozent.

Trotzdem sprechen westliche Ökonomen häufig von sowjetischen „Handelssubventionen" für Osteuropa. Dies ist irreführend. Der Preis für sowjetisches Öl und Erdgas, den Osteuropa zahlen mußte, hat immer *weit über* den durchschnittlichen Kosten für Gewinnung, Weiterverarbeitung und Transport gelegen. Aber natürlich ist es für bürgerliche Ideologen ein Naturgesetz, daß die Länder von ihren Handelspartnern alles verlangen, was der Markt hergibt. Wenn die Sowjetunion also der DDR und der CSSR das Doppelte der Förderkosten berechnet, während der Weltmarktpreis beim Vierfachen liegt, wird dies „Handelssubventionen" genannt.

Die osteuropäischen Wirtschaften haben sich nie richtig erholt von dem Doppelschlag, den ihnen die westlichen Bankiers und die Kremlbürokraten Anfang der 80er Jahre versetzt haben. Polen und Ungarn sind seitdem wirtschaftlich ein Faß ohne Boden, Selbst die DDR, das mit der Schulden/Öl-Krise am effektivsten fertig wurde, wurde durch sie dennoch schwer geschädigt. 1980 hatte die DDR eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Polen. Das Honecker/Mittag-Regime führte eine große und erfolgreiche Kampagne, seine Exporte in den Westen zu steigern und gleichzeitig importiertes Erdöl zu sparen. So arbeiten Fabriken und Büros der DDR mit einheimischem Lignit, Braunkohle von geringer Qualität, die die Atmosphäre verpestet. Grundsätzlicher noch: um die Exporte zu steigern, ohne den Verbrauch einzuschränken, *drosselte* das Honecker-Regime drastisch *die Investitionen in neue Anlagen und in die Infrastruktur.* Die Investitionsrate fiel von 28 Prozent des Volkseinkommens 1976 auf 21,5 Prozent ein Jahrzehnt später. Daher ist der technologische Rückstand, den die Industrieanlagen der DDR gegenüber Westdeutschland haben, größer als vor zehn Jahren.

Das letzte Jahrzehnt über haben sich die russischen und osteuropäischen Stalinisten gegenseitig die Schuld gegeben für die sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse. Kremlsprecher beklagen sich darüber, daß sie nicht nur ihren wertvollen fossilen Brennstoff unter dem Weltmarktpreis exportieren, sondern auch die Zahlung in Transferrubel akzeptieren, eine internationale Währung mit der seltsamen Eigenschaft, daß man mit ihr nicht immer alles kaufen kann. Die osteuropäischen Regime erwidern, daß Moskau ihnen Energie vorenthält, um mehr Öl an den Westen zu verkaufen.

Die Russen wiederum beschuldigen ihre RGW-Partner, daß sie ihre hochwertigen Maschinen an den Westen verkaufen und ihren Ausschuß in die UdSSR schicken. Oleg Bogomolow, jahrelang ein führender sowjetischer Fachmann für internationale Wirtschaftsfragen und jetzt ein Spitzenberater von Gorbatschow, klagte: „Sowjetische Importe von den RGW-Partnern ... haben wenig dazu beigetragen, das technische Potential der UdSSR zu stärken... Das Gros der importierten Produkte ist nicht technologie-intensiv" (Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *The World Socialist Economy*—Die internationale sozialistische Wirtschaft, 1986). Die RGW-Partner erwidern, sie müßten ihre technologie-intensiven Produkte nach Westen, nicht nach Osten schicken, um ihre Devisenschulden zu decken.

Der Spaltung im RGW liegt zugrunde, daß die sowjetischen Naturschätze schon von Natur aus den internationalen Maßstäben entsprechen und im Westen sehr gefragt sind. Anfang der 80er Jahre widersetzten sich die westeuropäischen Bourgeoisien, selbst Thatchers Britannien, der Reagan-Administration, um Breschnjew beim Bau einer Pipeline von den sibirischen Ölfeldern zu helfen. Osteuropas Devisenexporte bestehen aus Konsumgütern und Maschinen, denen durch die üblichen Schwächen der stalinistischen Mißwirtschaft Grenzen gesetzt sind — schlechte Qualität, begrenzte Auswahl, mangelnde Anpassungsfähigkeit an die sich ändernden Marktbedingungen und unzulänglicher Service (z. B. Mangel an Ersatzteilen). Die DDR hat bestimmt die technische Kapazität, ein Auto zu bauen, das genauso gut ist wie ein BMW oder ein Mercedes. Aber wie könnte die DDR so ein Auto im Westen vermarkten?

Mitte der 80er Jahre kommentierte der ungarische Ökonom Kaiman Pecsi die „erheblich verringerte Bedeutung der RGW-Partner der UdSSR und die entsprechend gestiegene Bedeutung der entwickelten Marktwirtschaften" *(Intra-CMEA Cooperation: Interest Pattems in the Extractive and Energy Industries and Their Future Prospects,* 1985). Wenn „ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den Sechs des RGW nicht mehr vorteilhaft für sie ist", fragt Pécsi, warum stellt die Sowjetunion dann nicht einfach die Brennstoff-Energie- und Materiallieferungen an die kleineren RGW-Mitgliedsländer ein oder liefert nur weiter gegen Bezahlung in Devisen? Er antwortet, dies „hätte keinen wirklichen Vorteil auf der politischen Ebene gebracht, der Ebene, die mehr als alles andere die Beziehungen innerhalb des RGW zusammenhält". Mit anderen Worten, man nimmt an, die Kreml-Führung sei bereit, den wirtschaftlichen Preis dafür zu zahlen, daß die NATO ihre Atomraketen nicht direkt bis an die Grenze der Sowjetunion vorschiebt.

Aber seit Michail Gorbatschow an der Macht ist, ist dies nicht mehr der Fall. Am Anfang der Perestroika erklärte Gorbatschows Sprachrohr Oleg Bogomolow, die osteuropäische Arbeiterklasse wäre zu fett und faul geworden und müßte jetzt härter arbeiten für weniger Lohn:

„Die Erfahrung der europäischen RGW-Länder hat gezeigt, daß sogar dann, wenn der Lebensstandard rasch genug steigt, dies nicht automatisch zu höherer Arbeitsproduktivität führt. Im Gegenteil, bessere Möglichkeiten, um die materiellen Grundbedürfnisse zu befriedigen, könnte tatsächlich zu einem nachlassenden Interesse an der Arbeit führen. Deshalb bringt der Übergang zu einem intensiven Entwicklungsweg zunehmend Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsintensität und -qualität eines jeden Beschäftigten mit sich, sowie die Preisgabe der egalitären Verteilung der Ressourcen und der Lohnfonds, und eine konsequentere Einhaltung der Kriterien wirtschaftlicher Effizienz und Rentabilität." *(The World Socialist Economy)*

Die Anwendung der Perestroika auf Osteuropa, verbunden mit dem mächtigen Druck des Weltkapitalismus, hat dazu beigetragen, die stalinistischen Bürokratien zu zerschmettern und dabei den nach dem Weltkrieg entstandenen Sowjetblock aufzulösen. Doch diese Auflösung war vorherbestimmt durch *die deformierten* sozialen Revolutionen, die die Hegemonie des Kreml über Osteuropa Ende der *40er* Jahre kennzeichnete.

**Für internationale sozialistische Planung**

In Ost und West ist es üblich geworden, Gorbatschow als den polaren Gegensatz zu Stalin zu betrachten. Eine solche Sichtweise vernebelt und verneint grundlegende Elemente von *Kontinuität.* Von Stalin über Breschnjew bis Gorbatschow haben die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa auf engem nationalen Interesse und auf eifersüchtig bewachter nationaler Autonomie beruht. Das ist die Bedeutung von Stalins Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land", das im Gegensatz stand zu Lenins und Trotzkis Programm der sozialistischen Weltrevolution. Der Nationalist, der die Kommunistische Internationale zu Grabe trug, dachte nicht daran, den RGW zum Rahmen einer internationalen Planwirtschaft zu machen.

Die Zusammenfassung der ökonomischen Ressourcen, von den Fabriken der DDR bis zu den Ölfeldern von Sibirien, wurde nie auch nur in Erwägung gezogen. Selbst gemeinsame Projekte zweier Länder des Sowjetblocks sind äußerst selten gewesen. Seit der Gründung 1949 bis zum heutigen Tag hat der Handel innerhalb des RGW im wesentlichen die Form des bilateralen Tauschhandels gehabt.

In den ersten 14 Jahren seines Bestehens existierte noch nicht einmal ein Mechanismus für multilateralen Handel. Wenn z. B. Ungarn in einem bestimmten Jahr einen Handelsüberschuß gegenüber Polen erzielte, konnte es mit diesem Plus *nur* polnische Güter kaufen. So war jedes RGW-Mitglied gezwungen, seinen Handel mit jedem anderen Mitglied auszugleichen, denn sonst wären Überschüsse auf einen Nettoverlust der Ressourcen hinausgelaufen.

Auf dem Höhepunkt der Chruschtschow/Breschnjew-Ära in den 60er Jahren gab es viel Gerede über „sozialistische Wirtschaftsintegration". 1963 führte der RGW den „Transferrubel" ein, eine neue internationale Währung, die bei allen Geschäften zwischen Mitgliedsländern benutzt werden sollte. Es gab nur einen Haken. RGW-Mitglieder brauchten überhaupt nichts an irgendein anderes Mitglied zu verkaufen, egal wie viele Transferrubel es anbot. Die sowjetischen Handelsfunktionäre hatten nicht die Absicht, an DDR mehr Öl zu liefern, bloß weil die DDR einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber Ungarn hatte. Und die Berliner Bürokraten wollten bestimmt nicht ihre hochwertigen Maschinenwerkzeuge an Budapester Fabriken schicken, bloß weil Ungarn einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber Polen hatte.

Sowohl das sowjetische Regime als auch die osteuropäischen Regime gaben *den in harter Währung bezahlten Exporten die Priorität,* die Sowjetunion, um vom Westen technisch hochentwickelte Maschinen und Futtergetreide aus dem Westen zu kaufen, die anderen osteuropäischen Staaten, um ihre Schulden bei der Wall Street und den Frankfurter Bankiers zu decken. So haben sich über die Jahre Milliarden von wertlosen Transferrubel auf den Konten von Moskaus Internationaler Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit angesammelt. Das Fiasko des Transferrubels beweist, daß die Integration des Handels zwischen vergesellschafteten Ökonomien nur möglich ist bei integrierter Planung von Produktion und Investitionen.

Von Anfang an beruhte der RGW-Handel auf Weltmarktpreisen, mit einer Zeitverschiebung und mit Änderungen in Sonderfällen. Weltmarktpreise sind nicht nur ungeheuer verzerrt durch Kartelle, durch Spekulation und durch kapitalistischen Protektionismus, sie haben auch, grundsätzlicher noch, keinerlei Beziehung zu den Produktionskosten im Sowjetblock. In den 60er Jahren schlugen einige rational eingestellte sowjetische und osteuropäische Ökonomen vor, der RGW solle eine unabhängige Preisstruktur entwickeln, die die relativen Produktionskosten in der Region widerspiegelt. Dieser ausgesprochen vernünftige und gerechte Vorschlag kam nie über die Seminare von Forschungsinstituten hinaus.

Warum nicht? Weil die stalinistischen Bürokratien zutiefst nationalistisch sind und natürlich ihren „sozialistischen" Handelspartnern nicht trauen. Sie alle glauben an den „Aufbau des Sozialismus in ihrem Land". Der Kreml dachte nicht im Traum daran, der DDR irgendwelche Kontrolle zu geben über die Preise seiner Ölexporte. Umgekehrt hätten die Berliner Bonzen sowieso nicht den Moskowitern erlaubt, die Preise zu beeinflussen, die sie für elektrische Maschinen verlangen. Also tauschen die UdSSR und die DDR Erdöl und Maschinen zu Bedingungen, die vom Rockefeller-Imperium und von Siemens bestimmt werden! Wie wir gesagt haben: Stalin hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Was man braucht, ist eine international zusammengefaßte zentrale Planwirtschaft unter der Herrschaft von Arbeiterrätedemokratie.

In der Breschnjew-Zeit bemühte man sich, eine vernünftige ökonomische Arbeitsteilung innerhalb des Sowjetblocks zu erreichen, die die extreme Autarkie der Stalin-Ära überwinden sollte. Doch da man nicht die Mittel für Investitionen zusammenlegte, waren die Ergebnisse oft ungeheuer unproduktiv und irrational. In den 70er Jahren sagte man über die CSSR — ein kleines Land mit 15 Millionen Einwohnern — , daß sie von allen verschiedenen Typen der Werkzeugmaschinen, die es auf der Welt gibt, 80 Prozent produziert! Offensichtlich waren die Produktionsmengen viel zu niedrig, als daß sie für Wirtschaftlichkeit durch die Masse oder für Anwendung der anspruchsvollsten Technologie gesorgt hätten.

Die sozialistische Wirtschaftsintegration von Sowjetunion und Osteuropa würde nicht nur die Produktivität erheblich steigern, sondern auch den zerstörerischen Druck des Weltkapitalismus ausgleichen. Wir befürworten hier. nicht wirtschaftliche Autarkie für den Sowjetblock als ganzem — eine Version von Stalins alter Bemerkung über die „zwei Weltmärkte". Solange der Kapitalismus noch nicht in seinen Hauptzentren gestürzt worden ist, sollten die Arbeiterstaaten sicherlich aus der internationalen Arbeitsteilung den größtmöglichen Vorteil ziehen. Und hier hätte eine einzige Wirtschaftsverwaltung, die für die Sowjetunion und für Osteuropa spricht, eine enorme Hebelwirkung bei den Handels- und Finanzbeziehungen mit der EG, den USA und

*Fortgesetzt auf S .6*

# Planwirtschaft — aber wie?

Die SpAD kämpft für effektive Planwirtschaft. Aber meinen wir die stalinistische Planwirtschaft, die die deformierten Arbeiterstaaten in 40 Jahren zum Ruin führten? Nein!

Viele Menschen sehen in der Marktwirtschaft die einzige Alternative für die Verbesserung der Wirtschaft in der DDR und nehmen das Wegfallen der sozialen Errungenschaften in Kauf, oder hoffen auf eine „soziale" Marktwirtschaft, die es nie geben wird. Schweden, angeblich ein Land mit „sozialer Marktwirtschaft", streicht soziale Maßnahmen. Jetzt erzwingt ihre sozialdemokratische Regierung einen Lohnerhöhungsstopp und Streikverbot. Ein Beispiel für das Nichtexistieren der angeblich „sozialen" Marktwirtschaft.

**Wie aber dann?**

Die Errichtung der Planwirtschaft ist die einzige Möglichkeit, soziale Errungenschaften zu halten und gleichzeitig ökonomisch zu produzieren. Die Zusammenarbeit zwischen mehreren sozialistischen Ländern gäbe die Möglichkeit, daß die Länder sich auf einige Produkte spezialisieren können. Zwei Beispiele: Die SU könnte durch ihre Rohstoffe die kohlenstoffchemischen Produkte und die Elektroenergie für alle sozialistischen Länder produzieren. Andererseits könnte die DDR chemische Salzprodukte für ein sozialistisches Wirtschaftssystem produzieren.

Nun kann man sich fragen, wurde diese Art der Wirtschaft nicht auch im RGW betrieben? Ja und Nein. In einigen Fällen ja, was z. B. die Busse aus Ungarn betrifft. Aber trotzdem hat jedes Land durchschnittlich 60% der auf dem Weltmarkt erscheinenden Artikel produziert.

In der Spezialisierung ist, wie Marx sagt, der gesellschaftliche Fortschritt zu erreichen. Nur durch die Spezialisierung kann quantitativ und qualitativ besser produziert werden. Kein „Sozialismus" in einem Land, sondern die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Ländern.

**Spartakist-Gruppe Greifswald**

---

Kapitalistische „Freiheit"

# Amerikanischer Streikposten durch Streikbrecher getötet

*Die Tribüne* (5. März) berichtete, „Einer der im Ausstand stehenden Fahrer der USA-Busgesellschaft Greyhound Lines ist am Sonnabend von einem Streikbrecher getötet worden." Das geschah im Busdepot von Redding, Kalifornien. Dieser Artikel enthüllt mehr über die Realität des Lebens der Arbeiterklasse im Kapitalismus als all das Geschwätz von Kohl, der SPD und all den anderen über „soziale Marktwirtschaft".

Robert Waterhouse, 59, streikte gegen die Firma, bei der er 32 Jahre lang gearbeitet hatte. Er stand kurz vor seiner Pensionierung. Aber am 3. März überfuhr ein Bus mit einem Streikbrecher am Steuer ein Stoppzeichen und schmetterte Waterhouse gegen eine Wand. Als ein anderer Streikposten versuchte, den Bus mit seinem eigenen Lastwagen zu stoppen, rammte der Streikbrecher ihn (laut Lokalzeitung „vier- oder fünfmal") und ist dann 15 km weit vom Ort seines Mordes weggefahren. Bis jetzt hat die Polizei weder den Killer noch seine Bosse angeklagt oder verhaftet.

Der ermordete Streikposten war einer von 9000 Arbeitern, die am 2. März in Streik gegangen sind, nachdem die Busgesellschaft verlangt hatte, daß Lohnerhöhungen an die „Produktivität" gebunden sein müßten. Die Arbeiter hatten bei Greyhound vor drei Jahren schon eine Lohnkürzung von 25 Prozent hingenommen. 1983 hatten die Beschäftigten bei Greyhound einen bitteren 47 Tage langen Streik geführt, bei dem ein anderer Streikposten, Ray Phillips, von einem Streikbrecher überfahren worden war. Jetzt hat Greyhound das Verbrechen in unverschämter Weise wiederholt, verbunden mit der Ankündigung, daß die Arbeiter „sich um ihren Job gebracht haben".

Sicherlich stehen die Erben von Flick und Thyssen, die Hitler finanziert haben, und der westdeutsche Staat, der sich zum Nachfolgestaat des Dritten Reichs erklärt, nicht hinter den Bossen von Greyhound zurück, wenn es um Gewalt gegen die Arbeiter geht. Wenn deshalb der FDGB heute sagt, daß er im neuen Gewerkschaftsgesetz das Streikrecht gesichert hat, wenn die PDS und der Runde Tisch von einer „Sozialcharta" reden, dann denkt an Robert Waterhouse und Ray Phillips.

---

# RGW...

*Fortsetzung von* S.5

Japan.

Leo Trotzki, der sich 1922 zusammen mit Lenin gegen Stalins Versuche stellte, das staatliche Außenhandelsmonopol zu untergraben, kämpfte gegen die Illusionen, Sozialismus in der Isolation vom Weltmarkt aufbauen zu können. In seiner Broschüre *Kapitalismus oder Sozialismus* aus dem Jahr 1925 schrieb Trotzki: „Im vom Staate geleiteten Außenhandel, der die Arbeit der staatlichen Industrie und des Innenhandels elastisch ergänzt, besitzen wir ein mächtiges Werkzeug zur Beschleunigung unseres wirtschaftlichen Aufschwungs." Gleichzeitig, bemerkte er, brachte es sowohl Gefahren als auch Vorteile mit sich, ein Teil vom Weltmarkt zu werden; der Grund dafür war „die vorläufige ungeheure Produktionsüberlegenheit des Weltkapitalismus uns gegenüber". Seine Antwort bestand darin, den Sieg der proletarischen Revolution in ganz Europa anzustreben:

„Es ist klar, daß bei der Verbindung der Wirtschaft der Sowjetunion mit der Wirtschaft eines Sowjet-Europa die Frage der vergleichenden Koeffizienten der sozialistischen und kapitalistischen Produktion bei einem noch so starken Widerstand seitens Amerikas siegreich gelöst würde. Und man darf zweifeln, ob dieser Widerstand lange anhalten würde."

Jahrzehnte von stalinistischer Unterdrückung, Mißwirtschaft und gegeneinander gerichteter Nationalismen haben jetzt den Sowjetblock zertrümmert. Der westliche Imperialismus sieht sich schon das Programm von John Foster Dulles verwirklichen, den „Kommunismus zurückzurollen" bis an die Grenzen der Sowjetunion und darüber hinaus. Doch die sowjetischen Arbeiter und Genossenschaftsbauern müssen entsetzt sein über die Aussicht, mit NATO-Raketen an der polnischen Grenze und mit einem neugeborenen Vierten Deutschen Reich konfrontiert zu sein. Gleichzeitig wollen Millionen Arbeiter in Osteuropa, besonders in der DDR, das Kollektiveigentum verteidigen und eine wirklich sozialistische Gesellschaft aufbauen. In Polen leisten die Arbeiter verzweifelten Widerstand gegen die Kampagne der von Solidarnosc geführten Regierung, den Kapitalismus durch eine wirtschaftliche „Schockbehandlung" zu restaurieren, wie sie im Auftrag der Wall Street von lateinamerikanischen Juntas durchgeführt wurde.

Nur dadurch, daß sie durch eine proletarische politische Revolution, von den Fabriken Berlins bis zu den sibirischen Zechen und Ölfeldern, die stalinistischert Verräter wegfegen, können sich die Werktätigen der Sowjetunion und Osteuropas vor den Schrecken einer kapitalistischen Restauration retten.

# Wählt Spartakist ...

*Fortsetzung von S. l*

verbuddeln können, aber wenn die Sozialdemokraten und ihre eventuellen bürgerlichen Koalitionspartner in ein paar Wochen die Macht übernehmen würden, dann gäbe es in großem Stil Berufsverbote für PDS-Mitglieder. Parteigenossen sagen, daß sie davor zurückschrecken, offen gegen die Reaktion zu kämpfen, weil dies den Bürgerkrieg bedeuten könne. Aber mit ihrer Weigerung, jetzt politisch gegen die kapitalistische Wiedervereinigung zu kämpfen, bereiten sie einer totalen Kapitulation den Weg — und der Ausgang wird garantiert nicht friedlich sein.

In der letzten Woche haben wir versucht, eine Klassen-Opposition zu organisieren gegen die Versuche, die kollektivierte Wirtschaft zu zerschlagen. Wir haben zu einer Demonstration vor der Volkskammer aufgerufen, gegen die Privatisierungen und gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Wegen der kurzen Vorbereitungszeit und strömendem Regen sind nur wenige Menschen gekommen. Aber im Gegensatz zu den Versuchen der PDS, eine „Volksfront" zusammenzubekommen, um die kapitalistische Wiedervereinigung zu verlangsamen (aber nicht, um sie zu stoppen), und zu ihren pathetischen Appellen an die Führung der SU, sie freizukaufen, zeigt das Wahlmanifest der SpAD und das Kampfprogramm den einzigen realistischen Weg zu einer wirksamen Verteidigung der DDR gegen die Konterrevolution.

Diejenigen, die behaupten, daß sie die Arbeiterklasse verteidigen — z. B. die KPD, die sich geweigert hat, die Demonstration zu unterstützen, und die Kommunistische Plattform (der PDS), die zwar ihre Unterstützung gegeben hat, ohne jedoch jemanden zu mobilisieren — können diesen entscheidenden Fragen nicht aus dem Weg gehen. Wie eine Sprecherin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands in einer Wahlsendung des Rundfunks gesagt hat:

„Wir Arbeiter wissen selbst am besten, was durch jahrzehntelange bürokratische Mißwirtschaft verschwendet wurde. Wir wissen aber auch, was der Ausverkauf unserer Betriebe an das Kapital für Folgen haben wird.
Darum bildet in den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen Arbeiterräte. Darum bildet in der NVA zum Schutz unseres Arbeiterstaates Soldatenräte. Für ein Arbeiterrätedeutschland!"

Heute sind diese Fragen nicht nur in der DDR direkt gestellt. Was hier passieren wird — eine politische Revolution oder eine soziale Konterrevolution — wird unabschätzbare Auswirkungen auf die Sowjetunion haben. Hunderttausende haben am 3. Januar am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park gezeigt, daß sie bereit waren, gegen die faschistische Bedrohung zu kämpfen. Millionen Werktätige wollen schützen, was wir durch unsere Arbeit in 45 Jahren aufgebaut haben — trotz der stalinistischen Deformation der DDR — und sind bereit, ein Viertes Reich auf deutschem Boden zu verhindern, das die ganze Menschheit bedrohen würde. Indem wir unerschütterlich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung auftreten, wollen wir ihre Stimme sein. Wählt am 18. März die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!

## Arbeiter, nehmt euch vor den politischen Banditen des BSA in acht!

Der Bund Sozialistischer Arbeiter behauptet trotzkistisch zu sein, aber in der Praxis dreht er seine Fahne immer nach dem Wind. In der letzten Ausgabe seiner *Neuen Arbeiterpresse* (2. März) behauptet er, „gegen den Einzug der Kapitalisten" zu sein. Aber zur gleichen Zeit sagt er von der Arbeiterklasse: „Deshalb ist ihre Parole nicht »Verteidigt die DDR'." Diese politischen Banditen kämpfen immer *gegen* die Verteidigung der Arbeiterstaaten.

Ihr Gerede vom „Kampf gegen Stalinismus und Kapitalismus" hat immer Unterstützung für den Kapitalismus bedeutet. Sie haben sich den antikommunistischen Denunzierungen der Berliner Mauer angeschlossen. Sie unterstützen die ClA-Mörderbanden in Afghanistan. Sie bejubeln die konterrevolutionäre Solidarnosc in Polen. Ihre Hauptgruppen in Britannien und Amerika schleppen linke Opponenten vor kapitalistische Gerichte. Sie haben Geld von kapitalistischen Regierungen im Nahen Osten angenommen, um Exil-Linke auszuspionieren, und haben der staatlichen Ermordung von irakischen Kommunisten applaudiert. Wir sagen zu den Werktätigen: Nehmt euch vor dieser Gruppe in acht.

## Protest gegen KPD-Ausschluß in Halle

### Protesttelegramm an die Zentrale Wahlkommission der DDR Wahlkommission im Wahlbereich Halle

Berlin, 11. März 1990

Werte Damen und Herren!
Wir protestieren gegen den undemokratischen Ausschluß der Liste der KPD Halle im Wahlbereich Halle. Dies bedeutet politische Zensur! Wir fordern die umgehende Zulassung dieser Liste zu den Volkskammerwahlen. Keine Unterdrückung linker Parteien!

Für das Zentralkomitee

Toralf Endruweit, SpAD

## Spartakist-Treffpunkt Berlin

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17.00-21.00 Uhr**
**Sonnabend 17.00-21.00 Uhr**
**Freitag geschlossen**

### SPENDET!

**Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende an:**

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496, Kennwort "SpAD"

F. Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00
Dresdner Bank, Frankfurt/M.

## Linke Jugendliche in Neubrandenburg verprügelt

# SPD - Bluthunde für kapitalistischen Anschluß

Manche Leute haben unserer Warnung widersprochen, daß die SPD das Trojanische Pferd für die Konterrevolution in der DDR ist. Wie wäre es denn stattdessen mit „Bluthunde"? Am 1. März sind einige Dutzend jugendliche Linke am Rand einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Neubrandenburg brutal zusammengeschlagen worden. Aufgrund eines Berichts in *Junge Welt* (3./4. März) über diesen brutalen Überfall hat ein ARPREKORR-Korrespondent mit einigen der Opfer ein Interview geführt. Mit diesem sinistren Angriff zeigt die SPD, daß sie bereit ist, zu den blutigsten Mitteln Zuflucht zu nehmen, um die Gegner einer kapitalistischen Wiedervereinigung zum Schweigen zu bringen. Die Anstifter des Mordes an Rosa und Karl sind wieder aktiv.

Der Angriff fand bei einer Wahlkundgebung mit Hans-Jochen Vogel, dem Spitzenpolitiker der West-SPD, statt. Rund 50 junge Linke von der Vereinigten Linken, Die Nelken und der Antifa-Jugend Neubrandenburg waren dort mit DDR-Fahnen erschienen. Kaum hatten sie angefangen, ihre Banner mit Hammer und Zirkel hochzuhalten, wurde ihnen „Rote Raus!" und „Stasi-Schweine raus!" entgegengeschrieen. Sie wurden von Teilnehmern der SPD-Kundgebung umzingelt und angegriffen, größtenteils von stämmigen Männern mittleren Alters. Die Schläger rissen den Linken die Fahnen aus den Händen, zerbrachen die Fahnenstangen und benutzten diese dann als Knüppel gegen ihre Opfer.

Eine junge Frau erblindete beinahe, als sie vom Schlag einer zerbrochenen Fahnenstange direkt unter dem einen Auge getroffen wurde, sie erlitt einen Siebbeinbruch. Drei weitere 14-15jährige Mädchen mußten ebenfalls im Krankenhaus behandelt werden, nachdem sie von einer Schlägerbande, darunter auch zwei Frauen aus der BRD, zusammengeschlagen worden waren. Ein junger Unterstützer der VL wurde von sieben kräftig gebauten Männern umringt und geschlagen.

Seit diesem Überfall ist noch gegen keinen der Schläger Anklage erhoben worden, stattdessen will man die Schuld den Opfern selbst in die Schuhe schieben. Zu ihrer Schande haben die Volkspolizisten, die dort anwesend waren, nichts getan, um den Überfall zu stoppen und sie werfen jetzt sogar den Jugendlichen vor, sie hätten provoziert. Dies ist eine glatte Lüge — die Demonstranten wurden sofort umzingelt und angegriffen, sobald sie ihre politische Opposition zur SPD klargemacht hatten, und die Angreiferbande war offensichtlich für diesen Zweck vorbereitet.

Eines der Opfer wurde inzwischen aus seinem Klassenzimmer von Volkspolizisten in Begleitung des Schuldirektors abgeführt und wegen seiner „linksradikalen" politischen Aktivitäten verwarnt. Und der jungen Frau, die beinahe erblindet wäre, wurde mitgeteilt, daß sie ihre Verletzung selbst fahrlässig verursacht habe, während der VP-Chef von Neubrandenburg angekündigt hat, daß die Polizei sich bei „politischen Rangeleien" nicht einmischen wird.

Dieser skandalöse Überfall ist nur ein Vorgeschmack darauf, was die SPD und ihre kapitalistischen Herren mit Linken und Kommunisten im Fall der kapitalistischen Wiedervereinigung vorhaben. *Jetzt* müssen wir kämpfen, bevor es zu spät ist.

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Wählt Spartakist!

**Rostock**

Dienstag, 13. März, 18.00 bis 21.00 Uhr
Montag, 19. März, 18.00 bis 21.00 Uhr
Haus der Freundschaft, Doberaner Straße
Rostock

**Berlin**

Sonnabend, 17. März, 16.00 Uhr
Klubhaus Transformatorenwerk
Weiskopffstr. 18
Berlin 1160

### UNSERE ANSCHRIFT HAT SICH GEÄNDERT

**Bitte richtet ab jetzt alle Eure Korrespondenz an folgende Adresse: SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026**


### Kontaktadressen: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

**SpAD**
**Postfach** 2002
**Berlin 1026**

**Postfach 21** 07 50
1000 **Berlin 21**
Tel. (030) 4 92 78 66

**Spartakist-Gruppe**
**Postfach 24**
**Greifswald** 2200

**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11** 02 **31**
2000 **Hamburg 11**

**U. Mündel**
**Postamt** 25, **Postlagernd**
**Leipzig** 7025

**Spartakist-Gruppe**
**HPA Rostock, Postlag. 01**
**Rostock** 2500



Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

**Registriernummer 824** **Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb**

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Nr. 28 Dienstag, 20. März 1990 10 Pfennig

## Gegen kapitalistische Wiedervereinigung

# Verteidigt die Errungenschaften unseres Arbeiterstaats!

Die verhängnisvollen Volkskammerwahlen vom 18. März bringen die sozialen Errungenschaften und die Existenz der DDR in Lebensgefahr. Die starke Abstimmung für eine Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westdeutschland bedroht die Lebensbedingungen und die Sicherheit von Millionen Menschen.

Mit dem Rücken zur Wand werden die Werktätigen sich in Verteidigungskämpfe hineingezwungen sehen. Und die Mobilisierung der enormen Kraft der Arbeiterklasse kann der Anschlußkampagne einen Riesenstein in den Weg legen. Denn schwerwiegende Fragen wie die Existenz eines Arbeiterstaates werden nicht durch Stimmzettel in einer Wahlurne entschieden werden.

Die Beinahe-Mehrheit der rechten „Allianz für Deutschland", gekauft und bezahlt von Kohls West-CDU, wird die Kräfte stärken, die für einen schnellen Anschluß an die BRD mobilmachen. Die SPD wurde mit 20 Prozent entscheidend geschlagen. Es war eine Abstimmung für die DM, und viele haben zweifellos überlegt: wozu für den sozialdemokratischen Handlanger stimmen, wenn man den Bankier mit dem Geld in der Tasche kriegen kann.

Die PDS verlor ihre Arbeiterbasis, erwachte aber mit 17 Prozent wieder aus dem Scheintod. Doch weit davon entfernt, dem Drang zur Auflösung der DDR zu widerstehen, organisierten diese stalinistischen Überbleibsel den Ausverkauf. Ihre Knierutscher-Politik faßten sie in einem Rostocker Aufkleber zusammen: „Wir sind ein Volk. 1:1". Anders ausgedrückt, „ein Volk, ein Reich, eine DM"?

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands war die einzige Partei, die kategorisch gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Stellung bezog. Wir stellten Kandidaten in Berlin, Halle, Leipzig und Rostock auf und erhielten 0,06 Prozent der Stimmen in diesen Bezirken (2396 Stimmen). Für verschiedene linke Satelliten der PDS, die vor dem Drang nach einem DM-Anschluß kapitulierten, hat sich der Opportunismus nicht bezahlt gemacht.

Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß die Wahlen am 18. März eine durch die imperialistische Einschüchterungskampagne verzerrte Volksabstimmung über das Schicksal der DDR war. Die Verantwortung für die schicksalsschweren Ergebnisse liegen direkt in Gorbatschows Verantwortung, dessen stalinistische Politik der Besänftigung des Imperialismus die aggressivsten Kalten Krieger und großdeutschen Revanchisten gestärkt hat, die die Urteile der Geschichte zurückdrehen wollen.

Als im letzten November bis zu einer Million Menschen auf den Berliner Alexanderplatz strömten, waren sie für eine Demokratisierung dieses bürokratisch deformierten Arbeiterstaats nach dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes. Am 3. Januar kam eine Viertelmillion Menschen zum Protest in den Treptower Park gegen die abscheuliche Nazi-Schändung des Ehrenmals für die Rote Armee, die das Land vom Hitler-Nazi-Regime befreit haben.

Die Bourgeoisie sah den Anfang einer politischen Revolution, die die verknöcherte stalinistische Bürokratie durch die politische Macht der Werktätigen ersetzen und den Weg zum wirklichen Sozialismus eröffnen würde. In Reaktion darauf steigerten die Imperialisten ihre Versuche, die DDR in die BRD hineinzuzwingen. Sozialdemokraten und Christdemokraten in Bonn verlangten eine Währungsunion, die die kollektivierte Wirtschaft der DDR den Frankfurter Bankiers unterordnet. Modrow erklärte sich zu „Deutschland einig Vaterland".

Zur gleichen Zeit organisierte die deutsche Bourgeoisie eine Kampagne, die Wirtschaft zu stören und zu „destabilisieren". „Das geplante Chaos: Wie Bonn die DDR-Wirtschaft kaputtmacht", lautete eine Überschrift des westdeutschen Magazins *Stern* (12. März). Gerüchte über Mängel führten zu Hamsterkäufen; in Berlin verdoppelten sich innerhalb eines Monats die Einkäufe von Fleisch.

Eine schlagkräftige proletarische Führung kann den Ausverkauf stoppen, wenn sie harte Klassenkämpfe führt. Ein solcher Kampf kann Millionen mobilisieren. Frauen werden besonders stark durch Sozialabbau getroffen werden, die Kinderbetreuung und Kindergärten sowie Mietsubventionen für alleinstehende Mütter betreffen.

Zehntausende von ausländischen Arbeitern aus Angola, Kuba, Mosambik, Vietnam und anderswo sind in Gefahr, nach Hause geschickt zu werden (d. h. Massendeportationen). 2,7 Millionen Rentner werden auf ihr Existenzminimum gedrückt werden, abhängig von sozialen Institutionen, deren Budget wahrscheinlich massiv gekürzt werden wird. Und die Machthaber in Bonn kündigen schon ihre Pläne an, das neue Gewerkschaftsgesetz hinwegzufegen in einer allseitigen Offensive, um den FDGB zu zerstören.

Mit Kohl an der Spitze des Ansturms, und zu einem guten Teil durch das Instrument der SPD, wollen diejenigen, die jetzt an die Macht kommen, eine zweistufige Lohnstruktur zwischen Ost und West einführen, die die Arbeiter der DDR besonderer Ausbeutung unterwerfen würde. Ohne Zweifel werden sie unter dem Deckmantel

*Fortgesetzt auf S.2*

# EHRT OSKAR HIPPE

## 1900-1990

Am 13. März 1990 ist der Alttrotzkist Oskar Hippe kurz vor seinem 90. Geburtstag gestorben. Knapp sechs Wochen davor verstarb seine Frau Gertrud am 3. Februar im Alter von 88 Jahren.

Sohn eines Eisenbahnarbeiters, Mitglied des Spartakusbundes, Gründer der KPD und Trotzkist — Oskar Hippes Leben ist ein Tagebuch der deutschen kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert. Ein Sozialist seit über 70 Jahren, verbrachte Hippe sieben Jahre in stalinistischen Gefängnissen, aus denen er 1956 entlassen wurde.

Kurz nachdem Hippe auf der l.-Mai-Kundgebung 1916 Karl Liebknecht hatte reden hören, trat er dem Spartakusbund bei und nahm später an dem Spartakusaufstand von 1918/19 teil und an der Gründung der KPD. Ende der 20er Jahre kämpfte Hippe gegen die stalinistische Degenerierung des deutschen und internationalen Kommunismus und beteiligte sich 1929 an der Bildung des Leninbundes als Teil der trotzkistischen Linken Opposition.

Während die KPD und die Sozialdemokraten Hitler an die Macht kommen ließen, ohne einen Kampf, bildeten Hippe und die Trotzkisten in Oranienburg bei Berlin effektive Arbeitereinheitsfront-Milizen, um die Nazis zu bekämpfen. Nachdem Hitler 1933 die Macht erobert hatte, setzte er den Kampf im Untergrund fort. Nach seiner Verhaftung im Januar 1934 wurde Hippe zwei Jahre lang im Internierungslager der Nazis bei Luckau gefangengehalten und gefoltert. 1936 freigelassen, arbeitete Hippe in einer Tierforschungsabteilung. Dort traf er einen französischen Gefangenen, der zum KPF-Führer Maurice Thorez in direktem Kontakt stand und der in Deutschland als Zwangsarbeiter war. Unter großer persönlicher Gefahr leistete Hippe den französischen Gefangenen und Zwangsarbeitern Hilfe.

Nach der Befreiung Europas durch die Rote Armee nahm Hippe wieder gewerkschaftliche Aktivitäten auf und trat zusammen mit seinen Genossen in die rekonstituierte KPD ein, wo sie zwei oppositionelle Gruppen aufbauten. Mit der Unterstützung von Stalinisten sowie Sozialdemokraten wurde Hippe zu einem der Ortssekretäre des Berliner Gewerkschaftsrats gewählt. Als Antwort auf die Aktivität Hippes und seiner Genossen erließ die örtliche KPD-Führung die Anordnung, daß jeder, der schon einmal aus der Partei ausgeschlossen worden sei, ihr nicht wieder beitreten könne. Hippe wurde wieder hinausgeworfen.

Auch wenn die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), deutsche Sektion der Vierten Internationale, auf etwa 50 Mitglieder begrenzt war und trotz äußerster Armut, brachte sie eine Zwei-Wochen-Zeitung heraus, *Der Marxist,* und verbreitete die Schriften der Internationale. Bis 1947 hatten sie Gruppen im sowjetischen Sektor von Deutschland gebildet und sympathisierende Gruppen in Merseburg, Weißenfels, Halle und im Mansfeldschen Kupferbergbau. Hippe, der in Westberlin wohnte, reiste regelmäßig in den Osten, um Kontakte zu treffen und auf Veranstaltungen zu sprechen.

In seinen Erinnerungen erwähnt Hippe, daß bei einer Gewerkschaftsversammlung in Ostberlin ein russischer Offizier zu einem SED-Mitglied, das mit den Trotzkisten sympathisierte, sagte: „So wie dieser Mann spricht, sprachen bei uns die Trotzkisten!" Hippe wurde in Halle vom russischen Militär verhaftet und wegen „antisowjetischer Tätigkeit" und „illegaler Gruppenbildung" eingesperrt. 15 Monate lang war Hippe in „Untersuchungshaft" und wurde wiederholt gefoltert.

Nicht gewillt, seine Überzeugungen zu verraten, machte Hippe einen Selbstmordversuch, als seine stalinistischen Gefängniswärter damit drohten, seine Frau und Tochter ins Gefängnis zu werfen und sogar zu erschießen, falls er nicht „gestehen" würde, daß die Vierte Internationale »Agenten des amerikanischen Imperialismus" wäre. Er wurde zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, „begründet" mit der Verleumdung, daß die Trotzkisten „den Genossen Kirow ... ermordet" hätten, den Leningrader Parteichef, der 1934 höchstwahrscheinlich auf Stalins Anweisungen hin ermordet wurde — die gleiche Verleumdung, mit der bei den Säuberungen von 1937/38 Zehntausende von alten Bolschewik! in den Tod geschickt wurden.

Nach seiner Freilassung erfuhr Hippe von der Spaltung in der trotzkistischen Bewegung 1953 und bekannte sich zum Internationalen Komitee, den Gegnern der pabloistischen Liquidation der trotzkistischen Parteien. Trotzdem trat er nach einigem Zögern in die SPD ein. Dort arbeitete er mit verschiedenen linken Gruppierungen, darunter Studentengruppen, die sich in Richtung Trotzkismus bewegten und sich 1968 von der SPD abspalteten, als er auch austrat. In den letzten 20 Jahren focht er für die „Einheit aller Trotzkisten", obwohl sich dieselben Gruppen in wesentlichen politischen Fragen, vor allem der russischen Frage, auf völlig entgegengesetzten Seiten befanden. Wo er gleicher Meinung war, solidarisierte er sich mit den verschiedenen Gruppen, auch mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD).

Heute kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für die Ersetzung der stalinistischen Mißwirtschaft durch die demokratische Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten, die ein Vermächtnis für Hippes Lebenswerk sein werden. Ehrt den Genossen Hippe — unser Sieg wird auch seiner sein.

# Verteidigt ...

*Fortsetzung von S. 1*

einer Hexenjagd gegen ehemalige SEDler versuchen, klassenbewußte Arbeiter aus den Sektoren der Schlüsselindustrien hinauszutreiben. Wir rufen die Arbeiterbewegung dazu auf, Linke in der Arbeiterbewegung, Rentner, Frauen, Kinder, Jugendliche, Studenten, ausländische Arbeiter zu verteidigen.

Wenn die PDS von einer „starken Opposition für die Schwachen" spricht, dann meint sie Anträge, die sie in dieser konterrevolutionären Volkskammer einbringt. Und der erste Antrag, wie Gysi noch in der Wahlnacht bekanntgab, wird für eine Aufhebung der Wehrpflicht sein — ein Schritt zur Entwaffnung des Arbeiterstaats. Trotz all ihrem Gerede über Realismus sind die Ideen, die von Gysi und Co. (wie auch der Vereinigten Linken, Die Nelken usw.) verbreitet werden, daß eine Wiedervereinigung unter Beibehaltung der sozialen Errungenschaften stattfinden kann, gefährliche und utopische Illusionen. Der Wunschtraum der PDS, eine loyale Opposition zu einer SPD-Bestattungsregierung zu sein, hat sich in Rauch aufgelöst.

Klassenbewußte -Arbeiter müssen nach den Kämpfen ausschauen, die am machtvollsten geführt werden können. Dabei müssen sie sich an ihre Klassenbrüder richten, von den sowjetischen Bergarbeitern bis zu den westdeutschen Metallarbeitern, denen jetzt eingeredet werden soll, sie müßten die Kosten des Anschlusses bezahlen, und zwar aus ihrer Lohntüte. Der Schlüssel dazu ist der Aufbau einer leninistisch-egalitären Partei. Dies ist die Aufgabe, die sich die Spartakisten gestellt haben.

## Jetzt mehr als je:
# Solidarität mit dem Kita-Streik!

Mit einem entschlossenen „Wir streiken weiter" antworteten die Westberliner Kita-Streikenden auf die Versuche der Gewerkschaftsführung und des SPD/AL-Senats, ihren Kampf auszuverkaufen. Die Erzieherinnen, die in 371 Kindertagesstätten den längsten Streik Westberlins seit Ende des Zweiten Weltkriegs durchkämpfen, dürfen nicht auf sich alleine gestellt bleiben!

Die Erzieherinnen und Erzieher, die seit nunmehr neun Wochen hauptsächlich auf sich alleine gestellt die Streikfront aufrechterhalten, fordern einen Tarifvertrag für mehr Stellen für Erzieher und kleinere Gruppen in den Kindertagesstätten. Doch selbst für diese dringend notwendigen Verbesserungen in den überfüllten Westberliner Kitas haben die Führungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die bei den letzten Wahlen geschlossen für den SPD/AL-Senat gestimmt hatten, bisher nur halbherzige Solidaritätserklärungen abgegeben. Der jetzt hinter verschlossenen Türen ausgemauschelte Ausverkauf, von der Gewerkschaftsführung als „Kompromiß" angepriesen, wurde von den Streikenden empört zurückgewiesen: „„Für so einen Scheiß* habe man nicht neun Wochen lang gestreikt, stellte eine Kreuzberger Kita-Leiterin fest" *(taz,* 17. März). Notwendig ist die kraftvolle Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung, besonders von GEW und ÖTV, die selbst vor Tarifverhandlungen stehen. Arbeiter der Müllabfuhr, die bereits bei ihrem Warnstreik gezeigt haben, daß sie bereit sind zu kämpfen, müssen zusammen mit Bus- und U-Bahnarbeitern und mit allen Lehrern in Solidarität mit den Kita-Erzieherinnen und für ihre eigenen Forderungen in Streik treten. Wie wir in einem Solidaritätstelegramm an die Kita-Streikenden anläßlich des Internationalen Frauentags schrieben:

„Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung senden anläßlich des Internationalen Frauentags ihre solidarischen Grüße an die Kita-Streikenden. Wir stehen dabei gemeinsam mit Eltern und Gewerkschaftlern in der kapitalistischen Inselstadt Westberlin sowie mit den Frauen der DDR, die sich heute gegen Angriffe auf ihre sozialen Errungenschaften und gegen eine kapitalistische Restauration verteidigen müssen. Euer Streik ist ein Kampf für uns alle! Sieg dem Kita-Streik!"

## Lynchjustiz in USA
# Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Das Leben Mumia Abu-Jamals ist bedroht. Mumia, ein schwarzer Journalist aus Philadelphia/USA, sitzt in der Todeszelle, ungerechtfertigt verurteilt aufgrund der Anklage, einen Polizisten ermordet zu haben. Die Verurteilung zur Todesstrafe basierte auf Mumias Mitgliedschaft in der Black Panther Party 12 Jahre vorher. Jetzt hat der Supreme Court von Pennsylvania (das letztinstanzliche Berufungsgericht auf Bundesstaatsebene) innerhalb eines Jahres schon zum zweiten Mal Mumias Berufungsantrag abgewiesen, was bedeutet, daß es jetzt keine gesetzlichen Barrieren gibt, um eine Hinrichtung dieses Vorreiters der Unterdrückten in Pennsylvania zu verhindern.

Als Rundfunkreporter ist Mumia, die „Stimme der Entrechteten", weit bekannt geworden für seinen mutigen Kampf gegen die rassistische, kapitalistische Herrschaft. Mumia ist Unterstützer der MOVE-Gemeinschaft und mußte, schon im Gefängnis, erleben, wie sich die rassistische Fratze des bürgerlichen Staates offen zeigte, als 1985 in Philadelphia ein Bombenangriff auf das MO VE-Haus elf Menschen, darunter fünf Kinder, tötete und ein ganzes schwarzes Wohnviertel zerstörte.

Doch Mumia Abu-Jamal ist ungebrochen. Selbst aus dem Gefängnis heraus führt er seinen Kampf weiter. Eine regelmäßige Kolumne von ihm erscheint in mehreren Zeitungen. Aus der Todeszelle heraus unterstützt er den Kampf gegen den Ku Klux Klan. So sandte er eine Botschaft an die Einheitsfrontdemonstration gegen den KKK am 5. November 1988, die vom Partisan Defense Committee (PDC) organisiert wurde, einer klassenkämpferischen nichtsektiererischen Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die politisch verbunden ist mit der Spartacist League/U.S. (IKL). In seiner Botschaft entlarvte er auch den Rassismus des Imperialismus, „denn Rassisten, die weit tödlicher sind, sitzen da in ihren schwarzen Roben und schicken Schwarze, Spanischsprachige und Arme ins Gefängnis, wo der Staat den Sklavenhalter spielt."

Das PDC hat eine internationale Protestkampagne gestartet und in mehreren Städten Veranstaltungen organisiert, um das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten. Am 24. Februar fand in Atlanta eine machtvolle Veranstaltung statt, die unterstützt wurde von Gewerkschaften, Schwarzen und anderen Gegnern der barbarischen Todesstrafe: „Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal."

In seinem Redebeitrag stellt der Sprecher des PDC fest: „In diesem Land beginnt alles mit der Sklaverei. Die Gesetze der Sklaverei haben die Tötung eines Sklaven zu einem offiziellen Vergehen gemacht, aber tatsächlich war es extrem selten, daß eine weiße Person jemals verurteilt, oder auch nur angeklagt wurde wegen der Tötung eines Sklaven . . . zwischen 1930 und 1967 waren zwei Drittel aller Hingerichteten schwarz, während Schwarze weniger als 12 Prozent der U.S.-Bevölkerung ausmachen. Heute vegetieren landesweit fast 2 200 Gefangene in der Todeszelle."

Dies ist das „demokratische" Gesicht des führenden imperialistischen Staates, des sogenannten „freien Westen". Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) stehen Seite an Seite mit dem PDC und den anderen Gegnern der Todesstrafe. Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

# Für Arbeitermobilisierung gegen rassistischen Terror

*Folgende Presseerklärung der SpAD wurde am 77. März verbreitet.*

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert dringend alle Werktätigen der DDR, der BRD und Westberlins auf, gegen den zunehmenden rassistischen Terror zu mobilisieren. Wir verurteilen den brutalen Mord an Mahmud Azhar, einem Studenten an der Freien Universität in Westberlin. Mahmud Azhar ist vor einigen Tagen im Krankenhaus gestorben, nachdem er am 7. Januar von einem Rassisten aus der DDR angegriffen worden war, als er das Institut für Biochemie an der FU verließ. In deutschnationalem Blutrausch schrie sein Mörder „Deutschland den Deutschen", ehe er Azhar mit einem Feuerlöscher den Kopf blutig schlug. Die Polizei ignorierte Azhars Hilferuf und reagierte erst, als sie noch einen zweiten Anruf von einem Taxifahrer erhielt. Wir sagen: Dies ist die blutige Logik von „Deutschland, einig Vaterland"!

Am 15. März haben Nazis ein jüdisches Mahnmal an der Putlitzbrücke im Bezirk Tiergarten in Westberlin grotesk geschändet, das an Berliner Juden erinnert, die in Hitlers Konzentrationslager verschleppt wurden. Seine heutigen Anhänger hinterließen einen Schweinekopf und eine üble antisemitische Schmähschrift mit Hakenkreuzen. Dieses Mahnmal ist damit in wenigen Monaten schon zum zweiten Mal von Nazis geschändet worden.

Die Kampagne zur Wiedervereinigung hat rechtsradikalen und rassistischen Kräften Aufwind gegeben und auch zunehmend zu Angriffen auf unsere im Ausland geborenen Kollegen in der DDR geführt. Die Regierung von Modrow und dem Runden Tisch ist mitschuldig an der Schaffung dieser finsteren Atmosphäre des Chauvinismus und Rassismus durch ihre diskriminierende Behandlung der ausländischen Arbeiter in der DDR. Und die Einladung der Regierung an das ausländische Kapital wird die ausländischen Arbeiter als erste und am härtesten treffen. Vielen droht schon die Entlassung und im Anschluß daran die Abschiebung. Der BGL-Vorsitzende des IFA-Werk in Ludwigsfelde hat neulich gesagt, daß die rund 1000 ausländischen Arbeiter, die dort beschäftigt werden, „nach der Wahl . . . vermutlich stufenweise in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden".

Hans-Dieter Otto, einer der Kandidaten der SpAD im Wahlbezirk Berlin, hat eine Erklärung abgegeben, in der er öffentlich den undemokratischen Ausschluß der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien von der Wahl am 18. März verurteilt: „Ich bin dafür, als Arbeiter von Bergmann-Borsig, der mit ausländischen Kollegen aus Vietnam und aus Mosambique zusammenarbeitet, daß diese, wenn sie in der DDR arbeiten, das gleiche Recht haben zu wählen wie alle DDR-Bürger."

Die Volkskammer sagt, daß unsere ausländischen Kollegen bei den Kommunalwahlen am 6. Mai das Wahlrecht haben werden. Wir verlangen, daß sie auch jetzt schon, bei den Volkskammerwahlen am 18. März, das Wahlrecht haben müssen, wo es in einem Volksentscheid um die Zukunft unseres Arbeiterstaats selber geht. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft für volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter und ihre Familien.

Die 250 000 Menschen, die in Treptow am 3. Januar gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals protestiert haben, zeigen die Kraft, die in der DDR organisiert werden kann, um gegen Hitlers Nachfolger zu kämpfen und sie zu besiegen. Wir sind stolz auf die zentrale Rolle, die wir bei der Initiierung der antifaschistischen Demonstration in Treptow gespielt haben. Jede Stimme für die Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei den Wahlen am Sonntag ist eine Stimme für eine Strategie des Klassenkampfes, um die Faschisten zu stoppen und um Rassismus und nationalistischen Chauvinismus zu bekämpfen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft alle Arbeiter und Soldaten in unserem Arbeiterstaat — DDR-Bürger und im Ausland geborene Bürger, NVA-Soldaten und sowjetische Soldaten — dazu auf, sich zusammenzuschließen im Kampf gegen rassistischen Chauvinismus und kapitalistische Wiedervereinigung. Wir rufen alle Arbeiter dazu auf, gegen Abschiebungen unserer ausländischen Kollegen zu kämpfen. In den letzten Monaten haben die Spartakist-Gruppen Zehntausende unserer internationalistischen Grüße auf spanisch, vietnamesisch, polnisch und russisch an unsere ausländischen Arbeiter und Genossen sowjetischen Soldaten verteilt. In einem Arbeiterrätedeutschland wird es einen vollwertigen und gleichen Platz für die Werktätigen aller Nationalitäten geben.

17. März 1990

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Extrablatt Mittwoch, 14. März 1990

# Arbeiter von Leuna: Vorsicht vor Betriebsräte-Kampagne der Kapitalisten!

## Sie wollen unsere Betriebe übernehmen oder dicht machen

Am 15. März sollen Betriebsräte von BASF zum Leunawerk kommen, um das BRD-Modell „Mitbestimmung" zu verkaufen. Sie wollen mithelfen, daß diese Nachfolgegesellschaft von IG Farben und andere Westkonzerne unsere Betriebe aufkaufen oder stillegen können. Das ist keine „Demokratisierung der Wirtschaft", sondern ein Schmähgeschäft. Zweck: die Arbeiter sollen an ihrer eigenen Enteignung und Ausbeutung teilnehmen.

SPD, PDS, West-Bosse und auch angebliche Linke beteiligen sich an diesem Betriebsrat-Trick. Es geht hier um den Ausverkauf unserer VEBs, der Werktätigen und der DDR überhaupt. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagt klipp und klar: Statt Betriebsräten, die dem Kapitalismus den Weg bereiten, brauchen wir Arbeiterräte, um unsere kollektivisierte Wirtschaft zu verteidigen.

Wie ist das zu machen? Ganz einfach, indem alle Abteilungen ihre Vertreter wählen, die sich dann mit den Abgesandten von anderen Betrieben in einem gemeinsamen Rat zusammenschließen, um die Arbeiterinteressen durchzusetzen.

Vertreten die BRD-Betriebsräte die Sache der Arbeiter? Keineswegs. Hierzulande ist man sehr wenig darüber informiert. Aber schauen wir mal das westdeutsche Betriebsverfassungsgesetz an. Da steht es wortwörtlich:

- „Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig." Die Betriebsräte sind angewiesen, „Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitslauf oder der Frieden des Betriebs beeinträchtigt werden."
- „Der Betriebsrat darf nicht durch einseitige Handlungen in die Leitung des Betriebs eingreifen."
- Mitglieder der Betriebsräte sind „verpflichtet, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse . . . nicht zu offenbaren."

Das heißt also: Streikverbot, Burgfrieden mit dem Kapital, Ausschluß aus Leitungsentscheidungen und Schweigepflicht über „Geschäftsgeheimnisse" wie z.B. geplante Entlassungen. Offensichtlich dienen solche Betriebsräte Modell SPD nur dazu, den Klassenkampf der Arbeiter zu verhindern.

Und in der Praxis: als die HDW-Werftarbeiter in Hamburg 1984 den Betrieb besetzten, um angekündigte Entlassungen zu verhindern, versuchte der Betriebsrat zuerst, die Entlassungen vor den Arbeitern geheimzuhalten, dann sabotierte er die Betriebsbesetzung mit der Drohung einer Kündigung der ganzen Belegschaft.

Rechtlich und in ihren Handlungen sind also diese Betriebsräte — zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie — ein Werkzeug der Bosse gegen die Arbeiter. Und gerade das wollen sie uns aufzwingen! Jetzt wettern westdeutscher Arbeitgeberverband und DGB gemeinsam gegen das neue Gewerkschaftsgesetz. Kein Wunder, denn sie haben Massenentlassungen vor, und unsere ausländischen Kollegen sind jetzt bereits von Ausweisung bedroht. Volle Rechte, staatsbürgerliche und gewerkschaftliche, für die ausländischen Werktätigen!

So bemüht sich zum Beispiel der Belriebsrat der Volkswagen A.G. um „intensivere Zusammenarbeit mit den Kollegen in den Betrieben des IFA-Kombinates". so das Bankier-Sprachrohr *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. März). Was sie den DDR-Kollegen nicht sagen ist, daß durch das Joint venture „ein erheblicher Teil" der IFA-Arbeiter arbeitslos werden wird. Laut IFA-Generaldirektor Voigt sogar 60 bis 70 Prozent.

In der letzten Nummer von *Spartakist* (l. März 1990) ist eine geschichtliche Darstellung über Betriebsräte und Arbeiterräte in Deutschland zu lesen ("Wie die SPD die Rätemacht sabobierte"). Darin wird berichtet, wie das Betriebsrätegesetz von 1920 mit der blutigen Unterdrückung von Arbeiterprotesten durchgesetzt wurde. Ebenso diente die sogenannte „Mitbestimmung" nach dem Zweiten Weltkrieg dazu, kämpferische Betriebsräte zu zerschlagen. Bereitet Euch zum Kampf vor — kauft *Spartakist!*

Heute sind westdeutsche Kapitalisten, Sozialdemokraten und stalinistische Ausverkaufs-Bürokraten dafür, Betriebsräte zu gründen, um Klassenkollaboration zu betreiben. So soll der Anschluß auf Betriebsebene aussehen: die Errichtung von Betriebsräten soll die Einführung des Kapitalismus begleiten.

Aber die Leuna-Arbeiter haben eine lange Tradition des Kampfes, von den Märzkämpfen 1921 bis zum Arbeiteraufstand vom Juni 1953 gegen den Stalinismus.

Am 6. März richtete die Gewerkschaftsgruppe der Abteilung Harnstoffe des VEB Leunawerke eine Resolution an die Volkskammer, worin sie „die Umwandlung unserer volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften" als den „ersten Schritt zur Reprivatisierung unserer Industrie" verurteilt.

Das Privatisierung-Gesetz wurde beschlossen und danach vom Runden Tisch bestätigt. Es gilt zu kämpfen, wobei die Arbeiterklasse auf die unabhängige Mobilisierung ihrer eigenen Kraft setzen muß. Wir müssen gemeinsame Sache machen mit den westdeutschen Arbeitern gegen die kapitalistischen Ausbeuter, die ihre Profitgier jetzt auch auf die DDR ausdehnen wollen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber sagt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Gegen die Privatisierung der VEBs! Stoppt den Ausverkauf— Arbeiterräte an die Macht!

Wählt Spartakist, Liste 21, am 18. März.!

14. März 1990

Extrablatt
14. März 1990

# KPDler sagt:
# Wählt SpAD in Halle

14.03.90

An meine Genossen im Bezirk Halle:
Wie Ihr wißt, kandidiert die KPD im Bezirk Halle nicht. Es stellt sich also für uns die Frage: wen wählen am 18. 3.? Wenn ich mir die Wahlprogramme der linken Kräfte anschaue und nach Ähnlichkeiten mit dem Wahlprogramm der KPD suche, finde ich einige. Welcher Punkt aber ist entscheidend, welcher bestimmt alles andere?

Meiner Meinung nach ist Folgendes entscheidend:
1. Anschluß der DDR — ja oder nein
(auch eine Konföderation läuft letzten Endes auf Anschluß hinaus)
2. Was tun, wenn ein solcher nicht mehr verhindert werden kann

Zu 2. finde ich in wenigen Programmen Antwort, die hoffen lassen. Zu l. fast nirgends.

Die KPD sagt: kein Anschluß, und passiert es doch, dann wollen wir . . . (brauche ich euch ja nicht zu erzählen). Aber gibt es noch eine Kraft, die eindeutig gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung ist? In der Vereinigten Linken gibt es solche Kräfte, aber es gibt dort auch andere.

Eine einzige Partei wäre da noch: die SpAD. Sie hat das Manko zu Punkt 2 (was, wenn doch) nichts zu sagen. Sie konzentriert sich voll auf den Kampf dagegen. Nun muß ich dazu sagen, daß die SpAD eine trotzkistische Partei ist. Aber wir sollten uns nicht dadurch abschrecken lassen, denn
1. ist das Programm entscheidend,
2. waren nach 1925 etliche Trotzkisten in der KPD und
3. nennen sie sich S p a r t a k i s t - . . . , also nach dem Vorgänger der KPD.

Außerdem geht es nicht um Trotzki, sondern um die DDR. Kann ich Euch nun empfehlen SpAD zu wählen? Ich glaube ich kann. Sicher bin ich mir jedoch, daß auch aussichtslos erscheinende Kämpfe erst einmal ausgefochten werden müssen.

In nachdenklicher Entschlossenheit,
J. A. C.
Mitglied der KPD Merseburg

---

## Ehrenmal für Märzkämpfer in Leuna geschändet

Am 23. März 1921 beschlossen die Leuna-Arbeiter dem Aufruf der Bezirksleitung der KPD folgend in den Generalstreik zu treten. In der Nacht vom 28. zum 29. März 1921 griffen Polizeieinheiten und Reichswehr der Weimarer Republik das Werk an. Die Mehrheit der kämpfenden Leunaproleten gerieten in die Hand der Reaktion. Drei Tage herrschte in Leuna der Ausnahmezustand, über 2000 Leunaproleten wurden in unseren Düngemittelsilo eingekerkert, mehr als 50 Arbeiter wurden dabei ermordet. Neun der gefallenen Genossen wurden danach — weil der zuständige Pfaffe ein normales Begräbnis verweigerte — auf dem Gänseanger in Leuna-Kröllwitz verscharrt.

1927, nach sechs Jahren, wurde endlich durch den Vorsitzenden der KPD ein würdiges Ehrenmal für die Opfer der Reaktion in Leuna eingeweiht. An dieser Manifestation nahmen mehr als 20 000 Proleten teil. Nachdem die Nazis das Ehrenmal der gefallenen Kämpfer für die Gerechtigkeit dem Erdboden gleichgemacht hatten, wurde diese Gedenkstätte nach dem Sieg der Roten Armee über das National-sozialistische" Deutschland neu errichtet.

Inzwischen haben Reaktionäre den Ehrenfriedhof der in Leuna während der Naziherrschaft ermordeten Zwangsarbeiter geschändet. Nun kam es in der Nacht vom 4. zum 5. März 1990 — ausgerechnet am Geburtstag von Rosa Luxemburg — zur Schändung des Ehrenmals der Märzkämpfer.

Leuna-Arbeiter, reicht es euch immer noch nicht? Besinnt euch auf eure revolutionären Traditionen! Verlangt die sofortige Wiederherstellung des Ehrenmals! Wählt Spartakist!
Klaus N.
BD. Stickstoff

### Kontaktadressen: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

| | | |
|---|---|---|
| **SpAD**<br>**Postfach 2002**<br>**Berlin 1026** | **Postfach** 21 07 50<br>**1000 Berlin 21**<br>**Tel. (030) 4 92 78 66** | **Spartakist-Gruppe**<br>**Postfach 24**<br>**Greifswald 2200** |
| **c/o Verlag Avantgarde**<br>**Postfach 11 02 31**<br>**2000 Hamburg 11** | LJ. **Nundel**<br>Postamt 25, Postlagernd<br>**Leipzig** 7025 | **Spartakist-Gruppe**<br>**HPA Rostock« Postlag. 01**<br>**Rostock 2500** |

# Wählt SPARTAKIST

## NVA-Offizier ...

*Fortsetzung von S.8*

tion, wenn man dieses als Gesamtprozeß sieht, auch zunehmend auf die führenden kapitalistischen Länder ausdehnen.

Ja, und die Politik Gorbatschows, ich gebe ihr keine Zukunft. Wenn Gorbatschow nicht selber bricht, sich selber um 180 Grad dreht, die gegebene Lage erkennt, und vor allen Dingen sofort was unternimmt, um nämlich diese revolutionäre Situation in die entwickelten kapitalistischen Länder zu tragen. Das heißt, z.B. kommunistische internationale Bewegungen zu unterstützen, die Initiative zu ergreifen, wie es Lenin mal gemacht hat, um eine starke internationale kommunistische Bewegung zu schmieden. Und aufhören würde mit dem Burgfrieden, den man geschlossen hat mit dem Kapitalismus, und die sozialdemokratischen Tendenzen, die jetzt gemacht werden.

Im Moment sieht es so aus, daß die Avantgarde jetzt aus der westlichen Welt, das Proletariat, zu uns kommt. Weil wir revolutionäre Babys sind, revolutionäre Kinder, die die ersten Schritte machen, die vom Stalinismus gelähmt waren. Und für uns wird jetzt eine Welt eröffnet, wo wir uns erst einen Überblick verschaffen müssen. Und das heißt also, zum Beispiel, die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands überholt sozialdemokratische Kräfte und Tendenzen bei uns, schafft hier erstmal wieder eine Avantgardepartei.

Das muß aber wieder eine Dialektik werden, oder eine Wechselwirkung. Wir wollen auch schöpfen. Wir suchen den Kontakt mit dem Proletariat der kapitalistischen Länder. Denn hier ist der scheinbare Sozialismus gescheitert. Jetzt fragt man die Arbeiter des kapitalistischen Landes, geht es dir wirklich so besser? Oder wollen wir beide zusammen die bewußte Revolution, von der mal schon seit Urzeiten geredet wird, jetzt endlich machen?

Auseinandersetzungen, auch bewaffnete Auseinandersetzungen, kann es geben, bei dieser Weltrevolution, die angestrebt wird. Ich setze aber Weltrevolution nicht mit kriegerischen Auseinandersetzungen gleich. Wir sind Militärs, Kommunisten, und wenn es solche begrenzten Konflikte gibt, muß es fähige Militärs geben, muß es organisierte Arbeiterarmeen geben, Volksarmeen, Generäle des Volkes, die das sachkundig führen.

Und die Profilierung der Arbeiter kann nur erfolgen, auch in diesem Land und überhaupt, in allgemeiner Wehrpflicht. Wenn die allgemeine Wehrpflicht fällt, bildet sich automatisch eine Berufesoldatenkaste heraus, die sich abspaltet und abkapselt vom Proletariat, und die Gefahr des Rutsches und der Verselbständigung. Es muß wirklich im allgemeinsten Sinn eine allgemeine Wehrpflicht geben, aber jemand, der nicht für uns dienen will, der nützt uns nichts, der schießt uns nämlich im Ernstfall in den Rücken. Damit hatte ich jahrelang unter dem stalinistischen System zu tun als Offizier, daß ich mit Soldaten ins Gefecht gehen mußte, die nicht für uns gekämpft hätten.

Klassenlose Gesellschaft ist angestrebt von den Kommunisten. Über das Beamtentum diszipliniert der Kapitalist die Arbeiterschaft. Diese Schicht führt den Knüppel gegen das Proletariat. Wenn hier heutzutage ein großer Teil der stalinistischen Beamten jetzt offiziell nach dem Beamtenstatus ruft, ist das offene Konterrevolution. Das wäre ein großer gesellschaftlicher Rückschritt, und der Kapitalismus würde ein Mittel in die Hand bekommen in diesem Land, um wieder die Knute führen zu können.

Das wäre einer der wichtigsten Punkte auch für die Armee. Kein Beamtenstatus! Keine Abspaltung von der Arbeiterklasse! Meine Eltern sind Arbeiter, nicht Beamte. Ich will nicht Beamter werden. Ich wäre zwar sozial sicher, aber ich bin Kommunist. Ich bin kein Büttel, sondern ich stehe im Dienste des Volkes. Ich werde natürlich niemals gegen das Volk handeln.

Zu dem Dienen von Ausländern in unserer Armee. Ich bedaure es und andere bedauern es auch, daß mit dem neuen Wahlgesetz einfach die Sache, daß Ausländer hier wählen dürfen, unter den Tisch gekehrt wurde. Jeder, der diese kommunistische Idee verteidigt, der kann sowohl in dieser Armee als auch in einer anderen internationalistischen Armee dienen. Wenn ich hier als roter Offizier stehe, stehe ich nicht nur für dieses Volk, dann stehe ich für alle Kommunisten der gesamten Welt. Es wäre also ein Signal, wenn mit dieser Armee auch Ausländer dienen dürfen.

# Sie haben den falschen Wagen geklaut

Schon bald nach dem Zusammenbruch des Honeckerregimes stießen eine Reihe von Menschen zu uns — einige, weil sie von unseren Ideen angezogen wurden, andere, weil wir prominent geworden waren. Und wer wußte damals, was in der Zukunft passieren würde?

Um es kurz zu machen, zwei Typen namens Günther und Dieter und einige ihrer Freunde haben sich aus unserer Organisation davongemacht, unter Mitnahme verschiedener Vermögenswerte, einschließlich Autos, Geld von unserem Organisationskonto, an uns gesandte Post, und Bücher. Von Trotzkisten zu stehlen und dabei vorzugeben, selbst Trotzkisten zu sein, wird weder ihrer Karriere als angebliche Linke noch als Diebe nutzen, besonders wenn sie mit all den anderen Schwindlern in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland konkurrieren müssen.

Sie zeigten ihre tiefgehenden politischen „Differenzen" mit der SpAD, indem sie sich bei der Regierung der DDR unter Vorlage von exakt identischen Kopien des Statuts und Programms der SpAD registrieren ließen. Enttäuschte Erwartungen sind eine gefährliche Angelegenheit, und diese Leute können irgendwo oder nirgends wieder auftauchen.

Linke deutsche Arbeiter sollten besonders zwei Dinge im Auge behalten: Das erste sind die Volksfrontambitionen der PDS und ihrer Satelliten, die wirklich „rote Seifenblasen" verbreiten, während der westdeutsche Imperialismus gierig die DDR verschlingt. Und die zweite Sache, die besorgniserregend ist, sind angebliche Linke, deren Haß auf den Stalinismus sie unauffällig dazu geführt hat, das Land der russischen Revolution, in der Lenin, Trotzki und Swerdlow an prominenter Stelle gestanden haben, mit der Herrschaft der Zaren gleichzusetzen. Dies gilt für Organisationen wie BSA, MLPD, die KPD-MLs, Gruppe Arbeitermacht.

Die Arbeiter sollten besser wissen, und sie werden es zunehmend bitter erfahren, daß Deutschland mit einem Vierten Reich nicht in eine Periode von immer mehr Glück, Macht, Warenproduktion, Konsum und immer weiterer Expansion eintritt. Die deutsche Bourgeoisie glaubt, daß sie mit der Einverleibung der DDR ihre Niederlage von 1945 rückgängig machen kann. Sie baut eine neue imperialistische Großmacht auf, um Europa dominieren zu können, und der *Drang nach Osten* ist nur einer ihrer Wege.

Eine Menge von Kämpfen steht bevor. Teilen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen in Mittel- und Osteuropa wird der Kampf aufgezwungen. Unsere Aufgabe ist es, diese Kämpfe zu verstehen und zu führen, dies kann zusammen mit der Theorie nur in der Praxis getan werden. So daß Europa und die Welt zuguterletzt, nach schrecklichen Kriegen, Ausrottung und Not, dem schrecklichen Völkermord entrinnen kann, der mit dem 4. August 1914 angefangen hat.

*Anmerkung: Es ist möglich, daß Briefe an unsere ehemalige Postlagerkarte oder Geld an unser ehemaliges Konto nicht angekommen ist. Bitte richtet alle Korrespondenz an: SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026. Überweist Geld an: Konto der Spartakist-Gruppe, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496, Kennwort "SpAD",*

# Über die Verteidigung der DDR:
# Interview mit einem NVA-Offizier

Am Mittwoch traten Soldaten des NVA-Wachregiments Friedrich Engels, das die Ewige Flamme beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus Unter den Linden bewacht, in einen Warnstreik für bessere Lebensbedingungen und für Fortsetzung ihrer Dienstzeit im Zivildienst. Am Ende des Monats soll das ehemalige Wachregiment Feliks Dzierzynski aufgelöst werden, seine früher 10 000 Mann wurden bereits ausgemustert. Wenn die westlichen Medien über eine bevorstehende Auflösung der Nationalen Volksarmee reden, ist das keine Erfindung.

Während die -militärische Führung von einer „Militärreform" spricht und unsinnigerweise von einer integrierten NVA-Bundeswehr unter der Flagge der deutschen Wiedervereinigung träumt, wächst an der Basis der Volksarmee die Unruhe. Im letzten Monat haben sich Soldatenräte der 43. Fla-Raketenbrigade Erich Weinert an den Runden Tisch gewandt, der ihnen die kalte Schulter zeigte, als sie sich in einer Erklärung beschwerten, daß „die Soldaten und Unteroffiziere um ihre Arbeitsplätze, Wohnungen und die soziale Absicherung ihrer Familien bangen". Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert, daß jeder Soldat nach Beendigung seines Militärdienstes an seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann, ein Recht, das jetzt durch Einführung der Marktwirtschaft bedroht wird.

Die SpAD ruft dazu auf, demokratisch gewählte Soldatenräte in der ganzen NVA zu organisieren, die der unbeugsamen Verteidigung der DDR gegen den Imperialismus verpflichtet sind, und eine starke proletarische militärische Macht zu schaffen, in der Ränge und Privilegien abgeschafft sind. Wir stimmen mit Lenin überein, der eine bewafffnete Arbeitermiliz befürwortete, jedoch können wir in der gegenwärtigen Situation angesichts schwerbewaffneter imperialistischer Armeen nicht ohne stehendes Heer auskommen. Heute, angesichts des zunehmenden Drangs nach Anschluß der DDR an das kapitalistische Westdeutschland müssen wir gegen die Hexenjagd auf jetzige und ehemalige SED/PDS-Mitglieder bei den bewaffneten Organen ankämpfen.

Nachstehend drucken wir Auszüge eines Interviews mit einem Offizier der NVA vom 3. März ab, der ein Anhänger der Kommunistischen Plattform der PDS ist. Während unsere Auffassungen sich nicht in allen Punkten decken, schafft die gemeinsame Verpflichtung auf Internationalismus und die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter die Basis für einen wirklichen Dialog.

---

***ARPREKORR:*** Es gibt in der letzten Zeit viele Berichte, daß die NVA aufgelöst wird, als Vorbereitung für eine Wiedervereinigung, um die NATO und Bundeswehr in der DDR zu stationieren. Ist das wahr?

***Antwort:*** Bestrebungen gibt es in sehr viele Richtungen, genauso wie beim politischen Spektrum in diesem Land, zeigt es sich in der Armee, es widerspiegelt sich. Ich kann es vom Standpunkt eines Kommunisten sehen. Und ich sage, es gibt die Vorbereitungen rechter Kräfte, die möchten den Beamtenstatus, die möchten in die Bundeswehr aufgenommen werden.

Es gibt genauso Kräfte, die die wichtige Rolle dieser Armee für dieses Land erkannt haben und für die weltpolitische Lage. Die sagen, die Armee ist notwendig, da sie ein entscheidender Faktor für die Eigenstaatlichkeit ist, ein entscheidender Faktor, das Volkseigentum in diesem Land zu erhalten. Das ist nämlich die letzte Hürde, die der Kapitalismus nehmen müßte, um dieses Volkseigentum zu bekommen. Die Armee würde ihn immer da dran hindern.

Die Armee wurde im relativ kommunistischen Sinne erzogen und strukturiert. Es sind viele Leute darin enthalten, besonders auch Offiziere, die kommunistischen Idealen folgen, die niemals sich gegen das Volk stellen würden und die sehr wohl begreifen, wie wichtig ihre Rolle ist, auch international. Wer die NVA auflöst, löst hier endgültig die Möglichkeit auf, eine sozialistische Alternative zu schaffen.

Wir versuchen, uns als Kommunisten zu beteiligen an der Gründung einer Gewerkschaft, daß diese Armee unannehmbar wird für z.B. die NATO und die Bundeswehr. Anfang Januar gab es einige Sachen, wo Soldatenräte gestreikt haben. Das schwappte über auf die Bundeswehr und spiegelte sich dort genauso wider. Man hatte große Angst, daß das größere Ausmaße annehmen könnte in der Bundeswehr.

Auch jetzt, was jetzt gefordert wird, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen, kann auch Konsequenzen haben für die NATO-Armeen, besonders für die Bundeswehr. Aber man kann nicht total abrüsten und sich sagen, „na der andere wird das schon hinterhermachen." Denn wer total abrüstet, der zieht die weiße Flagge hoch und übergibt sein Land dem anderen. Das wäre naiv, zu denken, daß wir abrüsten und die anderen rüsten auch ab. Das geht nur in beiderseitigen Schritten.

***ARPREKORR:*** Nun, daß die Rote Armee eine zurückhaltende Rolle gespielt hat, bedeutete, die Revolution [in der DDR] konnte friedlich laufen. Und das war eine gute Entwicklung. Aber natürlich ist es ganz widersprüchlich, weil die Gorbatschow-Politik ein grünes Licht zu kapitalistischer Wiedervereinigung gibt. Was denkst du, werden die Auswirkungen in der DDR und Sowjetunion in Bezug auf diese Politik sein, und bei der Sowjetarmee?

***Antwort:*** Zu Gorbatschows Politik sehe ich das eindeutig so: Er kämpft im Moment mit dem Fakt, daß die Theorie vom Sozialismus in einem Staat gescheitert ist und akzeptiert das noch nicht im vollen Umfang. Der Prozeß, der in der DDR stattgefunden hat, der findet nach und nach auch — nur etwas länger, weil es ein größeres Land ist — in der Sowjetunion statt.

Im Moment läuft von unserer Seite aus gesehen ein großes gesellschaftliches Weltereignis ab. Vor uns steht jetzt die große Frage: Lassen sich die Völker der Warschauer Vertragsstaaten wirklich durch die Kapitalisten ihr Eigentum oder ihr Geschaffenes aus der Hand nehmen, oder wird man an einem entscheidenden Punkt sagen: „Bis hierhin und nicht weiter, jetzt machen wir wirklich die Revolution weiter, die wir begonnen haben."

Die Revolution kann nämlich in eine kapitalistische Konterrevolution münden. Die Geister, die man rief, waren eigentlich ganz andere als die, die dann gekommen sind. Vielleicht zieht sich diese Revolution im Gesamtsystem über zig Jahre hin. Und vielleicht muß sich diese Revolu-

*Fortgesetzt auf S. 7*

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Registriernummer 824 Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 29 27. März 1990 10 Pfennig

## Klassenkampf gegen Raubzug des Kapitals!

# Vorstoß zum Vierten Reich bedroht alle Werktätigen

Die Verführung der allmächtigen DM bestimmte den Ausgang der Volkskammer-Wahlen mit einem Sieg für ein Viertes Reich des deutschen Imperialismus. Der galoppierende Drang zur Wiedervereinigung und die Aussicht auf ein kapitalistisches Großdeutschland stellt nicht nur eine zunehmende Gefahr für die sozialen Errungenschaften der DDR dar — seine erste Zielscheibe —, sondern für die Werktätigen der ganzen Welt. Bonns Drang nach Osten jagt dem polnischen Volk zu Recht Angstschauer über den Rücken und wird scharf zunehmende chauvinistische und rassistische Angriffe gegen Polen, Türken, Vietnamesen, Afrikaner und andere Minderheiten in BRD und DDR bedeuten.

Der Sieg der restaurativen Kräfte bei den Wahlen am 18. März fand unter dem Zeichen des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus statt, der jetzt durch diesen Sieg enorm verstärkt werden wird. Nicht überraschend läßt „Deutschland, einig Vaterland" die Völker Europas erschauem. Angesichts der Perspektive, die Bundeswehr an ihrer Westgrenze zu haben, geben die Polen sogar ihren Antisowjetismus auf, der in den vergangenen Jahren so üppig wucherte. Sowjetische Truppen, die im westlichen Polen stationiert sind, bemerkten, wie beliebt sie in den letzten Monaten bei der Bevölkerung geworden sind.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands trat als einzige Partei bei den Wahlen klar und offen gegen kapitalistische Wiedervereinigung auf. Als einzige gesamtdeutsche Arbeiterpartei sind wir für Internationalismus gegen deutschen Nationalismus, wir. wollen die Arbeiter im Osten und im Westen im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten vereinigen. Wir warnen, daß Arbeiter in der DDR, die für den Anschluß gestimmt haben in der Hoffnung, daß „die schnelle DM" ein „Ja zum Wohlstand" bedeutet, sehr bald herausfinden werden, daß sie „Ja zur Arbeitslosigkeit" gesagt haben. Und die SpAD ruft die klassenbewußten Arbeiter *auf Jetzt* den Kampf zur Verteidigung unserer Arbeitsplätze, besonders von Frauen und ausländischen Arbeitern, und unserer Gewerkschaftsrechte vorzubereiten.

Die Frankfurter Bankiers sind entschlossen, die DDR in ein Billiglohnland zu verwandeln, indem sie den Lebensstandard der Arbeiter hinunterschrauben. Und mit ihren Plänen zur Zerstörung der sozialisierten Grundlagen des deformierten Arbeiterstaats DDR zielen sie zuerst darauf ab, jegliche ernsthaften Gewerkschaftsrechte zunichte zu machen. Graf Otto von Lambsdorff, Führer der West-FDP, besteht darauf, daß es keine Wiedervereinigung geben darf, solange das neue Gewerkschaftsgesetz in Kraft bleibt. Der Westberliner CDUler Pieroth, voraussichtlicher Wirtschaftsminister einer „Allianz für Deutschland"-Regierung, macht dies mit seinem Verlangen deutlich, daß das Aussperrungsverbot weg muß. Was sagt das über die Wiedervereinigung aus, die sie im Sinne haben?

Das Gewerkschaftsgesetz, das von der alten Volkskammer in ihrer letzten Sitzung angenommen wurde, gibt den Arbeitern

*Fortgesetzt auf* S.2

## Nieder mit dem BRD-Gesetz gegen Immigranten!

Im Gleichschritt mit dem Deutschnationalismus betreibt die Bonner Regierung immer brutaler ihre rassistische Hetze gegen eingewanderte Arbeiter. Nach dem von BRD-Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorgelegten Entwurf eines neuen Ausländergesetzes, der noch vor Mai dieses Jahres durchgepeitscht werden soll, sollen eingewanderte Arbeiter — selbst wenn sie seit Jahren in Westdeutschland arbeiten und für fette Superprofite der Bosse sorgen mußten — jeglichen Anspruch auf Aufenthalt verlieren. Politische Flüchtlinge, die in Westdeutschland um Asyl ansuchen, werden im Schnellverfahren abgeschoben und dem Terror ihrer Heimatländer ausgeliefert.

Dementsprechend steht Entlassung gleichbedeutend für Abschiebung. Die Nacbzugsbeschränkungen für Familienangehörige erinnern an die Rassistengesetze in Südafrika. Selbst Neugeborene, die in der BRD zur Welt kommen, sollen abgeschoben werden, wenn kein „ausreichender Wohnraum" vorgewiesen werden kann, was bei dem chronischen Wohnungsmangel und den in die Höhe schnellenden Mieten fast unmöglich ist.

Mehr als zwei Millionen Immigranten, die großteils in Betrieben der Schlüsselindustrien arbeiten, sollen noch mehr zur Zielscheibe des selbsternannten Nachfolgestaats des Dritten Reiches werden. Jetzt will die BRD-Regierung ein noch umfassenderes Bespitzelungssystem installieren, mit „Unterrichtspflicht"! Politische Betätigung, die der Regierung nicht in den Kram paßt, soll völlig ausgeschaltet werden. Angesichts der erwiesenen Kampfbereitschaft der eingewanderten Arbeiter wollen die Kapitalisten noch vor den bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen der IG Metall zum Rundumschlag gegen unsere eingewanderten

*Fortgesetzt auf S.7*

# Vorstoß zum Vierten Reich ...

*Fortsetzung von* 5.7

das Recht der „Mitbestimmung" bei der Einführung der kapitalistischen Ausbeutung. Aber es kodifiziert das Recht auf Streik und auf Gewerkschaftsaktivität. Das brachte ihr nicht nur die Denunziation der Christdemokraten sondern auch der Sozialdemokraten ein. DGB-Führer Ernst Breit kritisierte den FDGB dafür, daß er zu viele Rechte verlange, während Ost-SPD-Führer Ibrahim Böhme das Verbot der Aussperrung als „unattraktiv und investitionshemmend" bezeichnete! Sie wollen die BRD-Gesetze kopieren, wo bestreikte Kapitalisten einfach die anderen Arbeiter aussperren können und ihnen anschließend sogar Arbeitslosengeld verweigern.

Lambsdorff und Pieroth riefen auch zur rapiden Privatisierung der VEBs auf. Dies wird Massenentlassungen in nie gesehenem Maße bedeuten. Das *Handelsblatt* (23./24. März) berichtet über Schätzungen, daß die Arbeitslosigkeit sofort auf zwei Millionen hinaufschnellen wird, das bedeutet fast jeder vierte Beschäftigte. Kombinatsdirektoren bereiten schon reihenweise Entlassungspapiere vor: IFA, das mit VW und Daimler-Benz ins Geschäft steigt, denkt an den Rausschmiß von 20 000 seiner 50 000 Arbeiter. Und ein Robotron-Sprecher hat angekündigt, daß mit Ausnahme der Farbfernseherproduktion und der Fertigung von elektrischen Schreibmaschinen sich die Arbeiter der anderen Kombinatsbetriebe (66 000 von insgesamt 68 000) „bald ohne Arbeit wiederfinden werden" *(Financial Times,* 20. März).

Viele CDU-Wähler unter den Arbeitern haben sich gedacht, „nun gut, selbst wenn sie mich entlassen, dann kriege ich wenigstens BRD-Arbeitslosengeld, und das ist immer noch mehr als mein DDR-Lohn." Nichts da! In einer Erklärung, nach einer Sitzung des DGB und der westdeutschen Arbeitgebervereinigung, wurde die Übereinkunft verkündet, daß für eine gewisse Zeit das Lohnniveau und die Sozialleistungen „deutlich unter dem westdeutschen Standard" liegen müssen *(Frankfurter Rundschau,* 10. März). Diese „Übergangsperiode" wurde als zwischen zwei und zwanzig Jahre dauernd benannt! Und dies gilt nur für diejenigen, die glücklich genug sind, einen Arbeitsplatz zu behalten. Die Arbeiterinnen der DDR werden doppelt getroffen werden, weil die Abschaffung der Schulspeisung und der Kinderkrippen viele Frauen, die nicht direkt von Entlassungen betroffen sind, dazu zwingen wird, ihre Arbeit aufzugeben, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. Den Frauen der DDR droht wieder die Versklavung in der Küche.

Zusammen mit den Entlassungen wird es zu einer antikommunistischen Hexenjagd kommen, die sich besonders gegen jetzige oder ehemalige SED/PDS-Mitglieder richten wird. Die Säuberungen haben schon damit angefangen, daß ehemalige Stasi-Angehörige auf die Abschußliste gesetzt worden sind. Die *New York Times* (20. März) hat einen Unterstützer der DDR-SPD zitiert, als er versuchte, die kommende Hexenjagd zu rechtfertigen: „Es wird Arbeitslosigkeit geben, besonders bei den kommunistischen Parteimitgliedern. Viele von ihnen haben keinen richtigen Beruf, oder sie sind Alkoholiker, oder sie kommen immer zu spät zur Arbeit, weil man ihnen ja nichts anhaben konnte."

Und es geht nicht nur um Entlassungen. Metallarbeiter bei Bergmann-Borsig werden täglich von westdeutschen „Rowdies" angegriffen, die Steine über den Zaun werfen und sogar Löcher in die Mauer schlagen. Kohls CDU-Wahlkampfveranstaltungen waren von Rostock bis Leipzig mit faschistischen Banden durchsetzt, den Stoßtrupps für eine kapitalistische Wiedervereinigung. Mit der Parole „Rote raus" wollen sie alle beseitigen, die Arbeiterinteressen verteidigen, und der FDGB soll als ein mögliches Zentrum des Widerstands zerschlagen werden. Die Sozialdemokraten spielen in dieser Kampagne eine führende Rolle, besonders mit ihren Versuchen, Betriebsräte nach dem Muster der BRD einzuführen.

Die Arbeiterklasse der DDR hat noch nicht ihre Stimme erhoben als eine organisierte Kraft, die für ihre eigenen Klasseninteressen kämpft. Aber es wird bestimmt scharfe Kämpfe geben gegen die Versuche der Kapitalisten, die sozialen Grundlagen des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR zu zerschlagen. Polen hat schon seit mehr als sieben Monaten eine Regierung, die auf die Restauration des Kapitalismus abzielt, aber die Imperialisten mußten feststellen, daß die Wiedereinführung des Kapitalismus nicht einmal in Polen so einfach ist, wo die Wirtschaft total am Ende ist und die Arbeiterklasse durch Solidarnosc, eine klerikal-nationalistische Massenbewegung, demoralisiert worden war.

Wenn Entlassungswelle, Berufsverbotskampagne - und massive Preiserhöhungen in der DDR wirksam werden, werden die Arbeiter mit dem Rücken zur Wand Widerstand leisten müssen. Bei Bergmann-Borsig, wo westdeutsche Gewerkschaftler die Machtlosigkeit der Betriebsräte a la BRD erläutert haben, und wo westdeutsche Kapitalisten die Trommel für „Joint ventures" rühren, haben die Arbeiter stattdessen einen Belegschaftskontrollrat unter Beteiligung der BGL gebildet. Aber zu welchen Forderungen, zu welchen Kampfformen sollen wir greifen? Isolierte Streiks in Einzelbetrieben könnten kapitalistische Aussperrungen und Betriebsschließungen erleichtern.

Mit der Konterrevolution vor der Tür wird jede wirkliche Verteidigung von Arbeiterinteressen eine Situation der Doppelherrschaft hervorbringen. Massenentlassungen und Versuche, Fabriken stillzulegen, müssen mit Fabrikbesetzungen beantwortet werden und mit der Aufrechterhaltung der Produktion unter Arbeiterkontrolle. Dies erfordert die Unterstützung anderer Werke des selben Kombinats und der Lieferanten: aus solchen Kämpfen heraus werden sich Arbeiterräte bilden. Und sich darauf zu beschränken, Druck auszuüben, wird die Wiedervereinigungs-Volkskammer nicht davon abhalten, das Gewerkschaftsgesetz aufzuheben: was wir brauchen, ist ein Generalstreik, wie ihn schon der FDGB angedroht hatte, um das Gesetz durchzusetzen.

Der Schlüssel dazu wird umfassender Klassenkampf der Arbeiter und eine antikapitalistische politische Strategie sein. Indem die Kapitalisten versuchen, ein zweistufiges Lohnsystem zwischen Ost und West zu schaffen, trachten sie danach, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben. Es wird nötig sein, die Vorurteile der westdeutschen Arbeiter zu bekämpfen, um erfolgreich die sozialen Errungenschaften und den Lebensstandard in der DDR zu verteidigen. Und so wie die Arbeiter in der BRD den Rassismus gegen türkische Immigranten bekämpfen müssen, müssen die Arbeiter in der DDR ihre Kollegen aus Mocambique, Vietnam, Kuba und Polen gegen Angriffe und Abschiebungen verteidigen.

Im Augenblick triumphiert das schwarz-rot-goldene Banner des deutschen Nationalismus. PDS, VL, KPD und der Rest der opportunistischen Linken machen mit bei dem großdeutschen Rausch. Aber trotz dieser Lähmung und Kapitulation gibt es eine Menge von Menschen, die kein kapitalistisches Großdeutschland haben wollen. Am Tag nach der Volkskammerwahl sind in Berlin 3000 bis 5000 Demonstranten unter einem Banner „Berlin bleibt links" und mit Sprechchören „Nazis raus" unter dem Singen der Internationale auf die Straße gegangen. Als Antwort wurden aus Solidarität rote Fahnen und Staatsfahnen der DDR aus den Fenstern geschwenkt.

Sowohl in der BRD, der DDR und jenseits der Oder-Neiße-Grenze ist der Schlüssel die revolutionäre Führung. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die deutsche Arbeiterklasse dazu auf, eine wirksame Solidarität mit den

## SpAD-Kandidat Toralf Endruweit und Renate Dahlhaus

# Trotzkisten im Fernsehen

*Am 76. März hat die SpAD eine fünfminütige Wahlsendung im Fernsehen gemacht, deren Wortlaut wir nachstehend abdrucken.*

**Toralf Endruweit:** Guten Abend, wir sind von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Ich bin Toralf Endruweit, der Volkskammerkandidat der Spartakisten. Das ist meine Genossin Renate Dahlhaus, unsere Sprecherin.

Wir sind die Partei, die bei diesen Volkskammerwahlen sagt, daß wir eintreten, ganz entschieden, gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Wir treten ein für die Verteidigung der DDR und der Sowjetunion. Wir sagen, wer nicht fähig ist, das bereits Errungene zu verteidigen, wird niemals Neues erkämpfen können.

Wir sind die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga und kämpfen für die Erneuerung der Vierten Internationale.

**Renate Dahlhaus:** Eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hätte katastrophale Auswirkungen auf Rentner, Jugendliche, ausländische Bürger und vor allem die Frauen, die sofort wieder zurück an den Herd geschickt werden müssen.

Wir wollen keine Deutsche-Banken-Republik, sondern wir wollen kämpfen dafür, daß die soziale Marktwirtschaft, die bedeutet Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Elend, daß die verhindert wird, und daß das, was in der DDR geschaffen worden ist, erhalten wird und ausgebaut wird. Und das heißt, für Arbeiterräte, daß die Arbeiter selber bestimmen und dieses Land endlich demokratisch verwalten und gestalten, daß sie an die Macht kommen. Und das ist das Programm — Arbeiter- und Soldatenräte, für den Erhalt der DDR. Und das heißt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung.

**Toralf:** Wir treten ein für ein internationalistisches leninistisches, trotzkistisches Programm. Uns wird immer vorgeworfen, wir wären unrealistisch und utopisch. Aber ist es realistisch, einzutreten für ein Viertes Reich, in welchen Grenzen auch immer, für ein groß-nationales Deutschland? Oder ist es realistisch, zu kämpfen, daß unsere Errungenschaften erhalten bleiben in der DDR?

Wir treten ein für internationale Arbeitsteilung. Wir gucken nicht nach Gorbatschow, sondern wir gucken zu den Arbeitern in Workuta, in Sibirien, in der Sowjetunion, die zu Zehntausenden gestreikt haben, um ihre Rechte zu verteidigen, die gestreikt haben, um die sozialen Mißstände in ihrem Land zu bekämpfen, um gegen die Perestroika-Politik von Gorbatschow zu kämpfen.

Die PDS sagt, erst müssen wir eine Marktwirtschaft einführen, indem sie sagen „soziale Marktwirtschaft", was eine Lüge ist, weil es keine soziale Marktwirtschaft geben kann.

Sie sagen, sie wollen eine starke Opposition für die Schwachen sein, was Verrat und Demagogie ist. Denn wer sollen die Schwachen sein in diesem Land? Wir wollen nicht, daß es Schwache gibt, und wir sagen, die PDS ist eine schwache Opposition für die Starken in diesem Land. Zweitens sollten sie sich zusammenschließen und eine Stimme machen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung.

Die PDS sagt, erst muß die Marktwirtschaft eingeführt werden, dann können wir kämpfen für einen Sozialismus. Das haben wir schon mal gehört, die KPD hat gesagt, „nach Hitler wir**. Was daraus geworden ist, wissen wir alle.

Gorbatschow versucht uns jetzt sein Erdöl zu verkaufen für DM. Die müssen eben jetzt Devisen dafür geben für Öl, was ihnen nicht gehört, sondern den Arbeitern, die es gefördert haben. Und wir treten ein, mit diesen Arbeitern zusammenzustehen, um Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um ein Vereinigtes Sozialistisches Europa zu bilden.

Wir treten ein, zusammen mit den Arbeitern in der Sowjetunion, den Arbeitern in England, die zu dieser Stunde in den Straßen von London gegen die Thatcher-Politik kämpfen. Wir treten zusammen mit den Arbeitern Westdeutschlands, die in diesem Jahr streiken werden für Lohnerhöhungen und für Arbeitszeitverkürzung.

Wir sind keine Knierutscherpartei wie diejenigen, die eine Wiedervereinigung wollen, ob nun schneller wie die SPD, oder langsamer wie die PDS. Wir stehen aufrecht und sagen das, was viele von uns wissen — gegen kapitalistische Wiedervereinigung.

**Renate:** Wählt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Wir stehen in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki. Für ein rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

---

polnischen Arbeitern zu organisieren, die gegen kapitalistische Austeritätspolitik kämpfen. Die Einheit des deutschen Proletariats gegen das deutsche Kapital kann machtvoll durch aktive Solidarität der Arbeiter in der DDR für einen Metallarbeiterstreik in der BRD demonstriert werden. Und wenn die Arbeiter von Eisenhüttenstadt ihren Klassenbrüdern an der Ruhr zur Seite stehen, wenn proletarische Solidarität sich von Frankfurt/Main über Frankfurt/Oder bis Warschau und Gdansk erstreckt, kann die imperialistische Ausplünderung gestoppt werden.

Der Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der sozialen Errungenschaften ist Teil des Kampfes für ein Arbeiterrätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

**Abonniert *Spartakist* Zeitung der SpAD!**

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Bestellt bei: Postfach 2002,
Berlin 1026

Sparkasse der Stadt Berlin,
Konto-Nr. 6652-44-314496




**VERANSTALTUNG**
3. April - 19.00 Uhr

**SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN**
geöffnet Di.-Do. 18.00-21.00 Uhr

Kulturhaus „Ernst Schneller", Fließstraße 3-7, Berlin 1190

## Für Arbeitersicherheitsausschüsse! Verteidigt die Arbeitsplätze!

# Woher kommt die Hysteriekampagne gegen das KKW Greifswald

Nach den Volkskammerwahlen stellt sich immer direkter die Gefahr für die sozialen Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR durch eine kapitalistische Wiedervereinigung. Mit dem Versprechen von westlichem „Know-how" wollen die Kapitalisten westliche Massenarbeitslosigkeit einführen und ganze Gebiete des Landes in eine ökonomische Müllhalde verwandeln. Heute geht es um das Schicksal von Greifswald. Bei einer Schließung des KKW „Bruno Leuschner" in Lubmin würden sofort 8000 der insgesamt 18 000 Arbeitsplätze in Greifswald gestrichen, die restlichen Arbeitsplätze wären gefährdet und die Fernheizung würde abgeschaltet. Die Stadt wäre buchstäblich kaltgestellt, in eine Geisterstadt verwandelt und zehn Prozent der Energieversorgung des DDR wären ausgelöscht.

Nach der massiven Einschüchterungskampagne der westlichen Medien und einem Diktat des CDU-Bundesreaktorministers Karl Töpfer stimmte die Regierung von Modrow und Rundem Tisch zu, einzelne Blöcke des Kraftwerks stillzulegen. Wir berichteten *(Spartakist/Arprekorr* Nr. 22, 8. Februar) über die Demonstration vom 6. Februar, als 15 000 Arbeiter des Lubmin-Werks zusammen mit ihren Kollegen von NEG gegen diese Entscheidung, sie auf der Grundlage von unberechtigten „Sicherheits"empfehlungen durch „Spezialisten" der BRD von ihren Arbeitsplätzen hinauszuwerfen, protestierten. Aber eine Woche später wurden zwei der vier Blöcke stillgelegt, und seitdem noch ein weiterer. Die *taz* (2. März) berichtete, daß eine „Zwischeneinschätzung" dazu aufforderte, gleich das gesamte Kraftwerk zu schließen. Die Spartakist-Arbeiterpartei sagt: Kein einziger Arbeitsplatz in Greifswald darf gestrichen werden! Die Arbeiter und ihre Verbündeten müssen jetzt zur Verteidigung ihres Lebensunterhalts mobilisieren.

Die Kampagne zur Schließung des KKW in Greifswald ist Teil einer imperialistischen Destabilisierungskampagne gegen die DDR. Sie wurde vom *Spiegel* mit einer Reihe von panikmachenden Artikeln im Januar angefangen. Diese skrupellosen Artikel waren mit Sprüchen überladen wie z. B.: „atomarer Sprengsatz, der jeden Moment in die Luft fliegen . . . kann", „fast ein Super-GAU", „Alptraum-Störfall", „ein atomares Pulverfaß" usw. Die Überschrift des Artikels am 29. Januar lautete: „Zeitbombe »Tschernobyl Nord'." *Der Spiegel* ist offensichtlich bei Goebbels Politik der „Großen Lüge" in die Schule gegangen. In der Kampagne für kapitalistische Wiedervereinigung konkurriert er sogar mit Springers *Bildzeitung,* was wüste Übertreibungen und massive Verzerrung anbelangt.

Zum ersten hat Greifswald weder in bezug auf irgendwelche Sicherheitsprobleme noch bezüglich der grundlegenden Konstruktion irgendetwas mit Tschernobyl gemein, außer daß beide Reaktoren von der Sowjetunion gebaut wurden. Der ernsthafteste Unfall, der im Dezember 1975 in Greifswald auftrat, beinhaltete einen Kurzschluß, der zum Kabelbrand führte. Die Stromversorgung von allen Hauptumwälzpumpen außer einer fiel aus. Aber *weder der atomare Brennstoff noch andere Teile der Anlage wurden beschädigt. Der Spiegel* malte einen späteren Unfall als mögliche Katastrophe aus, vor der uns nur ein „technisches Wunder" bewahrte. Aber Dr. Manfred Meurer, Direktor für Forschung und Entwicklung beim Kombinat Kernkraftwerke, hebt hervor: „Zu jenem Zeitpunkt hatte der betreffende Block drei noch keinen atomaren Brennstoff geladen." *(Wochenpost,* 9. März)

Ungeachtet dieser Hysterie gegen Greifswald gibt es bezüglich atomarer Energie ernsthafte Sicherheitsfragen, in Greifswald genauso wie anderswo. Die SpAD ist eine marxistische politische Partei, und als solche behaupten wir nicht, irgendwelche besonderen Fähigkeiten im Umgang mit solchen technischen Fragen zu haben. Um aber möglichst umfassende Informationen für unsere Leser und besonders für die Arbeiter in Greifswald zusammenzustellen, haben wir verschiedene technische Fachpublikationen herangezogen und telefonisch mit einem dänischen Wissenschaftler gesprochen, der sich mit Reaktorsicherheit beschäftigt.

Am 2. Februar, am Höhepunkt des westdeutschen Aufruhrs über das Greifswalder KKW, erklärte die dänische Zeitung *Fyns Amts Avis* (2. Februar) in ihrer Überschrift: „Kein Grund für Panik über Atomreaktor!" Der Artikel zitiert „die Einschätzung dänischer Experten über die gegenwärtige Situation bezüglich des vieldebattierten Atomkraftwerks, das sich 120 Kilometer von Dänemark befindet", und fährt fort: „Die jüngsten Informationen über eine Reihe von Unfällen sind übertrieben und überdramatisiert. Bei den meisten Fällen ist es eine Frage von Routineberichten, wie sie gleichermaßen von jedem anderen Atomkraftwerk herausgegeben werden."

Genauso berichtete das amerikanische Atomkraft-Magazin *Nucleonics Weck* (22. Februar), daß sogar „ein erfahrener westeuropäischer Sicherheitsbeamter die Erklärung von Töpfer zu Greifswald als ‚technisch überflüssig' und ‚allein von der Politik der deutschen Wiedervereinigung' bewertete."

In einem Interview bemerkte Dr. Peter Fynbo vom Riso National Laboratory in Dänemark, daß der Tschernobyl-Reaktor ein Graphitreaktor ist, der nur in der Sowjetunion verwendet wird. Der Greifswald-Reaktor ist ein anderer Typ, der dem Hochdruckwasser-Reaktor ähnlich ist, wie sie im kapitalistischen Westen hauptsächlich verwendet werden. Tatsächlich war der Kabelbrand 1975 einem Unfall beim Brown's Ferry-Kraftwerk in Alabama in den Vereinigten Staaten ähnlich, und er war weitaus weniger gefährlich als die Beinahe-Kernschmelze beim Three-Mile-Island-KKW in Pennsylvania 1979.

Eine internationale Arbeitsgruppe von acht Atomsicherheitsexperten, die vom 12. bis 16. Februar Greifswald besuchten, „fanden die Anzahl von sicherheitsbedeutsamen Ereignissen nicht über dem Durchschnitt" *(Nucleonics Weck,* 22. Februar). Tatsächlich sind in den vergangenen zwei Jahren alle 1191 Ereignisse in Greifswald, über die Berichte erstellt wurden, noch nicht einmal von einer neuentwickelten internationalen Skala erfaßt worden, mit der Reaktorunfälle bewertet werden, mit Ausnahme von sechs. Und die anderen sechs waren auf den Stufen eins oder zwei, „die nur geringe Abweichungen aufzeigen (und die erkennen lassen), daß es dort weder radioaktive Entweichungen . . . noch einen ernsthaften Verlust von Sicherheitsschutz" gab.

Der Artikel in *Nucleonics Weck* stellt auch fest, daß

„westdeutsche offizielle Stellen vorgeschlagen haben, daß als Ersatz für die beiden 440-Megawatt-Blöcke schnell Elektrizität von den beiden westdeutschen Kohlekraftwerken an der Grenze geliefert werden könnte". Im Interesse unserer Gesundheit wollen sie uns also noch mehr mit Schwefeldioxid-Abgasen vergiften! Kein Wunder, daß 45 Prozent der Bevölkerung der DDR, eine weit höhere Zahl als in der BRD, für atomare Energie im Interesse von besserer Luft eintritt.

Diejenigen, die wie Neues Forum und Die Grünen für eine Schließung von Greifswald getrommelt haben, tun damit nichts zur Verbesserung der Umwelt, sondern eine Menge, um die Profite der westdeutschen Energieindustrie aufzustocken. Verschiedene westdeutsche Firmen wie das Bayernwerk und Preussenelektra, die Reaktoren in der DDR bauen wollen, sind daran interessiert, die von der Sowjetunion gebauten Reaktoren in Greifswald zu diskreditieren.

Das Freiburger Öko-Institut beschuldigte westdeutsche Energiekonzerne, „Eroberungsfeldzüge" durchzuführen, zur „Aufteilung des neuen Energiekuchens DDR", einschließlich „kurz- und mittelfristig Überkapazitäten aus ihrem Kraftwerkspark über die geplanten Stromtrassen in die DDR zu verscherbeln" *(Frankfurter Rundschau,* 12. März). Langfristig planen sie "die atomare Aufrüstung mit dem Bau von Atomkraftwerken in der DDR". Tatsächlich drängt der deutsche Imperialismus zur Aufrüstung mit Atomwaffen, *die er auch schon hat.* Hierin besteht die reale Atomgefahr — denkt nur an einen Hitler mit A-Waffen!

In einem Deutschland der Arbeiterräte werden Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung einen viel größeren Stellenwert einnehmen als dies jemals in irgendeinem kapitalistischen Staat der Fall ist oder sein wird. Diese Fragen können nicht von einer Handvoll Bürokraten entschieden werden, und noch viel weniger von kapitalistischen Konzernen, deren einziges Interesse es ist, ihre Profite hochzutreiben. Die technischen Spezialisten, die sich heute dazu gezwungen sehen, im Auftrage der Kapitalisten oder der Bürokraten zu lügen und zu schwindeln, werden unter einer Regierung von Arbeiterräten ihre Fähigkeiten voll einsetzen können und uns über die besten Möglichkeiten, unser Leben zu verbessern, beraten.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die Arbeiter in Greifswald auf, ihre eigenen Sicherheitsausschüsse zu organisieren, die die fähigsten ihrer Kollegen wählen und die Ratschläge von technisch kompetenten Experten heranziehen sollten. Anders als die stalinistischen Bürokraten, die durch Jahre der Verschleierung diskreditiert sind, könnten solche Ausschüsse der imperialistischen Hysterie-Kampagne entgegentreten und entscheiden, ob aus Sicherheitsgründen wirklich ein oder mehrere Blöcke in Greifswald stillgelegt werden müssen. Sollte das der Fall sein, müssen für alle Arbeiter andere Arbeitsplätze gefunden werden. Nur die politische Macht von demokratisch gewählten Arbeiterräten kann sicherstellen, daß stichhaltige Entscheidungen im Interesse der Sicherheit aller gefällt werden.

Wir sind für weitestgehende technische Entwicklung, einschließlich Atomkraft, durch enge Zusammenarbeit mit den anderen Arbeiterstaaten. Hinter Breschnews Entscheidung in den frühen achtziger Jahren, sowjetische Ölpreise in die Höhe zu treiben, stand das Dogma des „Sozialismus in einem Lande". Jetzt verkauft Gorbatschow der DDR Öl für harte Währung. Das Honecker/Mittag-Regime antwortete darauf mit nationaler Autarkie, was die Verbrennung von immer mehr Braunkohle bedeutete. Was wir wirklich brauchen, ist internationale sozialistische Planwirtschaft. Eine Übernahme durch die Kapitalisten wird nur größere Arbeitslosigkeit und weniger Sicherheit bedeuten. Die einzige Sache, an der die Kapitalisten interessiert sind, sind ihre eigenen Profite. Die SpAD sagt: Nieder mit der imperialistischen Destabilisierungskampagne! Verteidigt die Arbeitsplätze der Arbeiter in Greifswald! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

## Bericht aus Halle-Neustadt:

# Müllarbeiterstreik verhindert Privatisierung

Als Pläne zur Privatisierung der kommunalen Müllabfuhr in Halle-Neustadt bekannt wurden, traten die 524 Müllarbeiter am 14. März geschlossen in Streik. Anlaß war ein Antrag des Betriebsdirektors auf Gewerbegenehmigung beim Rat der Stadt Halle-Neustadt. Er hatte den gleichen Antrag bereits zuvor beim Rat der Stadt Halle gestellt, wo er aber abgelehnt wurde. Zusammen mit der berüchtigten westdeutschen Firma Edelhof wollte er die Müll-Entsorgung in Halle-Neustadt übernehmen.

„Wir wollen kommunal bleiben", forderten die Arbeiter, die entschlossen sind, ihre Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Vom frühen Morgen an blockierten sie mit ihren Lkws Betriebshof und Einfahrt, um sicherzustellen, daß kein Müllauto den Hof des VEB Stadtwirtschaft Halle verläßt. Sie betonten auch, daß eine Privatisierung über die daraufhin frei kalkulierbaren Preise auf die Mieten durchschlagen würde. Nach nur wenigen Stunden kapitulierte der Rat der Stadt vor den streikenden Arbeitern: die Müllabfuhr bleibt vorerst kommunal, der Betriebsdirektor und sein Stellvertreter wurden von ihren Posten gefeuert, und die Arbeiter bildeten im Kampf einen Betriebsrat.

Die Fahrzeuge des VEB Stadtwirtschaft Halle sind im Schnitt zehn bis 15 Jahre alt und es bedarf enormer Anstrengungen der Arbeiter, die Müllabfuhr der Stadt aufrechtzuerhalten. Die Aussicht auf Mercedes-Lkws und DM, um z. B. frisches Gemüse kaufen zu können, brachte eine Mehrzahl der Arbeiter dazu, für die CDU zu stimmen. Als Vertreter der Spartakist-Arbeiterpartei das Gelände besuchten, waren lauter Kohl-Plakate im Betriebshof zu sehen. Aber die Arbeiter sind fest entschlossen, eine Privatisierung ihres Betriebs und damit verbundene Entlassungen zu verhindern.

Dieser Gegensatz zwischen phantastischen Hoffnungen auf ein DM-Wirtschaftswunder und der begründeten Furcht, ihre Errungenschaften zu verlieren, widerspiegelt im kleinen das Bewußtsein von breiten Teilen der Arbeiterschaft der DDR. Während die meisten Linksparteien die kapitalistische Wiedervereinigung mit leerem Wahlkampfgerede über soziale Sicherheit mitmachen, ruft die SpAD zum entschlossenen Kampf gegen die Privatisierung und die sonstigen Konsequenzen des Anschlusses an die BRD auf.

Was die modernen Lkws angeht, könnten diese beispielsweise aus dem ungarischen Ikarus-Werk geliefert werden, das aber vor kurzem für die Heilige Kuh „soziale Marktwirtschaft" geopfert wurde. Auch für Müllarbeiter ist eine internationale Planwirtschaft vonnöten.

## Brief an Spartakist/ARPREKORR

# Wohin treibt Gorbatschow?

Hallo Spartakisten!
Euren „Spartakisten" habe ich mir jetzt das dritte Mal gekauft. Ich habe das Bedürfnis, Euch meine ehrliche Meinung dazu zu schreiben. Ich schreibe Euch, wie auch Ihr in Eurer Zeitschrift anonym, da man ja nicht ahnen kann, was für Zeiten noch kommen. Zuerst einmal finde ich es gut, daß es in dieser Zeit noch Leute gibt, die nicht der „Allgemeinheit" hinterherlaufen und nicht auf das offizielle Gehetze eingehen. Zunächst einmal möchte ich bekunden, daß ich im wesentlichen mit Eurer Meinung übereinstimme. Auch nach meiner Meinung ist die proletarische Demokratie die einzige Zukunft der Menschen. Ich stimme mit allem überein, außer mit dem, was ich jetzt gerne zu bedenken geben möchte.

Zuallererst möchte ich davor warnen, daß Ihr zu extrem in Eurer Meinung werdet und damit stalinistische Züge annehmt. Zum anderen warne ich vor einer zu schnellen Verurteilung M. Gorbatschows. Nach meiner Meinung versucht er nicht die SU zu verkaufen, er steht nur auf dem Standpunkt, man kann nicht, wie es im Stalinismus versucht wurde, dem Volk etwas verordnen, sondern es muß selbst und ohne Einfluß erkennen, was gut und was weniger gut ist (natürlich ist so etwas bei uns z. Z. nicht möglich), deshalb spricht er z. B. auch davon, daß die Reformprozesse erst greifen müssen. Daß dabei allerhand Dreck mit hochkommt ist einleuchtend, aber mit staatlichen Verboten erreicht man da nichts.

Außerdem ging es Lenin um ein Absterben des Staates nach der Diktatur des Proletariats (natürlich in der jetzigen Lage nur nach innen). Das ist aber nur möglich, wenn der Kommunismus zur Überzeugung geworden ist, und zwar durch die Erfahrungen der Menschen, und nicht durch *blinde* Propaganda, denn das hatten wir ja schon. Die Menschen müssen also *bewußt* diesen Dreck ablehnen. Wenn Ihr das akzeptieren könnt, würde ich mich freuen, wenn Ihr ihn unterstützen würdet, denn viele bejubeln zwar, was er macht, aber alle lassen ihn allein und das Ziel sollte doch einen.

Lenin und Trotzki werden oft als ruhige, besonnene und kameradschaftliche Menschen beschrieben. In diesem Sinne sollte man ihre Werke auch studieren und weiterführen, was einseitige Interpretation hervorbringen kann, auch das sollte uns die Geschichte lehren. Also nicht mit allzuviel Haß aber viel Verstand zu den Wahlen gehen. Ein Kommunist zeichnet sich dadurch aus, daß er allen anderen Menschen zwei Schritte voraus ist (das nicht als Festlegung, sondern als Aufforderung). Als Arbeitsvorlage empfehle ich Euch Lenins „Staat und Revolution". Es liefert genau die theoretische Grundlage, die jetzt benötigt wird.

Entschuldigt falls sich vieles überheblich anhören sollte, aber in der Kürze und Eindringlichkeit ließ sich vieles nicht anders formulieren. Es sollte nur eine Anregung zum Nachdenken sein und erhebt keinen Anspruch auf absolute Wahrheit.

Viel Erfolg und Zuversicht vor allen bei den Wahlen wünscht Euch

G. K.

ARPREKORR antwortet: Wir begrüßen den besonnenen Brief von G. K. Andere haben uns in Verteidigung Gorbatschows ähnliche Fragen gestellt. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum Gorbatschow anfänglich so populär war. Glasnost hat den Würgegriff des stalinistischen Zensors gelockert und sowjetischen Bürgern zumindest die Möglichkeit gegeben, zu lesen und auszusprechen, was sie wollen, und Gorbatschow versucht offensichtlich Lösungen zu vermeiden, bei denen Blut fließen würde. Doch der gleiche Gorbatschow steht der Desintegration des multinationalen sowjetischen Staates vor und facht das Anwachsen der kapitalistischen Kräfte in der Sowjetunion an. Und jetzt hat er explizit den kapitalistischen Anschluß der DDR abgesegnet.

Die Hauptbedingung für die Entwicklung des Sozialismus — und damit für das Absterben des Staates — ist die Zerschlagung des imperialistischen Systems durch Arbeiterrevolution in den imperialistischen Ländern. Der Stalinismus dagegen stärkt die Kräfte des Imperialismus und unterminiert die Verteidigung der Sowjetunion. Gorbatschows Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan stärkte Washington und dessen afghanische Mörderbanden. Sein Druck auf die Sandinistas in Nicaragua hat dazu beigetragen, den Weg für die Rückkehr einer Contra-Regierung freizumachen. Und seht Euch die Auswirkungen seines Nachgebens gegenüber Bonns Drang nach einem Vierten Reich auf die DDR und die ganze Welt an!

Gorbatschows Politik, und besonders die ökonomischen und internationalen Aspekte von Perestroika, basieren nicht auf den Interessen des Proletariats, sondern auf einer Schicht von Technokraten und Intellektuellen, deren Blick zum imperialistischen Westen gerichtet ist. Sie wollen eine Marktwirtschaft, bürgerlichen Parlamentarismus und umfassende Beschwichtigung des NATO-Imperialismus. Hauptsächlich aus Kindern von Stalins Apparatschniks bestehend, kapituliert diese privilegierte Schicht jetzt auf ganzer Linie vor dem unversöhnlichen wirtschaftlichen und militärischen Druck des Weltkapitalismus auf die Sowjetunion. Stalinismus, ob unter Gorbatschow oder unter seinen Vorgängern, bedeutet den Verrat des revolutionären Kampfes und Beschwichtigung des Imperialismus.

Zuhause haben Gorbatschows „Marktreformen" die Appetite der wirtschaftlich besser gestellten Nationalitäten verstärkt, und damit nationalistische Gegensätze freigesetzt und verstärkt, die all die Jahre durch die großrussische Bürokratie unterdrückt worden waren. Und jetzt hat eine konterrevolutionäre Regierung Litauen zu einer unabhängigen Republik erklärt. Mittlerweile nimmt der Antisemitismus zu und Juden in Moskau und Leningrad leben in Furcht vor Pogromen, während die Faschisten von Pamjat eine gefürchtete Kraft geworden sind.

Gorbatschows Wirtschaftspolitik hat ihn zunehmend *unpopulär* gemacht bei den sowjetischen Arbeitern, deren Recht auf Vollbeschäftigung und soziale Errungenschaften direkt gefährdet sind. Kleinkapitalistische „Kooperativen", denen Gorbatschow grünes Licht gegeben hat, sind der am meisten verhaßte Teil der sowjetischen Gesellschaft. Die Arbeiter der Sowjetunion haben begonnen, Widerstand zu leisten, wie man beim großen Bergarbeiterstreik vom letzten Sommer und weiteren Streiks in diesem Winter sehen konnte. Die Streikkomitees, die die Bergarbeiter gebildet hatten, zeigen den Weg zu wirklichen Sowjets, die die gesamte Gesellschaft lenken werden.

Für weitere Informationen über Gorbatschow und seine Politik empfehlen wir unseren Lesern unsere Spartakist-Broschüre „Marktsozialismus in Osteuropa".

# Brief an unsere sowjetischen Genossen Soldaten

Liebe Genossen,
Soldaten der sowjetischen Armee, Ihr kommt aus einem Land, das jetzt in großer Sorge ist. Eure Vorgesetzten und politischen Instrukteure haben Lenin so sehr in den Himmel gehoben und Trotzki so sehr verleugnet und vergraben, daß der eine jetzt eine langweilige Ikone ist und der andere ein Monster. In Wirklichkeit waren beide reale Menschen in einer realen Welt, die die Massen der sowjetischen Völker zur Befreiung geführt haben, soweit dies in einem armen, rückständigen, vom Krieg verwüsteten Land möglich war.

Heute ist in der Heimat die Lage sehr konfus. Auf der einen Seite ist es erlaubt, über verbotene Dinge unserer Geschichte zu reden und Antworten darauf zu finden. Auf der anderen Seite wird die kapitalistische Ausbeutung ermutigt. Die Nationalitäten sind ruhelos und wollen sich abtrennen, denn Jahrzehnte des Stalinismus haben sehr stark den Geschmack des Zarismus hinterlassen, den Lenin als "ein Völkergefängnis" charakterisiert hat. Durch Perestroika wurden die schon früher existierenden nationalen Widersprüche in großem Maße angeheizt und intensiviert durch die Förderung von wirtschaftlichem Wettbewerb und Egoismus. Die sozialistischen Prinzipien der Gleichheit, des Internationalismus und der proletarischen Solidarität wurden herabgewürdigt.

Einen anderen Pol bilden Pamjat und dergleichen, die sich danach sehnen, zum "alten Rußland" des Obskurantismus, der Rückständigkeit und der Verfolgung von Juden zurückzukehren. Großrussische nationalistische Demagogen versprühen ihr Gift in der Arbeiterklasse, um deren Handlungsfähigkeit zur Verteidigung ihrer Interessen über nationale Grenzen hinweg lahmzulegen. Wie Lenin 1919 gesagt hat: "Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät. Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis der Arbeiter aller Nationen im Kampf für den Sturz des Kapitals."

Die Sowjetunion von heute ist nicht so bedürftig wie 1920, als sie aus dem Bürgerkrieg hervorkam. Aber seit 1945 sind ihre imperialistischen Feinde unter der Führung der Regierung der Vereinigten Staaten in einem gnadenlosen allseitigen Kampf zur Zerschlagung der Sowjetunion vereint.

Stalins verbrecherische Usurpation der Sowjet- und Parteidemokratie, seine Feindschaft gegen die internationale sozialistische Revolution und sein feiges Kriechen vor der einen oder der anderen imperialistischen Macht hat die Sowjetunion so sehr geschwächt, daß Stalins Erben jetzt planen, sie aufzugeben. Sie kapitulieren vor der Aussicht eines Vierten Reiches. Dies wird die gefährlichsten kriegstreiberischen Kräfte ermutigen, vom westdeutschen Revanchismus bis zum Pentagon, die sich jetzt vorgenommen haben, die Sowjetunion zu zerstückeln und als antikapitalistischen Staat zu zerstören.

Dieser Kurs wird von breiten Schichten der städtischen Intelligenz getragen und vorangetrieben, die in der Tat die Nachkommen der ehemaligen Bürokraten Stalins sind und die jetzt glauben, daß sie kapitalistische Beamte und Beschöniger werden können. Aber die ökonomische und politische Realität des Kapitalismus auf dem Grab des multinationalen Heimatlands der Oktoberrevolution wird alles andere als nett sein. Hütet Euch vor den Lügen der Demagogen des "freien Marktes", die das Leben im Kapitalismus als Traumland vorgaukeln. Hütet Euch vor den Lügen der wiederauflebenden Sozialdemokraten, die von einem "kontrollierten Kapitalismus" sprechen; sie sind, bewußt oder nicht, ein Trojanisches Pferd für eine neue Operation Barbarossa.

Die Sowjetunion braucht eine starke Arbeiterpartei, aufgebaut auf innerer Demokratie und militärischer Einheit an der Front. Seit 1945 habt Ihr und Eure Väter hier in der DDR gestanden, an dieser Frontlinie gegen die imperialistischen Bedrohungen für unsere gemeinsamen Errungenschaften, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden. Wir müssen die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion und den anderen Arbeiterstaaten auf der Basis der Arbeiterdemokratie vertiefen. Dies war der Kommunismus von Lenin und Trotzki. Es ist höchste Zeit, daß Ihr herausfindet, wie die Sowjetunion wirklich entstanden ist, und daß Ihr diese Lehren heute anwendet.

Wir senden beste Grüße von deutschen, amerikanischen und anderen Kommunisten der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

März 1990

# Immigranten ...

*Fortsetzung von S. l*

Kollegen ausholen. Und mit der Aussicht des Anschlusses der DDR als Billiglohnland werden ausländische Arbeiter beiderseits der Grenze gefährdet. Wenn die Osram-Kapitalisten den VEB NARVA übernehmen, werden vietnamesische Frauen in Berlin (DDR) und türkische Frauen in Westberlin sofort von Entlassung bedroht.

Die Abwesenheit der vorgeblichen Linken bei Demonstrationen in .der letzten Woche gegen das BRD-Ausländergesetz ist ein weiterer Beweis ihrer Unterordnung unter das Aufwallen des deutschen Nationalismus. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert im Gegensatz dazu: Für Gewerkschaftsmobilisierung gegen die geplanten Massendeportationen! Keine einzige Abschiebung! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien!

Durch Ausgrenzung und Polizeiterror werden die verbliebenen „Gastarbeiter" eingeschüchtert. Faschistische Terrorgruppen operieren als Vorreiter und Fahnenträger des deutschen Nationalismus. Nazi- und Skinheadbanden erheben auch in der DDR immer frecher ihr Haupt, die Hetze gegen Ausländer nimmt zu. Dies geht sogar so weit, daß die Gründung von „Selbsthilfegruppen von Frauen mit nicht ganz deutsch aussehenden Kindern" angekündigt wurde (*Tribüne,* 22. März). Was für ein entsetzlicher Ausdruck — nicht ganz „arisch" hieß es seinerzeit —, und was für eine menschliche Tragödie muß dahinterstehen!

250 000 Menschen haben am 3. Januar in Treptow den Weg angegeben, wie Naziterror und Ausländerhetze bekämpft werden müssen: durch Arbeitereinheitsfronten, um die braune Pest zu zerschlagen, wenn sie noch klein ist!

**Kontaktadressen: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen**

**SpAD**
**Postfach 2002**
**Berlin 1026**

**Postfach 21 07 50**
**1000 Berlin 21**
**Tel. (030) 4 92 78 66**

**Spartakist-Gruppe**
**Postfach 24**
**Greifswald 2200**

**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11 02 31**
**2000 Hamburg 11**

**U. Nündel**
**Postamt 25, Postlagernd**
**Leipzig** 7025

**Spartakist-Gruppe**
**HPA Rostock, Postlag. 01**
**Rostock 2500**

# Письмо нашим товарищим советским солдатам

Дорогие Товарищи!

Солдаты Советской Армии, в настоящее время обстановка в вашей стране крайне обострилась. Ваши должностные лица и политинформаторы, так долго превозносившие Ленина и отвергавшие и предававшие забвению Троцкого, добились того, что первый стал затасканной иконой, второй - чудовищным злодеем. На самом деле оба они были достойными людьми своего времени, ведущими советские массы к освобождению на сколько это было возможно при существующих тяжелых условиях в нищей, отсталой стране, истерзанной войной.

Сегодня у вас дома многое смешалось и запуталось. С одной стороны, теперь стало позволительным говорить о замалчиваемых ранее моментах истории, пытаться установить истину. С другой, в стране поощряется капиталистическая эксплуатация. Среди наций растут волнения и желание отколоться потому что после десятилетий сталинского режима, по своей сути отдающего душком царизма, который по определению Ленина был тюрьмой всех народов. Перестройка ещё более обострила национальные антагонизмы, существующие до этого, поощряя экономическое соревнование и личную выгоду. Подорваны социалистические принципы равенства, интернационализма и рабочей солидарности.

С другой стороны Память и ей подобные стремятся вернуться назад к прежней матушке России с её обскурантизмом, отсталостью, преследованием евреев. Великорусские националистические дёмагоги отравляют этим ядом сознание рабочих, дабы парализовать их способность действовать в собственных интересах не взирая на них национальности. Ещё в 1919 году Ленин говорил: Позор тем, кто сеет вражду к евреям, кто сеет ненависть к другим нациям. Да здравствует братское доверие и боевой союз рабочих всех наций в борьбе за свержение капитала.

Сегодняшний Советский Союз не тот бедняга, вышедший из гражданской войны 1920 года. Но, с 1945 года его империалистические враги во главе с правительством США ведут совместную неустанную борьбу во всех областях, чтобы разрушить Советский Союз. Преступная узурпация Сталиным партийной и советской демократии, его враждебность к интернациональной социалистической революции, трусливое пресмыкательство перед той или иной империалистической державой настолько ослабили Советский Союз, что теперь наследники Сталина готовы сдаться. Они поддаются идеям четвёртого Рейха. Это сыграет на руку наиболее опасным разжигателям войны от Западно-Германского реваншизма до Пентагона. Их цель - раздробить Советский Союз, чтобы уничтожить его как антикапиталистическое государство.

Этот курс всячески поддерживается и поощряется большими слоями городской интеллигенции, которые, как оказывается, являются детьми бывших сталинских чиновников. Именно они верят что могут стать капиталистическими администраторами и воспевателями нового режима. Однако же, картина экономической и политической сущности капитализма, воспрянувшего на могиле многонациональной родины Октября, будет далеко нелицеприятной. Не доверяйтесь лживым речам демагогов свободного рынка, живописующим земной рай для дураков при капитализме. Не доверяйтесь новоиспечённым социал-демократам, рассуждающим об управляемом капитализме. Сознательно или нет, все они ничто иное как троянский конь в новом Плане Барбаросса.

Советскому Союзу необходима сплочённая партия рабочих, основанная на внутренней демократии и военном единстве на фронте. С 1945 года вы и ваши отцы стояли здесь на фронтовой линии, на страже наших общих завоеваний от угрозы империализма. Вы стояли на страже завоеваний рабочего класса, которых вы добились путем поражения капитализма. Нам необходимо углубить военное и экономическое сотрудничество между СССР и ГДР, а также сотрудничество с другими рабочими государствами, на базе рабочей демократии, такова была коммунистическая политика Ленина и Троцкого. Пора вам узнать правду о становлении Советского Союза, извлечь из этого урок и применить его к настоящему.

Наилучшие пожелания от немецких, американских и других коммунистов Интернациональной Коммунистической Лиги (Четвёртый Интернационалист).

Март 1990 г.

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Registriemummer 824 des Presse- und Informationsdienstes der DDR Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

# SPARTAKIST

Nr. 30 10. April 1990 10 Pfennig

## Baltische Nationalisten: Speerspitze der Konterrevolution in UdSSR

# Moskau versucht, Pläne der litauischen Sezessionisten zu durchkreuzen

### Zerfallender Stalinismus will Zeit schinden

Ukrainische Faschisten, georgische Monarchisten, baltische Kollaborateure von Nazideutschland: dies sind die antisowjetischen „Freiheitskämpfer", die seit langem in den westlichen Hauptstädten gefeiert werden. Seit Jahrzehnten haben imperialistische Strategen davon geträumt, durch die Anstachelung und Unterstützung von reaktionären nationalistischen Bewegungen die Sowjetunion zum Auseinanderbrechen zu bringen. Nun glauben sie, daß dieser Tag vor der Tür steht. Die Enttäuschung in den NATO-Hauptstädten war deshalb eindeutig, als die sowjetischen Panzer nach Vilnius in Litauen einrollten.

Das „liberale" stalinistische Regime von Michail Gorbatschow gibt Osteuropa auf, hat die imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands akzeptiert und ist dabei, große Elemente kapitalistischer Ausbeutung in die sowjetische Wirtschaft einzuführen. Deshalb hatten viele erwartet, daß er keinen ernsthaften Widerstand erheben würde, als das litauische Parlament, dominiert von der nationalistischen Sajudis-Bewegung, am 11. März seine „Unabhängigkeit" von der UdSSR erklärte. Unter dem Vorwand der „nationalen Unabhängigkeit" ist die litauische Sajudis jetzt die Speerspitze der von den Imperialisten unterstützten Konterrevolution in der Sowjetunion. Aber selbst der dauernd anpaßlerische Gorbatschow hat sich in Litauen nicht einfach zum Sterben hingelegt.

Konvois von gepanzerten Fahrzeugen und Panzerkolonnen paradierten auffällig durch die Hauptstadt Vilnius. Sicherheitstruppen des KGB haben die Kontrollen an den Grenzen der Republik verschärft. Als Sajudis-Führer davon redeten, eine „Landwehr" aufzubauen, gab Gorbatschow den Befehl, daß alle litauischen Staatsbürger ihre privaten Feuerwaffen abgeben müssen. Fallschirmspringer haben litauische Deserteure aus den sowjetischen Streitkräften verhaftet. Sowjetische Truppen bewachen die Gebäude der moskautreuen Kommunistischen Partei, nachdem eine nationalistische Abspaltung versucht hatte, sie einzunehmen, und haben den Dienstsitz des Generalstaatsanwalts und die Druckerei besetzt, die die Zeitung von Sajudis druckt. Westliche Diplomaten und Journalisten sind aufgefordert worden, das Land zu verlassen.

Die Herrscher der USA wurden von Moskaus Aktionen sichtlich verblüfft. Washington und die anderen NATO-Hauptstädte haben aber Litauens „Unabhängigkeit" bisher nicht anerkannt, weil sie befürchten, damit in Moskau eine härtere Linie zu provozieren und vielleicht die Position von Gorbatschow zu gefährden, dem bei den Imperialisten seit Zar Nikolaus beliebtesten Kremlherrscher. Sajudis-Führer Vytautas Landsbergis beschuldigte die Westmächte, „uns ausverkauft" zu haben. Weil ihre imperialistischen Schirmherren nicht bereit sind, eine größere Weltkonfrontation zu provozieren, sind die litauischen Nationalisten etwas zurückhaltender geworden. Am 29. März haben Landsbergis und Co. vorgeschlagen, mit Moskau über die Abhaltung einer Volksabstimmung über die Abtrennung zu diskutieren. Gorbatschows Antwort war, daß er nur zu Gesprächen bereit sei, wenn das litauische Parlament die „Unabhängigkeitserklärung" annulliert.

Was auch immer der unmittelbare Ausgang der litauischen Krise sein wird, die diskreditierte stalinistische Bürokratie im Kreml hat *kein politisches Programm,* um den reaktionären Nationalismus, der jetzt damit droht, die Sowjetunion in Stücke zu reißen, zu bekämpfen. Das Gorbatschow-Regime konnte nur daran festhalten, daß die litauische „Unabhängigkeitserklärung" deshalb „ungültig" war, weil sie die Verfassung der UdSSR verletzt. Gorbatschows gesamte Strategie zum Umgang mit nationalistischem Separatismus besteht darin, *Zeit zu gewinnen,* weiter nichts. Sein neuer Gesetzentwurf schlägt zur nationalen Frage eine fünfjährige Wartezeit vor, bevor eine Republik sich abtrennen kann, gefolgt von einer Volksabstimmung und Zustimmung durch den All-Sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten.

Während sich die litauische Krise ausbreitete, berief Gorbatschow unerwartet den reaktionären russischen Nationalisten und rasenden Antisemiten Valentin Rasputin in seinen neuen Präsidentenrat. Dies könnte einen gefährlichen Schachzug darstellen, großrussischen Chauvinismus als Gegengewicht zu nationalistischem Separatismus im Baltikum, im Kaukasus und in der Ukraine einzusetzen. Solch eine zutiefst zynische Politik wird mit Sicherheit zu Pogromen führen, zu kommunalistischem Blutvergießen und der Zerstörung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Sechs Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Unterdrückung und Parasitismus haben viele nationale Minderheiten dazu gebracht, die Sowjetunion als eine heutige Version des „Völkergefängnisses" des zaristischen Rußland, wie Lenin es bezeichnete, zu sehen. Die Sowjetunion kann nur gerettet werden, wenn die Kreml-Oligarchie hinweggefegt und die proletarischen internationalistischen Prin-

*Fortgesetzt auf S.6*

# Ehrt die Kämpfer des Warschauer Gettos!

Der 19. April ist der Jahrestag des Warschauer Gettoaufstands 1943 gegen die Nazis. Es ist die Sache aller klassenbewußten Arbeiter und Kämpfer gegen Repression auf der ganzen Welt, dieses Tages zu gedenken. Dies war das letzte heroische Kapitel des kämpfenden jüdischen polnischen Proletariats, dessen zutiefst ***internationalistische*** Traditionen eine Generation von Revolutionären hervorgebracht hat (siehe „Erinnerungen eines revolutionären jüdischen Arbeiters", Spartacist [deutsche Ausgabe] Nr. 13, Herbst 1987).

Als Signal für den Beginn des Aufstands hißten die jüdischen Aufständischen am 19. April polnische, jüdische und rote Fahnen über dem Getto. Die führende Widerstandsgruppierung war die Jüdische Kampforganisation (ZOB), die von verschiedenen linkszionistischen Gruppen zusammen mit der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) initiiert worden war. Die PPR war nach Hitlers Einmarsch in Rußland aus den überlebenden Kadern der Polnischen Kommunistischen Partei aufgebaut worden, die Stalin 1938 unter Anklage des „Trotzkismus" liquidiert hatte. Unter unbeschreiblich widrigen Umständen, mit ihren bloßen Händen und selbstgebastelten Benzinbomben als Waffen, haben die Aufständischen des Gettos den Nazityrannen im besetzten Osteuropa einen Schlag versetzt; über einen Monat lang hielten sie die Elite von Hitlers Stoßtruppen in Schach, bis die Nazis das Getto buchstäblich in einen Haufen Schutt verwandelten.

Die arroganten Nazis unter SS-Brigadeführer Stroop, die an ihren eigenen Übermenschenmythos glaubten, brachten anfänglich ihre eigenen Einheiten nicht gegen die jüdischen Kämpfer in Einsatz, sondern stützten sich auf die jüdische Polizei und ihre litauischen und ukrainischen Marionettentruppen. Tag für Tag wurden die Nazis und ihre Marionetten trotz weit überlegener Bewaffnung in die Flucht geschlagen. ZOB-Führer Mordechai Anielewicz schrieb am fünften Tag: „Was wir erlebt haben, kann man nicht in Worte fassen. Wir sind uns nur über eins bewußt: das Geschehene hat unsere Träume übertroffen. Die Deutschen rannten zweimal aus dem Getto davon ..." Nach der ersten Woche des Aufstands schätzte die PPR in einem Bericht, daß über 700 .Deutsche - hauptsächlich Sondereinheiten der SS - in den Kämpfen getötet worden waren. Am l. Mai, schreibt Reuben Ainsztein in *The Warsaw Ghetto Revolt* (Der Aufstand des Warschauer Gettos - Holocaust Library, New York, 1979), hielten die Überlebenden „Versammlungen ab, auf denen sie die Internationale sangen als Zeichen des höchsten ungebrochenen Kampfwillens gegen die Neue Ordnung der Nazis".

Abgesehen von einer Handvoll mutiger polnischer Liberaler kam die einzige organisierte Unterstützung, die die Aufständischen des Gettos von außen erhielten, von der Roten Armee, der PPR und ihrer Volksmiliz. Einheiten der Volksmiliz auf der „arischen Seite" unternahmen eine Reihe von militärischen Aktionen in Solidarität mit dem Aufstand, und die jüdischen Kommunisten im Getto hielten über den Stand der Ereignisse engen Kontakt zu Moskau. Einen über Funk übermittelten Appell der Aufständischen beantworteten die Sowjets am folgenden Tag mit dem Befehl zu Bombenangriffen auf Warschau, um die Säuberungsaktion der Nazis zu behindern. Die beiden führenden Köpfe der nationalen PPR-Führung und der Warschauer Volksmiliz außerhalb des Gettos waren bemerkenswerterweise Juden.

Die nationalistische Heimatarmee, von der polnischen Solidarnosc als Quelle der Inspiration bejubelt, weigerte sich nicht nur, selbst minimale praktische oder militärische Unterstützung zu geben, sie steckte auch einen Großteil der wenigen Waffen, die aus Britannien für die Aufständischen des Gettos eingeflogen wurden, in die eigenen Taschen. Die polnischen Nationalisten schlossen ausdrücklich jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten aus - und in der Praxis genauso mit Juden.

Aber im Gegensatz zu den Behauptungen der Zionisten war die polnische Bevölkerung nicht eine antisemitische Masse. Emmanuel Ringelblum, der bekannte Chronist des Warschauer Gettos, hat in seinen *Polish-Jewish Relations During the Second World War* (Die polnisch-jüdischen Beziehungen während des. Zweiten Weltkriegs - geschrieben kurz vor seiner Ermordung durch die Nazis 1944) bemerkt, daß zwar die polnische Mittelklasse den Antisemitismus „völlig" in sich aufgenommen hat, dies aber nicht für die Arbeiter galt, „die schon lange vor dem Krieg den Klassencharakter des Antisemitismus erkannt hatten, dem Machtinstrument der einheimischen Bourgeoisie, und während des Krieges haben sie ihre Anstrengungen verdoppelt im Kampf gegen den Antisemitismus". Tausende von Juden wurden unter Lebensgefahr versteckt, und christliche Arbeiter in Warschau haben oftmals durch Signale vor Nazi-Einsätzen gegen das Getto gewarnt.

Die Juden Osteuropas waren ein Volk, die keine Nation hatten, die im buchstäblichsten Sinn ihr Banner in der roten Fahne der internationalen sozialistischen Revolution fanden und ihre Rettung in der Oktoberrevolution sahen. Selbst während der Nazibesetzung wurden zahlreiche linke und sozialistische Zeitschriften innerhalb des Gettos veröffentlicht und verbreitet; andere wurden von außen hereingeschmuggelt. Eine dieser Zeitschriften war die *Czerwony Sztandar* (Rote Fahne), die von den jüdischen trotzkistischen Militanten Schlomo Ehrlich und Stella Mihlstein herausgegeben wurde. Die jüdischen Trotzkisten, die den Titel ihrer Gettozeitschrift mit „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!" schmückten, brachten das proletarisch-internationalistische Programm zum Ausdruck, das allein der Barbarei ein Ende setzen konnte, die der Kapitalismus in seinem Verfall entfesselt hat. Nach der deutschen Invasion der Sowjetunion erklärte *Czerwony Sztandar* (Juli 1941):

> "Der erste Arbeiterstaat kämpft um seine Existenz. Das Schicksal der Russischen Revolution und damit ganz unmittelbar das Schicksal der internationalen Revolution steht auf dem Spiel. Die Arbeiter in der ganzen Welt verfolgen mit angehaltenem Atem die Entwicklung des größten Klassenkriegs der Welt und ihre Herzen und ihre Seelen sind bei der Roten Armee . . . Der Krieg der Sowjetunion gegen Hitler ist der Krieg des internationalen Proletariats; es ist unser Krieg."

Sie schlossen mit: „Hoch lebe die Rote Armee! Hoch lebe die Russische Revolution! Hoch lebe die internationale Revolution!"

Die Rote Armee befreite Polen von der Nazi-Sklaverei, und 600 000 sowjetische Soldaten starben im Kampf dafür. Auf den Trümmern des Dritten Reichs wurden die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Polen und DDR errichtet. Heute terrorisiert die braune Pest erneut Unke und Minderheiten in der DDR, während prokapitalistische Regierungen in beiden Ländern danach trachten, die sozialen Errungenschaften zu zerschlagen. Wenn die Arbeiter Polens und der DDR den Kampf gegen kapitalistische Restauration aufnehmen, müssen sie sich das internationalistische Vermächtnis des Warschauer Gettoaufstands zu eigen machen.

## Bittere Früchte des antikommunistischen Nationalismus

# Polnische Solidarnosc im Angesicht eines Vierten Reichs

„Wir werden Sklaven sein, Vasallen eines vereinigten Deutschlands." - Solidarnosc-Abgeordneter im polnischen Parlament

Die polnische Solidarnosc besteht aus unerschütterlichen Antikommunisten und antisowjetischen Nationalisten. Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands ist ein oberstes Ziel des Kalten Kriegs gegen die Sowjetunion. Aber ironischerweise ist das von Solidarnosc geführte Polen hervorgetreten als die europäische Regierung, die heute am lautesten gegen die deutsche Wiedervereinigung protestiert. Zwei Drittel der polnischen Bevölkerung sind dagegen und fürchten zu Recht, daß ein Viertes Reich Anstalten machen würde, frühere deutsche Gebiete - SIask (das ehemalige Schlesien) und „Ostpreußen" -, zurückzuerobern, die nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen abgetreten worden sind. Warschau fordert jetzt, daß Bonn die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze - der Oder-Neiße-Grenze - als eine Vorbedingung für eine Wiedervereinigung anerkennt. Im Einklang mit der historisch selbstmörderischen Romantik des polnischen Nationalismus warnt der Solidarnosc-Führer Bronislaw Gemerek sogar: „Der einzige Weg, die Grenze zu verändern, ist Krieg, und Deutschland weiß das."

Weniger selbstmörderisch und romantisch hat Solidarnosc-Premiermini$ter Tadeusz Mazowiecki festgestellt, daß der Warschauer Pakt „wichtig für die Sicherheit unserer Grenzen" ist, und daß sowjetische Truppen in Polen bleiben sollten, bis das „deutsche Problem" gelöst ist. Das aalglatte Gorbatschow-Regime - das schamlos vor dem Weltimperialismus kapitulierte, als es die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzog und grünes Licht für die deutsche Wiedervereinigung gab - bietet sich nun als mächtiger Beschützer von Polens nationalen Interessen an. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse unterstützte Warschaus Forderung, an der Konferenz der Großen Vier über die internationalen Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung teilzunehmen.

Im vergangenen Jahrzehnt hat der amerikanische Imperialismus politisch und finanziell beträchtlich in Solidarnosc investiert. Aber gerade wenn diese Lieblinge der „freien Welt" die bankrotte stalinistische Bürokratie in Warschau ersetzen, erleben die USA jetzt, daß Polen seine militärischen und diplomatischen Bindungen an die Sowjetunion erneut beteuert. So war es bei Kohls Besuch in Washington vor ein paar Wochen Bushs erstes Anliegen, den Kanzler von Westdeutschland davon zu überzeugen, alle territorialen Ansprüche an Polen aufzugeben. Der amerikanische Präsident hatte keinen Erfolg. Mit der Arroganz des „Deutschland über alles" verkündete Kohl, daß „die Grenzfrage endgültig durch eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung und ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament entschieden werden wird".

Es ist ein Beweis für den jetzigen Rauschzustand der westdeutschen herrschenden Klasse, daß sie sich vorsätzlich dem Druck ihrer amerikanischen und europäischen NATO-Verbündeten zur Frage der polnischen Grenze widersetzt. Schließlich könnte Bonn leicht das Theater der diplomatischen Heuchelei vorspielen. Nur ein Narr würde glauben, daß eine Erklärung von Kohl oder ein Vertrag Polens Grenze gegen die Macht eines wiedervereinigten deutschen Reichs sichern könnte. Kohl bezeichnet sich nun selbst als „Kanzler unseres deutschen Vaterlandes". Derjenige, der diesen Titel zuletzt geführt hat - Adolf Hitler - prahlte einmal, daß er einen Vertrag heute unterschreiben und ihn morgen wieder zerreißen würde, wenn es dem Interesse des deutschen Volkes diente.

Kohl & Co. sind nicht weniger betrügerisch als die Nazis, nur arroganter. Die deutsche Bourgeoisie glaubt, sie ist kurz davor, eine neue Supermacht zu werden, die über den Rest von Europa herrschen kann, besonders über die „Untermenschen" des Ostens. Ein hoher Kohl-Berater geifert: „Vielleicht ist es bald soweit, daß die Vereinigten Staaten sich um Gebiete wie Zentralamerika kümmern, und wir werden uns mit Osteuropa befassen" (*Newsweek*, 26. Februar). Die deutschen Herrscher wollen mit Polen umgehen wie Bush kürzlich mit Panama, wo der imperialistische Präsident ein paar tausend dunkelhäutige Lateinamerikaner ermordet hat, einfach um zu zeigen, daß er es kann.

Die Frontlinie des Widerstands gegen ein Viertes Reich liegt im Moment nicht an der Oder-Neiße-Grenze. Sie führt durch die Deutsche Demokratische Republik, ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, geschaffen durch die Zerstörung Nazi-Deutschlands durch die sowjetische Rote Armee. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, will die Arbeiterklasse der DDR und ihre Verbündeten (Kollektivbauern, Rentner, alleinstehende Mütter, linksstehende Intellektuelle) gegen imperialistische Wiedervereinigung mobilisieren. Auf dem Spiel steht in diesem Kampf nicht nur das Schicksal der DDR und Polens, sondern der ganzen Menschheit. Dieses Mal wird ein Viertes Reich über Atomwaffen verfügen.

### Solidarnosc sät polnischen Nationalismus und erntet deutschen Imperialismus

Wenn der Einsatz an der Oder-Neiße nicht so hoch wäre, könnten wir Kommunisten es genießen, die Angst zu beobachten, die Solidarnosc im Augenblick ihres Triumphes überfallen hat. In den letzten zehn Jahren haben diese klerikalen Nationalisten als Stoßtrupps des antisowjetischen Nationalismus in Osteuropa gedient. Und seit Jahrzehnten haben polnische Nationalisten das Jalta-Abkommen von 1945, das Europa in anglo-amerikanische und sowjetische Einflußgebiete aufteilt, als einen Pakt mit dem Teufel angeprangert. Aber nun verkünden genau dieselben Leute, daß die Staatsgrenzen, die in Jalta und auf der Nachfolgekonferenz in Potsdam festgelegt worden sind, dauerhaft und unantastbar sein müssen! (Die Trotzkisten verurteilten Jalta, weil Stalin damit einverstanden war, den Kapitalismus in Westeuropa zu erhalten, was die weltweite Macht des US-Imperialismus und damit die Gefahr für die Sowjetunion enorm stärkte.)

Schauen wir uns den prominenten Intellektuellen Leszek Kolakowski an, der die politische Laufbahn der polnischen Intelligenz in der Nachkriegszeit personifiziert. In den späten vierziger Jahren war der junge Philosoph ein fanatischer Stalinist, der an der Haßkampagne gegen Wladysiaw

*Fortgesetzt auf S. 4*

# Polen ...

*Fortsetzung von S.3*

Gomulka teilnahm, der als liberal-nationaler Kommunist angesehen wurde. 1956 kam Gomulka an die Macht, um eine beginnende proletarisch politische Revolution gegen das auseinandergebrochene stalinistische Regime abzuwenden. In dem liberalen Klima der späten fünfziger Jahre hielt Kolakowski das Banner des marxistischen Humanismus hoch und trachtete danach, sich mit der internationalen Tradition von Rosa Luxemburg zu identifizieren. In den späten sechziger Jahren, als die polnischen Stalinisten einen „Prager Frühling" in Warschau fürchteten, gingen sie inmitten einer brutalen antisemitischen Kampagne hart gegen oppositionelle Intellektuelle vor. Kolakowski emigrierte nach England, wo er sich scharf nach rechts entwickelte und ein von Reagan und Thatcher geprägter militanter Antikommunist wurde.

In einem kürzlich erschienenen Artikel über Jalta stellte Kolakowski erneut den üblichen polnisch-nationalistischen Standpunkt dar, daß „das Abkommen dem unstillbaren Hunger Stalins nach Territorium eine doppeldeutige Legitimität verschafft hat ... In diesem Sinne war es falsch von den Polen, ‚Jalta' als ein Synonym für betrogen durch den Westen[4] zu benutzen" *(International Herald Tribüne,* 5. Februar). Doch in dem gleichen Artikel argumentiert Kolakowski, daß die Staatsgrenzen, die durch diesen „Betrug" festgelegt wurden, nicht verändert werden sollten: „Jegliche Gebietsanspruchskorrektur könnte uns in ein Elend stürzen, bei dem wir uns nach der von Stalin aufgezwungenen Regelung von Jalta sehnen werden." Die polnischen Nationalisten wünschen sich die Vergünstigungen des westlichen Imperialismus und wollen gleichzeitig die Früchte des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland behalten. Wie die polnischen Juden von früher gesagt hätten, das ist wirklich Chuzpe!

Es bedurfte keiner großen politischen Voraussicht, um zu verstehen, daß das Ansteigen des antisowjetischen Nationalismus in Osteuropa und das Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts die Bedingungen für ein Viertes Reich schaffen würden. Unmittelbar nachdem General Jaruzelski im Dezember 1981 Solidarnosc[1] Griff zur Macht gestoppt hatte, hob der liberale amerikanische Publizist Ronald Steel dies hervor:

> "Wenn Solidarnosc seine weitgehendsten Forderungen durchgesetzt hätte, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gebrochen und Polen aus dem Warschauer Pakt herausgeführt hätte, wäre die sowjetische Kontrolle über den Rest von Osteuropa bedroht gewesen . . . Ostdeutschland wäre isoliert gewesen. Bonn könnte dann nach Osten schauen, in Versuchung durch Visionen von einer Wiedervereinigung . . . Das drohende Gespenst eines vereinigten Reiches erschiene am Horizont und brächte ein neues Element der Gefahr in die europäische Politik." *(New York Times,* 3. Januar 1982)

Und so ist es passiert. Nur ein paar Monate nachdem Solidarnosc die Regierungsministerien in Warschau übernommen hat, taucht das Gespenst des Vierten Reichs riesengroß am europäischen Horizont auf.

Und wenn dieses Gespenst Wirklichkeit wird, wird die Oder-Neiße-Grenze ein Stolperdraht für den dritten Weltkrieg sein. Seit dem späten Mittelalter ist Slask mit seiner gemischten Bevölkerung ein Schlachtfeld zwischen dem deutschen Reich und Polen. In der Mitte des 8. Jahrhunderts wurde das Gebiet durch das Preußen Friedrich des Großen erobert und während der nächsten eineinhalb Jahrhunderte einer weitgehenden Germanisierung unterzogen. Unter der Herrschaft der Junker wurde die polnische Bevölkerung, die hauptsächlich aus Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern bestand, grauenhaft ausgebeutet und unterdrückt. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg agitierte Rosa Luxemburg unter dem polnischen Proletariat in Slask, und rief es auf, sich mit seinen deutschen Klassenbrüdern im revolutionären Kampf gegen das Kaiserreich zu verbünden.

Nach dem Krieg wurde Slask unter blutigen kommunalen Gewalttätigkeiten zwischen dem Deutschland von Weimar und dem neu errichteten polnischen Staat von Marschall Pilsudski aufgeteilt. Fünfundzwanzig Jahre später, als die Rote Armee Nazideutschland zerstörte, verschob sich das polnische Staatsgebiet nach Westen. Große Gebiete Ostpolens, die hauptsächlich von Ukrainern und Bjelorussen bewohnt waren, wurden in die UdSSR integriert. Im Gegenzug wurde ganz Slask und ein großer Teil Ostpreußens an Polen abgetreten. Diese Gebiete machen ein Drittel des heutigen Polens aus, in ihm leben ein Drittel seiner Bevölkerung, und es umfaßt 85 Prozent der Meeresküste des Landes.

1945/46 wurden mehr als drei Millionen gebürtige Deutsche aus ihrer Heimat in Slask und Ostpreußen vertrieben. Seit damals ist diese große Anzahl verbitterter Emigranten mit ihren Familien eine starke Kraft in der westdeutschen Rechten. Der Bund der Vertriebenen behauptet, gegenwärtig über zwei Millionen Mitglieder zu haben. Selbst wenn diese Zahl übertrieben ist, übt der Bund zweifellos einen großen Einfluß auf die Bonner Politik aus. Kohls Rechtfertiger sagen, wenn er offen alle Gebietsansprüche gegenüber Polen aufgibt, werden die Emigranten aus Slask in die Arme von neonazistischen Parteien getrieben.

Zur gleichen Zeit hat - was nicht überraschend ist - der Wiederaufstieg des reaktionären Nationalismus in ganz Osteuropa auch die gebürtigen Deutschen in Polen erfaßt, von denen schätzungsweise 800 000 noch dort leben. Als Kohl im letzten Herbst Slask besuchte, wurde er von Demonstranten mit Bannern begrüßt, auf denen stand: „Helmut, du bist auch unser Kanzler." *(Financial Times,* 3. November 1989) Mit der bewährten Heuchelei des Imperialismus wird der deutsche Revanchismus gegenüber Polen zweifellos damit gerechtfertigt werden, nationale Rechte der deutschen Minderheit in der Grenzregion zu verteidigen. Weckt das nicht Erinnerungen an das Sudetenland?

Als Kommunisten und wirkliche Verteidiger von nationalen Rechten betrachten wir existierende Staatsgrenzen nicht als ewig gültig. Territoriale Unstimmigkeiten unter kapitalistischen Staaten (oder, wie in diesem Fall, Arbeiterstaaten) sollten durch eine Volksabstimmung der Einwohner der umkämpften Region gelöst werden. Da die überwältigende Mehrheit von Slask jetzt polnisch ist, würde eine demokratische Volksabstimmung zweifellos den Status quo bestätigen. Zur gleichen Zeit würden wir kompromiß-

los die nationalen Rechte der deutschen Minderheit verteidigen (z. B. das Recht auf ihre eigene Sprache).

Jedoch geht es hier nicht einfach oder hauptsächlich um eine Grenzunstimmigkeit. Das Durchbrechen der Oder-Neiße-Grenze ist Teil des neuen *Drangs nach Osten* des deutschen Imperialismus, dessen endgültiges Ziel es ist, die Sowjetunion, das Land der Oktoberrevolution, zu zersplittern und zu zerstören. Die sowjetischen Völker, die im Kampf gegen Hitlers Operation Barbarossa 20 Millionen Menschen verloren haben, sehen mit Entsetzen die Möglichkeit eines neuen Vierten Reichs. Eine wirklich kommunistische Führung muß geschmiedet werden, um die polnische, sowjetische und ostdeutsche Arbeiterklasse im Kampf zu vereinen gegen die sich auflösenden stalinistischen Bürokratien, gegen reaktionäre nationalistische Kräfte und gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind.

## Kehrt zur Tradition von Luxemburg und Lenin zurück!

Seit zehn Jahren hat ein großer Teil der polnischen Arbeiterklasse als Reaktion gegen die politisch und ökonomisch bankrotte stalinistische Bürokratie die klerikalen Nationalisten von Solidarnosc unterstützt. Jetzt, wo Solidarnoœæ die Zügel der Regierung in Warschau in die Hand genommen hat, was ist für sie dabei herausgekommen? Sie sehen sich der Möglichkeit gegenüber, Vasallen des deutschen Imperialismus zu werden und werden von den Bankiers aus Frankfurt und von der Wall Street bereits ausgeblutet. Ende Dezember ist die neue „freie Markt"-Regierung mit dem Kartell der Weltbanken, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) übereingekommen, eine ökonomische „Schockbehandlung" zu verordnen, in der Art, wie sie üblicherweise von lateinamerikanischen Juntas durchgeführt wird. Polens Finanzminister Leszek Balcerowicz nannte das Programm einen „tiefen chirurgischen Eingriff, worauf Warschauer Witzbolde antworteten: „Die Operation ist gelungen, der Patient ist tot."

Selbst *vor* der vom IWF verordneten „Schockbehandlung" haben Regierungsoffizielle geschätzt, daß zehn Millionen der 37 Millionen starken Bevölkerung weniger verdienten, als für den Lebensunterhalt nötig ist. Der Londoner *Guardian* (8. Dezember 1989) berichtete: „Not-Suppenküchen werden schon von einer breiten sozialen Schicht aufgesucht." Allein im Januar sank der durchschnittliche Lebensstandard um fast 40 Prozent, während der Preis für Milch um 65 Prozent, für Brot um 20 Prozent und für Wurst um 70 Prozent anstieg! „Meine Frau und ich wissen einfach nicht, wie wir durch den Winter kommen sollen", erklärte ein betagter Rentner. „Wenn wir unsere Miete, Strom und Heizung bezahlt haben, werden wir noch 40 000 Zloty für den ganzen Monat übrig haben - gerade genug, um uns einige Pfund Butter zu kaufen."

Wie ideologisch verwirrt und mit Illusionen über den kapitalistischen Westen behaftet sie auch sind, die polnischen Arbeiter verteidigen kämpferisch ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen. Im Januar streikten mehr als 40 000 Bergarbeiter, der Kern des polnischen Industrieproletariats, gegen von der Regierung aufgezwungene Lohnkontrollen. Diese Streiks zeigten an der Basis der Arbeiterklasse eine wachsende Feindschaft gegenüber Solidarnosc. In Slask hinderten 4000 streikende Bergarbeiter einen Vertreter von Solidarnosc daran, auf ihrer Kundgebung zu sprechen.

Beim Sitzstreik im Czerwone-Zagliebe-Bergwerk schmissen Arbeiter die Solidarnosc-Vertreter raus, die sie zu einer Wiederaufnahme der Arbeit überreden wollten. Viele polnische Arbeiter glauben, daß Wa³êsa, Kuron & Co. sie jetzt betrogen haben und ihre vorherigen Prinzipien und Ideale über Bord werfen. Sicherlich, die ursprünglich massive Unterstützung für Solidarnosc in den Jahren 1980-81 spiegelte einfach den Groll gegen das korrupte und inkompetente stalinistische Regime wider. Aber die zentrale Führung um Lech Wa³êsa waren *von Anfang an* harte antikommunistische Nationalisten, die ihre Anordnungen von Papst Johannes Paul Wojtylas Vatikan und von Ronald Reagans Weißem Haus entgegennahmen. Auf ihrem ersten nationalen Kongreß im September '1981 hat sich Solidarnosc auf einem offen konterrevolutionären Programm konsolidiert, abgefaßt in der Sprache des Imperialismus der „freien Welt". Zu diesem Zeitpunkt brandmarkten wir Solidarnosc als „gelbe Gewerkschaft im Dienste von CIA und Bankiers".

In den frühen achtziger Jahren wurde die Losung „Solidarität mit Solidarnosc" ein Schlachtruf des zweiten Kalten Kriegs gegen die Sowjetunion, der Reagan und Thatcher mit westeuropäischen Sozialdemokraten und vielen selbsternannten Linken vereinte. Zum Beispiel bejubelte 1983 der pseudotrotzkistische Theoretiker Ernest Mandel die Solidarnosc-Führung als „die besten Sozialisten auf der Welt"! Heute veröffentlicht die Zeitung der Mandel-Anhänger *International Viewpoint* (2. Februar) einen längeren Artikel über die ökonomische Schockbehandlung in Polen („Die Zeitbombe"). Die Leser dieses Artikels werden sehr viele Fakten und Zahlen erfahren. Aber sie werden *nicht* erfahren, daß die Herausgeber und Sponsoren des *International Viewpoint* jahrelang glühende Unterstützer der polnischen Solidarnosc waren.

Der größte organisatorische Widerstand in Polen gegen die vom IWF diktierte Schockbehandlung kam vom alten, offiziellen stalinistischen Gewerkschaftsverband (die OPZZ), die nun mit der Warschauer Regierung gebrochen hat. Wenn man die westliche Presse liest, würde man nie erfahren, daß die OPZZ tatsächlich *mehr Mitglieder* hat als Solidarnosc, einschließlich in den Reihen der strategisch wichtigen Bergarbeiter. Die OPZZ hat alle kürzlich durchgeführten Streiks unterstützt und versucht, Hungermärsche zu organisieren. Der Gewerkschaftsführer Alfred Miodowicz, ein Stalinist alter Schule und früheres Mitglied des

*Fortgesetzt auf S. 6*





# Polen ...

*Fortsetzung von S. 5*

Politbüros unter Jaruzelski, verkündet nun, er stehe für die Interessen der Arbeiter gegen die erklärtermaßen prokapitalistische Solidarnosc. Während es durchaus denkbar ist, daß die polnischen Arbeiter unter der organisatorischen Struktur der OPZZ kämpfen, ist der Stalinismus in Polen als Ideologie tot, begraben und unbeweint.

Die einzige Rettung für die polnische Arbeiterklasse liegt darin, die Traditionen des *proletarischen Internationalismus* wiederzuentdecken, die personifiziert sind in Polens größter Revolutionärin Rosa Luxemburg. Als Jüdin aus Lublin, die in Warschau erzogen wurde, widmete Rosa Luxemburg ihr Leben der Aufgabe, die Kampfeinheit der polnischen, russischen und deutschen Arbeiterklasse zu schmieden. Sie kämpfte gegen jede Form von Nationalismus, Chauvinismus, Reformismus und bürokratische Selbstgefälligkeit. So agitierte sie unermüdlich gegen den Einfluß der klerikal-nationalistischen Ideologie auf die polnischen Werktätigen in Slask, das damals Teil des deutschen Reichs war: „Der Entwicklung einer solchen die Demokratie heuchelnden polnisch-klerikalen Bewegung, die uns den bereits gewonnenen Einfluß auf die Massen streitig machen könnte, entgegenzuarbeiten, ist jetzt unsere Aufgabe in Oberschlesien" („Die Wahlen in Oberschlesien", 1898). Zur gleichen Zeit kritisierte sie die Führung der deutschen Sozialdemokratie scharf dafür, daß sie nicht genug tat, um die polnischen Arbeiter aus Slask auf einem revolutionären sozialistischen Programm für den vereinten Kampf gegen die preußischen Junker und die Fabrik- und Bergwerksbesitzer zu organisieren.

Heute sieht sich die polnische Arbeiterklasse einer Restauration von innen gegenüber, durchgeführt durch die Solidarnosc, und einer deutschen imperialistischen Übermacht von außen, deren Weg von Solidarnosc geebnet wurde. Nur die Trotzkisten haben ein Programm, kapitalistische Konterrevolution und imperialistischen Krieg zu bekämpfen, durch die Rückkehr zum authentischen Kommunismus von Luxemburg und Lenin. Vorwärts zu einer trotzkistischen Partei in Polen, Sektion einer wiedererstandenen Vierten Internationale.

*Nach* Workers Vanguard *Nr. 497,* 9. *März*

---

# Litauen ...

*Fortsetzung von S. l*

zipien von Lenin und Trotzki wiedererrichtet werden. Die sowjetische Föderation muß auf der Basis von wirklicher Arbeiterdemokratie wiedergeschaffen werden, einschließlich des demokratischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung, d. h. das Recht einer konstituierenden Republik auf Abtrennung und Errichtung eines unabhängigen Arbeiterstaats.

**Nationalistisches Delirium in Litauen**

Aber der Schritt in Richtung Abtrennung in Litauen hat nichts mit demokratischen Zielen zu tun. Es ist ein Schritt zur kapitalistischen Konterrevolution, unterstützt von einer Hexenjagd gegen Kommunisten, klassenbewußte Arbeiter und nationale Minderheiten. Drei der Mitglieder von Sajudis, die ins Sezessionsparlament gewählt wurden, waren Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre als antisowjetische Terroristen bekannt. Die „Unabhängigkeitserklärung[44] wurde mit der Stimmungsmache von nationalistischer Hysterie durchgesetzt: ein der Sajudis-Bewegung freundlich gesinnter litauischer Journalist berichtete, daß „jeder, der dagegen auftritt, mit Sicherheit als Verräter gebrandmarkt wird[44]. Die litauischen Nationalisten haben sich vor Eifer dabei überschlagen, andere sowjetische Völker aufzuhetzen und zu beleidigen: beispielsweise durch Zerstörung von Ehrenmälern für die Befreiung Litauens von der Nazi-Besetzung durch die Rote Armee.

Ein Hauptgrund dafür, daß sich Litauen als erste der drei baltischen Republiken auf Sezession stürzte, liegt darin, daß 80 Prozent der Bevölkerung aus ethnischen Litauern bestehen. Im Gegensatz dazu sind in Lettland und Estland fast die Hälfte der Bevölkerung — und die Mehrheit des Proletariats — Russen, Ukrainer, Bjelorussen, Juden, ethnische Sibirier und Angehörige anderer sowjetischer Völker. Doch trotz ihrer relativen numerischen Schwäche haben die russischsprachige und — was politisch noch bedeutender ist — die polnischsprachige Minderheit aktiv gegen die Sajudis-Sezessionisten protestiert. Am 27. März demonstrierten Berichten zufolge 10 000 Anhänger der für die Union eingestellten KP vor dem litauischen Parlament. Mehrere Redner unterstrichen, daß eine Abtrennung Arbeitslosigkeit, Armut, Privateigentum und Massenabschiebungen hervorrufen würde.

Nachdem die Polen, die neun Prozent der Republik ausmachen, traditionell katholisch und antirussisch eingestellt sind, hätte man davon ausgehen können, daß sie ein unabhängiges Litauen unterstützen würden. Aber auch sie fürchten, einer gewaltsamen „Litauisierung[44] und einer Staatsbürgerschaft zweiter Klasse unterworfen zu werden. Parlamentsabgeordnete der polnischen Minderheit enthielten sich bei der Abstimmung über die litauische Unabhängigkeitserklärung. Eine polnische Lehrerin berichtete der *New York Times* (26. März): „Die Leute verlieren ihre eigene Sprache . . . Wir werden das nicht hinnehmen.[4]' Vielleicht erinnert sie sich daran, daß der virulent antipolnische Führer des unabhängigen Litauens, Augustinas Voldemaras, polnische Schulen schloß und polnische Lehrer hinter Gitter brachte.

Obwohl die Sajudis oft die bürgerliche Litauische Republik zwischen den Kriegen zurückfordert, erwähnt sie selbst, daß Vilnius von 1920 bis 1939 Wilno hieß und *Teil Polens* war. Der landbesitzende litauische Adel betrachtete sich selbst als Teil der polnischen Aristokratie. Jozef Pilsudski, der faschistoide starke Mann im Polen zwischen den Kriegen und auch Polens erster Präsident waren gebürtige Litauer. In einer ironischen Fußnote zur Geschichte hat die benachbarte sowjetische Republik Bjelorußland letzte Woche die secte südlichen Bezirke Litauens zurückgefordert, einschließlich Vilnius, das 1940 Litauen zugesprochen wurde, als es Teil der UdSSR wurde.

Die schärfsten Denunziationen der Sajudis sind vom sowjetischen Oberkommando gekommen. Der litauische Hafen Kaipeda (früher Memel) ist die Hauptlinie für die militärische Versorgung anderer Teile der UdSSR. Darüber hinaus würde eine Abtrennung Litauens den Rest der Sowjetunion von dem wichtigen baltischen Hafen Kaliningrad abschneiden, der vorwiegend russischsprachig und Teil der Russischen Republik ist. Moskaus harte Antwort an Litauen könnte auch eine Reaktion auf den Sieg der Rechten bei den DDR-Wahlen vom 18. März sein. Durch das Gespenst eines Vierten Reichs, das im Westen auftaucht, könnte die Bereitschaft des sowjetischen Offizierskorps und anderer Elemente in der Hierarchie nachlassen, einen NATO-Brückenkopf an der baltischen Küste zu tolerieren.

Noch unmittelbarer stellt sich die Gefahr, daß die Abtrennung Litauens andere nationalistische separatistische Bewegungen ermutigen würde, nicht nur bei den Nachbarn Lettland und Estland. Die größte kaukasische Republik, Georgien, ist zu einem Hexenkessel reaktionärer Gruppierungen geworden. Eine der größten separatistischen Gruppen ist die Monarchistische Partei, die erklärt: „Unser neuer Staat sollte auf dem strikten Prinzip der Hierarchie

aufgebaut werden" (*Wall Street Journal*, 28. März). Diese. Partei hält zu dem gegenwärtigen georgischen Thronfolger Kontakt, der jetzt in Spanien lebt. In ganz Georgien sind Lenin-Statuen niedergerissen worden, während Monarchisten und andere reaktionäre Banden Büros des Marxismus-Leninismus-Instituts und der Kommunistischen Jugendliga übernommen haben.

Im Maßstab der UdSSR sind die drei baltischen Staaten winzig. Und auch ein Verlust der kaukasischen Republiken würde die Sowjetmacht nicht grundsätzlich antasten. Die Ukraine jedoch hat eine völlig andere Bedeutung. Als zweitgrößte Republik hat sie eine hohe militärische, industrielle und landwirtschaftliche Bedeutung. In den letzten Parlamentswahlen der Republik gewann die nationalistische Bewegung Rukh ungefähr zwei Drittel der Sitze und die absolute Mehrheit im Stadtrat von Lvov, der wichtigsten Stadt in der Westukraine. Der Parlamentsabgeordnete der Rukh, Genrikh Altunyan, erklärte: „Wir denken das, was Moskau als undenkbar betrachtet. Heute Litauen. Morgen der Kaukasus. Übermorgen die Ukraine."

### Nur Kommunismus kann Nationalismus besiegen

Der Aufstieg des antikommunistischen Nationalismus in den baltischen Staaten, im Kaukasus und in der Ukraine verläuft parallel zum Ansteigen von großrussischem Chauvinismus und antisemitischer Demagogie in Moskau, Leningrad und anderswo in der russischen Republik. Ende März kamen die faschistischen Pamjat-Schläger und vier gleichgesinnte Ableger zusammen, um die Russische Orthodoxe Volksbewegung zu gründen. Ihr Hauptorganisator Evgeny Pashkin beschimpfte die Juden, hinter den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Azerbeidschanern zu stehen und sich zu verschwören, um „Rußland auszuliefern".

Ohne eine wirklich kommunistische Opposition zum Gorbatschow-Regime wird die weitverbreitete ökonomische Unzufriedenheit, die durch die marktorientierten „Reformen" (Perestroika) hervorgebracht wurde, in russischen Nationalismus und Antisemitismus geleitet. Die prowestliche Intelligenz, die die soziale Basis für Gorbatschows Programm darstellt, wird allgemein mit den Juden identifiziert, die historisch in der kulturellen und technologischen Elite des Landes stark vertreten sind. So vereint eine Bewegung wie die Einheitsfront der Werktätigen populäre ökonomische Forderungen gegen die Perestroika (z. B. Opposition zu kleinbürgerlichen Unternehmern, Aufrufe für das Einfrieren von Preisen von Konsumgütern) mit slawophiler Borniertheit. Zur gleichen Zeit baut der eher „konservative" Hügel der stalinistischen Bürokratie, präsentiert durch Ligatschow, seine ideologischen und populären Appelle immer mehr auf russischem Nationalismus auf.

Die Kinder der Apparatschiks von Stalin sind vereint mit den Kindern der zaristischen Schwarzhundertschaften, eine Hochzeit, die abgesegnet wurde durch den „Dorfschreiber" Valentin Rasputin. Als Unterstützer der russischen orthodoxen Kirche lamentiert Rasputin: „Die Revolution brachte Leute an die Spitze, die Rußland zerstörten." Und wen macht dieses Mitglied des Gorbatschowschen Präsidentenrates für die bolschewistische Revolution verantwortlich?

> „Ich denke, daß sich heute die Juden hier für die Sünde verantwortlich fühlen sollten, die Revolution durchgeführt zu haben, und welche Gestalt sie angenommen hat. Sie sollten sich für den Terror verantwortlich fühlen. Für den Terror, den es während der Revolution und besonders nach der Revolution gab. Sie spielten eine große Rolle und ihre Schuld ist groß. An beidem, an dem Mord an Gott und hieran."
>
> — *New York Times Magazine*, 28. Januar

Gleichzeitig fordert Rasputin jetzt die uneingeschränkte Herrschaft durch den Kreml, um Rußland „ganz und unteilbar" zu erhalten, um die zaristische Terminologie zu benutzen, die er so verherrlicht.

Während die russischen Nationalisten eine starke Hand im Kreml wünschen, um politische Abweichungen und die streitsüchtigen nationalen Minderheiten zu unterdrücken, wollen die prowestlichen Intellektuellen eine starke Hand, um ihr *arbeiterfeindliches* ökonomisches Programm durchzusetzen. Der prominente Anhänger des „freien Marktes" Nikolai Schmeljow argumentiert: „Wir brauchen die Autorität und die Präsidialmacht, um unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ohne sie wird es keinen Weg aus der Krise geben" (*Wall Street Journal*, 14. März). Es gibt also eine gewisse *Übereinstimmung* zwischen westlich orientierten Intellektuellen, russischen Nationalisten und den alten Stalinisten in Richtung *Bonapartismus* — der Wunsch nach einem starken Führer, der über den politischen Fraktionen steht und in der Lage ist, sich über die öffentliche Meinung hinwegzusetzen.

Zur Zeit ist die Sowjetunion in einer schwerwiegenden Krise. Die Bürokratie fällt auseinander, die große Schicht der städtischen Intelligenz verachtet und ignoriert die Arbeiterklasse, währenddessen beginnt das beunruhigte Proletariat wegen ökonomischer Beschwerden zu kämpfen. Mit feindseligen Nationalitäten, die auf Abtrennung und kapitalistische Restauration drängen, spielt Pamjat die Verärgerung und Ängste der unzufriedenen russischsprachigen Bevölkerung aus. Was dringend gebraucht wird, ist eine Avantgardepartei wie Lenins Bolschewiki, die die revolutionär gesinnten Intellektuellen mit politisch bewußten Aktivisten der Arbeiterklasse zusammenbrachten.

Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki waren imstande, alle Formen des kleinbürgerlichen Nationalismus zu bekämpfen und die Völker des ehemaligen zaristischen Reichs in einer Sowjetföderation zusammenzuschmieden, weil sie über große *moralische Autorität* als Kommunisten, d. h. als Internationalisten, verfügten. Heute brauchen wir eine leninistisch-trotzkistische Partei, um die stalinistische Bürokratie hinauszuschmeißen und die Herrschaft von Arbeiterräten wiederzuerrichten, um eine geplante, egalitäre Wirtschaft einzuführen unter voller und aktiver Beteiligung der Massen. Nur eine Arbeiter-Avantgardepartei, die auf einem internationalistischen Programm basiert, kann die Gefahren bekämpfen, die drohen, die UdSSR auseinanderzureißen, und kann den Kampf führen, eine wirkliche Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken wiederzuschaffen.

*Nach* Workers Vanguard *Nr. 499, 6. April*

---

**SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN**

geöffnet 10., 11., 17. und 18. April, 18.00-21.00 Uhr
Kulturhaus „Ernst Schneller", Fließstraße 3-7, Berlin 1190

---

**KONTAKTADRESSEN:**

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

U. Nündel
Postamt 25,
Postlagernd
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe
HPA Rostock,
Postlag. 01
Rostock 2500

M. Schoner
HPA Frankfurt
Postlagernd
Frankfurt (Oder)
1200

## Klassenkampf zur Verteidigung unseres Lebensunterhalts!

# Währungsunion heißt Verelendung

Mehrere hunderttausend Menschen protestierten am 5. April gegen den 2:l-Umtauschplan der Bundesbank. In Berlin wurde der Sprecher der SPD, die kurz vor dem Eintritt in die große Koalition steht, von der wütenden Menge ausgebuht. Aber die PDS stimmt mit SPD und CDU darin überein, selbst das Wort Sozialismus aus der DDR-Verfassung zu streichen. PDS und FDGB wollen nur über den Preis der kapitalistischen Übernahme verhandeln. Was wir stattdessen brauchen ist Klassenkampf. Erfolgreiche Kämpfe zur Verteidigung der Arbeitsplätze und Sozialleistungen können der Schlüssel dazu sein, den Drang nach Anschluß aufzuhalten, und würden der Arbeiterklasse Zeit geben, sich für eine politische Offensive umzugruppieren. Nachfolgend drucken wir Auszüge der Rede ab, die unsere Genossin Renate Dahlhaus bei der Berliner Demonstration halten wollte, und die dem FDGB zur Veröffentlichung übergeben wurde.

Genossen und Kollegen,-

Also gut, wir haben gerade den ersten Geschmack davon bekommen, was die bittere Niederlage des 18. März bringen wird. Diese Leute, die gedacht haben, daß sie ein Land mit einem Überfluß von DM bekommen, erleben jetzt den ernüchternden Schock, daß sie für lateinamerikanische Lebensbedingungen gestimmt haben. Die Bundesbank sagt, daß sie unsere Löhne, Renten und Sparkonten um die Hälfte kürzen wollen. Die Werktätigen sagen: Nein!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagt: Klassenkampf gegen den Raubzug des Kapitals! Wir dürfen nicht zulassen, daß die Schulspeisungen oder Tagesstätten für unsere Kinder gestrichen werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere älteren Bürger dazu gezwungen werden, im Abfall herumzuwühlen, wie sie dies in den Städten des „goldenen" kapitalistischen Westens tun müssen, um Speisereste zum Essen zu finden.

Aber die Werktätigen werden nicht in der Lage sein, ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen, wenn sich unsere Gewerkschaften darauf beschränken, Druck dafür auszuüben, um welchen Preis wir ausverkauft werden sollen. Sogar auf der Grundlage von 1:1 wird die Einführung der DM zusammen mit Westpreisen in Wirklichkeit eine sofortige 40prozentige Lohnsenkung für die Arbeiter hier in der DDR bedeuten. Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Spartakist-Arbeiterpartei war die einzige Partei, die bei den Volkskammerwahlen offen und eindeutig, ohne Wenn und Aber, gegen kapitalistische Wiedervereinigung aufgetreten ist. Wir haben davor gewarnt, wie ich selbst das bei der antifaschistischen Demonstration in Treptow am 3. Januar getan habe, daß die SPD ein Trojanisches Pferd für die Konterrevolution ist — und die SPD hat uns das sichtbar vorgeführt. Und wir haben auch davor gewarnt, daß die Kapitulation der PDS vor Kohls Aufruf zu „Deutschland, einig Vaterland" für Kohl und seine Marionetten den Weg zum Sieg vorbereitet hat.

Das Vierte Reich hat in den Volkskammerwahlen gewonnen. Und was damit hochkommt, ist Rassismus und Antisemitismus. Die Arbeiterklasse muß sich jetzt auf die defensiven Kämpfe vorbereiten, vor denen wir stehen. Und die Macht, um diesen Kampf auszutragen, liegt bei den 8,6 Millionen Mitgliedern der Gewerkschaften. Von Bergmann-Borsig bis zu den Leuna-Werken weiß jeder Arbeiter, daß wir vor Entlassungen stehen, während die Kapitalisten hereinkommen, um unsere VEBs aufzukaufen. Die gleichen stalinistischen Bürokraten, die in jahrelanger Vergeudung unsere Kombinate heruntergewirtschaftet haben, sind heute die Direktoren, die hinter unserem Rücken Abkommen für eine schnelle DM schließen. Auf unsere Kosten!

Kämpft für den Schutz unseres sozialisierten Eigentums! Kämpft gegen Fabrikübernahmen und Schließungen! Fangt damit an, in jedem Kombinat Betriebsversammlungen zu organisieren, um volle und ausführliche Berichte zu fordern und eine Strategie zu entwickeln, um gegen die Angriffe zu kämpfen. In jeder Fabrik müssen wir anfangen, Delegationen zu organisieren, die zu anderen Fabriken gehen, um den gemeinsamen Kampf zu planen. Wir müssen uns ernsthaft auf die notwendigen Streiks vorbereiten, wenn und wo sie angebracht sind, und wir müssen sie so organisieren, daß wir sie gewinnen.

Stellt sicher, daß wir unsere ausländischen Arbeiter-Kollegen gegen diskriminierende Behandlung verteidigen — nationaler Chauvinismus ist die Waffe der Rechten, Internationalismus ist unsere Stärke! Stellt sicher, daß Studenten und Rentner nicht alleine stehen, um für sich zu sorgen. Stellt sicher, daß Frauen nicht von ihren Arbeitsplätzen hinausgetrieben werden. Ein Angriff gegen einen ist ein Angriff gegen alle!

Unsere Gewerkschaftsorganisationen müssen jetzt Verbündete unserer Klassenbrüder und -Schwestern in der BRD werden, die sich gerade auf Streikaktionen gegen ihre Bosse vorbereiten. Wir sollten unsere Klassenbrüder und -Schwestern in Polen erreichen, die dazu gezwungen werden, in Suppenküchen zu essen, während ihr Land an internationale Bankiers verkauft wird. Laßt uns zu unseren Genossen Arbeitern in der Sowjetunion schauen, zu den Bergarbeitern in Workuta und dem Donez, die harte Streiks geführt haben, um ihren Lebensunterhalt zu verteidigen; zu den Soldaten der Roten Armee, die das Dritte Reich zerschlagen haben und die heute an der Grenze gegen die revanchistischen Pläne von Bonn und der NATO Wache stehen. Laßt uns auf den Kampf vorbereiten, verlaßt euch auf unsere soziale Macht als Klasse. Für eine feste Front der Arbeiter in der Aktion gegen die Bosse! Verteidigt unsere Arbeitsplätze! Verteidigt unseren Lebensstandard! Verteidigt unsere sozialen Errungenschaften! Verteidigt unser kollektiviertes Eigentum!

## Köln: Polizeiüberfall auf Roma

*Nachfolgender Protest wurde vom Komitee für soziale Verteidigung am 7. April an die Staatsanwaltschaft Köln gesandt.*

Der brutale Polizeiüberfall auf Kölner Roma, bei dem Eigentum gestohlen wurde, Wohnwagen zerstört wurden. Erwachsene verhaftet und selbst Kinder gekidnappt worden sind, erinnert an Hitlers Pogromnacht. Diese Methoden in der Tradition der Gestapo werden gegen diese Opfer des Dritten Reiches wiederbelebt, um ein neues Viertes Reich aufzubauen. Wir fordern, alle Anklagen gegen die Roma-Gemeinde sofort fallenzulassen, das beschlagnahmte Vermögen zurückzugeben und alle inhaftierten Erwachsenen und Kinder freizulassen. Wir fordern Schadenersatz in Höhe von *mindestens* einer Million D-Mark an diese Gemeinschaft und volle Staatsbürgerrechte für alle Cinti und Roma!

**Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen**

**Registriernummer 824 des Presse- und Informationsdienstes der DDR** **Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb**

# Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

# Wählt SPARTAKIST

## Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!

Wir wenden uns an alle, die gegen den Ausverkauf der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wollen. Wählt Spartakist-Arbeiterpartei bei den Volkskammerwahlen am 18. März! Gebt ein mächtiges "Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung! **Kämpft mit uns für eine kommunistische Zukunft!**

Die Existenz der DDR steht auf dem Spiel. Heute geht es um Revolution oder Konterrevolution. Wir, die Werktätigen, haben die vergesellschaftete Wirtschaft aus den Trümmern von Hitlers Drittem Reich errichtet. Der Stalinismus hat

## Manifest und Kampfprogramm

seinen Bankrott kläglich unter Beweis gestellt. Aber niemand hat das Recht, das durch Millionen Geschaffene an das Kapital auszuliefern! Wir müssen unsere gesellschaftlichen Errungenschaften und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Wir haben viel zu verlieren und alles zu gewinnen!

Heute ist unser Land Zielscheibe einer beispiellosen imperialistischen Destabilisierungskampagne. Mit dem Trojanischen Pferd SPD soll der Anschluß an die BRD erzwungen werden. Kohl & Co. bombardieren Deutschland Ost und West mit einer monströsen Panikmache. Die stalinistische Bürokratenherrschaft ist zerfallen, doch nun soll auch der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft selbst herbeigeredet werden. Wir alle sollen eingeschüchtert und demoralisiert werden, während der deutschnationale Wiedervereinigungsrausch hochgepeitscht wird. Neue faschistische Banden werden hochgezüchtet, die Sturmtruppen eines Vierten Reichs.

Arbeiter und Soldaten! Genossenschaftsbauern! Alle Werktätigen! Schaut Euch um! Es sind viele, genau wie Ihr, die bereit sind, für unsere Errungenschaften zu kämpfen: Arbeiterinnen und Arbeiter, ausländische Werktätige und Frauen, Jugendliche, Rentner. Um unsere Zukunft geht es.

Millionen von DDR-Bürgern verabscheuen den imperialistischen NATO-Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Ein kapitalistisches Großdeutschland wäre für uns alle ein Alptraum. Das Behemoth würde, bis an die *Zähne* bewaffnet durch die Daimler-Benz-MBB-Waffenschmiede,alle Nachbarvölker und die ganze Menschheit mit einem neuen militärischen Abenteuer gen Osten bedrohen.

Die kapitalistischen Monopolisten können es kaum abwar-

*Fortgesetzt auf S.2*

## Wahlerklärung der SpAD

**Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist entschlossen, "Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" zur zentralen Frage dieses Wahlkampfes zu machen. Die beispiellose imperialistische Destabilisierungskampagne versucht, die DDR in einen Anschluß an die BRD zu peitschen. Diese Wahl ist deshalb ein Plebiszit über die Zukunft der DDR, wenn auch verzerrt durch den massiven kapitalistischen Ansturm und die Millionen DM, die von den Bonner Parteien, von der CDU und FDP bis zur SPD und den Grünen in die DDR hineingepreßt werden. Aber ein massives Nein gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kann die Imperialisten bremsen und den Arbeitern Zeit verschaffen sich umzugruppieren und zurückzuschlagen.**

**Es gibt bei dieser Wahl nur zwei klare Pole: den der kapitalistischen Parteien, der SPD und der Modrow-Regierung die nach "Deutschland einig Vaterland" streben, und den der SpAD, die klipp und klar sagt "Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung". Die anderen Kandidaten und Listen akpzeptieren grundsätzlich die kapitalistische Wiedervereinigung als fait accompli. Oder sie ringen die Hände, zögern und weichen aus. Aber dies ist die entscheidende Frage, an der sie von den Werktätigen gemessen werden, und wir wollen dafür sorgen, daß dies passiert.**

**Wir sind die einzigen, die jetzt sagen, daß es um Revolution oder Konterrevolution geht. Wir sind gegen die soziale, politische und ökonomische Liquidation der DDR. Wir haben das stärkste, beste und weitsichtigste Programm für die Verteidigung der DDR. Wählt die Kandidaten auf der Liste der SpAD bei den Wahlen am**

*Fortgesetzt auf S. 3*

## Manifest...

*Fortsetzung von S.1*

ten, die volkseigenen Betriebe in Goldgruben für den eigenen Profit zu verwandeln. Und die Sozialdemokraten sind eifrig dabei, uns dies reinzuwürgen. Aber wir wollen nicht Massenarbeitslosigkeit, wollen nicht, daß Frauen heim an den Herd getrieben werden, daß die Genossenschaftsbauern durch die Rückkehr der Junker-Kapitalisten in die Lage mittelloser Wanderarbeiter auf dem Land hinuntergedrückt würden. Wir wollen auch nicht den drakonischen Abbau von Sozialleistungen, die drastische Senkung des Lebensstandards der Massen der DDR, die dies mit sich bringen müßte.

Doch gemeinsam mit Kohl, seinen SPD-Handlangern und dem schlimmsten nationalistischen Dreck rief dann Modrow "Deutschland einig Vaterland", sobald Gorbatschow dazu grünes Licht gab. Die Modrow-Regierung, auch die ehemalige SED, die Blockparteien, der "Runde Tisch" — alle liegen vor dem wütenden Einschüchterungsgeschrei der Kapitalisten und ihrer SPD-Feldwebel auf dem Bauch.

Die Volkskammerwahlen am 18. März sollen Teil des Ausverkaufs der DDR sein. Sie können unmöglich den wahren Willen der Werktätigen widerspiegeln. *Wohl aber sind diese Wahlen zu einem entstellten Volksentscheid über die weitere Existenz der DDR geworden.* Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft in dieser Wahlkampagne gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine proletarische politische Revolution gegen den Stalinismus, die bis zum Ende geht.

Denn: Wer den gesellschaftlichen Reichtum in der DDR schafft, dem gehören die Betriebe, der soll über sie entscheiden. Heute müssen die Werktätigen der DDR die politische Macht den käuflichen Bürokraten entreißen und in ihre eigenen Hände nehmen! Die Erben Stalins und Ulbrichts dürfen unseren Arbeiterstaat nicht an die Frankfurter Bankiers ausliefern! Kein Parlament, sondern nur die Mobilisierung der Werktätigen im eigenen Interesse wird ihren Willen durchsetzen! Deshalb stellt die Spartakist-Arbeiterpartei kein leeres Wahlprogramm, sondern ein **Kampfprogramm** auf.

Viele "Oppositions"parteien, ja sogar die PDS, sagen, sie. wollen kämpfen, wenn die Kapitalisten kommen. Doch in der Tat kapitulieren die meisten vor dem Ausverkauf. In den Volkskammerwahlen muß jede Bürgerin und jeder Bürger von diesen Parteien eine Antwort auf die eine Frage verlangen: Sagt ihr eindeutig und konsequent **Nein** zur kapitalistischen Wiedervereinigung? Prüft sie genau!

Die Spartakisten antworten konsequent auf diese Frage. Stalin hat die Planwirtschaft in Verruf gebracht. Wir allein kämpfen für eine Planwirtschaft, nicht von der willkürlichen Alleinherrschaft einer Bürokratie beherrscht, sondern auf Basis einer breiten und durchgreifenden Arbeiterdemokratie. Die Arbeiter müssen die Kontrolle der Betriebe und Einrichtungen in ihre eigenen Hände nehmen, indem sie Räte aufbauen, wo alle Strömungen der Arbeiterklasse vertreten sind und freie und offene Debatten über alle anstehenden Probleme stattfinden. Damit vertreten sie direkt die Interessen aller Werktätigen, bei jederzeitiger Abwählbarkeit der Delegierten. Diese Regierungsform ist millionenfach demokratischer als jeder bürgerliche Parlamentarismus je sein kann. Tausende und Abertausende in der DDR haben an den Idealen der sozialen Gerechtigkeit festgehalten — Arbeiter, Genossenschaftbauern, Soldaten, sogar viele in der Bürokratie. Nicht diese Ziele waren falsch: Es war der Stalinismus, der Eure Ziele verraten und Eure kommunistischen Ideale deformiert hat! Die Doktrin vom "Sozialismus in einem Land", diese lügnerische Erfindung von Stalin und Bucharm, war der erste große Verrat an der Oktoberrevolution selbst und hat zu schrecklichen Exzessen geführt.

Die stalinistischen Bankrotteure gehen der Reihe nach in die Knie, weil sie programmatisch bar jeder Alternative sind. Jetzt versuchen viele von ihnen ihre Haut zu retten: Nicht nur ihre Dienste bieten sie dem Kapital an, sondern unser ganzes Land, unsere Betriebe, unser Leben. Wir dürfen, nicht die Errungenschaften der Russischen Revolution preisgeben, trotz der Tatsache, daß die Stalinisten kapitulieren und jetzt auseinanderfallen.

Das Kampfprogramm der Spartakisten weist einen Weg in die Zukunft, weil es auf den historischen Interessen der Werktätigen basiert. Es ist das Programm von Lenin und Trotzki: Wir sind die Partei der Russischen Revolution. Ist der Kommunismus tot, wie die Bourgeoisie herausposaunt? Nein, aber die Bolschewistische Partei wurde von Stalin und seinen Schlägern zerstört. Verbrecher wie Ulbricht beschuldigen wir des Mordes an Hunderten und Tausenden von Kommunisten. Heute gilt es, eine neue leninistisch-egalitäre Partei aufzubauen. Für kommunistische Ideale — keine Privilegien! Seit der Revolution von 1848, die aus der industriellen Revolution entstanden ist, war die Arbeiterklasse gezwungen, über bürgerlichen Liberalismus und Nationalismus hinauszugehen. Es ist ein Weltmarkt geschaffen worden, der von den Imperialisten kontrolliert und bösartig manipuliert wird. Aus diesem Grund müssen die Kämpfe der Arbeiter internationalistisch sein.

In der DDR muß die neue leninistische Partei für volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter kämpfen und deutsche und eingewanderte Arbeiter in sich vereinen. Die Einheit der Arbeiterklasse muß im Kampf geschmiedet werden, aber diese Einheit wird nie vollständig sein, solange unsere ausländischen Kollegen und ihre Familien ausgesondert, diskriminiert und benachteiligt werden. In diesem Kampf dürfen wir nicht ruhen, bis die revolutionäre deutsche Rätemacht, wie es der junge sowjetische Staat tat, *alle* Arbeiter gleichstellt und ihnen volle Staatsbürgerrechte gewährt.

Für den Sieg des Kommunismus in ganz Deutschland muß eine leninistische Partei schon heute gemeinsam mit unseren Klassenbrüdern und -Schwestern im Westen kämpfen! Die

## SPENDET!

**Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende an:**

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955, Kennwort "SpAD"

F.Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00 Dresdner Bank, Frankfurt/M.



Kapitalisten wollen die Arbeiter der BRD noch mehr auspressen den großdeutschen Anschluß zu bezahlen. Doch große Arbeitskämpfe stehen jetzt in der BRD auf der Tagesordnung. Auch die Kolleginnen und Kollegen drüben wissen, was ein Viertes Reich, was Faschismus und imperialistischer Krieg bedeuten würden. Heute kann ein entschlossener Kampf der Arbeiter in der DDR der Funke sein für BRD-Arbeiter, die Angriffe der Bosse zurückzuschlagen und den Weg zu eröffnen für wirklichen Klassenkampf, um die Macht: *soziale Revolution* im Westen.

Das "Vierte Reich" wirft seinen Schatten voraus: Schändung von jüdischen Friedhöfen und sowjetischen Einrichtungen. Dafür gibt es im Arbeiterstaat keinen Platz! Am 3. Januar standen 250 000 Antifaschisten in Treptow gegen Faschismus und für die Rote Armee. Unsere Partei ist stolz darauf, diese Einheitsfront-Mobilisierung initiiert zu haben. Wir sagen nochmals: Die schweren Bataillone der Arbeiterklasse müssen durch Arbeitereinheitsfrontaktionen die Faschisten wegfegen!

Es war die Rote Armee, die das Nazi-Regime zerschlug. Auf ihren Bayonetten trug sie die Errungenschaften vom Roten Oktober bis an die Elbe. Seit 1945 sind es die Sowjetsoldaten, die an der Elbe gegen den westlichen Imperialismus Wache stehen. Unsere Bürger haben lange mit dieser Grenze gelebt, der Frontlinie des Kalten Kriegs. Nicht zuletzt deshalb war der Internationalismus in unserem Land schon immer wach. FDJler fuhren nach Nicaragua; Kinder von SWAPO-Kämpfern wurden in unseren Krankenhäusern behandelt; viele zehn Millionen Mark flossen in die Solidaritätsfonds. Eben deshalb waren und sind wir über den Mißbrauch dieser Fonds höchstempört.

Karl Liebknecht begrüßte auf der Gründungskonferenz der KPD vor 70 Jahren die neue russische Räterepublik und erklärte seine Solidarität mit dem russischen Proletariat unter der Führung von Lenin und Trotzki. Heute gilt unvermindert: Das Schicksal der russischen Revolution ist mit dem der deutschen Revolution unlöslich verbunden. Und das heißt auch die Zukunft Polens wie die ganz Europas. Die Revanchisten schauen schon jetzt über die Oder-Neiße-Linie hinaus. Ein kapitalistisches Großdeutschland würde trübe Kräfte entfesseln, die jetzt noch ihre Demagogie in Bierkellern üben. Und es würde für die imperialistische Koalition ein Sprungbrett sein, um gegen die Sowjetunion mobilzumachen.

Ein revolutionäres Zusammengehen der deutschen mit den sowjetischen Arbeitern und Soldaten wird nicht nur das Bollwerk gegen die Pläne der NATO-Revanchisten sein, sondern ein machtvolles Fundament für eine internationale Planwirtschaft.

Die Werktätigen der DDR — dazu gehören auch die Angestellten, Genossenschaftsbauern, die Handwerker, die Wissenschaftler und Künstler — haben alle Fähigkeiten, eine hochentwickelte Wirtschaft zu lenken und weltmarktgerecht zu produzieren. Aber eine unfähige, nationalistische Bürokratie und imperialistische Vormachtspraktikenbehinderten die volle Entfaltung der Produktivkräfte — nicht nur in unserem Land.

"Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Das ist für uns nicht nur eine Losung, sondern Aktionsprogramm für eine rational geplante internationale Arbeitsteilung, kontrolliert durch Arbeiter, organisiert in Räten. Dieses Programm des proletarischen Internationalismus ist das Banner der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

# Wahlerklärung ...

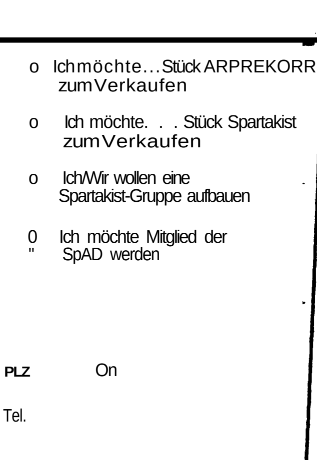
*Fortsetzung von S. l*

18. März.

Wir fragen alle Organisationen und Kandidaten, die bei diesen Wahlen antreten, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu vertreten: Seid ihr gegen die kapitalistische Wiedervereinigung? Wir verlangen ein schriftliches Bekenntnis zur Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Die Werktätigen der DDR müssen ebenfalls verlangen, daß alle Kandidaten hierzu Stellung nehmen.

Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann oder wenn Wähler ansonsten von unseren allgemeinen Auffassungen so entfernt sind, daß sie deshalb nicht für unsere Liste stimmen wollen, rufen wir dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die sich verpflichtet haben gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften der DDR einzutreten.

**Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!**
**Wählt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!**







**Abonniert *Spartakist*, Zeitung der SpAD!**
Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten ***Spartacist*** (deutsche Ausgabe)
Zu beziehen über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955

## Kommt zum Wahlkampfzentrum: Die Wahlkampagne der SpAD braucht eure Hilfe!

Helft uns, ein eindrucksvolles Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihre Zukunft! Arbeiter. Soldaten, Jugendliche, Rentner schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitsstellen, eure Kasernen und Schulen, die Jugendclubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt nach Treptow!

## Spartakist-Treffpunkt

**Kreiskulturhaus-Treptow**
**Puschkinallee 5, Berlin**
**1. Stock, Raum 19**
**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr**
**Samstag 17-21 Uhr**
**Freitag geschlossen**

# Kampfprogramm der Spartakisten

- **Für Streiks und Fabrikbesetzungen — Stoppt die kapitalistische Übernahme unserer Betriebe! Wir brauchen Arbeiterschutzorganisationen, um diese Kampfmaßnahmen zu verteidigen! Gegen die imperialistische Destabilisierungskampagne: Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, um unsere kollektivierte Wirtschaft zu verteidigen!**
- **Kampf dem D-Mark-Anschluß! Für das Recht auf Arbeit für alle! Verteidigt unseren preiswerten Wohnraum! Fallt nicht herein auf den kapitalistischen Schwindel einer "sozialen Marktwirtschaft" oder einer verlogenen "sozialistischen Marktwirtschaft"!**
  Marktkonkurrenz zwischen unabhängigen, selbstfinanzierten Betrieben heißt gezwungenermaßen und in zunehmendem Maße Ungleichheit, Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit, monopolistische Verzerrungen und Mißbrauch.
- **Für eine zentralisierte Planwirtschaft unter der Herrschaft von Arbeiterräten, den Instrumenten der proletarischen politischen Macht!**
  Das heißt, die politische Macht gehört in die Hände freigewählter Räte der Arbeiter, Soldaten und ihrer Verbündeten! "Betriebsräte" im BRD-Stil sind Instrumente, um eine mächtige Arbeiterbewegung an die Interessen des Kapitals zu ketten. Die höchste Rätekörperschaft soll die gesamte Richtung der Industrieproduktion festlegen, die Bauplanung von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der gesellschaftlichen Infrastruktur. Konsumgüter und Dienstleistungen sollen sich nach den sich verändernden Bedingungen bei Nachfrage und Angebot des Marktes richten, innerhalb des Rahmens der zentralisierten Planung. Fabrikkomitees sollen die Produktion überwachen. Genossenschaften sollen Qualität und Preise der Konsumgüter kontrollieren.
- **Für proletarischen Internationalismus!**
  Wir brauchen gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR!
- **Für Arbeitereinheitsfrontaktionen, um die Faschisten zu stoppen! Nieder mit Rassismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen und Ausländerhaß!**
- **Keine antikommunistische Hexenjagd gegen gegenwärtige oder frühere SED-Mitglieder!**
  Funktionäre, die Verbrechen beschuldigt werden, sollen von Volkstribunalen gerichtet werden.
- **Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Werktätigen und ihre Familien!**
- **Völlige Gleichberechtigung der Frau!**
  Frauen müssen voll am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können Voraussetzung dafür ist die Vergesellschaftung der Hausarbeit; umfassende Betreuung unserer Kinder rund um die Uhr; Verteidigung des Abtreibungsrechts; Beibehaltung sozial gerechtfertigter Subventionen.
- **Schutz der menschenwürdigen Zukunft der Jugend!**
  Verteidigt das Recht auf uneingeschränktes, kostenloses Studium für alle.
- **Fürsorge für die Rentner!**
- **Für einen planmäßigen Umweltschutz.**
  Die Marktwirtschaft kann nicht die ökologische Katastrophe verhindern — im Gegenteil. Fabrikkomitees sind am besten geeignet, vor Unfällen und Umweltbeschädigung zu schützen. Für das Überleben des Menschengeschlechts auf dem Planeten brauchen wir internationale Zusammenarbeit und Planung!
- **Nur durch Arbeiterrevolution kann der Frieden gesichert werden!**
  Die NATO ist ein waffenstarrendes Bündnis für Krieg gegen die Sowjetunion. Die BRD akzeptiert eine "neutrale" DDR, so wie Hitler ein "neutrales Rheinland" akzeptierte. Gorbatschows Traum der "friedlichen Koexistenz" mit einem Vierten Reich ist so illusionär und gefährlich wie Stalins Pakt mit Hitler. Stellt euch vor, Hitler hätte Atombomben gehabt! Die Verteidigung der Sowjetunion beginnt an der Elbe!
- **Für proletarisch-politische Revolution!**
  Für einen wirklichen Sozialismus und den konsequenten Bruch mit dem stalinistisch-bürokratischen System! Bürger der Deutschen Demokratischen Republik: Es gibt in der DDR vieles, worauf Ihr stolz sein könnt. Werft mit dem Schlechten nicht das Gute weg!

**Wählt die drei "L": Lenin, Liebknecht, Luxemburg!**
**Wählt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands! Ihr wählt damit eine gesamtdeutsche Partei von revolutionären Arbeitern in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki.**
**Wir kämpfen für die Verteidigung der DDR die zu einem roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa führt!**

## Kontaktadressen:
## Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen


**D. Bartels**
**Postamt Berlin 15**
**Postlagernd Corinthstr. 51**
**Berlin 1017**

**Spartakist-Gruppe**
**Postfach 24**
**Greifswald 2200**

**Postfach 21 07 50**
**1000 Berlin 21**
**Tel. (030) 8 82 39 64**

**SpAD**
**c/o Verlag Avantgarde**
**Postfach 11 02 31**
**2000 Hamburg 11**



Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb